

### Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

Peukert, Helge; Rebhan, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Peukert, H., & Rebhan, C. (2018). *Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher*. (FGW-Studie Neues ökonomisches Denken, 9). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67303-7>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



**FGW-Studie**

**Neues ökonomisches Denken 09**

Till van Treeck, Janina Urban (Hrsg.)



Helge Peukert unter Mitarbeit von Christian Rebhan

**Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen  
vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makro-  
ökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher**



Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.)  
Kronenstraße 62  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080  
E-Mail: [info@fgw-nrw.de](mailto:info@fgw-nrw.de)  
[www.fgw-nrw.de](http://www.fgw-nrw.de)

#### **Geschäftsführender Vorstand**

Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

#### **Themenbereich**

Neues ökonomisches Denken  
Prof. Dr. Till van Treeck, Vorstandsmitglied  
Janina Urban, Wissenschaftliche Referentin

#### **Layout**

Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

#### **Förderung**

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

#### **ISSN**

2510-4497

#### **Erscheinungsdatum**

Düsseldorf, Dezember 2018

---

# **Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativ- lehrbücher**

## **Auf einen Blick**

- In der Studie werden die zum Kern der Volkswirtschaftslehre zählenden Einführungslehrbücher in die Mikro- und Makroökonomie an deutschen Hochschulen untersucht.
- Vor allem die mikroökonomischen Lehrbücher stellen einseitig die positiven Wohlfahrtseffekte der im Kern stabilen ‚Konkurrenzwirtschaft‘ in den Mittelpunkt.
- Ungleichheit sowie ökologische und sozialpolitische Aspekte spielen kaum eine Rolle, staatliche Wirtschaftspolitik und z. B. die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer\_innen werden einseitig negativ behandelt.
- Auch nach der Finanzkrise wird ein Ansatz eher effizienter Finanzmärkte vertreten. Entsprechend zurückhaltend fallen die Reformvorschläge aus.
- Die Studierenden lernen nur sehr wenige und ziemlich marktfreundliche Denkschulen kennen. Ökologische, postkeynesianische, sozioökonomische u. a. Ansätze werden nicht einbezogen.
- Es gibt eine ganze Reihe plural-heterodoxer Lehrbücher in deutscher und englischer Sprache, die den vorherrschenden Kanon *und* andere Denkschulen thematisieren. Sie stellen niveauvolle Alternativen dar.

## Abstracts

### **Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher**

In dieser Studie werden vorherrschende mikro- und makroökonomische Lehrbücher an deutschen Hochschulen anhand der exemplarischen Beispiele der Einführungen Varians und Blanchard/Illings textthermeneutisch und nach vorheriger Entwicklung eines Kriterienkatalogs zum Mainstream und zur Heterodoxie untersucht. Mikroökonomische Lehrbücher folgen strikt dem neoklassischen Bausteinkasten, ergänzt durch ein ständiges Lob der unklar definierten ‚Konkurrenzwirtschaft‘. Im Bereich der Makroökonomie wird einzig der *New Economic Consensus* (IS-LM-Modell, Phillipskurve, ‚natürliche‘ Arbeitslosigkeit, die ‚lange Frist‘) in einer recht marktliberalen Variante als neue makroökonomische Synthese vorgestellt, ökologische, post-keynesianische, sozioökonomische u. a. Ansätze werden ausgeklammert. Nach wie vor gilt auch für den Finanzsektor mit leichten Einschränkungen die Effizienzmarkthypothese und den ‚unabhängigen‘ Zentralbanken wird in Kombination mit einer (fiskalpolitischen) Politikineffektivitätsthese eine neue Königsrolle zugewiesen. Es gibt eine ganze Reihe plural-heterodoxer Lehrbücher, die den vorherrschenden Kanon *und* andere Denkschulen vorstellen und den Studierenden die Bildung eigenständiger Urteile ermöglichen.

### **A critical analysis of dominant introductions to micro- and macroeconomics at German universities and colleges and plural-heterodox alternative**

In this study, prevailing micro- and macroeconomic textbooks at German universities and colleges are examined hermeneutically, using the examples of the introductions of Varian and Blanchard/Illing and applying a list of criteria for mainstream and heterodox economics. Micro-economic textbooks strictly follow the neoclassical building blocks, complemented by a frequent praise of the vaguely defined ‘competitive economy’. With regard to macroeconomics, only the *New Economic Consensus* (IS-LM model, Phillips curve, ‘natural’ unemployment, the ‘long-run period’ etc.) is presented in a quite liberal market version and as the new macroeconomic synthesis. Aspects of ecological, postkeynesian, socio-economic and other schools of thought are excluded. The efficient market hypothesis continues to apply also to the financial sector with some minor relativization and, in combination with a (fiscal) policy ineffectiveness thesis, a new royal role for ‘independent’ central banks. There are a number of plural-heterodox textbooks that introduce the prevailing canon *and* other schools of thought, and enable students to form independent judgments.

# Inhalt

<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>v</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>v</b>
<b>1 Vorwort .....</b>	<b>1</b>
<b>2 Der analytische Rahmen.....</b>	<b>4</b>
<b>3 Hal Varians <i>Grundzüge der Mikroökonomik</i> .....</b>	<b>13</b>
3.1 Der ideale Markt.....	15
3.2 Eine plurale Sicht des (Wohnungs-)Marktes .....	24
3.3 Elementare Neoklassik: Budgetbeschränkungen, Präferenzen, Nutzen und die Marktnachfrage .....	28
3.4 Alles strebt zum Gleichgewicht .....	41
3.5 Das Unternehmen aus der Sicht des Mainstreams: Gewinnmaximierung, Kostenminimierung, Kostenkurven und das Marktangebot .....	45
3.6 Die Ökonomik der Extremfälle: Monopole und reiner Tausch.....	58
3.7 Märkte sind fast immer am besten: Externe Effekte, neue Informationstechnologien und öffentliche Güter .....	69
3.8 Zum Abschluss: Eine markoliberal-konservative Weltanschauung.....	81
<b>4 Fazit der Analyse mikroökonomischer Lehrbücher .....</b>	<b>85</b>
<b>5 Oliver Blanchards und Gerhard Illings <i>Makroökonomie</i> .....</b>	<b>91</b>
5.1 <i>New Consensus Macroeconomics</i> : Neuer Wein in alten Schläuchen? .....	91
5.2 Wachstum über alles .....	95
5.3 Mysterium Geld, zahme Finanzmärkte und eine Variante des IS-LM-Modells.....	99
5.4 Die mittlere Frist: ‚Sklerotische‘ Arbeitsmärkte und voraussetzungsvolle Lohnsetzungs- und Preissetzungsgleichungen .....	105
5.5 Die Phillips-Kurve, die NAIRU und die ‚natürliche‘ Arbeitslosigkeit: Sein oder Nichtsein? .....	108
5.6 Hysterese oder das IS-LM-PC-Modell? Über Grenzen wirtschaftspolitischer Gestaltung und die neue Königsrolle der Zentralbanken.....	115
5.7 Effiziente Finanzmärkte und rationale Erwartungen .....	119
5.8 Globaler ‚Freihandel‘ und ‚freie‘ Wechselkurse trotz Kursvolatilitäten und schlechten Gleichgewichten.....	121
5.9 ‚Sollten Politiker in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt werden?‘ .....	125

<b>6</b>	<b>Fazit der Analyse makroökonomischer Lehrbücher .....</b>	<b>132</b>
<b>7</b>	<b>Weitere mikro- und makroökonomische Lehrbücher und Vorschläge für eine pluralistische Mikro- und Makroökonomie.....</b>	<b>138</b>
7.1	Mikroökonomische Lehrbücher .....	138
7.2	Makroökonomische Lehrbücher .....	142
<b>8</b>	<b>Eine andere Lehre ist nötig und möglich .....</b>	<b>168</b>
	<b>Literatur.....</b>	<b>169</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Angebots- und Nachfragekurvenverläufe ohne Gleichgewicht.....	27
Abbildung 2: Sonderformen der Nachfragekurve .....	34
Abbildung 3: Pfadabhängige Angebotskurven .....	43
Abbildung 4: Durchschnittskostenkurven mit Reservekapazität .....	50
Abbildung 5: Kurzfristige Gleichgewichte bei konstanten Kostenkurvenbereichen .....	50
Abbildung 6: Darstellung der Kosten- und Gewinnsituation unterschiedlich effizienter Firmen in der langen Frist .....	57
Abbildung 7: Die <i>New Consensus Macroeconomics</i> .....	94

## Abkürzungsverzeichnis

BI	Lehrbuch <i>Makroökonomie</i> von Olivier Blanchard und Gerhard Illing in der 7. Auflage von 2017
DSGE	<i>Dynamic Stochastic General Equilibrium</i>
H	Heterodoxie
H1 bis H11	Bestimmte Ausprägungen der Heterodoxie
LB	Lehrbuch/Lehrbücher
NK	Neoklassik
M I	starker Mainstream
M II	gemäßigter Mainstream
M1 bis M11	bestimmte Ausprägungen des Mainstreams
V	Lehrbuch <i>Grundzüge der Mikroökonomik</i> von Hal Varian in der 9. Auflage von 2016



# 1 Vorwort

Dieses im Rahmen des Themenbereichs *Neues ökonomisches Denken* des *Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung* (FGW) erfolgte zweijährige Forschungsprojekt untersucht die in Deutschland verwendeten mikro- und makroökonomischen Lehrbücher (im Singular und Plural mit LB abgekürzt) in universitären Einführungsveranstaltungen und stellt im Anschluss alternative und plurale Alternativen für selbige vor. Die Mikro- und die Makroökonomie gehören zum Kernbereich der volkswirtschaftlichen Lehre an Hochschulen. Nicht zuletzt die Kritik an diesen Veranstaltungen führte zu den weltweiten Protesten der plural orientierten Studierenden.

Die Bedeutung der Lehrbücher brachte Paul Samuelson pointiert auf den Punkt:

„Poets are the unacknowledged legislators of the World’. It was a poet who said that, exercising occupational licence. Some sage, it may have been I, declared in similar vein: ‘I don’t care who writes a nation’s laws – or crafts its advanced treaties – if I can write its economic textbooks.’ The first lick is the privileged one, impinging on the beginner’s tabula rasa at its most impressionable state“ (Samuelson 1990, S. IX).

Den LB der Mikro- und Makroökonomie kommt tatsächlich auch rein quantitativ eine große meinungsbildende Bedeutung zu:

„Jedes Jahr absolvieren ungefähr fünf Millionen Collegestudenten allein in den USA einen Ökonomiekurs. Ein standardmäßiger Einführungskurs aus den USA – bekannt als Econ 101 – wird heute überall auf der Welt angeboten, und Studenten von China bis Chile lernen mit Übersetzungen derselben Lehrbücher, die in Chicago und in Cambridge in Massachusetts benutzt werden“ (Raworth 2018, S. 17).

In den USA gehört Econ 101 auch zum Pflichtprogramm für Ingenieur\_innen, Ärzt\_innen, Journalist\_innen u. a.

Dank der Studie von Christian Rebhan (2017) liegt zu den in Deutschland verwendeten LB zur Mikro- und Makroökonomie ein präziser Überblick darüber vor, welche Texte an deutschen Universitäten in Bachelorveranstaltungen zum Einsatz kommen. Von den jeweils rund 60 LB, die alle für diese Analyse alle durchgesehen wurden, dominieren in der Mikroökonomie die LB von Varian und Pindyck und Rubinfeld. Die Makroökonomie wird deutlich von den verschiedenen Varianten von Blanchard(/Illing) und den niveaumäßig hierzu deutlich abfallenden LB von Mankiw beherrscht (die englischen und deutschen Versionen der LB unterscheiden sich nur geringfügig).

Sowohl hinsichtlich der Mikro- als auch der Makroökonomie war es für den Verfasser dieser Untersuchung bedrückend zu beobachten, wie man wissbegierige und gestaltungsfreudige junge Menschen durch realitätsferne und oft ausgesprochen langweilige und dazu noch weltanschaulich einseitige Einführungen demotiviert. Dabei ist das reale Wirtschaftsleben bunt und spannend und es bedarf v. a. angesichts der kriselnden EU, der Bedrohung der Biosphäre und zahlreicher anderer Herausforderungen junger, kompetenter, intellektueller Ökonomen und

Ökonomen mit klarem Kompass, die sich nicht, wie die meisten heute im Hochschulbereich tätigen Wirtschaftswissenschaftler\_innen, als Wissenschaftsfunktionär\_innen und Sachverwaltergehilf\_innen des Politikbetriebs verstehen.

Methodisch ist diese Studie textthermeneutisch angelegt (vgl. Lenger/Kruse 2017). Ausgestattet mit dem in Kapitel 1 vorgestellten analytischen Rahmen werden die Kapitel der ausgewählten LB unter die Lupe genommen und hinsichtlich ihrer inneren Konsistenz, ihrer mehr oder minder pluralen Herangehensweise und (Nicht-)Darstellung kontroverser Diskussionen, des Vorliegens wissenschaftlich nicht begründbarer Werturteile bis hin zu ideologischer Indoktrination und der Übereinstimmung mit Phänomenen und Entwicklungen der realen Wirtschaftswelt untersucht. Sie füllt hiermit eine Lücke. Vergleichbare kritische Untersuchungen nehmen einen solchen Vergleich ansonsten entweder anhand eines für besser gehaltenen Denkansatzes vor (vgl. Wolff/Resnick 2012), oder sie sind epistemologisch-methodologisch angelegt (vgl. Heise 2014) oder gehen grundlegenden Framings nach (vgl. Graupe 2017), fungieren als Ideologiekritik (vgl. Linder 1974-1975) oder es erfolgt eine Inhaltsanalyse über Wortzählungen und quantitative Verfahren (vgl. die noch nicht veröffentlichte FGW-Studie von Patrick Kahle und Henning Middel-schulte zu *Kontroversität und Wissenschaftlichkeit in Materialien und Vorgaben für die sozioökonomische Bildung*).

Diese – mit Blick auf die Seitenzahl bewusst begrenzte – Studie gibt es auch in einer längeren Version. In einer Buchveröffentlichung (vgl. Peukert 2018a) hat der Verfasser für die Mikroökonomie eine kapitelweise erfolgende textthermeneutische Analyse von Varian (2016) und Pindyck/Rubinfeld (2015) vorgenommen, von der hier exemplarisch nur die Teile zu Varians Kapitel 1 und die Kernkapitel enthalten sind. Ferner wurde auch das jüngst hinzugefügte Kapitel zur Verhaltensökonomie untersucht, um zu prüfen, ob sich eine konzeptionelle Fortentwicklung des LB und eine Weitung des Blicks in Randbereichen feststellen lassen. Die abschließende Beurteilung im Fazit (Kapitel 3) trifft aber auf beide LB zu, die sich nicht wesentlich unterscheiden.

Ein weiterer Beitrag zu makroökonomischen LB (vgl. Peukert 2018b), in dessen Zentrum neben alternativen LB die Analyse von Blanchard/Illing (2017) steht, ist wesentlich knapper und wird hier weitgehend wiedergegeben. Christian Rebhan wird eine Studie zu den diversen LB Mankiws verfassen, der nicht allzu sehr vorgegriffen werden soll. Der bereits in der Studie zu den Mikrolehrbüchern angewandte analytische Rahmen (vgl. Peukert 2018a, Kapitel 1) wird in der hier vorliegenden Studie aus Raumgründen und zur besseren Übersicht gekürzt und v. a. ohne Literaturbelege wiedergegeben.

Bei den Nachforschungen zum internationalen Stand der heterodoxen Literatur für die Siegener (Alternativ-)Bibliothek zeigte sich, dass es neben wenigen deutschsprachigen Beiträgen zumindest im angelsächsischen Bereich eine ganze Reihe sehr niveauvoller Kritiken und Lehrbuchalternativen gibt, die leider in Deutschland so gut wie unbekannt sind und in Lehrveranstaltungen anscheinend überhaupt keine Rolle spielen. Sie werden in Kapitel 7 behandelt und mögen als Anregungen für eine bessere Lehre dienen.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Das empirisch-hermeneutische Ergebnis dieser Studie lautet: Die den Lehrveranstaltungen zugrundeliegenden Mikro- und Makrolehrbücher, zu denen es Alternativen gäbe, sind einseitig und in vielerlei Hinsicht unbefriedigend, die Kritik der Studierenden und heterodoxer Ökonomen\_innen trifft ohne jeglichen Zweifel zu!

Gelegentlich hört man den Einwand, in der tatsächlichen makroökonomischen Lehre gehe es doch viel pluraler zu als in den untersuchten LB. Dem stehen viele Berichte von Studierenden in Deutschland gegenüber, die hiervon wenig bemerken. Da die Syllabi und Powerpoints der Lehrveranstaltungen leider meist nicht öffentlich zugänglich sind, lässt sich diese Aussage nicht genau überprüfen. Eine ganze Reihe von Untersuchungen zu Modulbeschreibungen, Klausurfragen, Powerpoints usw. legen aber eindeutig nahe, dass der Inhalt der Lehrveranstaltungen zu meist kaum von den Inhalten der Lehrbücher abweicht (vgl. u. a. Gärtner 2001; Wigstrom 2013; Earle et al. 2017; Beckenbach et al. 2016, Kapitel 7).

Vor allem für Diskussionen zum analytischen Rahmen sei Elsa Egerer und den Mitstreiter\_innen des pluralen Masterstudiengangs in Siegen für konstruktive Gespräche sowie der Fakultät III der Siegener Universität für die freundliche, für Anregungen offene und forschungsintensive Atmosphäre gedankt. Nils Goldschmidt unterstützte wesentlich die Antragstellung und half umsichtig bei der organisatorischen Durchführung des Projekts. Marvin Landwehr, Dirk Ehnts und Sebastian Dullien sei gedankt für einige kritische Anmerkungen und dem FGW für die Begleitung, dem NRW Wissenschaftsministerium für die Förderung des Forschungsprojekts. Christian Rebhan hat den Text sorgfältig und umsichtig in die gewünschte Formatvorlage gebracht.

Als letztlich Motivation steht hinter dieser Studie ein wirtschaftsethisches Anliegen: Demokratische Entscheidungsstrukturen einschließlich wissenschaftsinterner pluraler Strukturen, sozialer Zusammenhalt auch durch Vermeidung zu großer sozialer Ungleichheit, die Förderung kultureller Diversität, die ökologische Dimension und der Erhalt unserer Biosphäre liegen mir neben einer effizienten materiellen Güterversorgung am Herzen.

Angesichts der immer deutlicher und sichtbarer hervortretenden Bedrohung unserer Umwelt, einer wohl zu weit vorangetriebenen (Hyper-)Globalisierung sowie sich häufender Finanzkrisen bedarf es dringend einer Weitung auch des mikro- und makroökonomischen Fragen-, Modell- und Reflexionshorizonts durch heterodoxe Ansätze.

## 2 Der analytische Rahmen

Bei der folgenden Untersuchung wird von einem Mainstream I und II, abhängig vom starken (= Mainstream I, im Folgenden M I) oder vorsichtigeren bzw. gemäßigten (= M II, im Folgenden M II) Vertreten des weiter unten in 11 Punkten charakterisierten Metaparadigmas des Mainstreams, ausgegangen (vertiefte Ausführungen und Literaturverweise finden sich in Peukert 2018a, Kapitel 1).

Die Neoklassik (NK) ist ein Teilelement des Mainstreams I. Sie enthält u. a. folgende Bausteine: Die Volkswirtschaftslehre untersucht die Allokation knapper Ressourcen, die Produktionsmöglichkeitskurve, Opportunitätskosten, Gleichgewichtskonzepte (statisches, partielles, allgemeines), abnehmende Grenznutzen, Nutzenmaximierung, Indifferenzkurven, marginale Raten der Substitution, Einkommens- und Substitutionseffekte usw. (vgl. Lee 2010). Unter einem Metaparadigma ist hier eine generelle Einteilung der Richtungen in der VWL in einen Mainstream und eine Heterodoxie anhand basaler Charakteristika zu verstehen.

Mit dieser Annahme wird über Kuhn und Lakatos hinausgehend unterstellt, dass sich Denkschulen wie z. B. der Monetarismus nicht isoliert entwickeln, sondern im Zusammenhang mit allgemeineren Metaparadigmen stehen, die Theoriesysteme, Methodenregeln und andere Identitätskriterien umfassen. Das Paradigma des Mainstreams zeichnet sich generell v. a. durch die Musterannahme der generellen Stabilität der Marktökonomie aus bzw. Gleichgewichtskonzepte dienen zumindest als Ausgangspunkt der Analyse. Die Heterodoxie bestreitet demgegenüber v. a. die systemimmanenten Selbstanpassungstendenzen bzw. deren Relevanz als Theoriefokus.

Folgende Schulrichtungen werden unterschieden (M I und II = Mainstream I und II, H = Heterodoxie; die jeweiligen Stichworte sind nur eine andeutende Auswahl):

- Neoklassik vor Keynes (M I; rationale Akteur\_innen, markträumende Preise, stabile Erwartungen, *Loanable Funds*, Quantitätstheorie, Says Gesetz)
- Neoklassische Synthese (M II; Hicks, Modigliani, Hansen, Konsumneigung, aggregierte Nachfrage, Liquiditätspräferenz, IS-LM, Sonderfälle, z. B. Liquiditätsfalle, Phillips-Kurve)
- Monetarismus (M I; Friedman, Quantitätstheorie und Geldnachfrage, erwartungskorrigierte Phillips-Kurve, NAIRU)
- Walrasianische Ungleichgewichtsansätze (M II; Clower, Leijonhufvud, Malinvaud, Ungleichgewichte durch Informations- und Koordinationsprobleme, fehlender Auktionator, effektive und notionale Nachfrage, Rationierung)
- Neuklassik und Real-Business-Cycle-Schule (RBC) (Neuklassik: M I; Lucas, Muth, Sargeant, Barro, rationale Erwartungen, Gleichgewichte bereits der kurzen Frist, Inseln, Lucas-Kritik, Politikineffektivitätsthese; RBC: M I; Prescott, Kydland, Plosser,

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Konjunkturzyklen durch technologische Schocks, Hypothese der intertemporalen Arbeitssubstitution, Geldneutralität, Kalibrierung)
- Neukeynesianismus (M II; Mankiw, Summers, Blanchard, Menükosten, Mikrofundierung, Preisrigiditäten, Effizienzlöhne, Hystereseeffekte)
  - Neues Konsensmodell, neue neoklassische Synthese bzw. *New Consensus Macroeconomics* (M I oder M II, oft in Form unterschiedlicher DSGE-Modelle und mit Kombination neuklassischer, neukeynesianischer und angebotstheoretischer Elemente)
  - Verhaltensökonomie (M II + H; kognitive Verhaltensanomalien, (Markt-)Experimente, Prospect-Theorie, Heuristiken, Framing, Herdenverhalten, Shiller: *Behavioral Finance*)
  - Neuroökonomie (M II; ‚unlogisches‘ Entscheidungsverhalten v. a. bei Risiko und Unsicherheit, Verlustaversion, soziales Entscheiden (Neuromarketing), Magnetresonanztomographie)
  - Komplexitätsökonomie (M II + H; vielfältige und ganzheitliche Beziehungsgefüge ohne eindeutige Gleichgewichte und Vielfalt der Verhaltensmöglichkeiten und irreversiblen Eigendynamiken, nicht lineare, sondern zirkuläre Kausalität, *Agent Based Modeling*)
  - Kritischer (Alt-)Institutionalismus (H; Veblen, Commons, Institutionen, Habitus, Statuskonsum, Emulation, kumulative Verursachung, soziale Minima, Veblen-, Snob-, Bandwagon-Effekte, Technostruktur, Easterlin-Paradox)
  - Neue Institutionenökonomie (M II; Williamson, Coase, Zuweisung von Handlungs- und Verfügungsrechten, Transaktionskosten, Opportunismus, *Hold-up*, horizontale/vertikale Integration, adverse Selektion, Pfadabhängigkeit)
  - Ordoliberalismus (H; Eucken, Röpke, vollkommene Konkurrenz als zu sichernde gesetzte Ordnung, Haftungsprinzip, Vitalpolitik, soziale Marktwirtschaft (Müller-Armack))
  - Österreichischer Ansatz (M II + H; Menger, Mises, Privateigentumsrechte, Entrepreneurship, Praxeologie, Aggregateaversion, freie Märkte, Anmaßung von Wissen, Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Subjektivismus)
  - Informationsökonomie (M II + H; Simon, Stiglitz, Kosten der Informationsbeschaffung, Marktunsicherheit und mögliche Ineffizienz wegen unvollständiger Informationen, asymmetrische Informationsverteilung, Screening, Signaling)
  - Postkeynesianismus (H; Lavoie, Minsky, Davidson, Unsicherheit, Nichtergodizität, historische Zeit, Marktinstabilitäten, *Mark-ups*, Produktion, endogenes Geld, *Animal Spirits*, *Stock-Flow consistent Modeling*, aktive Fiskal- und Verteilungspolitik)

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Sozioökonomie (H; Putnam, Bellah, Einbettung, sozialökonomische Rationalität/starke Reziprozität, Tugendethik, Sozialkapital, soziale Kohäsion, *caring* und *sharing economy*, Kooperation)
- Regulationstheorie (H; (post-)fordistische politökonomische Akkumulationsregime; Produktion, staatliche Herrschaft und ideologische Denkformen integrierende Regulationsmodi)
- Marxismus/*Radicals* (H; Macht, Ausbeutung, Eigentumsverhältnisse, Interessengegensätze und soziale Konflikte, kulturelle Hegemonie, Wirtschaftsdemokratie)
- Historische Schule (H; Schmoller, Wirtschaftsstile und -systeme, hermeneutisches Verstehen, Homo duplex, Märkte als sozialrechtliche Institutionen)
- Neoricardianismus (H; Garegnani, Schefold, Kritik Neoklassik: Kapitalkontroverse, Sraffa-System, Surplus-Ansatz, Verteilung als unabhängige Variable)
- Ökologische Ökonomik (H; holistische Ökosystemperspektive, starke Nachhaltigkeit, Entropie/Thermodynamik, absolute biosphärische Grenzen, materieller Ressourcendurchsatz, Postwachstum, Suffizienz, ökologischer Fußabdruck, Unsicherheit und Vorsichtsprinzip, Glücksforschung)
- Feminismus (H; Gender, soziale Zuschreibungen, Diskriminierung, männliches Dominanzverhalten als Habitus, Hausarbeit, Empathie)

Nach einer kritischen Vorabdurchsicht der LB und bereits vorliegender Einteilungsversuche (vgl. z. B. M 1 - M 6 bei Beckenbach et al. 2016, Kapitel 6 und 7) sollen folgende Charakteristika zur Erfassung des begrifflichen und konzeptionellen Netzwerks des Mainstreams (I und II) dienen, deren Abkürzungen (M1 bis M11 und H1 bis H11 für die Heterodoxie) bei der folgenden Inhaltsanalyse verwendet werden:

**M1.** Die VWL befasst sich mit dem Studium freiwilliger Wahlhandlungen (Konsumtensoveränität) unter Knappheitsbedingungen. Die ‚Produktionsfunktion‘ des materiellen Wohlstands basiert auf materiellen Quellen: (Boden,) Kapital und Arbeit.

**M2.** Ökonomische Akteur\_innen sind durch optimierend-rationales, utilitaristisches Selbstinteresse motiviert. Sie folgen einer instrumentellen, strategischen (Spieltheorie) oder in der Neuen Institutionenökonomie als anthropologisch konstant angenommenen opportunistischen Handlungsorientierung und sind ggf. durch *bounded rationality* beschränkt (M II). Auf der Grundlage eines gegebenen Sets an Präferenzen versuchen sie, die Befriedigung ihrer insgesamt unbegrenzten eigenen Konsumbedürfnisse zu maximieren.

Folgerichtig gilt der methodologische Individualismus, d. h. der Ausgangspunkt liegt auf dem individuellen Verhalten, das zu ökonomischen Strukturen und Phänomenen führt. Eine Mikrofundierung der Makroökonomie wird als vorteilhaft angesehen.

**M3.** Allokative Effizienz und BIP-Wachstum sind die impliziten oder expliziten primären Ziele der Wirtschaft und Garanten für Wohlstand und Wohlbefinden.

**M4.** Das sich im freien Spiel der Marktkräfte herausbildende System relativer Preise ist die entscheidende Voraussetzung für ökonomische Effizienz. Es gilt das Substitutionstheorem. Es wird – implizit oder explizit – eine Preis/Angebots/Nachfrage-Werttheorie vertreten (Alfred Marshall). Alle Märkte besitzen im Prinzip eine ähnliche Systemlogik und – unter Einschluss des Arbeitsmarktes – keine bereichsspezifischen Eigenlogiken. Daher sind wirtschaftspolitische Musteraussagen unabhängig von raumzeitlichen Umständen möglich. Eine solche (implizite) Aussage lautet: Es gibt nur dann unfreiwillige Arbeitslosigkeit, wenn staatliche Eingriffe in den freien Preisbildungsprozess erfolgen oder andere Gründe für Preisrigiditäten vorliegen.

Es wird eine voluntaristische Sozialkontrakttheorie vorausgesetzt, die oft mit einer grundsätzlichen Skepsis (Arrow-Paradox) gegenüber demokratischen Entscheidungsprozessen einhergeht. Die systeminhärente Tendenz zur Stabilität durch Markträumung wird angenommen, oder sie gilt als anzustrebende Lösung durch entsprechende Reformen, die unsichtbare Handprozesse ermöglichen, was auch anhand verschiedener, in LB oft anzutreffender statischer und partialanalytischer Gleichgewichtskonzepte untersucht wird.

**M5.** Externe Eingriffe in den Marktprozess z. B. durch Regierungen stören im Prinzip das Marktsystem und reduzieren seine Effizienz (Bsp.: Nettowohlfahrtsverluste durch Steuerbelastungen). Hieraus folgt als Politikempfehlung entweder (a) eine Politik des Laissez-faire oder (b) begrenzter Interventionismus i. w. S. Falls wirtschaftspolitische Eingriffe für nötig erachtet werden, sind die zu lösenden Probleme klar definiert und strukturiert und die Maßnahmen und ihre Wirkungen lassen sich eindeutig beschreiben. Globale Kapitalmobilität, freie Wechselkurse und Freihandel führen modelllogisch in der Regel zu einer Win-win-Situation und automatischen Handelsgewinnen v. a. dank der Realisierung komparativer Kostenvorteile.

**M6.** Die vorherrschenden Modelle und Ansätze setzen eine logische Zeit, im Unterschied zu einer irreversiblen, historischen Zeit, voraus. Es wird hinsichtlich der Entwicklung der VWL als Wissenschaft von einem linearen Fortschrittsgedanken ausgegangen, die Geschichte des ökonomischen Denkens und der Theoriekorpus früherer Denkschulen ist für die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie daher nicht wichtig.



**M7.** Ungleichheit, Armut und (Markt-)Macht stehen nicht im Fokus der ökonomischen Analyse. Sie sind keine maßgeblichen oder vom Marktgeschehen unabhängigen Einflussfaktoren. Ungleichheit wird z. B. (implizit) als Ausdruck ökonomischer Gesetzmäßigkeiten (Arbeitsangebotselastizität) gedeutet oder sie wird von politischen Eingriffen (z. B. *Rent Seeking*) beeinflusst. Die (Ausgangs-)Verteilung wird als gegeben vorausgesetzt. Sie ist aus rein theoretischer Perspektive nicht ‚wertneutral‘ beurteilbar und spielt (daher) nur eine sekundäre Rolle. Umverteilung steht in einem Zielkonflikt zur Markteffizienz.

**M8.** In einer arbeitsteiligen Wirtschaft dient Geld primär als Tauschmittel und Recheninheit (die Funktion als Wertspeicher wird meist erwähnt, spielt dann aber oft nur eine untergeordnete Rolle). Grundsätzlich gilt die Neutralität des Geldes. Sie kann in der kurzen Frist eingeschränkt sein (M II). Der FIRE-Sektor (*Finance, Insurance* und *Real Estate*) spielt eine zweitrangige Rolle und wird nicht (oder kaum: M II) in den allgemeinen Theorierahmen integriert. Banken fungieren als Intermediäre.

**M9.** Die natürliche Umwelt, die Quelle aller Energie und Materie und das Auffangbecken aller Abfälle, ist kein komplementärer und letztbegrenzender Faktor allen Wirtschaftens. Umweltökonomische Fragen werden nur in hinteren Kapiteln der LB behandelt. Der Boden als dritter Produktionsfaktor spielt keine Rolle.

**M10.** Das idealtypisch konzipierte Wirtschaftssystem gilt als fortgeschrittene und einzig sinnvolle natürliche Ordnung. Bestehende realökonomische Institutionen (Privateigentum, Lohnarbeit, Geldschöpfung durch Privatbanken usw.) sind der nichthinterfragte, selbstverständliche Rahmen und nur innerhalb dieses Rahmens werden Politikalternativen in Betracht gezogen. Die meisten Ökonom\_innen verstehen sich als unpolitische Expert\_innen. Sie beraten die Politik und unterbreiten ihr als Spezialist\_innen vermeintlich rein sachorientierte, realistische und evidenzbasierte Vorschläge.

**M11.** Als methodologisches Vorbild gilt der *modeling approach*, den Solow als ‚*loose fitting positivism*‘ bezeichnete, d. h. ökonomische Forschung und Politikempfehlungen erfolgen vermittelt formal-mathematischer (Ad-hoc-)Modelle (einschließlich der Spieltheorie), die möglichst empirisch (*data mining*), ökonometrisch oder experimentell zu testen sind. Ansätze, die diesem Vorgehen nicht folgen, gelten als ‚unwissenschaftlich‘. Unsicherheit gibt es in Formalmodellen zwangsläufig nicht, wohl aber stochastisches Risiko.

Es gilt die besonders von Samuelson und Lucas hervorgehobene Annahme der Ergodizität, nach der die (Vor-)Geschichte eines Systems nicht relevant ist (contra Wirtschaftsgeschichte), weil keine Pfadabhängigkeiten und keine Abhängigkeit von den Ausgangskonstellationen bestehen.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Primäre Hilfs- und Nachbarwissenschaft ist die Mathematik. Zur Vereinfachung und Handhabbarkeit werden oft starke Ceteris-Paribus-Annahmen (unter sonst gleichen Bedingungen) getroffen. Die Ökonomie gilt als abstraktes, dekomponierbares, geschlossenes, mechanisches System (Maschinenmetapher) mit fixen und über einen relevanten Zeitraum eindeutigen Funktionsbeziehungen („Gesetzen“) zwischen den Variablen. Ereignisregularitäten ermöglichen Prognosen.

Zur Kontrastierung sollen zu den 11 Kernbausteinen des Mainstreams I und II auch 11 heterodoxe Kontrapunkte formuliert werden, von denen nicht behauptet wird, dass sie das heterodoxe Spektrum voll abdecken. Viele Vertreter\_innen heterodoxer Strömungen stimmen in mindestens einigen der folgenden Kontrapunkte überein, die spiegelbildlich zu den 11 Ausgangspunkten des Mainstreams angelegt sind:

**H1.** Die VWL beschäftigt sich umfassend mit sozialer Versorgung (*social provisioning*) einschließlich der Befriedigung basaler physischer Bedürfnisse für alle (inkl. Gesundheit, Basiseinkommen usw.). Die „Produktionsfunktion“ hängt auch stark von immateriellen Quellen ab: Kreativität, Kultur, Bildung und Sozialvertrauen. Universal gültige ökonomische Prinzipien oder Heuristiken gibt es nicht.

**H2.** Bedürfnisse werden über kulturelle Normen, geographische und historische Umstände und institutionelle Faktoren sozial erzeugt und sind individuell oft lexikographisch geordnet. Knappheit hängt von der kulturellen Definition der Situation und des Lebenssinns sowie den vorherrschenden Institutionen ab. Es gilt der methodologische Holismus, d. h. ein Schwerpunkt liegt auf ökonomischen Strukturen mit emergenten Eigenschaften, die individuelles Verhalten formen. In der Heterodoxie gibt es verschiedene, sich oft ergänzende Menschenbilder.

Einige Ansätze sehen den Menschen anthropologisch als Homo duplex mit einer sowohl utilitaristisch-selbstorientierten als auch einer moralisch-altruistischen Dimension (prosoziale Normen). Diese Orientierungen können sich durchaus widersprechen, was eine einfache und eindeutige klassische Konditionierung über Anreize und die Berechnen- und Vorhersagbarkeit der ökonomisch handelnden Akteur\_innen in Frage stellt.

Zweckrationales Handeln folgt primär einer prozedural-lokalen Rationalität unter zu meist konstitutivem Wissensmangel. Neben der vom Mainstream einzig eingefangenen instrumentell und strategisch (Spieltheorie, Neue Institutionenökonomie) ausgerichteten nutzenmaximierenden Rationalität lassen sich auch die sozioökonomische (starke Reziprozität), die postkeynesianische intuitive, die institutionalistische gruppenabhängige, die kommunikativ-verständigungsorientierte und die ökologisch-feministische bzw. (vor)sorgende Rationalität unterscheiden. Institutionen beeinflussen maßgeblich Wirtschaft und Gesellschaft.

**H3.** Neben dem materiellen Lebensstandard und den Konsumbedürfnissen gibt es auch nichtmaterielle Bedürfnisse, die in der Volkswirtschaftslehre auch als Zielwerte berücksichtigt werden müssen. Hierzu zählen: verantwortungsbewusste, partizipative Regierungsführung, ein soziales Sicherheitsnetz, Gesundheit für alle, kulturelle und ökologische Diversität und Resilienz, bezahlbare Bildung und der Abbau extremer Einkommens- und Vermögensungleichheit im nationalen, europäischen und internationalen Bereich.

**H4.** Ökonomische Systeme sind menschliche Schöpfungen. Märkte sind Institutionen, d. h. regelbasierte Artefakte, die auf juridisch-institutionellen Einbettungen beruhen. Sie sind im Falle von Marktwirtschaften intern dynamisch, evolutionär und ständigen Veränderungen unterworfen. Sie weisen nicht prinzipiell oder zwangsläufig Selbststabilisierungsmechanismen auf, sondern können durch kumulierende Instabilitäten, positive Rückkoppelungen, permanente Ungleichgewichte, chaotische Verläufe und Selbstdegeneration (Spielregelmanipulationen, Vermachtung usw.) gekennzeichnet sein.

Von der Mikro- auf die Makroebene zu schließen kann zu gravierenden Fehlurteilen führen (wegen *Fallacies of composition* und saldenmechanischen Zusammenhängen). Märkte weisen oft bereichsspezifische Besonderheiten auf (Beispiel: Arbeitsmarkt). Es gibt keine interessenneutralen, erstbesten Marktinstitutionalisierungen und Regelungen. Der Staat wird häufig durch stratifikatorische Überlagerung (Ungleichheitstheorien) gekennzeichnet.

**H5.** Da Märkte stets Ausdruck eines meist öffentlich oder staatlich festgelegten Regelwerkes sind, ist die Annahme einer nichtregulierten, freien Laissez-faire-Marktwirtschaft, in die die Makropolitik als Intervention von außen eingreift, ein Widerspruch in sich. Die demokratisch konstituierte öffentliche Hand definiert legitime und illegitime Handlungen und Institutionen des ökonomischen Systems.

Es hängt von den spezifischen räumlichen und zeitlichen Bedingungen ab, ob und welche ‚Interventions‘-Maßnahmen für das Allgemeinwohl förderlich sind. Steuern sind ein notwendiger Bestandteil in einer gemischten Wirtschaftsordnung. Es gilt, einen ausgewogenen Ausgleich zwischen einer Kernsphäre (Haushalte, Familien, lokale Gemeinschaften, subsistenzökonomische Zusammenhänge), einer formalen Markt- und Businesssphäre, einer öffentlichen Sphäre und einem informellen Bereich (Tauschringe usw.) zu gestalten.

Die Wirtschaftspolitik beruht nicht auf quasitechnischen, erstbesten Lösungen, sondern auf einem vernünftigen Abwägen von Interessenkonflikten (*cui bono?*) unter Berücksichtigung von Metaexternalitäten (Auswirkungen auf das Gesamtsystem, z. B. auf den sozialen Zusammenhalt oder globale öffentliche Güter). Fairer Handel ist eine zu gestaltende politökonomische Aufgabe, die internationale politische Institutionen auf

Augenhöhe mit den globalen privaten Akteur\_innen voraussetzt. Handelsgewinne können vorliegen, sie hängen aber von den konkreten Bedingungen ab. Auch globale Kapitalmobilität und freie Wechselkurse sind nicht unbedingt vorteilhaft (Minsky-Blasen, *Sudden Stopps* usw.).

Es gibt ggf. gute Gründe für Schutzmaßnahmen („Protektionismus“): List'sche Erziehungszölle, unerwünschte Verteilungseffekte, ökologische Folgen, *race to the bottom* (Steuererosion und sozialökologisches Dumping) und das Unterlaufen demokratischer *Governance* auch durch starke multinationale Konzerne.

**H6.** Es gibt mehrere unterschiedliche, sich zum Teil widersprechende und trotzdem komplementäre Theorieansätze. Ökonom\_innen stimmen häufig nicht in ihren Deutungen und Vorschlägen überein. Meinungsverschiedenheiten sind normal. Ökonomische Theorien können nur im Kontext ihres Entstehungszusammenhangs verstanden werden, da sie auch wesentlich durch theorieexterne wirtschaftspolitische Debatten, zeitgebundene weltanschauliche Ansichten und Interessenlagen beeinflusst werden.

Grundlegende wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Fragen stellen sich immer wieder neu und aus verschiedenen Blickwinkeln. Häufig greifen neuere Theoriestränge auf überholt geglaubte Ansätze zurück (sogenanntes *backtracking*). Die Geschichte des ökonomischen Denkens und wirtschaftsgeschichtliche Kenntnisse sollten auch deshalb wichtige Bestandteile der ökonomischen Lehre und Forschung sein.

**H7.** Ungleichheit und ungleiche Verteilung, Armut und Macht sind keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten geschuldeten Zwangsläufigkeiten. Die Einflussfaktoren Rasse, Geschlecht und soziale Gruppen- bzw. Klassenzugehörigkeit spielen eine eigenständige Rolle und können reale ökonomische Prozesse erheblich beeinflussen.

**H8.** Das Geld- und Finanzsystem ist kein quasiphysikalisches Phänomen mit natürlichen Eigenschaften, sondern eine soziale Konstruktion mit mannigfaltigen, interessen- und verteilungswirksamen Ausgestaltungsmöglichkeiten. Es besteht keine Neutralität des Geldes im engeren ökonomischen Sinne. Es gibt verschiedene, qualitativ nicht eindeutig priorisierbare geldtheoretische Ansätze, die auch unterschiedliche geldpolitische Zielfunktionen beinhalten können.

**H9.** In der heutigen Ära ökologischer Begrenzungen stellt die natürliche Umwelt – durch den Menschen verursacht – den wichtigsten Knappheitsfaktor dar, der in keiner ökonomischen Analyse unberücksichtigt bleiben darf und von vornherein und durchgängig einzubeziehen ist.

**H10.** Die Volkswirtschaftslehre ist keine wertfreie, sondern eine zwangsläufig wertebasierte Wissenschaft. Überzeugungen und Ideologien beeinflussen ihre Analysen und Folgerungen ungeachtet des vertretenen Imperativs der Wahrheitssuche. In der Sozial-

und Wirtschaftsgeschichte der Menschheit gab es (und wird es wohl auch in Zukunft) sehr unterschiedliche Wirtschaftssysteme (geben), in Abhängigkeit von der Frage des Sinns der menschlichen Existenz. Wirtschaftssysteme wie das marktwirtschaftlich-kapitalistische können sehr unterschiedliche, hinsichtlich ihrer jeweiligen Institutionen komplementär verflochtene Wirtschaftsstile (man vergleiche die Japans, der USA und Deutschlands; vgl. auch die Varieties-of-Capitalism-Debatte) und alternative Institutionen ausbilden (kooperative Unternehmen, Vollgeld usw.).

**H11.** Im Unterschied zu einem positivistischen wissenschaftstheoretischen Selbstverständnis hat nicht zuletzt die Popper/Kuhn/Lakatos/Feyerabend-Diskussion zu einem selbstkritischeren und komplexeren Verständnis dessen geführt, was man unter ‚Wissenschaft‘ versteht. Theorien und Denkschulen haben nach Lakatos im Anschluss an Kuhn einen harten, ‚paradigmatischen‘ Kern, der immun gegen Falsifizierungen ist, um den sich ein flexibler Hilfhypothesengürtel gruppiert, dessen Tatsachenaussagen sich in der Regel – auch dank Immunisierungsstrategien – nicht einfach durch theorieunabhängige ‚Experimente‘ widerlegen lassen.

Daher stellt aus der kritischen Sicht der Heterodoxie der Mainstream einerseits ein geschlossenes Paradigma dar, das aber auch eine erstaunliche Flexibilität aufweist, da recht beliebige Politikempfehlungen dank veränderlicher Annahmen (z. B. Externalitäten, Marktunvollkommenheiten, Skalenerträge) möglich sind.

Im Unterschied zur Auffassung Poppers verläuft der Fortschritt der Wissenschaft nicht über die Eliminierung eindeutig falsifizierbarer Hypothesen und auch im Unterschied zu Kuhns monoparadigmatischer These zur Normalwissenschaft eher über die Konkurrenz sich entwickelnder und teils überlappender Forschungsprogramme und Denkschulen. Diese lassen sich, wenn überhaupt, nur schwer oder gar nicht von einer neutralen Warte aus hinsichtlich Progressivität oder Degeneration beurteilen. Denkschulen stehen in einem komplexen substitutiven und/oder komplementären Verhältnis zueinander (vgl. zu ihren weltanschaulichen Grundlagen, Basishypothesen usw. Harvey 2015, Kapitel 1).

Von einer pluralistischen Sichtweise aus sind Mathematik und Ökonometrie nicht mehr die natürlichen Nachbarwissenschaften und Validierungsmethoden; als solche können z. B. auch Philosophie, Soziologie, Psychologie, Jurisprudenz, Politologie oder Anthropologie dienen, und die Modellierbarkeit ökonomischer Zusammenhänge und Abläufe als einzig legitimes wissenschaftliches Vorgehen ist in Frage zu stellen.

Qualitative Verfahren (Fallstudien, Interviews), Statistik ohne hochraffinierte Ökonometrie, narrativ-hermeneutische sowie normative Ansätze (Wirtschaftsethik), historische Methoden (z. B. Archivarbeit) und ideengeschichtliche Studien sind vollwertige Forschungsansätze. Zusammenfassend gibt es aufgrund der Komplexität des Wirtschaftslebens kein ökonomisches Basismodell, das die wesentlichen Erkenntnisse der Denkschulen enthält: Pluralismus ist unser Schicksal!

### 3 Hal Varians *Grundzüge der Mikroökonomik*

Hal Varian brachte im Jahr 1978 sein erstes mikroökonomisches Lehrbuch heraus, nachdem er 1969 am MIT mit einem Bachelor of Science, 1973 mit einem Master in Mathematik und dann mit einem PhD in Ökonomie an der University of California (Berkeley) abschloss, an der er nach einigen anderen Stationen auch bis zu seiner Emeritierung lehrte. Der US-amerikanische Ökonom befasst(e) sich schwerpunktmäßig mit Wohlfahrts- und Informationsökonomie und mit Gerechtigkeitstheorien.

Seit 2002 war er als Berater (Consultant) bei Google für Ökonometrie, Finanzwesen, Unternehmensstrategie und Öffentlichkeitspolitik tätig. Seit 2007 ist er Chefökonom bei Google. Das Unternehmen wird im Vorwort gleich zweimal erwähnt (Varian 2016, S. XXVI; Varian wird im Folgenden mit V abgekürzt). Auf seine ‚Neben‘-Tätigkeit wird im Lehrbuch nicht hingewiesen, nur auf dem Buchrücken und erst seit der hier untersuchten 9. Auflage aus dem Jahr 2016 findet sich diese Angabe in seiner Kurzbiographie (zu seiner erheblichen und problematischen Rolle bei Google vgl. Matthias Hohensee unter <http://www.wiwo.de/politik/ausland/die-meisterfluesterer-der-chefoekonom-von-google/11805456.html>, Zugriff: 19. Juli 2018). Diese späte und nur auf dem Buchrücken angezeigte Aktivität als Chefökonom Googles entspricht nicht unbedingt den von der *American Economic Association* beschlossenen ethischen Standards für Ökonomen\_innen (vgl. <http://blogs.reuters.com/macroscope/2012/01/06/new-ethics-standards-for-economists/> Zugriff: 19. Jul. 2018).

Varian kann keinesfalls als interessenkonfliktfreier, (wert)neutraler Wissenschaftler angesehen werden. Es sei darauf hingewiesen, dass englischsprachige LB, v. a. für den amerikanischen Markt bestimmte, für oft multinationale Verlage und Autor\_innen eine gewinnträchtige Unternehmung darstellen, bei der es um Millionen gehen kann und ständig leicht veränderte, neue Auflagen der LB zu exorbitant hohen Preisen erscheinen (vgl. zum ausgefeilten System der Ausbeutung der Studierenden, das noch nicht in Deutschland angekommen ist, Peukert 2018a, S. 57-59).

Hiermit mag es zusammenhängen, dass die Verfasser und Herausgeber\_innen des LB wissenschaftliche Präzision und Sorgfaltspflicht vermissen lassen, um Geld zu sparen: Eine einheitliche Zitierweise gibt es nicht, gleich beim ersten Titel (nach mehreren hundert Seiten, vgl. V, S. 647, Fn. 1) werden die Herausgeber als alleinige Autoren angezeigt, Kahneman wird manchmal falsch geschrieben (vgl. V, S. 649, Fn. 3), die Seitenzahlen der Literaturangaben (vgl. V, S. 651, Fn. 6: 150-162 ist richtig und S. 661, Fn. 17: 122-130 ist richtig) oder der Jahrgang stimmen öfters nicht (vgl. V, S. 651, Fn. 6: 27 ist richtig) oder Volume und Seite fehlen völlig (vgl. V, S. 651, Fn. 7 und S. 653, Fn. 9). Artikel, die auch in Zeitschriften erschienen, werden als *Working Paper* zitiert (vgl. V, S. 652, Fn. 8: erschienen im *Journal of Finance* und S. 654, Fn. 11: erschienen im *American Economic Review*) oder das Jahr fehlt und der Beitrag wird nicht nach der Veröffentlichung in einem Journal zitiert (vgl. V, S. 660, Fn. 15: 2007 im *Journal of Economic Behavior and Organization* erschienen).

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Das Vorwort des LB von Varian enthält eine einzige Botschaft: Der Autor befürwortet einen „analytischen Ansatz“ und eine „streng logische Argumentation“. Er beklagt mehrfach den Mangel an mathematischen Vorkenntnissen bei den Studenten, sie „sollten die Differentialrechnung beherrschen, aber sie können sie nicht“ (V, S. XXIII). Mit Mathematik seien Gedankengänge „viel einfacher darstellbar, und alle Studierende der Volkswirtschaftslehre sollten das erkennen“ (V, S. XXIV). Er fordert, „(a)lle Studierenden der Volkswirtschaftslehre sollten fähig sein, eine ökonomische Geschichte in eine Gleichung oder ein Zahlenbeispiel zu übersetzen“ (V, S. XXIV, M11). Dementsprechend lassen sich die Trainingsbücher bereits vorab sehr leicht zusammenfassen: Es wird nur gezeichnet und gerechnet. Ganz leicht macht Varian es den Studierenden aber auch nicht unbedingt. So bleiben gelegentlich Annahmen unerwähnt (bei der Berechnung auf V, S. 288-289 wird z. B. vorausgesetzt, dass  $P_2 = 1$  ist). Hinweise auf Übereinstimmungen mit den 11 Charakteristika erfolgen im weiteren Verlauf wie im vorletzten Satz in Kurzform durch Einfügen von M1 bis M11, NK steht für die angeführten gemeinsamen Elemente der Neoklassik.

Dass es Fragestellungen und Phänomene geben kann, die sich nicht in Zahlen und einem berechenbaren Modell ausdrücken lassen, kommt dem Autor nicht in den Sinn. Er kritisiert ausdrücklich LB im Stile von Pindyck/Rubinfeld (2015):

„In den meisten Lehrbüchern sehen die Studierenden eine Menge Graphiken mit sich verschiebenden Kurven, aber sie werden wenig mit Algebra oder Berechnungen konfrontiert [...]. Graphiken können Verständnis bewirken, aber der wahre Wert ökonomischer Analyse liegt in der Berechnung quantitativer Antworten zu ökonomischen Fragestellungen“ (V, S. XXIV).

Deutlicher kann man sich nicht für einen monistischen, formalen, modelltheoretisch-ökonomischen Ansatz aussprechen. Es überrascht schon, dass dieser Aspekt der einzige Inhalt des Vorwortes ist, in dem er der Mikroökonomie eine primär lösungsorientierte Aufgabe zuspricht. Es finden sich keine Aussagen über inhaltliche oder substantielle Aspekte der Mikroökonomie, mit denen man die Studierenden ggf. für das Fach begeistern könnte. So spricht er sich für möglichst algebraische Darstellungen aus, denn „(z)ur Lösung praktischer Probleme wird [...] Algebra verwendet“ (V, S. XXIV). Es wird sich zeigen, was aus diesem Anspruch für seine Darlegung folgt und ob z. B. Einseitigkeiten der Konsum- und Produktionstheorie vermieden und ob empirisch gehaltvolle Analysen und Beispiele geboten werden.

Ohne mathematischen Anhang und Antworten ist die 9. Auflage auf 844, mit mathematischem Anhang und den Antworten auf 876 Seiten angeschwollen. Viele neue Beispiele wurden im Laufe der Auflagen eingefügt und der Spieltheorie, die bereits in der 1. Auflage mit wenigen Seiten behandelt wurde, wurde seit der 6. Auflage (2004) breiter Raum zugesprochen. Auch kamen seit der 5. Auflage (2001) neue Kapitel zu Auktionen und Informationstechnologie hinzu, die hier unberücksichtigt bleiben (vgl. Peukert 2018a, Kapitel 2). Vorab sei bemerkt, dass die Finanzkrise praktisch spurlos am LB vorüberging; nur wenige, kaum selbstreflexive Bemerkungen wie die Kurzbeschreibung von *Value-at-Risk* seit der 8. Auflage (2011, S. 273) wurden aufgenommen.

Den Kern des LB stellen folgende Themen dar: Budget, Präferenzen, Nutzen, Entscheidung, Nachfrage, Konsumentenrente, Marktnachfrage, Gleichgewicht, Tausch, Gewinnmaximierung,

Technologie, Kostenminimierung, Kostenkurven, Unternehmens- und Branchenangebot, Monopol, externe Effekte und öffentliche Güter. Dies entspricht bereits auf den ersten Blick vollständig den Leeschens Kriterien (vgl. Lee 2010, S. 205-206), obwohl die Überschrift zu seiner Kapitelübersicht *Viele Wege führen zu ökonomischer Erkenntnis* (V, S. XXV) lautet. Zwei Kapitel wurden in der Übersicht vergessen, das neue Kapitel 17 über Messung und Kapitel 31 über Verhaltensökonomie.

Zur freien Wahl in Vorlesungen werden u. a. die Kapitel über Monopolverhalten, Oligopole sowie asymmetrische Informationen gestellt (vgl. V, S. XXV). Es überrascht, dass z. B. das Kapitel zu Oligopolen nicht zu den Kernmodulen gehört, die monopolistische Konkurrenz auf sehr wenigen Seiten in einem dazu nicht zum Kernkanon zählenden Kapitel abgehandelt wird (vgl. V, S. 548-552), sodass es auf die Unterscheidung Monopol versus ‚Konkurrenzmärkte‘ hinausläuft. Faktormärkte werden dem üblicherweise in Vorlesungen nicht behandelten Teil zugeschlagen.

### 3.1 Der ideale Markt

Auf 20 Seiten wird in Kapitel 1 *Der Markt* anhand eines Wohnungsmarktes erläutert. Es soll nur einen raschen Überblick bieten. Das Kapitel gehört etwas überraschend zu den Wahlkapiteln und nicht zum Kernbestand. Wird es als nicht zu den Kernmodulen gehörend übersprungen, beginnt die Mikroökonomie in Kapitel 2 mit den formalen Bestimmungen der Budgetbeschränkung (siehe Kapitel 3.3). Jenseits aller wissenschaftstheoretischen Debatten und Erkenntnisse über die zwangsläufig selektive und von den Fragestellungen und vorwissenschaftlichen Annahmen über den Gegenstandsbereich abhängigen Ausformulierungen von Modellen wird in selbstbewusster Naivität festgestellt: „Die Bedeutung eines Modells liegt im Weglassen irrelevanter Einzelheiten, was der Volkswirtin erlaubt, sich auf das Wesentliche der ökonomischen Wirklichkeit zu konzentrieren, die sie zu verstehen sucht“ (V, S. 1; Varian verwendet fast immer die weibliche Form).

Was aber ist das Wesentliche der ökonomischen Wirklichkeit? Aus der Ideengeschichte des ökonomischen Denkens kann man zumindest lernen, dass es hierüber recht unterschiedliche Meinungen gab und gibt (als Belege vgl. Zamagni 1987, Kapitel 1). Varian scheint hier von einem bzw. einer objektiven, nur an Wahrheitssuche orientierten Wissenschaftler\_in auszugehen, allerdings hatte er im Vorwort die Aufgabe der Mikroökonomie darin gesehen, praktische Probleme zu lösen. Objektive Wesenserkenntnis und praktische Verwertbarkeit scheinen sich parallel entwickeln zu können. Ist wohl das Wesentliche aus Sicht des Chefökonom von Google identisch mit dem, was ein Ökonom, der die Verteilungsungleichheit ins Zentrum seiner Forschung stellt, für wesentlich hält?

Der Folgesatz zum letztgenannten Zitat lautet: „Da uns interessiert, was den Preis von Wohnungen bestimmt, brauchen wir eine vereinfachte Beschreibung des Wohnungsmarktes [...] Im Allgemeinen wollen wir das einfachste Modell heranziehen, das die untersuchte ökonomische Situation beschreiben kann“ (V, S. 1; M11). Es könnte aber auch etwas ganz Anderes interessieren,



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

z. B., was zu tun wäre, um allen Studierenden preisgünstige Wohnungen zu gewährleisten. Warum sollte die Preisbestimmung von Wohnungen (M4) die natürliche, allerwichtigste Fragestellung sein, die sich wie von selbst aufdrängt?

Der Autor beschwichtigt, man könne später Komplikationen hinzufügen, um das Modell realistischer auszugestalten. Aber es wird sich noch zeigen, dass durch die Ausgangsfragestellung das Elementarmodell eine inhaltlich ganz bestimmte, nicht (wert)neutrale Richtung einschlägt.

Ausgegangen wird im Beispiel von einem Wohnungsmarkt einer mittelgroßen Universitätsstadt im amerikanischen Mittelwesten. Die präzise, eigentlich unwichtige Lokalisierung suggeriert Realitätsnähe. Es gibt zwei (Thünen-)Kreise: Wohnungen in unmittelbarer Umgebung der Universität und solche im zweiten, entfernteren Kreis, die billiger sind und wo alle weniger zahlungsbereiten Studenten unterkommen können.

Diese Annahme ist nicht trivial. Gäbe es den äußeren Kreis nicht, könnten dort mangels Zahlungsfähigkeit einige Studierende trotz Zulassung gar nicht studieren. Dann würde sich eigentlich für einen bzw. eine ‚Gerechtigkeitsforscher\_in‘ wie Varian die Frage stellen müssen, wie man diesen Missstand, z. B. durch Wohnungsbau, beheben kann. Die finanziellen Ausgangsausstattungen der Studierenden rückten dann zwangsläufig ins Blickfeld. Wahrscheinlich müssten viele Studierende sehr weite Fahrtwege in Kauf nehmen, vom Studium abhaltende Nebenjobs annehmen und/oder in sehr kleinen Zimmern eventuell zu mehreren wohnen (diese Problematik wird z. B. bei Frank/Bernanke 2009, S. 73 aufgegriffen).

In Varians Modell besteht kein Wohnungsproblem, da man zur Uni vom äußeren Ring aus „entweder mit dem Bus oder mit dem Rad fahren“ (V, S. 2) kann. Dank der nunmehr nicht mehr ganz beliebig und unschuldig erscheinenden Annahme einer mittelgroßen Unistadt im Mittelwesten kommen die eben erwähnten Probleme in dieser Form dank der Konstruktion des Fallbeispiels nicht auf.

Was ‚uns‘ als Ökonom\_innen selbstverständlich in erster Linie interessiert sei die Frage, was den Preis im inneren Ring bestimmt (V, S. 2; M4). Vor der Beantwortung werden noch einige Zusatzannahmen eingestreut. Es wird im Modell z. B. angenommen, dass alle Wohnungen außer ihrer Lage gleich sind. Es besteht also implizit vollkommene Information auf Seiten der Nachfrager\_innen, sodass die Stiglitzschen Informationsasymmetrien (vgl. Stiglitz 2002) und ihre Folgen für die Beurteilung von reinen Marktlösungen ausgeschlossen sind. Nähme man eine gewisse Produktdifferenzierung hinsichtlich der Qualität der Wohnungen an, käme eher ein Modell monopolistischer Konkurrenz heraus. Würde man Suchkosten einbeziehen, könnte auf einem angespannten Wohnungsmarkt trotz vieler Anbieter\_innen auch der Monopolpreis resultieren (zum Belege vgl. Hill/Myatt 2010, S. 55; Keen 2011, S. 55).

Implizit wird auch auf der Angebotsseite ein vollkommener Konkurrenzmarkt vorausgesetzt, von dem aber meist eher unbestimmt als „dem Markt für innere Wohnungen“ die Rede ist, dessen (Einheits-)Preis „durch Kräfte bestimmt wird, die im Modell beschrieben werden“ (V, S. 2). Diese



noch zu beschreibenden Kräfte setzen die Annahmen der vollkommenen Konkurrenz voraus. Obwohl sie hinsichtlich Realitätsgehalt ein Grenzfall ist, wird sie dennoch bei der Beurteilung wirtschaftlicher Phänomene und anderer Marktformen in LB meist als Vergleichspunkt hinsichtlich allokativer und produktiver Effizienz herangezogen. An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, dass eine Vielzahl an Annahmen getroffen werden muss (homogene Güter, vollständige Markttransparenz, mengen- und nicht preisanpassende Unternehmen usw.), um formal sauber von vollständigem Wettbewerb zu sprechen, gerade weil Varian diese Voraussetzungen nicht alle explizit aufführt (vgl. Bumas 1999, Kapitel 7; Peukert 2018a, S. 66-67; NK, M1 ,2, 4, 5a, 6, 7, 10 und 11).

Als Rahmen der Analyse werden ohne jegliche nähere Begründung das Optimierungs- und das Gleichgewichtsprinzip eingeführt, die meistens in der VWL verwendet würden (M2). Das Optimierungsprinzip sei fast tautologisch und verstehe sich eigentlich von selbst, denn Menschen wählen natürlich die für sie besten Konsummuster. In diesem Modell erscheint die an sich sehr voraussetzungsvolle Annahme bewusster Optimierung tatsächlich aber auch nur deshalb trivial, weil es nur die zwei Preise des äußeren und inneren Ringes des homogenen Gutes ‚Wohnraum‘ gibt. Das Gleichgewichtsprinzip sei ein wenig problematisches, demgemäß sich die Preise so lange anpassen, bis die nachgefragte Menge gleich der angebotenen Menge sei (vgl. V, S. 3; vgl. hierzu die Kritik von Gräbner 2016).

Gedanklich setzt dies eigentlich anfängliche Tauschprozesse zu Ungleichgewichtspreisen voraus, was im Angebots-Nachfrage-Schaubild dann aber ausgeschlossen wird (M4). Varian wählt hier implizit den Walrasianischen Ansatz des *competitive trading*, bei dem ein ideeller bzw. eine ideale Marktwächter\_in oder Auktionator\_in vor Produktions- und Tauschbeginn so lange die Preise und Mengen ausruft und abstimmen lässt, bis sich markträumende Preise ergeben. Auf wenigen Märkten wie dem Aktienmarkt gibt es tatsächlich ein solches Verfahren. Dem stehen Edgeworthsche *negotiated transactions*, d. h. Tauschvorgänge auch zu Ungleichgewichtspreisen, gegenüber, bei denen Tausch gesehen wird

„as a kind of game in which agents present themselves with a certain quantity of goods and the objective of achieving a maximum personal gain. There is no fixed price mechanism at work here. Rather, agents look around to find those agreements which most afford them the most convenient exchanges“ (Zamagni 1987, S. 96).

Wie selbstverständlich wird bei Varian das *Competitive-Trading*-Modell unterstellt, obwohl im realen Wirtschaftsleben *negotiated transactions* vorherrschen dürften. Bei ihnen ändern sich mit jeder Transaktion die individuellen Ausstattung; auch die Verteilung variiert kontinuierlich, was mit der einfachen Methode der komparativen statischen Partialanalyse nicht darstellbar ist und zudem zu keinem aus den Angeboten und Nachfragen eindeutig ableitbaren Gleichgewichtspunkt führt, sondern vom historischen Entwicklungspfad der Tauschvorgänge abhängt. Erst etwas später wird beiläufig präzisiert, dass wir es mit „vielen unabhängigen Vermietern“ (V, S. 6) zu tun haben; andere Marktformen seien sicherlich möglich (vgl. V, S. 6).

Zamagni erläutert den Unterschied zwischen Walras' und Marshalls Ansatz (Zamagni 1987, S. 102-106). Bei Marshall erfolgen die Anpassungsprozesse wesentlich über Mengenanpassungen und nicht alle Akteur\_innen sind Preisnehmer\_innen, was zu unterschiedlichen Beurteilungen von Gleichgewichten als stabilen oder instabilen führen kann. Zamagni weist auch auf die Bedeutung von Erwartungen hin, um den sehr mechanischen Charakter der bisherigen Gleichgewichtsanalyse etwas zu überwinden. Neben dem Spinnwebtheorem führt er als Annäherung an reale Vorgänge auch Hicks' Konzept der Elastizität der Erwartungen an: Steigt der Preis eines Gutes, und die Erwartungen sind unelastisch, so werden Spekulant\_innen die Preiserhöhung für ein temporäres Phänomen halten. Dann werden diese Käufer\_innen versuchen, ihre Käufe zu verschieben, bis der Preis wieder zum vorherigen Niveau sinken wird. Die Produzent\_innen werden ihre Angebote erhöhen. Auf diese Weise stabilisiert sich der Markt(preis). Anders verhält es sich bei elastischen Erwartungen: In diesem Fall werden die Käufe in Erwartung weiterer und dauerhaft steigender Preise erhöht und die Verkäufer\_innen rationieren ihre Angebote, sodass die Preise in Übereinstimmung mit den Erwartungen weiter steigen werden. Es ergeben sich dann starke Preisfluktuationen (vgl. Zamagni 1987, S. 111-112).

Schließlich führt Zamagni noch die Unterscheidung von reinen *flow* und *stock markets* an (vgl. Zamagni 1987, S. 112-113). Bei Letzteren kommen Lagerbestände vor, um temporäre Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage auszugleichen, aber auch, um Spekulation zu betreiben. Varian nimmt stets Markträumung an, Spekulation wird konzeptionell von vornherein ausgeschlossen. Man darf sich dann nicht wundern, wenn die Studierenden später dank einer solchen normalfallbedingten *déformation professionnelle* wenig Sensibilität für kritische Entwicklungen auf den Wohnungs- und (Finanz-)Märkten entwickeln. Die angeführten Ergänzungen sollen andeuten, wie hochrestriktiv der Aufschlag Varians ausfällt, ohne dass dies für die Studierenden transparent wäre.

Diesen Einseitigkeiten kann eine weitere hinzugefügt werden. Gäbe es ein Konkurrenzmodell mit einer gewissen Marktmacht z. B. einer lokalen, privatwirtschaftlichen Wohnungsbauorganisation, sähe das Modell anders aus und würde als Gegenmacht eine eventuell politisch erzwungene zentrale Vermittlung der Wohnungen durch die Universität nahelegen, die mit den Anbieteroligopolen oder Monopolen verhandelt, um niedrigere Preise durchzusetzen. Nur aufgrund der getroffenen Annahmen kann auch zur Exemplifizierung der komparativen Statik das Resultat erzielt werden, dass die Erhebung einer Wohnungssteuer weder Angebot noch Nachfrage oder den Gleichgewichtspreis in der kurzen Frist verändert (vgl. V, S. 9-12; M5).

Dieses Ergebnis hängt vollständig von den getroffenen, restriktiven Annahmen ab, die demnach nicht nur gut gemeinte didaktische Vereinfachungen darstellen. Es ist in gewisser Weise kontraintuitiv und stellt im ganzen Kapitel wohl das einzige auf den ersten Blick überraschende Ergebnis des Modells vor. Es ist erwähnenswert, dass der Staat hier nur als externer, Steuern erhebender Störfaktor (M5) vorkommt und z. B. legislative Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsproblematik (z. B. eine vorgeschriebene Quote für Sozialwohnungen bei Neubauten wie in München) als raffiniertere Steuerungsmaßnahmen der zweiten Generation nicht vorkommen.

Insgesamt liegt ansonsten bei Varian ein völlig institutionenfreies Marktgeschehen vor, das konsequent, außer in den letzten Kapiteln über externe Effekte und öffentliche Güter (ab Kapitel 35), scheinbar ohne jegliche nötige Rahmengesetzgebung auszukommen scheint. Ein früheres Auftauchen ist angesichts der Modellannahmen auch gar nicht nötig, da dank der unterstellten Gleichgewichtstendenz „die Handlungen der ökonomischen Akteure miteinander konsistent sind“ (V, S. 3). Hierbei interessiert laut der Aussage an gleicher Stelle nur der Gleichgewichtspreis, „nicht jedoch, wie der Markt zu diesem Gleichgewicht kommt“ (V, S. 3). Aber durch die im LB folgende Darstellung des Gleichgewichtspreises anhand des Angebots- und Nachfrageschemas wird doch eine für alle benevolente und nicht verbesserbare Dynamik durch das automatisch-mechanische Wirken der Marktkräfte auf einem atomisierten Markt nahegelegt (M4 und M11).

Demgegenüber ist entgegen dem optischen Eindruck unzweifelhafter Schnittpunkte der Kurven festzuhalten: Ein „Diagramm selbst ist nicht geeignet, irgend etwas zu beweisen, sondern nur Worte zu sparen. Selbst so muß es mit Vorsicht gebraucht werden“ (Robinson/Eatwell 1980, S. 234). Unter anderem deshalb, weil es tatsächliche dynamische Anpassungsprozesse auf eine mechanische Analogie verkürzt, denn

„wenn die Zeit in die Beweisführung eingeführt wird, was bedeuten dann die Kurven? Wenn der Preis heute  $OP_1$  ist [das Angebot ist größer als die Nachfrage], würde die gekaufte Menge nicht die gleiche sein, falls die Käufer wüßten, daß eine Preissenkung erwartet wird, als sie es sein würde, wenn sie von der langen Erfahrung seiner Konstanz ausgingen [...] Darüber hinaus ist die Idee der Vorwärtstendenz auf eine Position zu, die niemals tatsächlich erreicht wird, nicht leicht zu begreifen. Wie lange wird erwartet, werden die Bedingungen, die den Kurven zugrundeliegen, in Kraft bleiben, während der Markt schwankt? Werden nicht die Bewegungen selbst die Position beeinflussen, auf die sie sich zubewegen?“ (Robinson/Eatwell 1980, S. 234).

Durch die Ausklammerung der Dynamik entgeht man auch den z. B. bei Pindyck/Rubinfeld (2015, v. a. in den ersten Kapiteln) auftretenden Fallstricken, z. B. der Annahme der Preisnehmer\_innen und der Frage, wie und wer dann die Preise anpasst. Der Anspruch einer dynamisch-empirischen Analyse wird nicht erhoben, obwohl man alternative dynamische Anpassungsprozesse durchaus elementar in einem Angebots-Nachfrage-Schema darstellen kann (vgl. Cohn 2007, Kapitel 5). Aber eine Musteraussage trifft der Autor aus der hohlen Hand dennoch: Zwar könnten zu bestimmten Zeiten Angebot und Nachfrage nicht übereinstimmen und sogar das ganze System destabilisierende Entwicklungen auftreten: „Das alles kann passieren [...] aber üblicherweise geschieht es nicht“ (V, S. 3). Vom Wohnungsmarkt einer mittelgroßen Unistadt im Mittelwesten der USA aus, die anscheinend nicht von der *Subprime*-Krise tangiert wurde, wird mutig auf allgemeine marktwirtschaftliche Gleichgewichtsprozesse generalisiert. Varian sieht sich nicht veranlasst, dieses harmonische Bild nach der amerikanischen Immobilienkrise seit 2007 auch nur minimal zu relativieren.

Es folgt die Ableitung der Nachfragekurve aus den Zahlungsbereitschaften der Studierenden bei einer kurzfristig vertikalen Angebotskurve. Auch wird unterstellt, dass man die zukünftigen Nutzen genau vorhersagen kann. Muss man sich z. B. zwischen dem Kauf eines Pianos und vielen

Pizzas in der Zukunft entscheiden, so dürften hierfür die reale Einkommensentwicklung, Gesundheitsinformationen, der Konsum der relevanten Bezugsgruppe usw. eine Rolle spielen; über all diese Einflussfaktoren müsste man vorab Bescheid wissen (vgl. z. B. das Schaubild bei Bumas 1999, S. 94 zur binären Nachfrage).

Im LB kommt es auf jeden Fall zu einem Schnittpunkt und der Gleichgewichtspreis wird in der kurzen Frist durch die Vorbehaltspreise unter Voraussetzung eines fixen Angebots determiniert (M4). Das Endergebnis des Modells ist auch unter sozialen Gesichtspunkten erfreulich: Diejenigen mit geringer Zahlungsbereitschaft finden dank der Annahme Varians Wohnungen im äußeren Ring (dort könnten, wie erwähnt, als Alternativszenario die Preise für viele auch zu hoch sein). Der Gleichgewichtspreis erfreut alle (außer dem bzw. der Grenznachfrager\_in) auch insofern, als ihr Vorbehaltspreis über dem Gleichgewichtspreis liegt und die atomisierten Anbieter\_innen haben auch das für ihr Eigeninteresse maximale Ergebnis erzielt.

Der ideologische Gehalt dieses harmonischen Bildes, das so gar nicht der Situationsbeschreibung vieler Studierender nicht nur in den USA und in Deutschland entspricht, lässt sich auch am Begriff der Zahlungsbereitschaft der Nachfrager\_innen festmachen. Varian fragt nicht, warum einige Studierende viel Geld zu zahlen bereit sind und andere nicht (vgl. auch V, S. 3 unten). Nur ganz am Anfang seines Beispiels bemerkt er, es „würden die meisten Studierenden eine nahegelegene Wohnung bevorzugen [...] sofern sie sich eine leisten können“ (V, S. 2). Was später fehlt und durch den Begriff der Zahlungsbereitschaft überdeckt wird, ist der für viele Studierende wohl wesentliche Aspekt der (womöglich nicht vorhandenen) Zahlungsfähigkeit.

Der Begriff der Bereitschaft legt nahe, dass die Studierenden eine freie, nutzenmaximierende Entscheidung bei der Wahl des inneren oder äußeren Ringes treffen und nicht einfach budgetrestringiert sind (M1). Somit impliziert das begriffliche Framing auch eine bestimmte inhaltliche Tendenzaussage und blockiert kritische Fragen wie die, ob es denn gerecht ist, aus einkommensschwächeren Familien stammende Studierende hinsichtlich der Wohnungssituation zu benachteiligen oder ihnen sogar das Studium bei für sie zu hohen Preisen erheblich zu erschweren oder ganz zu verunmöglichen. Zamagni weist darauf hin, dass der Gleichgewichtsbegriff der LB zwei Definitionen des Gleichgewichts zusammenwirft, nämlich einmal den als Ruheposition ohne inhärente Tendenz zu einer Veränderung und andererseits den als Zustand, bei dem die Akteur\_innen ihre Pläne realisieren können und sich in Positionen befinden, in denen sie zu sein wünschen; dem *equilibrium of rest* steht eines als *as a chosen position* (gemäß Zahlungsbereitschaft) gegenüber. Bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit erreichen z. B. nach Keynes viele Akteur\_innen ihre erwünschte Position nicht, es kann dennoch ein stabiles Ruhegleichgewicht vorliegen (vgl. Zamagni 1987, S. 57).

Varian steigt ab der Überschrift *Andere Möglichkeiten der Allokation von Wohnungen* auf seine Art in einen normativen Diskurs ein. Er unterscheidet die Fälle (1) des diskriminierenden Monopols, bei dem dieselben Personen wie bei einem Konkurrenzmarkt die Wohnungen bekämen, nur in Höhe ihrer *jeweiligen* Zahlungsbereitschaft, (2) des gewöhnlichen Monopols, bei dem

nicht alle Wohnungen vermietet würden und (3) eine Kontrolle der Mieten. Bei ihr ergibt sich eine Überschussnachfrage, bei der wohl nur (teilweise) andere Personen mit längerer Suchbereitschaft oder guten Bekannten in den inneren Ring kämen und Zahlungsbereite aus diesem in den äußeren Ring verdrängt würden. Die Frage einer eventuell sinnvollen, von der Zahlungsfähigkeit unabhängigen Zuteilung wird nicht thematisiert (M7). Man könne nur sagen, dass diejenigen, die eine Wohnung mit Mitpreisbremse haben, bessergestellt sind als im Fall eines Konkurrenzmarktes. Beim diskriminierenden Monopolisten stehe außer Frage, dass trotz der Belegung aller Wohnungen die Vermieter\_innen bestens und die Mieter\_innen schlechter gestellt seien.

Ohne nähere Begründung, warum man genau diese Sichtweise einzunehmen hat, brauche man eine Herangehensweise, bei der die ökonomische Position aller Mieter\_innen und Vermieter\_innen gleichzeitig zu vergleichen sei. Hier kommt das Prinzip der Pareto-Effizienz ins Spiel. „Wenn es eine Möglichkeit gibt, jemanden besser zu stellen, ohne jemand anderen zu benachteiligen - warum sollte man das nicht tun“ (V, S. 16)? Diese rhetorische Frage kann natürlich nur mit Ja beantwortet werden, es ist jedoch etwas ganz Anderes, sie zum vorrangigen oder alleinigen normativen Maßstab zu machen, nicht zuletzt deshalb, weil sich in der realen Welt kaum eine Maßnahme denken lässt, die nicht mindestens eine Person benachteiligt. In der praktischen Wirtschaftspolitik spielt das Pareto-Kriterium überhaupt keine Rolle. Auch im Fall des Vergleichs eines Konkurrenzmarktes, eines gewöhnlichen oder diskriminierenden Monopols oder einer Mietenkontrolle würde beim Übergang von einem zu einem anderen System keine Pareto-Verbesserung vorliegen können.

Daher muss Varian, der dem Pareto-Prinzip viele subtile Implikationen attestiert (vgl. V, S. 16), ein realitätsfernes Gedankenexperiment anstellen: Die Wohnungen werden zunächst im inneren und äußeren Ring per Zufallsprinzip zugewiesen. Es ist selbstverständlich, dass es bei Tauschmöglichkeit Studierende geben wird, die gegen eine Geldzahlung vom inneren in den äußeren Ring wechseln werden und insofern Tauschgewinne realisierbar sind. Varian schneidet somit die Frage einer gerechten Zuteilung auf den Modus freiwilliger, bilateraler Tauschprozesse zu. Dies macht überhaupt nur Sinn, wenn administrativ zugeteilte, von der Zusammensetzung her ineffiziente Ausgangsausstattungen wie beim Lieblingsbeispiel mit Gefängnisinsassen, die gleiche Mengen an Seife und Zigaretten bekommen und dann tauschen, vorausgesetzt werden.

Aus dem Beispiel der beliebigen Zuteilung plus Tauschmöglichkeit folgt im LB, dass am Ende des Prozesses die im inneren Kreis Wohnenden einen höheren Vorbehaltspreis haben als die Bewohner\_innen des äußeren Kreises, da bei jeder anderen Zuteilung die Möglichkeit des Tausches bestünde. Eigentlich funktioniert das Beispiel nur, wenn man auch die gleiche finanzielle Ausgangsausstattung unterstellte, da es Menschen mit Gehbehinderung mit begrenztem Budget geben kann, die unbedingt im inneren Kreis wohnen müssten, aber das Pech hatten, im äußeren Kreis zu landen. Hier zeigt sich wieder die ideologische Komponente der Nichtberücksichtigung der Zahlungsfähigkeit, die Varian auch durch sein unrealistisches Beispiel der Verteilung per Zufallsprinzip umgeht.

So kommt er, ohne Erwähnung vieler notwendiger Annahmen, zum erwünschten Resultat: „Das Ergebnis eines Konkurrenzmarktes ist Pareto-effizient“ (V, S. 17). Auch beim diskriminierenden Monopolisten (wie z. B. Google?) sei das Ergebnis trotz verschiedener Einkommensverteilungen pareto-effizient, da genau dieselben Leute eine Wohnung im inneren Ring haben werden wie bei vollkommener Konkurrenz.

Die Studierenden werden hier darauf vorbereitet, Verteilungsfragen als ökonomisch nur schwer handhabbare, normative Sekundärfragen zu behandeln und sich auf die „Effizienz des Tausches“ (V, S. 17) zu fokussieren, was impliziert, ‚freiwilligen‘ Tauschvorgängen möglichst nichts in den Weg zu legen (M1). Hierbei wird, wie auch im Folgenden, immer unterstellt, „(a) transaction (or contract) is free and fair provided it was agreed to by all parties“ und nicht „(a) transaction (or contract) is free and fair provided all parties had viable alternatives to it and yet decided to go ahead with it“ (Varoufakis 1998, S. 179).

Beim Monopolisten seien aber Verbesserungen möglich, da er zu irgendeinem positiven Preis an jemanden eine weitere Wohnung vermieten könnte, der noch keine Wohnung hat, ohne sonst jemanden schlechter zu stellen. Es wird hierbei vorausgesetzt, dass er die Nachfrager diskriminierend behandeln kann. Relativ werden sich aber doch wohl all diejenigen schlechter gestellt sehen, die einen höheren Preis gezahlt haben. Auch müsste nach dieser Logik der Monopolist schließlich beim Preis des Konkurrenzgleichgewichts landen. Im konstruierten Fall ist natürlich die Mietkontrolle schlecht, da bei unterstellter Zufallszuteilung und nicht z. B. abhängig von der Bedürftigkeit sich sicher Personen finden werden, die gegen Bezahlung in den äußeren Ring umzögen.

Man könnte auch ein Modell konstruieren, bei dem es sich die Hälfte der Studierenden nicht leisten könnte, im inneren Ring zu wohnen. Ihnen würden die Wohnungen des inneren Rings mit Tauschoption zugeteilt. Das wäre auch pareto-effizient und es ginge dann nur um die Zahlungsbereitschaft. Die Pareto-Effizienz ist an sich völlig verteilungsindifferent. „Wenn man alles einer Person gibt, wird dies typischerweise Pareto-effizient sein“ (V, S. 721; zu den ethischen Implikationen und Einseitigkeiten des Pareto-Kriteriums vgl. Wight 2009, S. 53-58).

Auf wenigen Seiten hat Varian im ersten Kapitel seines LB in mustergültiger Stringenz das im ersten Kapitel unter M1-M11 beschriebene Mainstreamparadigma in allen Aspekten entfaltet. Gemäß der für den Mainstream aufgestellten 11 Kriterien steht das Beispiel eindeutig hinsichtlich der philosophischen Letztverankerung auf der Basis des Individualismus und persönlicher Eigentumsrechte und vertritt das wirtschaftspolitische Grundcredo des Wirkens der unsichtbaren Hand, hier am Beispiel des Wohnungsmarktes. Es geht in seinem Modellbeispiel um freiwillige Wahlhandlungen der wohnungssuchenden Student\_innen unter Knappheitsbedingungen (die Preise im inneren Ring). Die Akteur\_innen (Mieter\_innen und Vermieter\_innen) sind durch optimierend-rationales Interesse bestimmt.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Das Modell entspricht dem methodologischen Individualismus, da als bewegende Kräfte nur atomisierte Einzelpersonen auftreten, sich der Gleichgewichtspreis aus der Aggregation individueller Angebote und Nachfragen ergibt und ein partialanalytischer Ansatz gewählt wird. Beim Vergleich der Zuteilungsvarianten (Konkurrenzmarkt, diskriminierendes oder einfaches Monopol und Mietkontrolle) kommt es einzig auf allokativen Effizienz anhand des Pareto-Kriteriums an. Da zur Ermittlung des Gleichgewichtspreises ein Marshallianisches Angebots- und Nachfrage-Diagramm zum Zuge kommt, wird implizit eine Preis-/Angebots-/Nachfrage-Werttheorie angenommen. Es gilt insofern das Substitutionstheorem, als die Studierenden, die nicht im inneren Ring wohnen wollen oder können, im äußeren Ring unterkommen.

Varian behauptet, mit seinem Beispiel die Grundlogik von Marktprozessen zu erfassen, bereichsspezifische Eigenlogiken (z. B. Besonderheiten von Wohnungsmärkten oder des nichtreproduzierbaren Bodens) spielen keine Rolle. Jeder Studierende findet eine Wohnung, dank der Kräfte der unsichtbaren Hand und flexibler Preise findet eine Markträumung statt: Alle Wohnungen sind belegt, ohne Tränen von rationierten Studierenden, die keine Wohnung finden.

Das Gleichgewicht ist dem starken Mainstream I entsprechend ein stabiles und die Welt des Wohnungsmarktes abbildendes reales Phänomen. Mietkontrollen als externe Eingriffe stören den spontanen Selbstanpassungsprozess von Angebot und Nachfrage, sie führen nur zu eher zufälligen Wohlfahrtsgewinnen einiger und zu Wohlfahrtsverlusten anderer und in jedem Fall zu einem Nettowohlfahrtsverlust. Varians Diskussion der Zuteilungsalternativen impliziert, dass die Wirkungen von Gestaltungsformen sich eindeutig ermitteln und rein ökonomisch und dank des Pareto-Kriteriums wertneutral beurteilen lassen. Er befürwortet dem Mainstream I entsprechend eine Politik des Laissez-faire.

Die Akteur\_innen seines Wohnungsmarktes haben keine beschränkte Rationalität, es gibt keine asymmetrischen Informationen oder unvollkommenen Wettbewerb. Er bringt in seinem Modell *Tâtonnement* und *Recontracting* (bei Zufallszuteilung) unter, in seinem Flexpreismodell sind alle Akteur\_innen Preisnehmer\_innen und es gilt die logische Zeit, d. h. die Anpassungsgeschwindigkeit ist am Anfang einer Vermietungsperiode sehr hoch. Die dynamischen Prozesse, die zum Gleichgewicht führen, sind unerheblich und unterliegen keiner Pfadabhängigkeit. Über sinnvolle institutionelle Ausgestaltungen der Wohnraumvermittlung braucht man sich keine Gedanken zu machen.

Ungleichheit, Armut und Macht kommen in der Unistadt im amerikanischen Mittelwesten nicht vor, die Studierenden handeln entsprechend ihrer Zahlungsbereitschaften, die Zahlungsfähigkeit und Studierende, die sich Wohnungen nicht leisten können, gibt es nicht. Geld (die Miete) dient als Tauschmittel. Der FIRE-Sektor und das Problem von Immobilienspekulation werden ausgeschlossen, stattdessen wird generalisierend behauptet: Destabilisierende Marktprozesse ereignen üblicherweise nicht (vgl. V, S. 3).



Die natürliche Umwelt taucht im Modell nicht auf. Der Privatbesitz zu vermietender Wohnungen wird als selbstverständlich und insofern als natürliche Ordnung vorausgesetzt. Mit der Ermittlung des Gleichgewichtspreises anhand des Angebot-Nachfrage-Schemas und des unterstellt wertneutralen Pareto-Kriteriums kommt Ökonom\_innen bei Varian die Rolle der vermeintlich unpolitischen Expert\_innen zu, die scheinbar über den Interessen der (Ver-)Mieter\_innen stehen. Im Vorwort machte er unmissverständlich klar, dass ausgehend von einem linearen Fortschrittsgedanken der *modeling approach* mit zwangsläufig vielen Ceteris-Paribus-Annahmen und Mathematik als Hilfswissenschaft die einzige wissenschaftliche Basis für die VWL sein können.

Das Modell des Wohnungsmarktes entspricht insgesamt in seiner Anlage und Simplizität der Neoklassik vor Keynes. Hierbei erfolgt ein einseitiges, positives *Framing* des Marktes und der Konkurrenzwirtschaft.

„(A)lthough we may recognize the worth of the market as a social coordinator, we may also express our concern at the costs involved in the market's achievement of this important result. For example, the market does little to guarantee what all would describe as a 'just' distribution of resources and opportunities; it does not lead individuals to enjoy their jobs as much as we might wish. The market may encourage exasperated individualism which undermines social cohesion. It may not protect the weak. It may lead to conflict between workers and employers, or between lenders and borrowers. It may work in such a way as to lead to inflation or depression or it may function where we would wish there to be no market (the drugs and stolen goods markets) [...] the division of labour [...] is the cause of many problems and difficulties at both social and personal levels. We need to think of the alienation which develops from the exasperating repetitiveness of certain productive activities, the conflict which arises from the state of the relations in the factory and the problems which arise whenever specialization patterns change owing to technical inventions [...]“ (Zamagni 1987, S. 61).

Weder in diesem einleitenden noch in den weiteren Kapiteln ist von diesen Schattenseiten bzw. Reibungsflächen des Marktsystems auch nur entfernt die Rede.

### 3.2 Eine plurale Sicht des (Wohnungs-)Marktes

Was folgt aus pluraler Sicht aus den hier vorgetragenen Kritikpunkten des Modells? Es kann nicht bestritten werden, dass es auf wie immer ausgestalteten Märkten Kräfte gibt, die unabhängig von den Intentionen der Akteur\_innen in bestimmte Richtungen drängen: Wenn die Anzahl Wohnungssuchender steigt, steigen ohne entgegenwirkende Tendenzen zumindest kurzfristig die Preise. Auch kann im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften wie der Soziologie hier nicht bezweifelt werden, dass das Denken in Modellen wie dem hier vorgestellten hilft, nicht über alles gleichzeitig nachzudenken und sich auf bestimmte Dinge unter Absehung vieler anderer Phänomene und Einflüsse zu konzentrieren.

Wie könnte das Anfangskapitel von Varian weniger einseitig aufgezogen werden? Das LB von Earl beginnt im ersten Kapitel auch mit einem Beispiel zur Wohnungspolitik. Die Frage lautet bei ihm:



„Imagine a situation in which the government wishes to improve the access of the poor to housing. It only wishes to spend a limited sum in this area and wishes to do the best for those at whom its policy is aimed. Would you advise it (i) to use the money to subsidize rents, or (ii) to use the money to increase family income supplements to the poor?“ (Earl 1995, S. 51).

Wenngleich bei Varian noch nicht alle Bausteine zur Beantwortung dieser Frage vorgestellt wurden, so zeigt Earls Frage doch, dass man vermittels Optimierung mit Instrumenten aus dem Mainstreambaukasten auch eine ganz andere Blickrichtung, die des kompetent gestaltenden Staates, einschlagen könnte. Earls Ausführungen weiten den Blick über die reine Optimallösung einer Geldzahlung hinaus, wenn er z. B. aus feministischer Sicht überlegt, ob eine Subvention nicht eventuell besser wäre, sofern die Männer den Geldzuschuss nur für ihren eigenen Privatkonsum usurpieren. Eine für Varians Beispiel modifizierte Wiederholungsfrage (vgl. V, S. 19-20) hätte zumindest ein Minimum an wirtschaftspolitischem Pluralismus einbringen können. Earl stellt auch eine Frage zur Verringerung des Tabakkonsums (vgl. Earl 1995, S. 64-65), die auch die Grenzen des mikroökonomischen Instrumentariums bei bestimmten Fragestellungen beleuchtet.

Im Vorgriff auf Varians folgende Ausführungen sei bemerkt, dass Earl auch einen realistischen alternativen Ansatz zum Konsumentenverhalten anbietet, der im Anschluss u. a. an Lancaster den Konsumenten bzw. die Konsumentin als Produzenten bzw. Produzentin in den Vordergrund stellt (vgl. Earl 1995, S. 52-61). In Kapitel 4 seines LB über *Behavioural perspectives on decision making* (vgl. Earl 1995, S. 67-102) stellt er einen alternativen, dem realen Konsumverhalten entgegenkommenden Ansatz vor, der z. B. kompensatorische Heuristiken zur Bewältigung von (Über-)Komplexität und hybridkontingente Regeln, Framing, kognitive Dissonanzen, Zielkonflikte und viele Beispielfälle enthält, die sich bestens für eine plurale Ergänzung der mikroökonomischen Neoklassik eignen.

Ein alternativer Vorschlag zu Varians idealtypischem Konkurrenzmodell könnte lauten, ein oder zwei Modelle hinzuzufügen, etwa durch Annahme von Angebotskonzentration, Rationierung oder ähnlichem, aus denen dann auch wirtschaftspolitisch konträre Folgerungen zu ziehen wären. Zusätzlich ließen sich die vielen möglichen Phänomene auflisten, die einer unsichtbaren Handlösung à la Varian entgegenstehen, z. B. Suchkosten, Informationsasymmetrien usw. und die zuvor im Zitat von Zamagni (vgl. Zamagni 1987, S. 61) angesprochenen eventuell auftretenden Probleme. Man könnte die Studierenden ermuntern, die Einseitigkeiten des Modells von Varian aus der Sicht anderer Denkschulen zu kritisieren und alternative Modellgeschichten mit womöglich anderen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen zu entwickeln.

So beginnt die Beschreibung der Marktökonomien bei Zamagni mit der Unterscheidung von Flex- und Fixpreisökonomien oder Branchen, wobei bei letzteren „the principle of full cost is at work in the secondary and tertiary sectors (manufactures, services) [...] which are exchanged in mono-oligopolistic markets“ (Zamagni 1987, S. 64-65). Entsprechende postkeynesianische An-

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

sätze und Preissetzungsverhalten gemäß dem Vollkostenprinzip und daraus ableitbare verteilungstheoretische Überlegungen werden im LB Varians mit keinem einzigen Wort erwähnt (vgl. zu ihrer Erläuterung Zamagni 1987, Kapitel 12 und S. 468-470; Earl 1995, S. 260-282).

Des Weiteren könnte man die tatsächlichen, sehr unterschiedlichen, institutionell-juridischen Einbettungen (vgl. Gürak 2012, Kapitel 10) z. B. des Wohnungsmarktes am Beispiel der USA und z. B. Deutschlands ansprechen und zeigen, dass solche Regeln sich nicht anhand des Pareto-Kriteriums aufstellen oder beurteilen lassen, sondern immer eine Abwägung von Interessenkonflikten (hier v. a. zwischen Mieter\_innen und Vermieter\_innen) sind und nicht im engeren Sinne ökonomische, sondern normative Entscheidungen verlangen (vgl. Commons 1924).

Schließlich könnte auch z. B. Anwar Shaiks an der ökonomischen Klassik orientierte, offene und realistische Konzept der *real competition* mit *Price-setting*- und *Price-cutting*-Verhalten innerhalb einer Branche an den Anfang gestellt werden, das ein längeres Zitat verdient.

„Each individual capital operates under this imperative[s of profit and expansion], colliding with others trying to do the same, sometimes succeeding, sometimes just surviving, and sometimes failing altogether. This is *real competition*, antagonistic by nature and turbulent in operation. It is different from so-called perfect competition as war is from ballet. The mobility of capital is inherent in its existence. Capital tied up in labor, plant, equipment, and inventories is fixated and must be used up or sold off before it can adopt a new incarnation. But fresh money capital, borrowed or garnered as profit, always looks over the available list of avatars before making its choice. The profit motive rules in all cases [...]

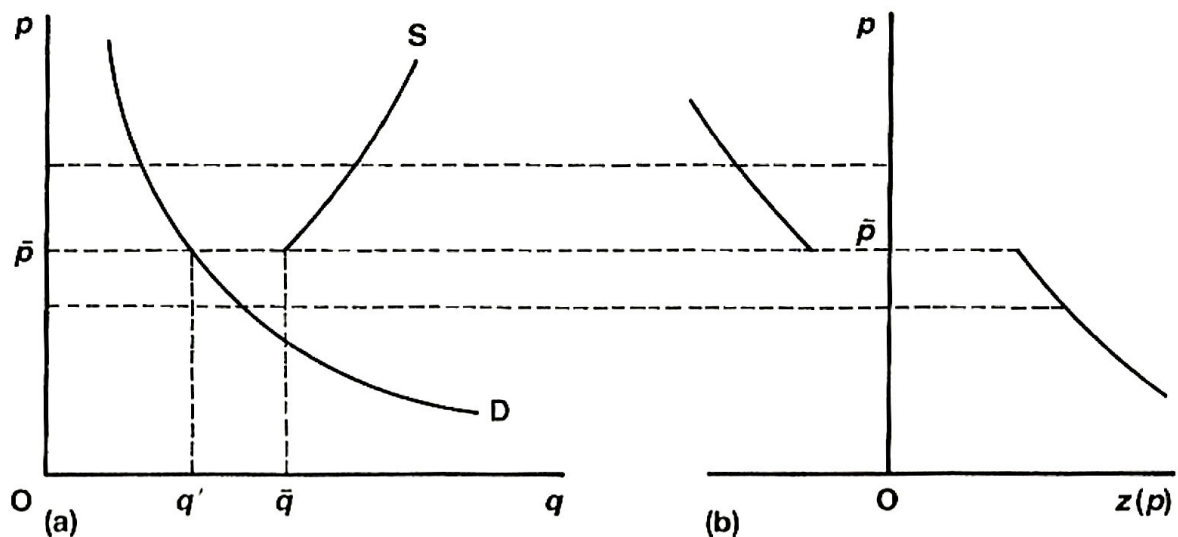
Competition within an industry forces individual producers to set prices with an eye on the market, just as it forces them continually to try to cut costs so that they can cut prices and expand market share. Cost-cutting can take place through wage reduction, increases in the length or intensity of the working day, and through technical change. The latter becomes the central means over the long run. In this context, individual capitals make their decisions based on judgments in the face of an intrinsically indeterminate future, one that remains to be constructed. Competition pits seller against seller, seller against buyer, and buyer against buyer [...] It operates not only on prices and profits but also on wages and rents. Profit is the excess of price over operating costs, and no capital is assured of any profit at all, let alone the 'normal' rate of profit [...] the relevant profit must be that which is defensible in the medium term, which is quite different from the notion of short-term maximum profit emphasized in neoclassical theory [...] firms set prices in light of market conditions and competitive consequences, cutting these prices in order to gain an advantage over their existing competitors and to keep potential ones at bay.

Except for distress sales, price cuts are ultimately limited by costs [...] However, luring more customers to your door with lower prices is of little benefit unless you can increase your normal level of production. The advantage therefore resides in the *lowest cost reproducible* conditions of production [...] The regulating capitals are therefore also the *price-leaders* in an industry. Their price becomes the benchmark for market prices. It follows that non-regulating capitals will be price-followers, and since they must adapt their own selling prices to those of the price-leaders, their profits are residuals“ (Shaik 2016, S. 259-260 und S. 268; vgl. die übersichtliche Tabelle der Wettbewerbseigenschaften innerhalb der und zwischen Branchen auf S. 271 mit zusätzlichen, hier nicht angeführten Eigenschaften und die empirischen Evidenzen seines Ansatzes auf S. 272-326).

Ein solches Wettbewerbskonzept dürfte nach dem hermeneutischen Eindruck des Verfassers dieser Zeilen trotz der eventuell leichten Überbetonung des Aspekts der Kostenreduktion und der Ausblendung anderer Dimensionen (z. B. der Werbung) eine im Vergleich zu Varian realistischere Darstellung des wirtschaftlichen Alltags sein. Varians Kapitel 1 ist im Vergleich z. B. zu Pindyck/Rubinfeld (2015) abstrakter und in gewissem Sinne noch näher am Mainstream (I) anhand seines idealtypischen Beispiels, da in Pindyck/Rubinfelds Kapitel 1 bspw. auch Nichtwettbewerbsmärkte angesprochen werden. Hinsichtlich der ideologischen Implikationen und Verallgemeinerungen ihrer Pro-Markt-Ausführungen liegen die Autoren beider LB aber auf der gleichen Linie.

Diese Linie zeichnet sich auch dadurch aus, dass auch in den folgenden Kapiteln wie selbstverständlich vorausgesetzt wird, dass immer eine Gleichgewichtsposition bestehen muss. Warum aber sollte dies immer der Fall sein? Die Darstellung über Angebots- und Nachfragediagramme schließt Nichtgleichgewichte keinesfalls aus, wie das folgende Schaubild demonstriert:

**Abbildung 1: Angebots- und Nachfragekurvenverläufe ohne Gleichgewicht**



Quelle: Zamagni 1987, S. 72.

Für alle Preisniveaus, die unter  $\bar{p}$  und  $\bar{q}$  liegen, ist die Nachfrage zum Produktionsmindestpreis Null. Beim Preis  $\bar{p}$  springt das Angebot von Null auf  $\bar{p}$ , sodass das Angebot größer als die Nachfrage ist. Für Preise, die über  $\bar{p}$  liegen, steigt die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage ins Unermessliche. Wie man aus der rechten Abbildung ersehen kann, ist die Exzessnachfragefunktion  $z$  (Nachfrage minus Angebot) diskontinuierlich beim Preis von  $\bar{p}$ .

### 3.3 Elementare Neoklassik: Budgetbeschränkungen, Präferenzen, Nutzen und die Marktnachfrage

Varians Kapitel 2 ist das erste Kernkapitel; es handelt von der Budgetbeschränkung (NK). Hiermit wird ein recht ‚technokratischer‘ Einstieg gewählt, vorher wurde kein Wort über den allgemeinen Gegenstandsbereich der Mikroökonomie verloren, sofern man mit diesem Kapitel beginnt. Allerdings enthält der gewählte Ausgangspunkt der Budgetbeschränkung eine implizite Botschaft: Das vorherrschende ökonomische System dient der Befriedigung der souveränen Konsumentenwünsche und nicht z. B. in erster Linie den Interessen bestimmter Gruppen.

Kapitel 2 enthält auch eine Beschreibung der Wirkungen von Steuern, Subventionen und Rationierung (vgl. V, S. 28-30). Der Staat taucht somit wieder als ein Wegnehmer und Begrenzer im Falle der Rationierung auf. „Vom Standpunkt des Konsumenten ist die Steuer das Gleiche wie ein höherer Preis“ (V, S. 28). Als ein Beispiel für Verschiebungen der Budgetgerade dient das Lebensmittelmarkenprogramm in den USA. Bei Varians LB hat man sich nicht die Mühe gemacht, nichtamerikanische Beispiele zu wählen oder Abkürzungen anzupassen (vgl. z. B. WARP und SARP auf den Seiten 136 und 141; selten meldet sich der Übersetzer einmal mit wenigen Worten, vgl. z. B. V, S. 319). Als seltene Referenz für Zahlenbelege dient z. B. eine aus dem Jahr 1975 stammende Quelle des libertär-marktradikalen, konservativen, amerikanischen, wesentlich von Konzernen finanzierten Think-Tanks *American Enterprise Institute* (vgl. V, S. 31, Fn. 2), nicht die damit befasste US-Behörde.

Durch die Annahme einer eindeutig angebbaren Budgetbeschränkung

„we are abstracting from any uncertainty that consumers may feel about what they may actually be able to buy - we are ignoring, for example, the possibility of vagueness in the consumer's view of his/her credit-worthiness [...] and] that consumers cannot get quantity discounts and do not bid up the price of a product if they try to buy more of it“ (Earl 1995, S. 43).

Auch bleibt die grundsätzliche Frage unbeantwortet, auf welcher Skala man sich befindet, wenn man alle anderen Güter auf einer Achse abträgt. Earl weist an gleicher Stelle auch auf die implizite Simultan- oder Sukzessionsannahme hin, dass Konsument\_innen in einem Zug eine Entscheidung zwischen Arbeit und Freizeit und entsprechendem Einkommen, heutigem und zukünftigem Konsum und aufgeschlüsselt nach allen Gütern treffen oder bereits eine ‚Arbeit/Freizeit-Entscheidung‘ und die Grobaufteilung zwischen heutigem und zukünftigem Konsum getroffen haben und dann über den Gegenwartskonsum ohne eventuelle Revisionen hinsichtlich Einkommen und Zukunftspräferenz entschieden wird. In beiden Fällen handelt es sich wohl um realitätsferne Annahmen.

Kapitel 3 stellt die Analyse der Präferenzen vor (NK, M1). Es werden einige Annahmen erläutert (Vollständigkeit, Transitivität) und Varian differenziert zwischen strenger und schwacher Bevorzugung (zur Fragwürdigkeit der Transitivitätsannahme auch anhand von Gegenbeispielen vgl. Zamagni 1987, S. 123-124). Perfekte Substitute und Komplemente, Ungüter und neutrale Güter

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

werden unterschieden. „Indifferenzkurven sind einfach eine Möglichkeit, Präferenzen darzustellen“ (V, S. 39) und somit bei Varian eine nicht weiter zu problematisierende Selbstverständlichkeit bzw. rein ‚technische Annahme‘ (vgl. V, S. 38).

Auch ist für Varian selbstverständlich, dass man zwischen zwei beliebigen Bündeln immer eine Entscheidung treffen kann (vgl. V, S. 37). Dies mag man sich vorstellen können, nicht jedoch, wie eindeutige Entscheidungen in einem mehrdimensionalen Raum mit deutlich mehr als zwei Variablen gefällt werden können, abgesehen von der Nichtdarstellbarkeit in einem Schaubild. Die Anforderung des gleichzeitigen Gütervergleichs dürfte nicht nur den Durchschnittsmenschen überfordern. Nach Untersuchungen von Psychologen „people typically can only keep  $7 \pm 2$  things in mind at the same time. If the choice environment involves more than between five and nine alternatives and problem dimensions, then we may expect them to start filtering out information“ (Zamagni 1987, S. 123-124).

Vorab sei auch darauf hingewiesen, dass das LB keinen Unterschied zwischen Präferenzen und Wahlhandlungen macht.

„This implies that the consumer’s choices are made exclusively in order to increase his own material well-being. It excludes the possibilities that  $x$  might be preferred to  $y$  on moral grounds, or because of habit or tradition. An individual might be well aware that  $x$  is the bundle which would most increase his individual well-being; however, he might choose  $y$  because it is more in line with his system of values or with his own moral code of behaviour. The rationality contemplated by consumer theory therefore presupposes that there exists no gap between preferences and choice: the consumer prefers what he chooses and chooses what he prefers“ (Zamagni 1987, S. 125).

Am Beispiel von Sachertorte und Eiscreme führt Varian aus, dass es eigentlich für alle Güter Sättigungspunkte gibt. Es wird sogar ein Schaubild mit kreisförmigen Indifferenzkurven mit Sättigungs- bzw. Blisspunkt offeriert (vgl. V, S. 46). Allerdings wird kein Schaubild mit zwei Blisspunkten und entsprechenden Problemen für eine sie ausdrückende Indifferenzkurve vorgestellt, z. B. bei einer Entscheidung zwischen Autofahren und zu Fuß gehen, wenn ein langer Fußmarsch und eine kurze Autostrecke gleich bewertet werden wie eine längere Strecke per Auto und ein kurzer Fußmarsch. Wie auch immer: Die übliche Annahme und Zeichnung nach oben offener Indifferenzkurven, bei der man von allem zu wenig hat, sei der relevante Normalbereich, denn „[i]m Allgemeinen würden sich die Leute [...] nicht freiwillig *entscheiden*, zu viel von den konsumierten Gütern zu haben“ (V, S. 45). Daher gilt, „dass mehr immer besser ist“ (V, S. 47; M2). Dies ist eine merkwürdige Denkfigur, da mögliche Konstellationen z. B. konvexer Indifferenzkurven in einem Quadranten ausgeschlossen werden.

Auch Monotonie und Konvexität lassen sich nach Varian spielend durch vermeintlich alltagsplausible Überlegungen erklären. „Weil Güter meist gemeinsam konsumiert werden [...] [i]m Normalfall möchte die Konsumentin etwas von einem Gut für das andere tauschen und wird schließlich eher beide Güter konsumieren, als sich nur auf eines der beiden zu spezialisieren“ (V, S. 49). Dies als selbstverständlichen Regelfall anzunehmen, ist sehr fraglich, hat aber gewisse formale Vorteile. In Zusammenhang mit der Annahme der Stetigkeit

„[this] paves the way for trouble-free applications of calculus to the modelling of the consumer's optimization problem: smoothness of preferences implies utility functions that can be differentiated twice. Psychologists would doubtless be troubled to see this assumption being made, for their experimental work suggests that threshold effects are common: in other words, a small increase in the presence of some feature of the person's environment will not be noticed, but if further increases are successively applied there will eventually come a point at which the person does recognize that things are different“ (Earl 1995, S. 38-39).

Earl fügt hinsichtlich der Annahme der Monotonie hinzu, dass die Möglichkeit ausgeschlossen wird, dass der Mehrkonsum eines Gutes den Konsumenten bzw. die Konsumentin schlechter stellt und dies zu Indifferenzkurven führt, die Schlangenlinien ähneln (vgl. Earl 1995, S. 39), was zu multiplen Gleichgewichten führen kann.

Auch können die Indifferenzkurven konkav verlaufen, wenn man beispielsweise Eis und Sauerkraut zusammen konsumieren müsste. Sollte man viel Eis haben und gerne konsumieren, wäre man beim Besitz von sehr viel Eis nicht gerne bereit, viel Eis in noch so geringe Mengen Sauerkraut zu tauschen. Solche Fälle können eintreten. Wenn man z. B. Bücher versus Tennisschläger betrachtet, so kann es sein, dass der Besitz von Büchern umso höher geschätzt wird, je näher man der Vervollständigung einer Buchreihe kommt. Ferner sind horizontale Indifferenzkurven möglich, wenn man hinsichtlich der Quantität eines Gutes völlig indifferent ist.

Ebenso lassen sich positiv ansteigende Indifferenzkurven denken, wenn der Konsum eines Gutes mit einem positiven Nutzenzuwachs durch den Konsum eines anderen Gutes mit einem gleich hohen negativen Nutzen neutralisiert wird. Auch lassen sich Indifferenzkurven ausmalen, die dem Verlauf einer durchhängenden Hängematte gleichen, wenn z. B. ein Gut ab einem bestimmten Punkt zu einem Gut mit negativem und bei Mehrkonsum wieder positivem Nutzen wird. Viele weitere, keineswegs unrealistische Konstellationen und Verläufe von Indifferenzkurven sind durchaus realistisch.

Bei Varian werden lexikographische Präferenzen überhaupt nicht angesprochen. Zamagni bietet ein Schaubild solcher Präferenzen, die nicht durch Indifferenzkurven dargestellt werden können (vgl. Zamagni 1987, S. 134; vgl. auch Earl 1995, S. 40-42 sowie Gowdy/Mayumi 2001 (ähnlich Earl 1995, S. 36) mit einer umfassenden Kritik des neoklassischen Konsumwahlansatzes und dem Vorschlag, auch einen Bereich der Unentschlossenheit, eine *zone of hesitation*, einzuführen).

Es wird als Normalfall eine Substitutionsbeziehung zwischen Gütern angenommen. Gäbe es keine Substitute, würde bei Preiserhöhungen die nachgefragte Menge nicht sinken, die Nachfragefunktion wäre vertikal. Für viele Güter gibt es keine Substitute, daher erscheint es fraglich, diese Beziehung als Standardfall auszugeben.

„There are a number of substitutes for coffee but not to coffee addicts. The same is true for many other products habitually consumed. There are no substitutes for consumption dictated by others. You cannot substitute a blue shirt for the white shirt required by an employer [...] There may be no substitute for a prescription drug that is both vital to your health and low in creating unwanted side effects“ (Bumas 1999, S. 27).

Bumas weist auch auf die Merkwürdigkeit hin, dass in Schaubildern mit einem Gut auf einer und allen anderen Gütern auf der anderen Achse eine Substitutionsbeziehung angenommen wird. „What is the meaning of the marginal rate of substitution between the hamburger and the thousand products in all other things when only a handful of them can be substituted for a hamburger?“ (Bumas 1999, S. 110). Grundsätzlicher gefragt: Sind tatsächlich alle Güter und Dienstleistungen vergleichbar? „Can a good meal be compared to a course in economics?“ (Bumas 1999, S. 112). Und warum werden die Opportunitätskosten der Zeit ausgeklammert (vgl. Bumas 1999, S. 114)?

In Kapitel 4 über Nutzen, Grenznutzen, Beispiele für Nutzenfunktionen usw. (NK) wird unterstellt, dass die Vielfalt qualitativ heterogener Bedürfnisse sich auf ein abstraktes, homogenes Bedürfnis reduzieren lässt: den Nutzen (vgl. Zamagni 1987, S. 145 zur Fragwürdigkeit dieser Annahme). „Rarely is any attempt made in these models to explain what utility might consist of, but this does not trouble a neoclassical economist“ (Earl 1995, S. 34).

Varian stellt das ordinale Nutzenkonzept als Erkenntnisgewinn dar, eine kardinale Nutzenmessung böte keine Erkenntnisvorteile. „Allmählich erkannten die Ökonomen, dass es beim Nutzen hinsichtlich des Entscheidungsverhaltens nur darauf ankommt, ob ein Bündel einen höheren Nutzen hat als ein anderes - um wie viel höher war dabei bedeutungslos“ (V, S. 57; M2). Zamagni (1987) gibt im Unterschied zu Varian einen Überblick über die kontroverse diesbezügliche Debatte in seinem vorzüglichen vierten Kapitel, in dem er auch weitere Annahmen des Konzepts darstellt und wie Varoufakis in seiner Ideengeschichte des Nutzenbegriffs (vgl. Varoufakis 1998, Kapitel 3) kritisch hinterfragt. Varoufakis weist auch darauf hin, dass „in cases where the outcome is uncertain, cardinal utilities are necessary. The reason is that it would be nonsense to multiply probabilities with ordinal utility measures whose actual magnitude is inconsequential since they do not reveal strength of preference“ (Varoufakis 1998, S. 87).

Bei Varian kann man den Güterbündeln beliebige Zahlenwerte zuordnen; wohl um die Merkwürdigkeit einer solchen ordinalen und kardinalen Vermischung zu überdecken, werden dann monotone Transformationen vorgenommen, die in der Tat nur „Umetikettierungen der Indifferenzkurven“ (V, S. 60) sind. Es wird noch einmal betont, es sei nichts gewonnen, wenn man wüsste, um wieviel der Nutzen eines Bündels größer wäre als der eines anderen. Hier wird aus der Not eine Tugend gemacht: Natürlich wäre es für eine exakte Wissenschaft von allergrößtem Interesse, (hier: den Nutzen) exakt messen zu können. Dies war ja auch das ursprüngliche Ziel von Edgeworth und anderen Ökonom\_innen. Die inneren Widersprüche, die Nichtoperationalisierbarkeit des kardinalen Nutzens und die implizite wirtschaftspolitische Sprengkraft (z. B. des Steuerprinzips des marginalen Opfers) führten notgedrungen dazu, ein ordinale Konzept zu wählen.

Varian geht hierüber etwas großzügig hinweg. Am Beispiel der Wahl des Verkehrsmittels zum Arbeitsplatz soll der praktische Wert des Vorstehenden belegt werden (V, S. 71-73). Die empirisch-statistische Berechnung der Gewichtungen verschiedener Merkmale (Kosten, Fahrzeit



usw.) sind allerdings völlig unabhängig vom Nutzen- und Indifferenzkurvenkonzept und der an sich arbiträren Festlegung ‚vernünftiger‘ und ‚perverser‘ (z. B. nicht-transitiver) Präferenzen (vgl. V, S. 61-62). Erst sehr viel später gesteht Varian die einigermaßen abgehobene Konstruktion des Nutzenkonzepts ein: „Die Kennzeichnung der Isoquanten ist daher durch die Technologie festgelegt und hat nicht den gewissen willkürlichen Charakter der Kennzeichnung des Nutzens“ (V, S. 389).

Die bei Pindyck/Rubinfeld (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, Kapitel 3) vorgenommene Verbindung von Budgetrestriktion und Indifferenzkurve, um hier nur einmal auf das parallele Vorgehen der LB-Autoren hinzuweisen, erfolgt bei Varian in Kapitel 5 *Die Entscheidung* (NK, M2). Unter Voraussetzung konvexer Präferenzen kommt es stets zu eindeutigen optimalen Entscheidungen. Zwar werden auch nicht normale Fälle behandelt, aber gleich wieder ausgesondert. Zu Indifferenzkurven mit einem Knick, bei dem es keine erwünschte Tangente gibt, heißt es lapidar: „Dieser Fall hat kaum ökonomische Bedeutung – er ist schlimmstenfalls lästig“ (V, S. 80). Auch dieses Zurechtschneiden der erwünschten Normalfälle erfolgt ohne jegliche empirische Bestätigung und mit einer Attitüde lässiger Nonchalance. John Komlos hat in einem interessanten Beitrag (vgl. Komlos 2015) gezeigt, dass es bei Berücksichtigung nachgewiesener Effekte durch die Verhaltensökonomie durchaus Indifferenzkurven mit einem Knick oder, wie Varian es ausdrückt, mit einem Knacks (vgl. V, S. 81) geben kann. Eine empirische Studie belegte zudem den starken Einfluss des Konsums der Referenzgruppe und des eigenen Konsums in der Vergangenheit auf den Konsum in der Gegenwart (vgl. Alvarez-Cuadrado et al. 2016).

Der Endowment-Effekt, bei dem man Güter nur dann abzugeben bereit ist, wenn der Preis höher ist als der Preis, zu dem man das Gut kaufen würde, sorgt für eine geknickte Kurve, deren Nutzenfunktion nicht überall differenzierbar und deren Präferenzen nicht homothetisch sind. Bereits Kahneman et al. wiesen vor längerer Zeit darauf hin, dass angesichts des Phänomens der Verlustaversion nicht davon auszugehen ist, dass die Wahl auf der Indifferenzkurve reversibel ist (vgl. Kahneman et al. 1991). Man stelle sich einen bestimmten Punkt auf der Indifferenzkurve als momentan ausgewähltes Bündel als Referenzpunkt vor und frage sich, wie die Indifferenzkurve links und rechts sowie oberhalb und unterhalb von ihm verläuft. Komlos zeigt, dass der Endowment-Effekt zwangsläufig zu einer geknickten Indifferenzkurve führt und insofern keineswegs bedeutungslos ist.

Kurz und knapp: „Erstens, Präferenzen sind nicht konstant; sie schwanken mit dem Referenzpunkt. Zweitens, die Nachteile eines Wechsels fallen stärker ins Gewicht als seine Vorteile, was eine Verzerrung erzeugt, die den Status quo begünstigt“ (Kahneman 2012, S. 359; contra M1 und M2).

Preisveränderungen müssen dann nicht mehr zu verändertem Konsum führen und eine Mehrperiodenanalyse in diesem Rahmen belegt, dass sich Indifferenzkurven in Abhängigkeit vom Referenzpunkt verändern können, ohne dass sich die Präferenzen geändert haben, was auch ein



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

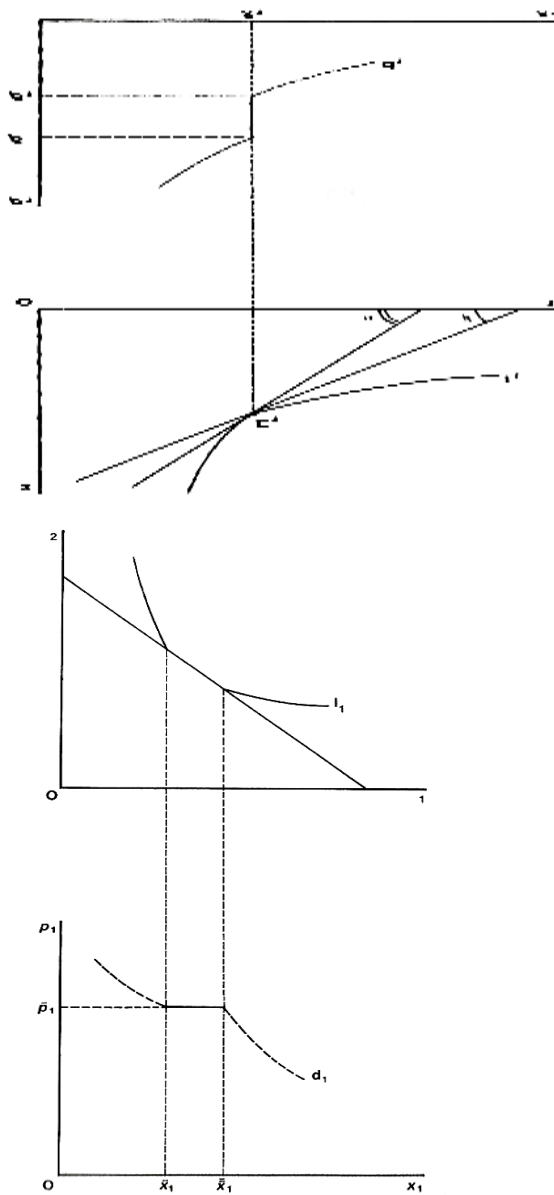
Schlaglicht auf Varians Schätzung von Nutzenfunktionen wirft (vgl. V, S. 89-91). Komlos beschließt seinen Artikel mit der Aufforderung nach Integrität und Ehrlichkeit, d. h. man solle nicht mit oberflächlichen Bemerkungen über realökonomische Phänomene hinweggehen, die nicht in den erwünschten Modellrahmen passen.

Auch werden im LB vollmundige Allgemeinaussagen getroffen, für die keine Belege geliefert werden. „Die Tatsache, dass Preise keine willkürlichen Zahlen sind, sondern die marginale Bewertung der Dinge durch die Menschen spiegeln, ist eines der grundlegendsten und wichtigsten Konzepte in der Volkswirtschaftslehre“ (V, S. 92). Korrekter hätte er einschränken müssen, dass dem so ist, wenn man der subjektiven Wertlehre folgt.

Es folgt noch ein Abschnitt über Steuern: Ist eine Mengen- einer Einkommensteuer überlegen? Für einen einzigen Konsumenten bzw. eine einzige Konsumentin ist die Einkommensteuer weniger beeinträchtigend, allerdings nur im Zweigüterfall und bei konkaven Präferenzen (vgl. V, S. 94). Er weist selber auf die Einschränkung hin, dass eine einheitliche Einkommensteuer für alle Konsument\_innen nicht zwangsläufig besser als eine einheitliche Mengensteuer für alle Konsument\_innen sein muss (vgl. V, S. 95). So verflüchtigt sich der Eindruck gleich wieder, mal zu einem handfesten Ergebnis dank des analytischen Apparates gelangt zu sein.

Kapitel 6 geht auf die Nachfrage ein (NK, M2). Varian stellt die Variation von Preisen und Einkommen, normale und inferiore, gewöhnliche und Giffen-Güter, die Preis-Konsum-Kurve und die Nachfragekurve und sowohl perfekte und unvollkommene Substitute und Komplemente, ein unteilbares Gut, Cobb-Douglas-Präferenzen und die inverse Nachfragefunktion vor. Realistische Sonderfälle wie z. B. binäre Nachfragen, bei denen entweder ein Gut oder kein Gut nachgefragt wird (Autos, Waschmaschinen, Geschirrspüler usw.), werden nicht dargestellt. Auch kommen vielfach mögliche besondere Formen der Nachfragekurve nicht zur Sprache. Zumindest zwei Sonderformen seien hier angeführt:

**Abbildung 2: Sonderformen der Nachfragekurve**



Quelle: Zamagni 1987, S. 162-163.

Im ersten Schaubild liegt ein Knick im optimalen Punkt vor, da es mehrere relative Preiskombinationen in  $E_1$  bei unterschiedlichen Budgetgeraden geben kann. Die kompensierte Nachfragekurve enthält daher einen Preisbereich, in dem die Nachfrage nach  $x_1$  konstant ist. Im zweiten Beispiel enthält die Nachfragekurve einen linearen Bereich, der gleich mit der Budgetgeraden verläuft. Somit gibt es einen Mengenbereich der Nachfrage beim gleichen Preis. Diese Beispiele sollen zeigen, welche vielfältigen Konstruktionsmöglichkeiten bestehen und wie selektiv der in den LB gewählte Standardfall ist.

Er bietet zwar ein Schaubild für inferiore Güter an (vgl. V, S. 107), aber nicht, wie häufig, am Beispiel der Engelkurven für ein Gut, dass dieses in einigen Einkommensbereichen ein normales und bei höheren Einkommen ein inferiores Gut wird, wie z. B. Brot und bei niedrigen Einkommen ein normales und bei höherem Einkommen ein inferiores Gut sein kann. Solch ‚ungewöhnliche‘ Kurvenverläufe lernen die Studierenden bei Varian nicht kennen.

Da es in diesem Kapitel auch keine Beispielfälle gibt, kann das Problem verschiedener Nachfragekurven in Abhängigkeit von den einbezogenen Variablen nicht auftreten. Die Nachfrage nach Automobilen

„can be modelled in a number of different ways. Variables which can be added to the above model of the demand for cars include income, last year's sales, and the price of complements such as gasoline and car insurance. The addition of each variable results in a different quantitative estimate of the parameters already in the model [...] Are models with more explanatory variables better models? Sometimes they are, and sometimes not“ (Bumas, 1999, S. 16).

Bumas weist auch darauf hin, dass es bei den Abbildungen auch darauf ankommt, auf welchen Zeitraum sich die Schaubilder beziehen (vgl. Bumas 1999, S. 24). Hierzu finden sich bei Varian keine Angaben; bei Zeiträumen von einem Jahr z. B. kann es sich wohl nur um erwartete Nachfragen handeln. Zamagni untersucht die theoretischen Angaben zur kurzen und langen Frist u. a. bei Marshall und kommt zu dem Ergebnis, man erhalte „a rather vague definition of the exact duration of the short run“ (Zamagni 1987, S. 192-193).

Bei der Argumentation für den Normalfall (steigender Preis, sinkende Nachfrage und umgekehrt) folgt Varian seiner Strategie lässiger Behauptungen. Zwar wird bei inferioren Gütern zugestanden, dass es eine ganze Reihe von realen Beispielen gibt. „Da in der Realität bei steigendem Einkommen der Konsum einzelner Güter steigen oder fallen kann, ist es beruhigend zu wissen, dass die ökonomische Theorie beide Möglichkeiten zulässt“ (V, S. 107). Unberücksichtigt bleibt die frühere Einsicht, dass es bei praktisch allen Gütern einen Sättigungspunkt gibt (vgl. V, S. 44-45). Es bleibt bei der Bezeichnung ‚normale Güter‘, bei denen ein steigendes Einkommen zu einer steigenden Nachfrage führt, womit schon angedeutet wird, dass inferiore Güter doch als klare Ausnahmen angesehen werden.

Es wird dann zwar auch der Unterschied zwischen Luxusgütern und notwendigen Gütern erwähnt, aber ein an ihnen orientierter, realitätsnaher Ansatz nicht weiterverfolgt, sondern erklärt: „Im Allgemeinen wird bei steigendem Einkommen die Nachfrage schneller oder langsamer als das Einkommen steigen“ (V, S. 111; NK), um dann unmittelbar auf die homothetischen Präferenzen überzugehen, bei denen eine Verdoppelung des Einkommens zu einer Verdoppelung der Nachfrage nach jedem Gut führt. Solche Präferenzen seien sehr praktisch, wenngleich leider nicht sehr wirklichkeitsnah. „Als Illustrationen werden sie jedoch bisweilen recht brauchbar sein“ (V, S. 112). In der Realität dürfte es allerdings kein einziges Beispiel für ein Güterbündel mit homothetischen Präferenzen geben.

Mit Keen ist gegenüber Varians Versuch der Konstruktion der Normalfälle festzuhalten,

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

„that Engel curves can take almost any shape at all [...] four broad classes of commodities result: necessities or ‘inferior goods’, which take up a diminishing share of spending as income grows; ‘Giffen goods’, whose actual consumption declines as income rises; luxuries or ‘superior goods’, whose consumption takes up an increasing share of income as it increases; and ‘neutral’ or ‘homothetic goods’, where their consumption remains a constant proportion of income as income rises“ (Keen 2011, S. 50).

In der realen Welt treten demnach viele mögliche Nachfrage- und Präferenzbekundungen auf, wobei in dieser Liste die von Varian total ausgeklammerten ‚Anomalien‘ der Verhaltensökonomie (die von ihm separat in Kapitel 31 behandelt werden) und Bandwagon- und Snob-Effekte noch gar nicht einbezogen sind. Die Kritik an Varian lautet daher, mit recht fadenscheinigen Begründungen Normalfälle zu konstruieren, von denen später wesentliche ‚theoretische‘ Aussagen und wirtschaftspolitische Folgerungen abhängen.

Diese gewisse Unlauterkeit zeigt sich auch bei seinen Bemerkungen zu homothetischen Präferenzen, die sich gut zu Illustrationszwecken eignen. Die Annahme der Homothetie ist nämlich notwendig, um später das Gesetz der Gesamtnachfrage auf einem Markt konstruieren zu können. William Moore Gorman zeigte, was später als Sonnenschein-Mantel-Debreu-Bedingungen kanonisiert wurde, nämlich, dass die aggregierte Nachfragekurve selbst bei ‚normalen‘ Präferenzen jeden beliebigen Verlauf annehmen kann (vgl. Moore Gorman 1953). Es sei denn, man unterstellt z. B. die völlig unrealistischen homothetischen Präferenzen (vgl. Keen 2011, S. 53ff., der Varian als Beispiel für Unlauterkeit kritisiert; vgl. auch Kirman 1989 und Ackerman 2002).

Auch Shafer und Sonnenschein räumen ein:

„(W)hen preferences are homothetic and the distribution of income (value of wealth) is independent of prices, then the market demand function [...] has all the properties of a consumer demand function [...] The importance of the above results is clear: strong restrictions are needed in order to justify the hypothesis that a market demand function has the characteristics of a consumer demand function [...] The utility hypothesis tells us nothing about market demand unless it is augmented by additional requirements“ (Shafer/Sonnenschein 1993, zitiert nach Keen, 2011, S. 57).

Man wird sehen, ob Varian ehrlicherweise bei der Ableitung der Marktnachfragekurve hierauf hinweisen wird. Ansonsten enthält man den Studierenden unredlicher Weise wesentliche Probleme und Diskussionen der VWL vor.

Ab Seite 277 biegt das LB erst ab Kapitel 14 zur Konsumentenrente wieder auf den Hauptpfad der Kernmodule ein. Bei Varian liegt eine vergleichsweise etwas formale Darstellung vor, bei der auch die kompensatorische und die äquivalente Variation angeführt werden. Ein zentraler Widerspruch tritt bei Varian auf: Wie kann man Renten bei einem ordinalen Nutzenkonzept addieren? Die interpersonelle Addierbarkeit wird im LB als völlig selbstverständlich und evident angesehen. „Die Konsumentenrente dient als nützliches Maß der aggregierten Vorteile aus dem Tausch, so wie die Rente des Konsumenten ein Maß für die individuellen Tauschgewinne dar-

stellt“ (V, S. 281; NK). Die notwendige Annahme der Konstanz des marginalen Nutzens des Geldes wird nicht erwähnt, was nur dann eine akzeptable Annahme ist, wenn es sich um einen sehr kleinen Anteil des Budgets des Konsumenten bzw. der Konsument\_in handelt.

Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Konstruktion der Konsumentenrente eine implizite Botschaft enthält: Jeder bzw. jede Konsument\_in (außer der Grenznachfragerin) bezieht eine Extradividende und einen Windfallnutzen. Dass Menschen sich Güter nicht leisten können und oder minderwertige Güter kaufen, da sie sich teurere nicht leisten können und ggf. am Existenzminimum leben und bei steigenden Preisen mehr Giffen-Güter nachfragen müssen, wird ausgeklammert. Tausch ist immer freiwillig, er hängt von den subjektiven Nutzenzuschreibungen und der Zahlungsbereitschaft ab (M1).

Erstaunlicherweise scheint der Unterschied zwischen ordinaler und kardinaler Messbarkeit einmal mehr nicht erheblich zu sein, wenn er kurz darauf beschwichtigt: „Üblicherweise sind wir an der absoluten Höhe der Rente der Konsumentin nicht besonders interessiert. Im Allgemeinen haben wir ein größeres Interesse an der Veränderung der Rente der Konsumentin, die sich aus einer wirtschaftspolitischen Maßnahme ergibt“ (V, S. 283). Die Aussage „nicht besonders“ zeigt einmal mehr die verschwommene Art der Darstellung, sagt sie doch aus, dass man schon etwas daran interessiert ist und dies grundsätzlich möglich wäre. Physiker\_innen und Maschinenbauer\_innen legen zu Recht großen Wert darauf, Geschwindigkeiten und Wirkungskräfte zahlenmäßig exakt zu erfassen. Auch ist merkwürdig, dass man zwar die absolute Höhe für nicht so interessant oder nicht wirklich exakt messbar hält, dann aber genau sagen kann, welche Politikmaßnahme im Vergleich den geringsten Rentenverlust mit sich bringt.

„Wenn wir Schätzungen für die Marktnachfrage- und Marktangebotskurve eines Gutes haben, ist es grundsätzlich nicht schwer, den Verlust an Konsumentenrente aufgrund wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu errechnen [...] Wir können die Konsumentenrente für verschiedene Steuervorschläge berechnen und ermitteln, welche Steuerreform die geringsten Verluste verursacht“ (V, S. 293).

Auf diese vollmundigen Worte folgen wieder Einschränkungen: Es gebe zwei Mängel. Ein Mangel sei die Annahme eines ‚mythischen repräsentativen Konsumenten‘. In der Tat ist es eine heroische Vereinfachung, alle Konsumentenrenten zu addieren, da man zwar eventuell berechnen kann, wie groß die Differenz zwischen dem Betrag, den ein\_e Konsument\_in zu zahlen bereit ist, und dem Preis, den er tatsächlich zahlen muss, ist. Etwas ganz anders ist es aber, aus diesen Differenzen den gleichen Bruttonutzen (vgl. V, S. 278) abzuleiten, da die ‚Ersparnis‘ von sagen wir 50 Euro gemäß dem subjektiven Nutzenkonzept für verschiedene Personen unterschiedlichen Nutzen stiften dürfte.

Varian geht aber hierauf nicht ein, sondern er meint, es sei oft wünschenswert, genau zu wissen, wer genau die Kosten (z. B. einer Steuer) trägt. Im Kapitel wird natürlich auch der Nettowohlfahrtsverlust anhand eines Höchstpreises dargelegt, bei dem Konsument\_innen und Produzent\_innen zusammengenommen verlieren, da der markträumende Preis verhindert wird. „Die Behörden sind jedoch der Auffassung, dass dieser [Markt-]Preis zu hoch ist“ (V, S. 291). Es kann

sich bei solchen Maßnahmen für Varian immer nur um Behördenwillkür handeln, nicht um die Durchsetzung gesellschaftlicher Gestaltungsvorstellungen, die durch die demokratisch gewählten Vertreter\_innen der Bürger\_innen durchgesetzt werden (M5a).

Bei der Produzentenrente überrascht die ohne jegliche Erklärung eingeführte steigende Angebotskurve eines Individuums oder einer Firma (vgl. V, S. 290; NK), hatte man bisher doch nur das völlig unelastische Wohnungsangebot in Kapitel 1 (vgl. V, S. 6) kennengelernt. Die Firma sei eben ‚bereit‘, für bestimmte Preise bestimmte Mengen anzubieten. Gewinne oder Profite in Form der Produzentenrente (der Gewinne ausradierende Marktmechanismus folgt erst in späteren Kapiteln) werden von Varian anhand eines frühkapitalistischen Krämerladens behandelt (zum Verlauf der Debatte über Gewinne und Profite in der theoretischen VWL vgl. demgegenüber Shaik 2016, Kapitel 6). Die Produzentenrente stellt für Varian sowieso „in einem tieferen Sinne eigentlich eine Erhöhung der Rente der Konsumentin dar, die jenen Konsumentinnen zufließt, welche diese Firma mit der entsprechenden Angebotskurve besitzen“ (V, S. 291).

Varian spricht einen weiteren Mangel des Rentenkonzepts an: „[D]ie Berechnung der Konsumentinnenrente [ist eigentlich] nur für spezielle Formen der Präferenzen zulässig – nämlich für Präferenzen bei einer quasilinearen Nutzenfunktion“ (V, S. 293), da nur dann die Verwendung der Fläche unter der Nachfragekurve als Nutzenmaß genau stimmt (sofern sie sich kardinal überhaupt bemessen ließe).

Es ist aufrichtig, diese Einschränkung anzusprechen. Tatsächlich verwickelt man sich ansonsten in die Fallstricke der Partialanalyse mit nicht haltbaren Ceteris-Paribus-Annahmen. Alfred Marshall, der das partialanalytische Konzept entwickelte, war sich dieser Fallstricke bewusst und obwohl er ihnen selbst nicht völlig entging, warnte er doch nachdrücklich vor falschen Analogieschlüssen zur realen Wirtschaftswelt, eine Warnung, die leider auch bei den Autoren der LB in Vergessenheit geriet (vgl. Hart 2003).

Varian fügt zumindest an der im Vorigen zitierten Stelle sogleich hinzu, es handele sich um eine „akzeptable Näherung“ (V, S. 293). Quasilineare Präferenzen wurden in Kapitel 4 rein formal vorgestellt:  $u(x_1, x_2) = v(x_1) + x_2$  (wobei  $x_2 > 0$  sein muss, V 127). Die im Schaubild eingezeichneten Indifferenzkurven sehen recht harmlos und artig aus (vgl. V, S. 66), es handelt sich um eine vertikal verschobene Version einer einzigen Indifferenzkurve. Was Varian nicht erwähnt: Quasilineare Nutzenfunktionen widersprechen v. a. der Substitutionsannahme des Normalfalls und sie stellen eine sehr große Ausnahme dar, haben aber eben den Vorteil, den Einkommenseffekt zu eliminieren. Dahinter steht das grundsätzlichere Problem, dass Varians Ausführungen oft makroökonomische Zusammenhänge betreffen, die eigentlich auch über eine Wirtschaftskreislaufanalyse analysiert werden müssten, was aber der rein neoklassischen Anlage des LB widerspräche und zahlreiche wirtschaftspolitische Folgerungen Varians u. a. aufgrund der bei ihm anzutreffenden *fallacies of composition* in Frage gestellt würden.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Dies lässt sich am einfachsten an einem an späterer Stelle präsentierten Schaubild zeigen (vgl. V, S. 113). Die Tangentialpunkte, die bei positiv nachgefragten Gütern den Einkommenspfad definieren, liegen alle auf einer vertikalen Kurve, d. h. Gut 1 wird nur mit einer fixen Menge konsumiert, was, wie erwähnt, einem sonstigen Grundprinzip der Analyse, der Substituierbarkeit und dem Ausschluss von Ecklösungen widerspricht. Hinzu kommt: Zwar handelt es sich um normale Güter, aber für genügend kleine Einkommen wird  $x_2$  gar nicht nachgefragt (die Darstellung in V, S. 113, Abb. 6.8B ist insofern falsch und widerspricht der in 6.8A gezeichneten Einkommenskonsumkurve).

Die (marginale) Zahlungsbereitschaft ist unabhängig davon, wie viele Einheiten  $x_2$  enthalten sind. Eine Einkommensänderung wirkt sich nicht auf die Nachfrage nach dem nichtlinearen (zu einer fixen Menge konsumierten) Gut aus. Die harmlos klingende vertikale Verschiebung einer einzigen Indifferenzkurve und die Bestimmung der Grenzrate der Substitution durch nur eines der beiden Güter hat demnach höchst ausnahmsweise und unartige Eigenschaften, die Varian nicht anspricht, sondern hinter der rein formalen Beschreibung versteckt.

In Kapitel 15 geht es um die Frage, wie man von der individuellen zur Marktnachfrage gelangt; auch wird das Elastizitätskonzept durchdekliniert (NK). Die quasilinearen Nutzenfunktionen, die im vorherigen Kapitel denkwürdig waren, um das Rentenkonzept akkurat entwickeln zu können, weichen nun wieder dem Standardfall, bei dem auch Veblen-, Snob- und Bandwagon-Effekte ausgeschlossen werden müssen, um aggregieren zu können. So wird z. B. angenommen, dass sich bei einer Preisänderung trotz der Änderungen der Nachfrage im Zweigüterfall immer beide Güter konsumiert werden (vgl. V, S. 303). Es werden normale Güter angenommen, bei einer Erhöhung des Geldeinkommens wird sich die Nachfrage erhöhen – bei Konstanz aller anderen Faktoren. Bei der Diskussion von Kapitel 6 zur Nachfrage wurde bereits im Zusammenhang mit homothetischen Präferenzen darauf hingewiesen, dass die Gesamtnachfragekurven trotz normaler individueller Nachfragen jede beliebige Form annehmen können, es sei denn, es werden sehr bestimmte Annahmen getroffen.

Eine dieser Annahmen bestand in der Unterstellung der Homothetie. Es gibt jedoch noch eine zweite Annahme, um zu einer monoton fallenden Gesamtnachfrage zu gelangen. Sie besagt, dass *alle* Engelkurven *aller* Konsument\_innen parallel zueinander verlaufen müssen. Es muss also nicht nur angenommen werden, dass sich bei steigenden Einkommen die Konsummuster nicht ändern (Homothetie), sondern auch, dass alle Konsument\_innen einen identischen Geschmack haben! Die Engelkurven aller Konsument\_innen müssen demnach absolut identisch sein, da sie sachlogisch bei einem Einkommen von Null am Nullpunkt beginnen. In fast ausschließlich formalen LB für Fortgeschrittene wird diese Voraussetzung erwähnt, nicht jedoch in diesem LB.

Varian kennt natürlich diese Voraussetzungen und Probleme der Aggregation. Er spricht sie nicht an, sondern gibt nur ein Beispiel der Aggregation zweier genau spezifizierter Nachfragekurven und er führt den ‚repräsentativen Konsumenten‘ bzw. die ‚repräsentative Konsumentin‘ ein

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

(NK). Es sei manchmal zweckmäßig, sich die aggregierte Nachfrage als die Nachfrage eines ‚repräsentativen Konsumenten‘ bzw. einer ‚repräsentativen Konsumentin‘ vorzustellen, der bzw. die ein Einkommen hat, das die Summe aller individuellen Einkommen ist. „Die Bedingungen, unter denen dies zulässig ist, sind eher restriktiv, eine Diskussion dieses Problems geht jedoch über den Rahmen dieses Buches hinaus [...] Unter dieser Annahme verhält sich die aggregierte Nachfrage genauso wie die Nachfrage eines Individuums“ (V, S. 299). Ist dies ein Höhe- oder ein Tiefpunkt des methodischen Individualismus (M2)?

Die elementaren Probleme bei der Aggregation und die nicht praktisch-zweckmäßige, sondern logisch gar nicht anders mögliche Annahme eines repräsentativen Konsumenten bzw. einer repräsentativen Konsumentin werden den Studierenden vorenthalten. Die damit zusammenhängenden Probleme der Ceteris-Paribus-Annahmen werden nicht thematisiert. „Beachte [Varian bzw. der Übersetzer geht hier zum Du über], dass diese Kurve unter Konstanz aller anderen Preise und des Einkommens gezeichnet wurde“ (V, S. 300). Es gibt aber auch Nachfragen wie Studiengebühren (in den USA), der Kauf eines neuen Autos oder die Miete, die einen nicht zu vernachlässigenden Effekt auf das Einkommen haben.

Das Realeinkommen variiert auf jeden Fall (mehr oder weniger), je nachdem, welche Preis-Mengen-Kombination eintritt. Sehr viel später heißt es zutreffend:

„Im Allgemeinen *werden* aber die Preise anderer Güter Angebot von und Nachfrage nach einem spezifischen Gut beeinflussen. Ganz sicher werden die Preise von Substituten und Komplementen eines Gutes die Nachfrage beeinflussen und, etwas subtiler, wirken sich die Preise der Güter, welche die Leute verkaufen, auf ihr Einkommen aus und beeinflussen dadurch, wie viel sie von anderen Gütern kaufen können“ (V, S. 665).

Wie rechtfertigt sich die Annahme der Konstanz der Anzahl der Käufer\_innen, ihrer Realeinkommen und Präferenzen (neben den Preisen der Substitute, der Komplemente und der erwarteten Preise) als Ceteris-Paribus-Annahmen?

„The essential justification for specifying price as *the* economic variable is that it tends to change with greater frequency than the variables classified as parameters. Some prices do vary from moment to moment, but others are constant for years [...] Real income is far more variable, changing as the price of consumer goods in general changes. Thus, the use of price as the basic variable is subject to question“ (Bumas 1999, S. 32).

Die zunächst als fix angenommenen Faktoren haben aber die Funktion, überhaupt Veränderungen von gleichgewichtigen Preisen und Mengen zu erklären, da ein einmal erreichtes, stabiles Gleichgewicht bis in alle Ewigkeit bestünde, sofern nicht zumindest ein zuvor als fix angenommener Faktor sich verändert. Tatsächlich können auch Einkommensvariationen viel wichtiger für Konsumveränderungen sein als Preisänderungen (vgl. so bereits Houthakker und Taylor 1966).

Nur nebenbei sei erwähnt, dass vor aller Analyse des Unternehmens die Gewinnmaximierung als selbstverständliches oberstes Firmenziel figuriert (M10, so auch im Beispiel zur Preisfestsetzung bei V, S. 312; Bumas, 1999, Kapitel 9, beleuchtet theoretisch entwickelte und realökonomische Alternativen zur vorausgesetzten Profitmaximierung als Unternehmensziel). Earl stellt



unterschiedliche Theorien des Unternehmens aus verhaltenswissenschaftlicher, institutionalistischer, ressourcen- und fähigkeitsbasierter Perspektive gut verständlich auf wenigen Seiten vor (vgl. Earl 1995, Kapitel 6).

Gewinnmaximierung als Ziel ist nur dann nicht unproblematisch, wenn es nur eine Dimension der Maximierung und z. B. keine Werbeausgaben oder Innovationen usw. gibt. Die Konstruktion Varians setzt auch in den Kernmodulen voraus, dass der bzw. die Unternehmer\_in der bzw. die Besitzer\_in des Unternehmens ist, keine Unsicherheit vorliegt, das Unternehmen nur ein Produkt herstellt und es dank der Einperiodenanalyse keinen Unterschied zwischen kurzfristigen und langfristigen Gewinnen gibt. „An increase in the sales price of a product can often increase the firm's short-run profit. However, by facilitating the entry of new firms into the market, the price increases may lead to a fall in future demand for the product, and this will lead to a reduction in future profits“ (Zamagni 1987, S. 298).

Die Gewerkschaften tauchen jetzt zum ersten Mal explizit in einem Beispiel auf, nachdem ihre Grenzen indirekt schon bei den Beispielen zu Mindestpreisen aufgewiesen wurden. Varian erwähnt einen Streik der Landarbeiter\_innen im Jahr 1979, der erfolgreich verlief, die Salaterzeugung wurde halbiert und die Gewinne der Produzent\_innen verdoppelten sich (vgl. V, S. 309). Die Erzeuger\_innen legten den Streik bei, was sehr vernünftig war, da ein Angebotsanstieg den Salatpreis im Laufe der Zeit wieder auf sein normales Niveau hätte sinken lassen. Die implizite Moral des Beispiels lautet: Dumme, kontraproduktive Gewerkschaften, smarte und rationale Unternehmer\_innen, die am längeren Hebel sitzen, da ihr Verhalten der Systemlogik folgt (vgl. die weniger tendenziöse Darstellungsweise beim Core Team 2017, Unit 9, insbesondere S. 392-404, die v. a. anhand des *union voice effects* die konstruktive Rolle von Gewerkschaften nicht nur bezüglich der Lohnhöhe thematisieren).

Beim Beispiel der Laffer-Kurve (vgl. V, S. 318-321) wird zwar dem Standardmodell entsprechend angenommen, dass durch eine Besteuerung des Arbeitseinkommens das Arbeitsangebot zwangsläufig sinken wird, aber doch für unwahrscheinlich gehalten, dass der Umkipppunkt (höhere Steuern, niedrigere Steuereinnahmen) zumindest für den Arbeitsmarkt erreicht sei. Das theoretisch aus der Laffer-Kurve ableitbare Plädoyer für niedrigere Steuern findet sich somit bei Varian nach dem bisher ermittelten überraschenderweise nicht.

### 3.4 Alles strebt zum Gleichgewicht

Im Unterschied etwa zu Pindyck/Rubinfeld (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, Kapitel 1 und 2) begegnen die Studierenden dem Gleichgewichtskonzept in einer rudimentären partialanalytischen Darstellung (die Angebotsseite wurde bisher nicht analysiert) bei Varian erst in Kapitel 16. Zuvor wurden eigentlich nur stets Mosaiksteine v. a. aus dem Bereich der Nachfrage vorgestellt und Anpassungen über Preisänderungen und die Bildung von Gleichgewichtspreisen von vornherein als selbstverständlich unterstellt (vgl. V, S. 323; NK, M4).

Dies gilt auch für die steigende Angebotskurve, bei der man sich bei Varian nicht z. B. Großunternehmen, sondern scheinbar eher Landwirte aus der Gründungsepoche der USA vorzustellen hat, die mehr Äpfel produzieren, als sie selber essen wollen oder können. Die „Angebotskurve [misst] einfach, welche Menge eines Gutes die Konsumentin bei jedem möglichen Marktpreis anbieten wollte [... [und wie sich im Beispiel die] Konsumentinnen entschieden, Nettoanbieterin oder -nachfragerin der in ihrem Besitz befindlichen Güter zu sein“ (V, S. 323).

Es wird ein Konkurrenzmarkt unterstellt, bei dem die Preise „außerhalb ihrer Kontrolle“ liegen und sich die Anbieter „einfach entscheiden, zu diesen gegebenen Preisen die bestmögliche Handlung zu setzen“ (V, S. 324; NK, M4). Jeder bzw. jede Akteur\_in betrachtet „den Preis außerhalb seiner Einflussmöglichkeit“ (V, S. 324). Diese unrealistische Annahme wird dann etwas gelockert, indem jeder bzw. jede Akteur\_in nur „ein kleiner Teil des Marktes“ sei und sie oder er „nur eine vernachlässigbare Wirkung auf den Marktpreis“ ausüben kann, um fortzufahren, „[o]bwohl der Marktpreis auf einem Wettbewerbsmarkt von den Handlungen jedes *einzelnen* Marktteilnehmers unabhängig sein mag, so werden doch die Handlungen aller Akteure insgesamt den Marktpreis bestimmen“ (V, S. 324).

Die zahlreichen Bedingungen, die zur Zeichnung des üblichen Angebots-Nachfrage-Diagramms erfüllt sein müssen, werden nicht genannt und auch weder erklärt, was die Kurven, insbesondere alle Punkte im Nichtgleichgewicht, eigentlich bedeuten, noch, wie das Gleichgewicht zustande kommt (die Frage des Auktionators bzw. der Auktionator\_in), ob Tausch zu Ungleichgewichtspreisen möglich ist, ob nur ein kleiner Teil des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage handelbar sind (z. B. Aktien, Grundstücke, Anleihen usw.) und andere ‚Details‘.

Wie zuvor erwähnt, kann die Angebotskurve nur unter sehr strikten Bedingungen so angelegt werden, was selbst mit der Bedingung ‚eines kleinen Teils des Marktes‘ nicht vereinbar ist, sondern ein unendlich kleiner Teil unterstellt werden muss. Varian bietet anstelle klarer formaler Modellerfordernisse plausibilistische Überlegungen: „Überschussangebot übt [...] einen Druck nach unten aus“ (V, S. 325), was kaum zu bestreiten ist. Es wird aber sogleich gefolgert, es ergebe sich erfreulicherweise „eine Situation, in der alle Akteure die bestmögliche Handlung für sich selbst wählen und in der das Verhalten jeder einzelnen Person mit der anderen übereinstimmt“ (V, S. 324; M4, M5a). Aus dem Auftreten des Drucks auf Märkten durch Über- oder Unterangebote wird unzulässigerweise eine baldige Markträumung und Handlungskoordination aller Beteiligten extrapoliert.

Das Motiv der Wahlfreiheit klingt recht harmonisch, es fehlt jeglicher Hinweis, dass sich dies nur auf Allokationseffizienz bezieht und sich auch ein Marktgleichgewicht bei sehr ungleicher Verteilung ergeben kann, bei dem im Extremfall die Mehrzahl der Bevölkerung verhungert. Nur ein einziges Mal gegen Ende des Kapitels wird bemerkt: „So sagt zum Beispiel Effizienz fast nichts über Einkommensverteilung oder ökonomische Gerechtigkeit aus“ (V, S. 343), um dann aber sofort die Bedeutung der Pareto-Effizienz zu loben (M7), die nichts über eine wie immer verstandene gerechte Einkommensverteilung aussagt.

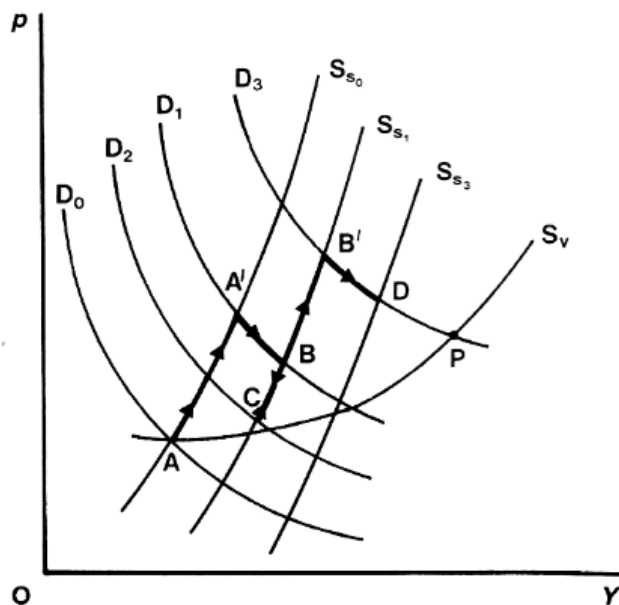
## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

Einmal mehr zählt nur die Zahlungsbereitschaft, die Zahlungsfähigkeit ist irrelevant. Die Sonderfälle einer vertikalen und horizontalen Angebotskurve werden kurz behandelt und die üblichen Kurvenverschiebungen vorgenommen. Interessanterweise erklärt Varian nicht ausführlich, warum die normale Angebotskurve eine positive Steigung hat, was mit seiner Kenntnis der realen Angebotskurven von Unternehmen im IT-Bereich zu tun haben dürfte. Daher beginnt er mit den beiden Sonderfällen. In Abbildung 16.2 (vgl. V, S. 329) geht es dann um die Verschiebung der Angebots- und Nachfragekurven. Ganz nebenbei und ohne jegliche Erläuterung liegen jetzt steigende Angebotskurven vor.

Als Normalfall ist auch der lineare Verlauf der Angebotskurve wenig plausibel, der Hysterese ausschließt und eine logische Zeitperspektive voraussetzt (M6). Folgendes Schaubild diene zur Veranschaulichung:

**Abbildung 3: Pfadabhängige Angebotskurven**



Quelle: Zamagni 1987, S. 331.

Es soll gezeigt werden, dass die (längerfristige) Angebotskurve einem irreversiblen historischen Pfad folgt. Punkt A stellt die anfängliche Gleichgewichtsposition dar. Bei einer Verschiebung der Nachfrage bewegt sich das Angebot auf der  $S_{s0}$ -Kurve nach  $A'$ . Es erfolgt eine Ausdehnung des Maschinenparks, z. B. um eine Überlastung der bestehenden Maschinen zu vermeiden und der höheren Nachfrage zu entsprechen. Die Branche bewegt sich dann auf Punkt B als neue langfristige Gleichgewichtsposition auf der neuen Angebotskurve  $S_{s1}$  zu. Fällt nun die Nachfrage unerwartet von  $D_1$  auf  $D_2$ , so bewegt sich die Branche auf Punkt C zu. Wenn sich dann die Nachfrage auf  $D_3$  erhöht, bewegt sie sich entlang  $S_{s1}$  in Richtung des Punktes  $B'$ , um sich dann auf Punkt D

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

zuzubewegen. Der Expansionspfad, der die langfristige Angebotskurve der Branche darstellt, ist demnach A, A', B, C, B', D ...

„The important point to note is that the exact position of each long-run equilibrium position depends on the positions of all those which have preceded it. Therefore, the position of D depends on the positions of A and B. If at time  $t_0$  the demand curve had been  $D_3$ , equilibrium would first have established itself at point P - a position which can never be reached from a starting point such as A for example“ (Zamagni 1987, S. 332).

Marshall selbst ging von einer solchen Irreversibilität aus, denn „once economies of scale have been gained through technical progress, it is unlikely that they will disappear even if the industry's output decreases. This, according to Marshall, implies the impossibility of moving both forward and backward along the same supply curve“ (Marshall 1987, S. 332).

Völlig unerwähnt bleiben auch negativ verlaufende Angebotskurven, die zu unangenehmen Resultaten führen können. Wenn z. B. die negativ verlaufende Angebotskurve unelastischer ist als die Nachfragekurve, so führt eine Verschiebung der Nachfragekurve aufgrund einer Erhöhung der Gesamtnachfrage nicht zu einer Erhöhung des Angebots, sondern zu einer Verringerung, was der Normalfallannahme ‚steigender Preis, steigendes Angebot‘ widerspricht.

Bumas weist zutreffend darauf hin, dass negativ verlaufende Nachfragen nicht eben selten sind.

„The overall supply of labor may be backward-bending [...] The university at which I teach seems to have a negative-sloping supply function. As enrolments decline, tuition is raised to cover costs, which are largely fixed. Stockbrokers faced with declining sales, some years ago, attempted to increase their commission schedules. A local water company asked its customers to conserve water. They did. This decreased revenues, and the water company reacted by increasing its price schedule. Physicians and surgeons with fewer visits per day sometimes increase their fees or the procedures performed on a patient to maintain their income level. I suspect that there are numerous other examples of backward-bending supply functions“ (Bumas 1999, S. 66-67, siehe dort auch Figur 3.7 zu negativ verlaufenden Nachfragefunktionen).

In längeren Passagen wird der Wohlfahrtsverlust einer Steuer dargestellt. Der Begriff ‚Zusatzlast‘ sei hierbei besonders aussagekräftig (vgl. V, S. 338). Vom Standpunkt des Ökonomen bzw. der Ökonomin seien die wahren Kosten der Steuer die Reduktion der Produktion (M3). Es wird nicht gegengerechnet, dass eventuell über Steuereinnahmen finanzierte Staatsausgaben (z. B. für Infrastruktur und Bildung) diesen Wohlfahrtsverlust überkompensieren können. Der Autor insistiert: „Vom Standpunkt der Gesellschaft ist es ein reiner Verlust – ein Wohlfahrtsverlust“ (V, S. 338; M5).

Das Kapitel kann nicht anders denn als marktapologetisch bezeichnet werden, was sich auch anderweitig zeigt: Das Beispiel aus dem England des 19. Jahrhunderts (mit guten Reichen) ist so gewählt, dass die Subventionierung von Nahrungsmitteln ins Leere läuft (vgl. V, S. 341-342) und zudem nicht mehr beendet werden kann, da sie wie im Irak (vgl. V, S. 342-343) eine politische Klientel heranzüchtet und Politiker zögern, sie wieder abzuschaffen, und natürlich Engpässe und Warteschlangen entstehen dürften (vgl. V, S. 344-345; M4, M5a).

Es ist unbestritten, dass solche Folgewirkungen v. a. bei weniger intelligenter Implementierung auftreten können, aber der Text versprüht einen wenig wissenschaftlichen Pro-Markt- und Anti-Staat-Flair gemäß *Public Choice*, wobei reale Beispiele mit ausgedachten (Gratiskarten für Basketball) und theoretischen Konzepten (Pareto-Effizienz) vermischt und die zahlreichen Voraussetzungen, derer es bedarf, dass ein Marktgleichgewicht theoretisch sauber als pareto-effizient ermittelt werden kann, verschwiegen werden.

Die Einstellung des LB wird in einer wohl witzig gemeinten Fußnote deutlich. Im Text wird bemerkt, der „Staat erhält daher keine Einnahmen aus der Verringerung der Verkäufe des Gutes“ (V, S. 338), und in der Fußnote ergänzt: „Bis jetzt haben die Regierungen zumindest noch keinen Weg dazu gefunden; aber sie arbeiten daran!“ Die Regierungen als Gegner der (interessen)vereinigten Konsument\_innen und Produzent\_innen, die nach Varians Aussage sogar bereit wären, die Flächen A-D zu zahlen, nur um die Steuer zu verhindern (vgl. Schaubild 16.7, V, S. 337). Die Fläche des Zusatzverlustes sieht nicht unerheblich aus, über die empirische Realität der Größe solcher Flächen finden sich bei Varian keine Aussagen. Auch scheint die entscheidende Einschränkung völlig in Vergessenheit geraten zu sein: „[D]ie Berechnung der Konsumentinnenrente [ist] nur für spezielle Formen der Präferenzen zulässig - nämlich für Präferenzen bei einer quasilinearen Nutzenfunktion“ (V, S. 293). Präzise Wissenschaft sieht anders aus. Man gewinnt manchmal den Eindruck, dass man es nicht so genau nehmen muss, Hauptsache die marktliberalen, ideologischen Implikationen passen.

Dass es sich hierbei um eine theoriearchitektonisch relevante Entscheidung v. a. auch angesichts der daraus abgeleiteten Verteilung handelt, wird als harmlose Frage der Taxonomie heruntergespielt. Inwiefern diese Produktionsfaktoren überhaupt selbständig produktiv sein können, bleibt völlig unreflektiert. In einem physikalischen Sinne, d. h. den Gesetzen der Mechanik entsprechend, können nicht energetische Inputs auch nicht physisch produktiv sein, sondern sie organisieren die natürlichen Produktionsprozesse. Kapital und Arbeit befinden sich z. B. nach Bernhard Beaudreaus Ansatz, in dem eine physikalische Sicht entwickelt wird, in einem Verhandlungskampf über die hierbei entstehenden Energierenten (vgl. Beaudreau 2005).

### **3.5 Das Unternehmen aus der Sicht des Mainstreams: Gewinnmaximierung, Kostenminimierung, Kostenkurven und das Marktangebot**

In Kapitel 20 zur Gewinnmaximierung (NK) wird von Konkurrenzmärkten ausgegangen und davon, dass sich dementsprechend „das Unternehmen konstanten Preisen für seine Inputs und Outputs gegenüber sieht“ (V, S. 403). Bei den Kosten finde eine Bewertung zu Marktpreisen statt (M4). In diesem Szenario wird die reale Welt mit einflussreichen Megacorps wie Google, Facebook und Amazon verlassen (zum kontrastiven Vergleich vgl. Earl 1995, Kapitel 11, S. 340-403 über *Economics of corporate strategy and structure*, in dem es um realistische Strategien und Verhaltensweisen von Großunternehmen, teilweise unter Verwendung von Erkenntnissen aus der Neuen Institutionenökonomie, geht).

Es ist darauf hinzuweisen, dass nicht nur im IT-Bereich und nicht nur in den USA, sondern in allen Industrieländern die Machtkonzentration in allen großen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat, worauf von einigen Mainstreamökonom\_innen auch die gesunkene Lohnquote zurückgeführt und eine deutliche Schwächung des Wettbewerbs festgestellt wird. Lasches Wettbewerbsrecht, Digitalisierung, Globalisierung und Netzwerkeffekte ließen Superfirmen entstehen, die ihre Waren und Dienstleistungen weit über Herstellungskosten verkaufen und einen satten Preisaufschlag durchsetzen können. Vor allem in den USA ist dieser Trend in der Industrie, bei Dienstleistungen und Finanzen, im Einzel- und Großhandel, bei Versorgern und Transportunternehmen festzustellen (vgl. zu dieser in der Mainstreamökonomie angekommenen Debatte z. B. Autor 2017 und De Loecker/Eeckhout 2017).

Varian hingegen bietet hingegen das Beispiel einer Bäuerin, die Land besitzt und es zur Produktion verwendet (vgl. V, S. 404). Auf nur einer Seite unterscheidet er kursorisch Einzelfirmen, Personen- und Kapitalgesellschaften. Einen großen Unterschied macht dies nicht aus, denn trotz der Trennung von Eigentum und Kontrolle bei Letzteren müssen die Eigentümer\_innen „ein Ziel definieren, dem die Manager bei der Leitung des Unternehmens zu folgen haben“ (V, S. 405). Da Gewinnmaximierung als einzig vernünftiges Ziel angegeben wird, ist es anscheinend unerheblich, um welche Unternehmensform es sich handelt. Gemäß dem Prinzip der Selbstverständlichkeit bestehender Strukturen (M10) und des konsequenten methodischen Individualismus (M2) heißt es lapidar:

„In einer kapitalistischen Wirtschaft befinden sich die Unternehmen im Besitz von Individuen. Die Unternehmungen sind nur rechtliche Einheiten; letztlich sind es die Eigentümer der Unternehmung, die für das Verhalten der Unternehmung verantwortlich sind und für dieses Verhalten auch die Belohnung ernten oder die Kosten tragen“ (V, S. 404-405).

Angesichts des nicht unrealistischen *Principal-Agent*-Ansatzes und nach der Finanzkrise wirken solche Allgemeinaussagen angesichts der mangelhaften Haftung durch Besitzer\_innen und CEOs und deren Verfolgen eigener Interessen viel zu vereinfachend.

„Maximierung des Wertes am Aktienmarkt bietet eine klare Zielfunktion für das Unternehmen in nahezu jedem ökonomischen Umfeld“ (V, S. 407). Doch man wolle sich auf einen einzigen sicheren Output und eine einzige Zeitperiode beschränken. Auch wird eine Annahme vorausgesetzt, die an Realitätsferne kaum zu überbieten ist: „Nehmen wir eine Welt mit vollständiger Sicherheit an, in welcher der Strom der zukünftigen Gewinne eines Unternehmens allgemein bekannt ist“ (V, S. 406). Es werden dann wie üblich fixe und variable Faktoren, die kurzfristige und langfristige Gewinnmaximierung, inverse Faktornachfragekurven und bekundete Gewinnerzielung erläutert (NK).

Interessant sind seine Ausführungen zu Gewinnmaximierung und Skalenerträgen (vgl. den fairen Überblick zur Skalenertragsdebatte bei Zamagni 1987, S. 280-285). Er fragt, was wohl passiere, wenn konstante Skalenerträge vorlägen und ein Unternehmen im Gleichgewicht positive Ge-

winne erziele. Es ist etwas unklar, was der Gleichgewichtsbegriff hier bedeuten soll. Die Markträumung kann es schlecht sein, denn er meint, bei positiven Gewinnen würden die Unternehmen ihren Output und dementsprechend ihre Gewinne gerne verdoppeln.

„Das widerspricht jedoch der Annahme, dass die ursprüngliche Entscheidung Gewinn maximierend war! [...] [W]enn das ursprüngliche Gewinnniveau Null wäre, hätten wir kein Problem: Zweimal Null ist noch immer Null. Dieses Argument zeigt, dass das bei Wettbewerb einzig vernünftige langfristige Gewinnniveau eines Unternehmens, das konstante Skalenerträge für alle Outputniveaus aufweist, ein Gewinn von Null ist“ (V, S. 415).

Diese der Realität völlig widersprechende (vgl. die Berechnungen der *mark-ups* bei Loecker/Eeckhout 2017) und verdrehte Scheinargumentation folgt natürlich aus den surrealistischen Annahmen vollkommener Voraussicht (Unternehmen wissen von vornherein, ob und in welcher Höhe ein Produkt Absatz findet) und der Unterstellung von Konkurrenzmärkten, bei denen die Unternehmen so klein sind, dass ihre Produktion die Inputpreise nicht beeinflussen, sie sich nicht einer fallenden Nachfragekurve gegenübersehen usw. So müssen dann schließlich doch auch die üblicherweise in LB bemühten Management- und Koordinationsprobleme bei sehr großen Unternehmen herhalten, um halbwegs plausibel eine Expansionsgrenze begründen zu können (vgl. V, S. 415; vgl. zudem Zamagni 1987, S. 268 zu Schwächen dieser Argumentation).

Es könnte ggf. Quasimonopolisten geben, aber dann läge kein Wettbewerb mehr vor und Gewinnmaximierung bei Konkurrenz wäre nicht mehr gegeben. Das ist schon richtig, aber kann man diese reale Möglichkeit ausschließen, weil sie gerade nicht ins Modell passt? Sehr richtig bemerkt er, dass bei positiven Gewinnen jedes andere Unternehmen seinen Output ausweiten könnte und dies sicherlich Preise und Gewinne drücken würde. Das stimmt, wenn man realitätsfern annimmt, alle Unternehmen könnten das Gut in gleicher Qualität aus dem Stand heraus produzieren, sie hätten keine Probleme, hierfür Kredite zu erhalten, und es gäbe keine Markenbindung. Selbst im Falle von Nullgewinnen verschwindet die Frage zusätzlicher Unternehmen nicht, da annahmegemäß auch bei Nullgewinnen ein durchschnittlicher Unternehmerlohn gemäß dem Prinzip der Opportunitätskosten gezahlt wird.

Sollte es dann zu einer Zunahme von Unternehmen kommen (warum nicht?), würde dies sicher auf die Preise drücken. Immer dann, wenn man über die in der Mikroökonomie stilisierten ‚Konkurrenzmärkte‘ jenseits des Gleichgewichts und mit dynamischen (Anpassungs-)Prozessen nachdenkt, gerät man in ein nebulöses Dickicht, dessen Beliebigkeiten und Widersprüche im Gegensatz zur beanspruchten exakten Wissenschaft stehen. Die Hinwegargumentation von Gewinnen bei Varian auf kaum präzise definierten und daher den Eindruck der Üblichkeit erweckenden ‚Konkurrenzmärkten‘ macht zumindest einen unseriösen Eindruck.

Im abschließenden Beispiel geht es um Bauern bzw. Bäuerinnen, die auf das Entfallen von subventionierenden Preisstützungen nicht mit einer Ausweitung des Tierbestandes zwecks Kompensation reagieren würden, da ihre Mehrproduktion von Milch natürlich zu einem Rückgang des Outputpreises führe und die Mehrproduktion daher nicht eintreten würde. Dies setzt voraus, dass die Bauern bzw. Bäuerinnen ihre neu angeschafften Kühe schnell wiederverkaufen



oder ohne größere Verluste schlachten lassen können; falls nicht, könnten sie den neuen Viehbestand als versunkene Kosten betrachten und es käme zu einem Überangebot. Da Varians Bauern bzw. Bäuerinnen jedoch vorausschauend sind, kommt es laut LB erst gar nicht zu einem Überangebot (M4, M12), was aber tatsächlich nach der jüngsten Freigabe des Milchmarktes in der EU der Fall ist.

In Kapitel 21 über Kostenminimierung zeigen sich in Abbildung 21.1 (vgl. V, S. 427) die theorie-strategischen Vorteile der Annahmen der Monotonie und Konvexität. Wie bei der Indifferenzkurvenanalyse gibt es dann nämlich bei zwei Inputfaktoren einen und nur einen optimalen Kombinationspunkt zur Kostenminimierung. Auch Kapitel 22 über Kostenkurven folgt der Standarddarstellung mit Durchschnitts- und Grenzkosten (NK), nur bei z. B. Kostenkurven bei Onlineauktionen und im Fall zweier Fabriken ergänzt Varian etwas den traditionellen Kanon. Wie selbstverständlich wird hier angenommen, dass die Faktorpreise bei verschiedenen Outputniveaus konstant bleiben (vgl. V, S. 441).

Mit bereits bekannten ‚Argumenten‘ wird die zunächst fallende und dann ansteigende Durchschnittskostenkurve vorgestellt (NK). Der fallende Teil ist nötig, da steigende Kostenkurven über den gesamten Verlauf zu keinem Gleichgewicht führen würden, weil der Wettbewerb tendenziell unendlich kleine und unendlich viele Unternehmen hervorbringen könnte. Anfänglich schlagen laut LB die Fixkosten zu Buche, später wird ihre Wirkung überkompensiert durch den Anstieg der Durchschnittskosten. Jetzt wird nicht mehr ein Faktor variiert, sondern die variablen Kosten, aber immerhin bleiben die Fixkosten als konstanter Faktor. „Wenn jedoch die Kapazität des Gebäudes erreicht wird, werden die Kosten steil ansteigen“ (V, S. 442; hier sei nur auf die vielen Einwände dieses Ansatzes anhand von Bumas 1999, Kapitel 6 über Kostenfunktionen hingewiesen; vgl. auch den Diskussionsüberblick bei Shaik 2016, S. 151-164.). Warum hat der bzw. die Unternehmer\_in das nicht vorhergesehen und gleich ein größeres Gebäude gebaut, hat er bzw. sie doch sonst den vollkommenen Marktüberblick? Bei Annahme konstanter Faktorkosten: Warum wird überhaupt in Betracht gezogen, über die optimale Kapazität hinaus die Arbeit in einem Gebäude bestimmter Größe zu erhöhen und nicht ein weiteres Gebäude anzumieten? Man muss annehmen, dass hier an die Stelle der logischen Zeit die historische Zeit und begrenzte Voraussicht tritt und das zusätzliche Mieten eines Gebäudes in der kurzen Frist nicht so schnell erfolgen kann (M6).

Durch die U-förmige Durchschnittskostenkurve ergibt sich der zwangsläufige Verlauf der erst sinkenden und dann ansteigenden Grenzkostenkurve als Veränderungsrate (Kostenänderung geteilt durch Outputänderung. Diese Tatsache ist für die Behauptung einer natürlichen, auch gesamtwirtschaftlich effizientesten Unternehmensgröße sehr praktisch zur Legitimierung einer Konkurrenzwirtschaft (M5a; vgl. Earl 1995, S. 208-213 zur Darstellung der ökonomischen Fachdiskussion zu vollkommenem Wettbewerb und der Skalenertragsdebatte.)).



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Es ist zu betonen, dass dieses Schneiden im Minimum aus der vorgängigen Annahme zum Durchschnittskostenkurvenverlauf zwangsläufig folgt und nicht auf Beobachtungen in der realen Welt beruht. Es müssen

„in einem Bereich, in dem die durchschnittlichen variablen Kosten steigen, die Grenzkosten größer sein als die durchschnittlichen variablen Kosten – es sind ja gerade die höheren Grenzkosten, die den Durchschnitt nach oben drücken. Wir wissen daher, dass die Grenzkostenkurve links vom Minimum der Kurve der durchschnittlichen variablen Kosten unterhalb dieser Kurve liegen muss, rechts vom Minimum oberhalb. Das impliziert, dass die Grenzkostenkurve die Kurve der durchschnittlichen variablen Kosten in deren Minimum schneiden muss. Genau das gleiche gilt für die Durchschnittskostenkurve“ (V, S. 444).

Es ist nicht recht ersichtlich, wie seine unkritische Wiedergabe der U-förmigen langfristigen Kostenkurve als Umhüllende der kurzfristigen Kostenkurven mit seinen früheren Aussagen zu konstanten Skalenerträgen als Normalfall zusammenpassen (vgl. V, S. 454 versus S. 397). Zamagni bietet ein realistischeres Schaubild mit langfristig konstanten Kosten (vgl. Zamagni 1987, S. 322).

„The long-run equilibrium price is determined exclusively by the state of technology and prices of inputs, i.e. by cost conditions and not by demand conditions. The neoclassical paradigm of scarcity, according to which the equilibrium price is determined by the ‘Marshallian scissors’, is not applicable here“ (1987, S. 322).

Varian nimmt lieber einen Widerspruch in seinem LB hin, als Zugeständnisse hinsichtlich der Relevanz und der Grenzen der Neoklassik zu machen.

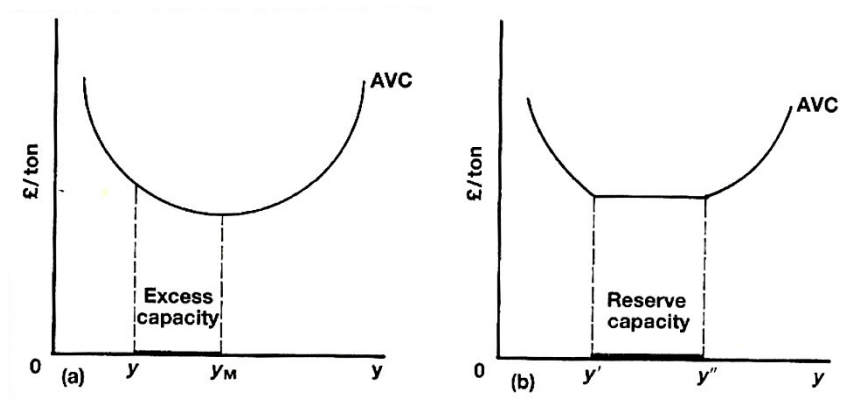
Untersuchungen von realen Kostenkurven stimmen nur in sehr seltenen Fällen mit dem hier konstruierten Normalfall überein. An dieser Stelle soll kurz auf eine empirisch oft bestätigte Darstellung hingewiesen werden, bei der davon ausgegangen wird, dass Unternehmen eine gewisse Flexibilität hinsichtlich ihrer Produktionskapazitäten haben wollen, um saisonale oder zyklische Fluktuationen auszugleichen. Die Produktionskapazitäten sind dementsprechend höher als die durchschnittlich erwarteten Verkaufszahlen.

Diese Reserveproduktionskapazitäten liegen nach empirischen Erhebungen meist in einem Bereich konstanter Durchschnittskosten und der erwartete Auslastungsgrad zwischen  $\frac{2}{3}$  und  $\frac{3}{4}$  der Produktionskapazitäten. Dieser Ansatz unterscheidet sich vom U-förmigen Kostenkurvenverlauf der Mikroökonomie, bei dem angenommen wird, dass jedes Unternehmen nur bei einem und nur einem Output optimal produzieren kann.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

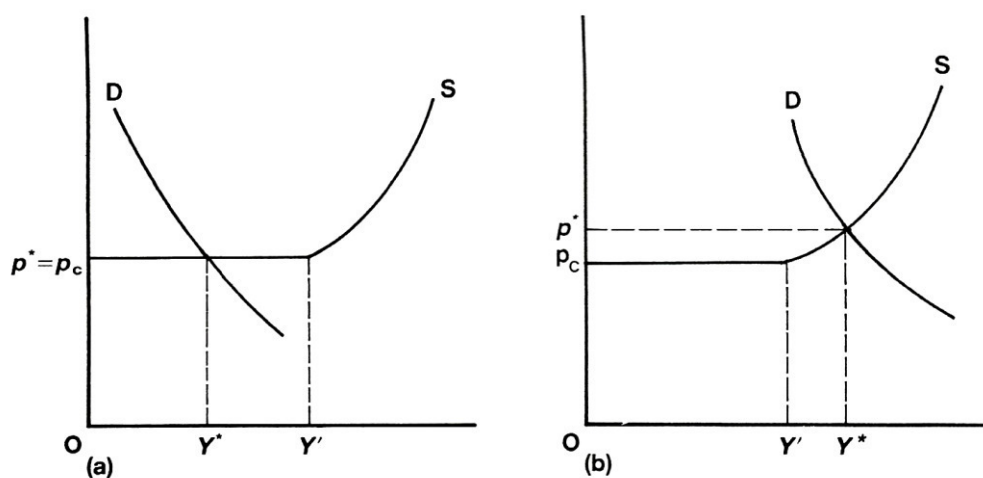
**Abbildung 4: Durchschnittskostenkurven mit Reservekapazität**



Quelle: Zamagni 1987, S. 278 (dort findet sich auch die entsprechende Belegliteratur).

Für das kurzfristige Gleichgewicht auf einem Markt kann dies bei konstanten Kosten im relevanten Bereich zu folgenden Konstellationen führen:

**Abbildung 5: Kurzfristige Gleichgewichte bei konstanten Kostenkurvenbereichen**



Quelle: Zamagni 1987, S. 317.

Bei einer Zunahme der Nachfrage kann es demnach zu einem Preisanstieg kommen, dies muss aber nicht so sein und hängt vom Auslastungsgrad des Unternehmens ab, der bei Varian nicht berücksichtigt wird und für den er implizit einen unrealistischen Auslastungsgrad von 100 Prozent annimmt.

Mit Earl sei noch auf weitere grundsätzliche Probleme des Ansatzes zu den Kostenkurven hingewiesen. Zunächst soll die Anwendung des Opportunitätskostenprinzips auf die Kostenkurven in

Augenschein genommen werden. Gemäß dem objektivistischen Kostenansatz der LB stellt die durchschnittliche Gesamtkostenkurve nicht die Opportunitätskosten, sondern die faktischen finanziellen Auslagen des Unternehmens dar, d. h. reale Kosten und nicht auf Erwartungen basierende, entgangene Möglichkeiten. Earl zitiert Littlechild: Die relevanten Produktionskosten sind

„not the money outlay but the value of some alternative foregone use and this alternative is not ‘given’ but exists only in the mind of the manager(s). Two managers with different knowledge about available alternatives, or different views about the future, will associate different costs with the very same output. Since the correctness of beliefs about the future cannot be established objectively (at the time), neither can be said to be wrong - each is right given his beliefs“ (Earl 1995, S. 157).

Dies läuft dem objektivistischen Kostenansatz der LB entgegen, obwohl an anderer Stelle das Opportunitätskostenprinzip vertreten wird (vgl. z. B. V, S. 220), ohne dass auf diese Unverträglichkeit hingewiesen würde.

Der objektivistische Ansatz nimmt auch an, dass alle Technologien bekannt sind und sich genau und explizit beschreiben lassen. Earl zitiert Polanyi und erwähnt Nelson und Winter, die auf die Bedeutung von implizitem, nicht formal und ausdrücklich beschreibbarem Wissen hinweisen, das sich nur durch den aktiven Vollzug der Tätigkeiten lernen und nachvollziehen lässt (vgl. Earl 1995, S. 167). Earls Kapitel 7 über Produktionsmethoden und Produktivität (vgl. Earl 1995, S. 156-202) stellt neben der neoklassischen Variante und ihren Schwächen auch Lernkurven, technischen Wandel, die X-Effizienz Leibensteins, u. a. länderspezifische Unternehmenskulturen, die *behavioral theory of the firm* usw. auch anhand vieler Beispielfälle vor (zu Marshalls komplex-institutionellen Ansatz vgl. Earle 1995, S. 204-208). Blättert man zum Vergleich Varian oder auch Pindyck/Rubinfeld (2015) durch, fällt deren Abstraktheit und Abgehobenheit vom realen Wirtschaftsleben und die völlige Ausblendung vieler Ergebnisse und Überlegungen selbst aus dem Lager des Mainstreams auf. Der objektivistische Ansatz gerät auch in ernsthafte Probleme, wenn man Transaktionskosten berücksichtigt.

„Difficulties in separating the two types of cost arise wherever transaction costs affect production costs or production costs affect transaction costs. An example of the former would be where, as a result of spending more time searching for and evaluating potential employees, the firm ended up with employees who were more professionally capable and committed, more motivated to work without supervision, and who thus produced more for a given wage; or where, as a result of trying to economize on expenditure on managers by giving workers more responsibility over issues such as quality control, output either went up or down for a given employment of line workers. An example of the latter would be where investment in more specialized machinery and tools reduced the incidence of breakdowns and lapses of quality that managers might otherwise be needed to sort out. Once this interdependence is recognized, one can readily see very different strategies of how a firm or public service agency might minimize costs of meeting particular objectives“ (Earl 1995, S. 158).

So könne man Arbeitnehmer\_innen z. B. besser bezahlen oder stärker überwachen. Earl weist hier auf die in den LB völlig vernachlässigte Tatsache hin, dass es im realen Leben nicht nur um einen einfachen optimalen Mix der Produktionsfaktoren zur Outputgenerierung geht.

Kapitel 23 geht auf das Angebot der Unternehmen ein, das unter Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz untersucht werden soll. Als Begründung wird angegeben, es handele sich hierbei um das „einfachste Marktverhältnis“ (V, S. 460; NK). Es ist nicht einzusehen, warum es ‚einfacher‘ sein soll als das der monopolistischen Konkurrenz oder des Monopols. Eine Abgrenzung zu den ansonsten im LB ubiquitären ‚Konkurrenzmärkten‘ findet nicht statt. Vollkommene Konkurrenz sei auch eine gute Ausgangs- und Vergleichsbasis für viele andere Marktkonstellationen. Sie wird endlich präzise gekennzeichnet durch Preisnehmerschaft, identische Produkte und viele kleine Unternehmen, für die angesichts der bisherigen Normalkostenverläufe die Regel  $\text{Preis} = \text{Grenzkosten}$  abgeleitet wird.

Er gibt ein Beispiel, wieder einmal aus der Landwirtschaft, die ganze zwei Prozent des BIP in Industrieländern ausmacht. Es gäbe tausende Bauern bzw. Bäuer\_innen, die Weizen anbauen und den Preis als von ihrem Angebot unabhängig ansehen. Varian versucht, den Geltungsbereich der vollkommenen Konkurrenz so weit wie möglich auszuweiten, selbst bei drei oder vier Unternehmen am Markt könnte ggf. jede Unternehmung die Preise der Anderen als gegeben unterstellen. Später wird allerdings bemerkt, die These, „dass sich eine kleine Zahl von Unternehmungen als vollkommene Konkurrenten verhalten wird, ist wahrscheinlich auch eine schlechte Näherung!“ (V, S. 485).

Varian desorientiert die Leser\_innen weiter, da er kurz darauf meint, wenn ein Unternehmen „zum Marktpreis anbietet, kann es jede beliebige Menge verkaufen“ (V, S. 461), was wohl nicht bei vier Unternehmen am Markt zutreffen dürfte. Dieses Vorgehen dient wohl theoriestrategisch dazu, zwar einerseits die restriktiven Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz zu erwähnen, andererseits aber behaupten zu können, dass sie die vernünftige Vergleichsbasis für viele andere Situationen sei.

Auch wirft Abbildung 23.1 (vgl. V, S. 462), in der die Nachfragekurve eines Unternehmens und die Gesamtnachfrage in einer Abbildung untergebracht werden, Fragen auf. Man weiß nicht so recht, was der horizontale Bereich der Nachfragekurve des Einzelunternehmens bedeuten soll, da nur erklärt wird, er sei horizontal, weil das Angebot des Unternehmens sehr klein sei. Ist dieser Teil der Kurve also rein fiktional, da er de facto nie von einem Unternehmen realisiert wird? Diese Frage ist natürlich auch Varian bewusst, deshalb fügt er hinzu, das Schaubild gelte auch für nur zwei Unternehmen, von denen eines unbedingt auf einem fixen Preis bestehe, woraufhin sich dann das andere Unternehmen der Nachfrage in der gerade behandelten Abbildung gegenübersehe. Einer solchen, seltenen (und unter den bisherigen Maximierungsannahmen völlig unwahrscheinlichen) Konstellation entspricht die Abbildung tatsächlich, sie hat aber ansonsten nichts mit den Annahmen der vollkommenen Konkurrenz zu tun. Nur nebenbei sei bemerkt, dass sich bei einem nicht ausgeschlossenen Zuströmen neuer Anbieter\_innen die gesamte Marktangebotskurve nach rechts verschiebt und sich ein neuer Gleichgewichtspreis ergeben muss. Zwar ist unter den hiesigen Annahmen für den bzw. die Einzelanbieter\_in die Nachfrage weiterhin horizontal, aber bei einem anderen Preis.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Endgültig verwirrend ist die folgende Aussage, „dass bei vielen kleinen Unternehmungen auf einem Markt jede einzelne sich einer Nachfragekurve gegenübersteht, die im Wesentlichen flach ist“ (V, S. 462). Man hätte gerne eine Abbildung, in der dargestellt wird, wie eine ‚im Wesentlichen flache Nachfragekurve‘ aussieht. In seinem Ausnahmefall (vgl. V, S. 464-465) eines doppelten Schneidens der Grenzkostenkurve bei einem bestimmten Preis gibt es wie üblich überhaupt keine Nachfragerrestriktion. Das angebotene realwirtschaftliche Beispiel (vgl. V, S. 466-467) des raffinierten, strategischen Vorgehens von Microsoft zur Erlangung der Marktdominanz (Lizenzgebühren, die abhängig von erzeugten und nicht installierten Betriebssystemen sind) passt überhaupt nicht in den Rahmen der ansonsten rein mechanisch abgeleiteten Angebotskurve. Man weiß nicht, wofür es im LB ein Beispiel sein soll.

Die folgende langfristige ähnelt der kurzfristigen Angebotskurve, obwohl bei ihr alle Faktoren variabel sind (vgl. V, S. 472-474). Sie ist nur elastischer als die kurzfristige Angebotskurve. Aber warum steigt sie an, da doch das Argument für ihren aufsteigenden Verlauf darin bestand, dass es fixe Faktoren gibt und die Faktorpreise doch wohl weiterhin als konstant angenommen werden?

Am Ende des Kapitels kommt Varian wieder einmal auf die „besonders interessante Situation“ (V, S. 474) langfristig konstanter Durchschnittskosten zurück, bei der die langfristige Grenzkosten- mit der langfristigen Durchschnittskostenkurve übereinstimmt und horizontal verläuft (vgl. V, S. 475). Diese an früherer Stelle von Varian für typisch gehaltene Situation konstanter Skalenerträge (vgl. V, S. 397) hat natürlich zwei Schönheitsfehler, die Varian den Studierenden vorenthält: Der gewinnmaximale Output kann nicht bestimmt werden und es lässt sich keine Aussage darüber treffen, wie viele Unternehmen sich auf dem Markt tummeln. Sollte es sich um ein enges Oligopol handeln, kämen Überlegungen zu marktbeherrschendem Verhalten und seiner Begrenzung ins Spiel.

Kapitel 24 geht zum Marktangebot einer Branche über. Im kurzfristigen Branchengleichgewicht kann es Unternehmen geben, die Gewinne erzielen, und Varian unterscheidet drei Firmen, eine mit Nullgewinn, eine mit Verlusten und eine mit positivem Gewinn. Dies widerspricht der Annahme vollkommener Voraussicht, die an anderer Stelle bei der Analyse von Konkurrenzmärkten vorausgesetzt wurde. Es wird ferner die Annahme außer Kraft gesetzt, dass in der komparativen Statik gleiche Produktionstechnologien vorliegen. Auch hat die Durchmischung des Marktes hinsichtlich der Unternehmen in Bezug auf Gewinne oder Verluste anscheinend keinen Einfluss auf das sich schließlich einstellende Marktgleichgewicht mit Nullgewinn.

Wenn es z. B. sehr viele Unternehmen mit Verlusten gab und dementsprechend viele Arbeitskräfte freigesetzt werden, könnte dies doch einen Anker für niedrigere Löhne setzen, sodass die übriggebliebenen Unternehmen die Arbeitslosen zu einem günstigeren Lohn einstellen können. Werden vorausschauende, maximierende Akteur\_innen angenommen, fragt es sich, warum sie nicht von vornherein die kostengünstige Variante wählten, da es bei vollkommener Konkurrenz annahmegemäß kein Nichtwissen gibt.

Es wird auf jeden Fall unterstellt, dass das Gleichgewicht hinsichtlich Preis, Angebot und Nachfrage am Ende des Tages immer gleich sein wird, unabhängig davon, wie der Weg und der Preispfad dorthin aussahen. Über die Anpassungsprozesse und die sie begleitenden Vorgänge kann man mit der komparativen Statik eigentlich überhaupt keine Aussagen treffen. So hieß es gleich zu Beginn des LB zum Wohnungsmarktgleichgewicht konsequenterweise, „dieser *Gleichgewichtspreis* interessiert uns, nicht jedoch wie der Markt zu diesem Gleichgewicht kommt“ (V, S. 3).

Natürlich stimmt die Überlegung, „(w)enn ein Unternehmen andererseits Gewinne erzielt, würden wir *Eintritte* in die Branche erwarten“ (V, S. 481). Eine dynamische, z. B. österreichische Marktprozessstheorie würde hier ansetzen und mit Schumpeter Wettbewerb als Prozess schöpferischer Zerstörung verstehen, der sich nicht (nur) auf Preis- und Mengenanpassungen beschränkt, sondern vielmehr auf die Erfindung und Einführung neuer Güter, Technologien oder Produktionsprozesse bezieht, die zu Ungleichgewichten führen und evolutionäre Marktentwicklungen eine unendliche Sequenz von Bewegungen und Gegenbewegungen auslösen (zu den Unterschieden innerhalb der Austrians vgl. Yu/Shiu 2011).

Auch viele klassische politische Ökonom\_innen wie Smith und Marx vertraten einen dynamischen Marktprozessansatz, der in den LB nicht vorkommt (vgl. Eatwell 1982 und das LB aus klassischer Perspektive von Robinson/Eatwell 1980; vgl. auch den Vergleich zwischen Klassik, Neoklassik und Schumpeter bei Zamagni 1987, S. 294-297 und bei Earl 1995, S. 249-255, zur Preisung neuer ‚Schumpeter‘-Produkte auch anhand von Beispielen). Varoufakis beschreibt die Geschichte der Wettbewerbskonzepte seit der Klassik (vgl. Varoufakis 1998, Kapitel 6).

„While classicists saw production as a social process involving simultaneously power games, exchange, cajoling, threats, even exploitation, neoclassicists pictured production as a type of pure exchange. And where the classicists tried to understand markets by painting an accurate and wholistic picture of the markets they observed, the neoclassicists tried to do the same by painting a model of ideal markets one at the time“ (Varoufakis 1998, S. 165).

Im LB wird aber eine realitätsleugnende Leichtigkeit der Anpassung in der langen Frist ohne fixe Faktoren angenommen, sofern keine relevanten Eintrittsbarrieren bestehen, wobei sich Varian nur Lizenzen, Konzessionen und rechtliche Beschränkungen (vgl. V, S. 481) und nicht z. B. steigende Skalenerträge als Eintrittsbarrieren für Newcomer\_innen vorstellen kann. In der Realität häufiger vorkommende steigende Skalenerträge spielen bei Varian sicher auch deshalb praktisch keine Rolle, weil sie die schöne Harmonie auf Wettbewerbsmärkten stören, was Varian sehr weit hinten im Buch in einem zu den Randkapiteln gehörenden Abschnitt erwähnt.

„Derartige Nicht-Konvexitäten stellen große Schwierigkeiten für das Funktionieren von Konkurrenzmärkten dar. Auf einem Konkurrenzmarkt achten Konsumenten und Unternehmen nur auf einen Zahlenvektor - die Marktpreise -, um ihre Konsum- und Produktionsentscheidungen zu treffen [...] Wenn aber die Technologie und/oder die Präferenzen nicht konvex sind, dann vermitteln die Preise nicht die gesamte, zur Wahl einer effizienten Allokation erforderliche Information. Informationen über die Steigungen der Produktionsfunktion und der Indifferenzkurven weiter entfernt vom derzeitigen Produktionsniveau sind ebenfalls erforderlich“ (V, S. 705).

Ob die Marktkräfte die hierfür erforderliche Weitsicht generieren, ist fraglich (Gefahr von *lock-ins*), auch wäre ein\_e Auktionator\_in bei steigenden Skalenerträgen vor eine wohl unmögliche Koordinationsaufgabe gestellt und Varian müsste sein harmonisches Narrativ der Konkurrenzmärkte relativieren und modifizieren.

Doch zurück zu Varians Standardökonomie. „Wenn ein Unternehmen langfristige Gewinne erzielt, so bedeutet das, dass *jedermann* auf diesen Markt gehen kann, die Faktoren erwirbt, und dieselbe Outputmenge zu denselben Kosten erzeugt“ (V, S. 481; NK). Wenn nun viele Jedermanns auf den Markt strömen, was stellt sicher, dass es (unter den dabei unterstellten Annahmen) nicht zu einem Überangebot kommt? Schließlich liegen die Preise der folgenden Periode noch nicht vor. Die investitionswilligen Unternehmen können nicht wissen, wie andere potentielle Anbieter\_innen handeln werden und wie sich dies auf Preise und Mengen auswirken wird.

Dieses Koordinationsproblem wird in Richardson (1960) hervorragend umrissen, der entgegen den neoklassischen Annahmen ‚Marktunvollkommenheiten‘ wie Preisrigiditäten, Tarifverträge, institutionelle Regelungen usw. als hilfreich zur Lösung des Koordinationsbedarfs hervorhebt. Sehr inhaltsreich diskutiert Earl auch mit Beispielen, Bezügen zur Neuen Institutionenökonomie und einem Vergleich mit dem Arrow-Debreu-Modell die Fragestellung und den heterodoxen Lösungsweg Richardsons (vgl. Earl 1995, S. 303-339).

Anhand des Spinnwebtheorems kann leicht gezeigt werden, dass es von den Angebots- und Nachfrageelastizitäten abhängt, ob ein eventueller Annäherungsprozess zu einem (stabilen) Gleichgewicht führt, es zu einer stabilen Oszillation kommt oder zu einer explosiven Ungleichgewichtsentwicklung. Bumas, der auch die drei möglichen Verläufe abbildet, zitiert Daniel Suits Studie zum Schweinezyklus in den USA:

„Eight price peaks can be shown in the nearly 30-year period shown [...] This works out to an average of three to four years to cycle from high to low prices and back again. The relatively long period of this cobweb cycle reflects the time required for farmers to build up the herd of brood-sows [...] and the additional time that must elapse after the sows are bred before mature hogs are ready for market“ (Bumas 1999, S. 71).

Bumas weist an gleicher Stelle darauf hin, dass der Erfinder der Theorie rationaler Erwartungen, John Muth, den englischen Schweinemarkt als Beleg seiner Annahme rationaler Vorhersicht anführte. Man sollte aus empirischen Einzelfällen nicht allzu forsch generalisieren.

Wenn aber die Akteur\_innen das Marktgeschehen annahmegemäß genau überblicken können, wieso konnten sie dies nicht schon vorher beim ursprünglichen Aufbau des fixen Faktors? Woher beziehen die zuströmenden Unternehmen die Arbeitskräfte? Bestand vorher Unterbeschäftigung oder müssen sie die Arbeitnehmer\_innen mit besonders hohen Löhnen weglocken?



All diese Fragen tauchen nicht auf, nur das Ergebnis steht fest: Der Schnittpunkt wird beim niedrigsten mit nichtnegativen Gewinnen vereinbaren Preis liegen (vgl. V, S. 482), der schon im kurzfristigen Gleichgewicht feststand. In der Modellwelt Varians ändert sich auf dem betrachteten Markt in der langen Frist im Marktumfeld gar nichts. Eine solche Statik und ein solcher Stillstand erinnern eher an die Gegebenheiten Nordkoreas als an dynamisch-evolutive Marktökonomien.

Bei der Ableitung der langfristigen Angebotskurve nimmt „man typischerweise“ (V, S. 483) an, dass die Marktnachfrage fallend ist (NK). Auch ansonsten finden sich wieder unklare Angaben. Um eine Angebotskurve von Null zu erhalten, bedarf es einer „vernünftigen Anzahl“ von Unternehmen. Die Angebotskurve sollte „recht flach“ sein, „flach genug, um für sie eine Steigung von Null anzunehmen“ (alle V, S. 485). Bei einer „sinnvollen Anzahl“ kann sich „der Gleichgewichtspreis nicht weit von den minimalen Durchschnittskosten entfernen“ (V, S. 485).

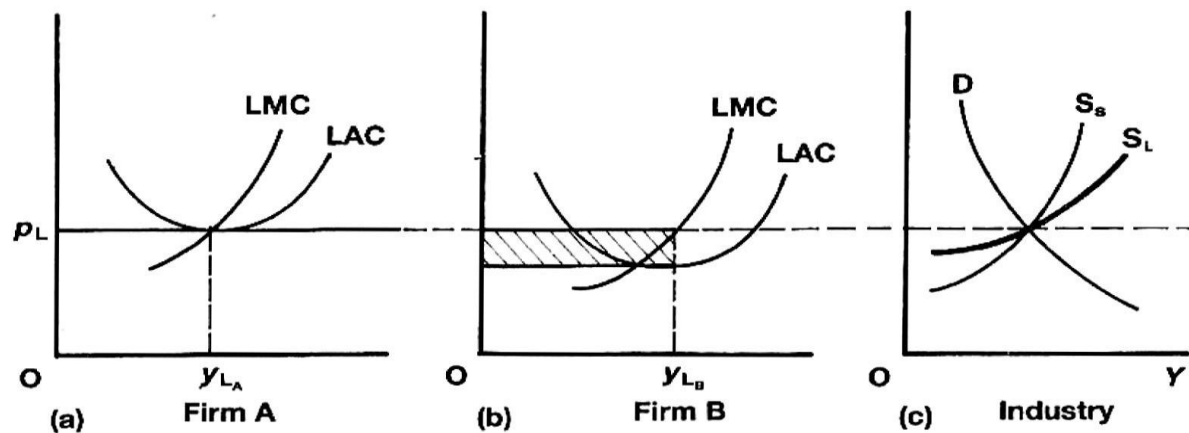
So präzise die Zeichnungen und Rechnungen Varians auch erscheinen, die realen Beschreibungen, hier der Anzahl der Unternehmen, bleiben doch recht *fuzzy* und schwammig. Varian unterstreicht noch einmal, dass eine exakte Duplizierung eines Unternehmens durch einen anderen möglich ist und es daher denselben Output auf dieselbe Art wie das bestehende Unternehmen erzeugen kann (vgl. V, S. 486).

Dies liefere dann auf eine langfristig horizontale Gesamtangebotskurve hinaus, die identisch mit den konstanten Skalenerträgen eines Einzelunternehmens sei. Dies mag die Studierenden irritieren, da doch vorher ein U-förmiger Verlauf der langfristig umhüllenden Kurve des Einzelunternehmens vorgestellt wurde (vgl. V, S. 454). Die Probleme bei horizontalen Angebotskurven wurden schon erwähnt: Wie hoch ist der gewinnmaximale Output des einzelnen Unternehmens und wie viele Unternehmen gibt es?

Am Beispiel von Intel wies Varian schon auf den Unterschied zwischen einer Betriebsstätte und einem Unternehmen hin: Wenn ein Unternehmen fast alle Betriebsstätten besitzt und nicht wegen steigender Kostenverläufe gebremst wird, was bleibt von der Annahme des Konkurrenzgleichgewichts? Dann dürfte die folgende Unterstellung von Nullgewinnen (vgl. V, S. 488-489) hinfällig werden, da ein Quasimonopolist in der Lage sein dürfte, Gewinne zu realisieren. Auf genau einer Seite wird die These der Nullgewinne anhand des alltagsplausiblen Arguments unterbreitet, dass bei ihrem Vorliegen neue Akteur\_innen einströmen und die Gewinne zunichtemachen. Realistischerweise kann man aber annehmen, dass es auch in der langen Frist unterschiedlich effiziente Firmen wie im folgenden Schaubild gibt:



**Abbildung 6: Darstellung der Kosten- und Gewinnsituation unterschiedlich effizienter Firmen in der langen Frist**



Quelle: Zamagni 1987, S. 325.

Für Firma B oder Firmengruppe B ergibt sich hier ein (Extra-)Gewinn.

„In most textbooks this rent is included in the long-run cost curves of the firms which benefit from it, with the result that the LAC [Long Run Average Cost] curves of both marginal and in-framarginal firms appear to be equal. This is most often justified by stating that the managers' rent, to the extent that it is an opportunity cost, should be considered as a component of production costs“ (Zamagni 1987, S. 325).

Diese Sicht teilt auch Varian. Aber Zamagni argumentiert zu Recht, dass sie falsch ist.

„The rent in question depends on market demand. It plays no role in determining the equilibrium price, but it is determined by it. In other words, before knowing the size of this rent, we must first know the long-run equilibrium price which is in turn determined by the state of technology and demand conditions. To include the managers' rent in cost curves is therefore to invert the order of causality of the relation in question. We cannot consider something which depends on demand conditions as a constituent element of costs“ (Zamagni 1987, S. 326).

Sollte sich nämlich die Marktnachfragekurve nach links verschieben, würden die Firmen der Gruppe A gezwungen, den Markt zu verlassen und die Renten der Manager\_innen in Gruppe B verschwinden, ohne jegliche Veränderung der Kostenkurven. Schlüge man die Renten der Manager\_innen in Gruppe B den Kosten zu, wie in bestimmten Teilen der LB, so würde eine Nachfragesenkung nur zu einer Abnahme der produzierten Menge führen und nicht den Gleichgewichtspreis beeinflussen, was falsch wäre. „It is therefore untrue in a situation such as the above that long-run competitive equilibrium implies zero excess profits for all firms. The most efficient firms will make excess profits in the form of managers' rent“ (Zamagni 1987, S. 326).

Durch das Opportunitätskostenprinzip wird es auch möglich, Gewinne dank Eintrittsbarrieren wegzudefinieren. Konzessionen, Lizenzen, Talent oder rechtliche Hürden ermöglichen den Bezug von Renten, d. h. Gewinne, die aus einem quasi fixen Faktor resultieren (vgl. V, S. 490). Alle durch irgendwelche Eingangsbarrieren bedingten Gewinne werden dank des Opportunitätskostenarguments in Kosten umgewandelt. So wundert es nicht, dass sich Varian in einer Welt der Nullgewinne wähnen kann. Verschwinden dann auch die (bisher zu einem großen Teil im Ausland) angehäuften Gewinne Googles auf einen Schlag, da man die Lizenzen und den Markennamen auch verkaufen könnte?

Das Kapitel enthält noch einige Beispiele, bei denen gute Vorsätze von Seiten der Regierung ins Leere laufen oder kontraproduktive Wirkungen erzielen: Besteuerung von Gütern bei horizontaler Angebotskurve belastet nur die Konsument\_innen (bei einem Oligopol sähe dies möglicherweise anders aus), Lohnerhöhungen der Taxifahrer\_innen in New York bleiben beim bestehenden Konzessionssystem wirkungslos, Ausschankkonzessionen für Alkohol finden regen Zuspruch bei den bisherigen Besitzer\_innen von Konzessionen, da diese ihnen nützen usw. Beschränkungen von Seiten der Politik liegen meistens im Interesse der alteingesessenen Unternehmen: „Die etablierten Unternehmungen in einer gesetzlich beschränkten Branche können sogar beträchtliche Ressourcen zur Aufrechterhaltung ihrer begünstigten Position aufwenden“ (V, S. 495; M5a).

Dies führe im Allgemeinen zu reiner sozialen Verschwendung, was durch das Beispiel des Subventionsprogramms für die US-Landwirtschaft veranschaulicht wird (vgl. V, S. 496-497). Es folgt das Beispiel der gescheiterten Politik der gespaltenen Erdölpreise in den 1970er-Jahren, was nur eine Umverteilung von den inländischen Ölproduzenten zu den inländischen Raffinerien und nicht eine Ölpreissenkung bewirkt habe.

Die Moral der Beispiele lautet: Versuche gestaltender Regulierung führen zu Ungerechtigkeiten, sind meist wirkungslos und Resultat des Lobbyismus. Varian folgt hier über viele Seiten vollständig den Pfaden von *Public Choice*, einem Ansatz, der bei ihm in extremer Ausprägung ausschließlich die Nachteile staatlichen und öffentlichen Gestaltungsbemühens thematisiert. Nur beim Vergleich Kohlendioxidsteuer versus Zertifikathandel fällt er sein generelles Verdammungsurteil nicht und spricht sich aus politökonomischen Gründen für eine Steuerlösung aus, natürlich nicht ohne am Ende zu warnen: „Zweifelloos würden Unternehmen versuchen, aus dem einen oder anderen Grund Ausnahmeregelungen von der Kohlendioxidsteuer zu erhalten“ (V, S. 505).

### 3.6 Die Ökonomik der Extremfälle: Monopole und reiner Tausch

Kapitel 25 folgt wie Pindyck und Rubinfeld in ihrem Kapitel 10 der üblichen Analyse des Monopols (NK). Nur im Vorbeigehen sei auf eine Eigenschaft der LB hingewiesen: Sie stellen, ihrem statischen Schema folgend, die verschiedenen Marktformen als fix gegeben vor. Hierbei geraten Bestrebungen der Unternehmen zur Beseitigung von Konkurrenz und Überlegungen, was die öffentliche Hand z. B. wettbewerbsrechtlich dagegen tun könnte, aus dem Blick. Bumas bemerkt

zutreffend: „The basic goal of the firm is survival. The basic threat to survival is competition. Monopolization diminishes competition and is, therefore, a basic goal of the firm. Monopolization yields the power to make more profits or to have a less turbulent life, or some of both“ (Bumas 1999, S. 244; Kapitel 8 des Buches enthält eine kritische Beleuchtung der Standarddarstellung des Monopols und historische Beispiele und er beschreibt unterschiedliche Arten der Kollusion).

Ob es Unternehmen gelingt, Monopolverhältnisse bzw. unterschiedliche Grade von Marktmacht aufzubauen, hängt von vielen Faktoren ab. Wenn auch nicht von Varian, so wird doch immer wieder gerne Adam Smith mit der Aussage zitiert, dass „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes [...] selten, selbst zu Festen und zur Zerstreuung, zusammen[kommen], ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann“ (Smith 1978/<sup>1</sup>1776, S. 112).

Die Gewinnmaximierung wird abgeleitet (Grenzerlös = Grenzkosten) und die Preisfestsetzung durch einen von der Nachfrageelastizität abhängigen Kostenaufschlag (*mark-up*) erklärt, wobei der Preisaufschlag gleich minus der umgekehrten Nachfrageelastizität ist. Leider ist Varians Analyse auch im Vergleich zu Pindyck/Rubinfeld (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 493-494 und S. 503-505) sehr karg und formal angelegt (wie man es besser machen kann, zeigt einmal mehr Bumas 1999, Kapitel 11, der verschiedene Preisfestlegungsstrategien einschließlich *mark-up-pricing* und die darüber geführten Debatten erläutert).

Nur nebenbei sei erwähnt, dass man das LB mit dem Monopol und dem Kostenaufschlag hätte beginnen lassen und dann hätte schauen können, unter welchen Bedingungen der Aufschlag höher oder niedriger ausfällt. Man hätte dann eine gleitende Darstellung vom Monopol über die monopolistische Konkurrenz in Richtung vollkommene Konkurrenz, ohne die inexakten Verrenkungen zur Begründung anstellen zu müssen, um zu begründen, warum die vollkommene Konkurrenz am Anfang und im Zentrum stehen sollte.

Varian unterstellt wie selbstverständlich, dass der bzw. die Monopolist\_in sich einer linearen Nachfragekurve gegenüber sieht und diese auch vollständig und genau kennt (vgl. V, S. 510). Bei der Diskussion der Besteuerung unterstellt er konstante Skalenerträge (vgl. V, S. 513), was noch einmal unterstreicht, dass bei konstanten Skalenerträgen die Gesamtbefriedigung der Nachfrage nicht durch viele kleine Unternehmen erfolgen muss, die sich steigenden Kostenverläufen gegenüber sähen. Er erwähnt nicht, dass es bei einer fallenden Nachfragekurve für ein Unternehmen keine eigenständige Angebotskurve gibt! Zwar beschreibt Varian die Wirkungen einer Steuer beim Monopol mit der Folge eines geringeren Outputs und höherer Preise, aber – und dies zeigt einmal mehr die Einseitigkeit des LB – er diskutiert überhaupt nicht durchaus übliche Preisregulierungen von Monopolen, um sicher zu stellen, dass diese nur die Deckungskosten und einen normalen Gewinn bzw. die Durchschnittskosten erwirtschaften können. Dies ließe sich in einfachen Schaubildern darlegen (vgl. hierzu knapp und präzise Zamagni 1987, S. 357-359).

Der übliche Wohlfahrtsverlust im Monopol wird erläutert und hervorgehoben, dass man bei dieser Analyse kein Werturteil fälle (vgl. V, S. 514), obwohl als Maßstab gilt, dass Mehrkonsum und höhere Gewinne besser als weniger Konsum und Gewinne sind (M2, M3). Enthält diese Zielsetzung keine Wertung? Bei demeritorischen oder Positionsgütern könnte man für einen höheren Preis und geringere Nachfrage argumentieren. Sein Beispiel der Lebensdauer von Patenten (vgl. V, S. 518) steht in keinem Bezug zur formalen Ableitung des Monopols. Die eingestreuten Beispiele über Patente, die Großunternehmen oft listenreich aus taktischen und strategischen Gründen erwerben, das Diamantenmonopol von De Beers, Absprachen auf Auktionsmärkten usw. bringen etwas Farbe und reales Leben in das LB, sie zeigen aber auch die deutlichen Grenzen der rein statischen formalen Analyse, neben der die Beispiele meist beziehungslos stehen, nicht zuletzt, weil den Studierenden die Wirtschaftsakteur\_innen (bisher) nur als maximierende Rechenautomaten vorgestellt wurden, die monadologisch Maximierungsaufgaben unter fixen Randbedingungen lösen und die das Regelwerk nicht kreativ und listenreich in ihrem Interesse zu beeinflussen versuchen. Auf nur einer Seite umreißt Earl die tatsächliche, bunte Palette an Entscheidungsprozessen, die Monopolist\_innen hinsichtlich neuer Technologien zu treffen haben, eventuell unter dem Cournotpunkt liegender Preise zur Vermeidung der schnellen Einführung von Substituten (OPEC-Politik) usw. (vgl. Earl 1995, S. 223-224).

Im Unterschied zu Pindyck/Rubinfeld (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 514-515) gibt es bei Varian keine (natürlichen) Monopole, die neben ‚künstlichen‘ Eintrittsbarrieren auf sinkende Grenz- und Durchschnittskosten zurückgehen. Er argumentiert über die minimale effiziente Größe (MES) bei Unterstellung steigender Durchschnittskosten (vgl. V, S. 523-524): Wenn die Nachfrage im Verhältnis zur MES eher groß ist, wird sich wohl ein Konkurrenzmarkt herausbilden. Ist die MES klein, sind monopolistische Branchenstrukturen möglich. Es findet sich nicht ein Beispiel für quasinatürliche, technologiebedingte Monopole.

Aus einer einmal auf Varian selbst angewandten *Public-Choice*-Perspektive lässt sich vermuten: Da Varian bei Google beschäftigt ist, verschleierte er etwas das Problem, eventuell um Google nicht in den kritischen öffentlichen Fokus zu rücken, da er allgemein anerkennen muss: Ist die MES relativ groß, „dann ist diese Branche ein Kandidat für Regulierung oder andere Arten staatlicher Eingriffe“ (V, S. 524). Aus dieser Perspektive lässt sich auch seine zumindest ungewöhnliche Definition des natürlichen Monopols deuten (vgl. V, S. 520-523). Pindyck/Rubinfeld definieren Monopole als Unternehmen, die einen Markt zu niedrigeren Preisen als andere Unternehmen versorgen können (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 514-515), und zwar v. a. aufgrund von Größenvorteilen (fallende Grenz- und Durchschnittskosten).

Varian kennzeichnet natürliche Monopole nur kurz (hohe Fixkosten und niedrige Grenzkosten) und stellt von vornherein das natürliche Monopol aus der Regulierungsperspektive vor. Er zeichnet die Kurven nämlich so, dass bei der Durchsetzung des Prinzips  $\text{Preis} = \text{Grenzkosten}$  ihr Schnittpunkt mit der Nachfragekurve unterhalb der Durchschnittskosten läge und so das Unternehmen Verluste aufgrund des Grenzkostenprinzips erleiden würde (vgl. V, S. 521). Mit diesem *Framing* wirken natürliche Monopole mitleidserregend. Bei Pindyck und Rubinfeld hingegen, die

sinkende Größenvorteile klar ansprechen, kommt man sofort auf die Idee, sich zu überlegen, in welchen Branchen diese Bedingungen wohl gegeben sind. Unschwer käme man dann schnell auf die IT-Branche und Unternehmen wie Google, Microsoft u. a., hatte Varian doch selber an einer Stelle auf die Grenzkosten von Null bei Microsoft hingewiesen (vgl. V, S. 466-467).

Bei der kurzen Diskussion der Regulierung natürlicher Monopole in den USA fällt auf, dass er nur Elektrizität, Erdgas, Telefon, öffentlicher Verkehr und Kabelfernsehen erwähnt (vgl. V, S. 522). Hatte er in den Bemerkungen zu Anfang des LB in den neuen Ergänzungen in der 9. Auflage Firmen aus dem Silicon Valley wie Apple, eBay, Google, Yahoo, Microsoft und Facebook als interessante Beispiele für Netzwerkeffekte usw. erwähnt und konstatiert, dass „es sich dabei um aktuelle und interessante Beispiele für den praktischen Einsatz von Ökonomie handelt“ (V, S. XXVI), so nimmt er sie bei der Regulierungsfrage komplett aus dem Fadenkreuz. Liegt es daran, dass er nicht Interessenkonfliktfrei ist?

Dem Verdacht ließe sich z. B. in der 10. Auflage durch einen neuen Beispielkasten begegnen, in dem auf die im April 2017 von der EU-Kommission gegen das eine dominierende Stellung auf dem Werbemarkt einnehmende Google verhängte Strafe in Höhe von 2,4 Milliarden Euro wegen Wettbewerbsverzerrung eingegangen würde. Nur in einem kurzen Beispiel am Ende des Kapitels werden Apple, Dell u. a. hinsichtlich Absprachen bei der Preisfixierung von DRAM-Chips erwähnt, was aber ein anderes Thema als das der natürlichen Monopole und ihrer Regulierung ist. In Kapitel 26 werden in einem Beispiel die Vorteile von Netzwerkexternalitäten zum Ausbau des Marktanteils bei IT-Unternehmen angesprochen, Microsoft und Lotus finden Erwähnung.

Obwohl Kapitel 31 nicht zum Kernkanon zählt, wird es hier einbezogen, um an einem Beispiel zu fragen, ob das Aufgreifen neuer Forschungsrichtungen zu Veränderungen der Konzeption des LB führte. Neben der üblichen Beschreibung der Ergebnisse der Verhaltensökonomie finden sich ein paar interessante Erkenntnisse des Autors. „In reichen Ländern ist es durchaus möglich, dass die Konsumentinnen durch die Wahlmöglichkeiten überfordert sind und daher Schwierigkeiten haben, zu einer Entscheidung zu kommen“ (V, S. 651). Weniger wäre in diesem Fall einmal mehr. Aber Varian überlegt nicht, ob dies eventuell Konsequenzen für seinen Ansatz hat, sondern referiert gleich das nächste Ergebnis der psychologischen Forschung. Bei Pindyck/Rubinfeld fanden sich immerhin Überlegungen zu Konsequenzen aus diesen Ergebnissen, z. B. im Zusammenhang mit der Glücksforschung (vgl. z. B. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 124-125 und S. 145-146), wenngleich dies den harten Kern ihres Ansatzes auch nicht tangierte, aber immerhin.

Eine besondere Herausforderung stellt die Annahme nicht fixer und konstanter Präferenzen dar, die das Verhalten erklären und ein notwendiger Baustein für die in Varians Entscheidungsmodell enthaltene liberale Konsumentensouveränität sind. Es bestehen sog. „konstruierte Präferenzen“, „die Menschen entwickeln oder erschaffen Präferenzen durch den Akt der Entscheidung und des Konsums“ (V, S. 652). Diese Aussage ist etwas unklar. Gemeint ist wohl, dass sich Präferenzen im Verlauf des Konsums ändern und weiterentwickeln. Die Verhaltensökonomie geht

aber weiter: Es kann empirisch gezeigt werden, dass Menschen oft keine klar bewussten, strukturierten und stabilen Präferenzen haben und dass ihre bekundeten Präferenzen hochgradig habituell-unreflektiert und abhängig vom Situationskontext sind. Menschen sind beeinflussbar und weisen Herdenverhalten auf, d. h. sie sind soziale, imitierende Wesen, deren aktuelle Präferenzen auch stark vom institutionellen Kontext abhängen (contra M1).

Dies lässt die Werbung und alle möglichen Manipulationsversuche z. B. über *Phishing* im Unterschied zu Varian, bei dem diese Probleme nicht auftreten, in einem kritischen Licht erscheinen (können, M1). Menschen haben offenkundig auch soziale Präferenzen und vertreten anthropologisch tief verwurzelte Fairness- und Reziprozitätsvorstellungen, was dem Ansatz rein individueller Präferenzen und dem steten Verfolgen des Eigeninteresses entgegensteht. Der Annahme des Maximierungsverhaltens bei Konsument\_innen und Produzent\_innen widerspricht der Nachweis begrenzter Verarbeitungskapazität und ‚falscher‘, vom *Framing* abhängiger Entscheidungen. „Selbst professionelle Entscheidungsträger gehen in diese Falle“ (V, S. 648).

Auch sind die meisten Menschen in ihrem (Wirtschafts-)Alltag mit *Satisficing* zufrieden. Die Verhaltensökonomie stellt so gesehen den Standardansatz in mehrerlei Hinsicht radikal in Frage. Varian konzidiert, dass „[e]s [...] wahrscheinlich [ist], dass das psychologische Modell eine bessere Beschreibung des tatsächlichen Geschehens liefert“ (V, S. 652; vgl. zur begrenzten Rezeptionswilligkeit des Mainstreams Sent 2004, S. 735-760).

Es sei nur im Vorbeigehen erwähnt, dass die Verhaltensökonomie zurzeit eventuell überschätzt wird und sich mit 165 gezählten Bias (vgl. die *List of cognitive biases* bei Wikipedia) in einem Stadium befinden könnte, dass dem der Astronomie um 1500 entspricht (vgl. Collin 2015). Sheila Dow sieht die Verhaltensökonomie hinsichtlich Methodologie und der (anhaltenden) Orientierung am Modell rationalen Verhaltens sogar als eine Verteidigung des harten Kerns des Rationalitätsprinzips durch die Verhaltensökonomie (vgl. Dow 2013, S. 26-43). Die Nähe zum neoklassischen Ansatz und bedenkenswerte Kritikpunkte der Verhaltensökonomie zeigt ein Beitrag von Berg und Gigerenzer (vgl. Berg/Gigerenzer 2010). Eine implizite Kritik der Verhaltensökonomie enthielt bereits Simon (vgl. Simon 1976).

Müsste Varian dann nicht wesentliche Teile des seit den 1970er-Jahren im Kern inhaltlich gleichen LB umschreiben? Er belässt es zunächst beim konzilianten „[a]lledings sind die beiden Sichtweisen nicht völlig unvereinbar“ (V, S. 652). Gegen Ende geht er zur Verteidigung seines Ansatzes und zur weitergehenden Relativierung der verhaltensökonomischen Ergebnisse über (ähnlich bei Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 271). Zwar können Menschen z. B. generell nicht „sehr gut mit Zufallszahlen umgehen“ (V, S. 654) und sie neigen dazu, Verluste unnötig auszusitzen. „Es ist aber noch interessanter, dass Experten dafür weniger anfällig sind“ (V, S. 656), obwohl wenige Seiten zuvor bemerkt wurde, dass auch professionelle Anleger\_innen in alle möglichen Fallen tappen (vgl. V, S. 648).

Generell gilt: „Ein Grund für die Beschäftigung professioneller Berater scheint darin zu liegen, ihre leidenschaftslose Analyse von Entscheidungen in Anspruch zu nehmen“ (V, S. 656). Zehntausende enttäuschte Anleger\_innen, die auf professionelle Berater\_innen setzten, werden nach hohen bis Totalverlusten im Gefolge der Finanzkrise solchen Sätzen wenig Glauben schenken. Zudem zeigte sich in Experimenten, dass Expert\_innen oft nicht besser (in Stresssituationen) abschnitten als Nichtexpertinnen. Obwohl ein Teilabschnitt die Überschrift *Unsicherheit* trägt, geht es doch nur um Risiko (M11). Earl (vgl. Earl 1995, Kapitel 5 über *Risk and uncertainty*) zeigt, wie man es besser machen kann, indem er neben Risiko auch echte Unsicherheit u. a. anhand der Shackleschen *potential surprise theory* thematisiert, „where a number of relevant outcomes, such as sales, profits, reliability rates and so on may be conceived of along scales and where decision-makers have to guess for themselves how likely it is that they might end up at any particular point on each scale“ (Earl 1995, S. 111).

So aber kann Varian in seiner Welt der bekannten und vorhersehbaren Ereignisse und Probleme und schnell verfügbarer, umfassender Informationen und bei Abwesenheit von Zeitdruck Anker, Heuristiken, *Satisficing*-Regeln usw. nur als defiziente Modi auffassen und nicht auch als vernünftige Wege, sich in einer (über)komplexen, von echter Unsicherheit und Unwissenheit über die Zukunft gekennzeichneten Umwelt zu orientieren und zu überleben (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 270, die diesen Aspekt sehen; zu den Vorteilen scheinbar anormalen Entscheidens vgl. Gigerenzer 2007).

Varian ist sich sicher, „[e]inige dieser Beispiele dürften lediglich „optische Täuschungen“ sein“ (V, S. 661). Er macht nicht klar, wie dies gemeint ist; auch fehlt ein konkretes Beispiel. Hinzu komme, dass keine Theorie zu 100 Prozent korrekt sei. Aber hier geht es darum, dass die Verhaltensökonomie diametral entgegengesetzte empirische Ergebnisse zum Entscheidungsansatz des Mainstreams vorweist. Varian fährt fort, Menschen würden ja auch einfache Grundsätze der Physik nicht verstehen und trotzdem seien diese richtig. Hier gibt es aber einen grundlegenden Unterschied: Die Zustände physikalischer Objekte und das Auftreten von Ereignissen hängen nicht von den (falschen) Vorstellungen der Menschen über sie ab, sehr wohl aber ökonomische Ereignisse und Gegebenheiten.

Ein Zusatzargument lautet, sich nicht vernünftig verhaltende Akteur\_innen (im Varianschen Sinne) würden bestraft und ausgesondert und rationales Verhalten würde sich auf Märkten daher zwangsläufig durchsetzen. In der Mainstreamökonomie ist seit langem z. B. für die Finanzmärkte bekannt und nachgewiesen, dass dies überhaupt nicht der Fall sein muss (vgl. Shleifer 2000). Varians Abschlussbemerkungen wirken teilweise ungewollt, teilweise wohl auch bemüht humoresk. „Diätassistentinnen und Finanzberater bieten objektive Beratung an, wie man essen und wie man investieren soll. Wenn man befürchtet, allzu fair zu handeln, kann man immer noch eine harte Verhandlerin beauftragen“ (V, S. 662). Die Verhaltensökonomie ist für Varian eine Anomalie und ein Ärgernis, mit dem er nichts Rechtes anzufangen weiß.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Verhaltensökonomie mit guten Gründen kritisiert werden kann, aber nicht von Seiten Varians, der mit Earls Kritik an ihr seine eigenen Ausführungen angreifen würde. Earl kritisiert am verhaltensökonomischen Forschungsdesign die Unterkomplexität der Situationsannahmen, die meist einfachen Lotterieexperimenten glichen.

„Prospect theory was not constructed to make sense of situations in which the decision-maker could come out either better off or worse off as a result of taking a gamble [...] They all involved gambling about either alternative probable gains with no risk of ending up worse off, or about alternative probable losses with no chance to end up better off. These experiments miss the essence of many of the gambles that we undertake in real life“ (Earl 1995, S. 110).

Es sei an dieser Stelle auf die fundierte und lange Studie von Karacuka/Zaman hingewiesen, die nachweisen, dass die Verhaltensökonomie fast alle Annahmen der neoklassischen Nutzentheorie empirisch widerlegt (vgl. Karacuka/Zaman 2012). Die Autoren schlagen auch einige, durch die Verhaltensökonomie inspirierte, naheliegende Annahmen über menschliches Verhalten vor.

Varians Glaube an die Rationalität der Expert\_innen (wie ihn selber) und Finanzberater\_innen und seine Meinung, sie seien weniger anfällig als Nichtexpert\_innen und Durchschnittsmenschen (vgl. V, S. 656) widerspricht diametral den Aussagen der Verhaltensökonomie. Varians Rationalitätsannahme bei Expert\_innen wird von der Verhaltensökonomie als ‚Kompetenzillusion‘ gedeutet und als auch lange Zeit von deregulierenden Politiker\_innen geteilter ‚Irrglaube‘ bezeichnet, der sicher ein Mosaikstein zur Erklärung der Finanzkrise ist. Varian und Studierenden, die seinen Ausführungen folgen, sei besonders Kapitel 20 von Kahneman (2012) über die Illusionen von und über Expert\_innen auch der Finanzbranche und Kapitel 22 über ihre Intuition empfohlen (vgl. Kahneman 2012, Kapitel 20 und 22).

Kahneman fasst zusammen: Die „Datenlage nach über fünfzigjähriger Forschung [ist] eindeutig: Bei der großen Mehrzahl der Fondsmanager gleicht die Auswahl von Einzeltiteln eher einem Würfel- als einem Pokerspiel“ (Kahneman 2012, S. 266). Es gibt eine reichhaltige Literatur zu den Fehlleistungen von professionellen Akteur\_innen an den Finanzmärkten (vgl. die bei Kahneman 2012, S. 588, zitierten Studien von Barber/Odean). Varians Verweigerungshaltung hat sicher auch weltanschauliche Gründe.

„Die Annahme, dass Menschen rational handeln, bildet die intellektuelle Grundlage der liberalen politischen Philosophie: Die individuelle Entscheidungsfreiheit soll nicht eingeschränkt werden, solange die Entscheidungen des Einzelnen andere nicht schädigt [...] für VerhaltensökonomInnen hat die Freiheit Kosten [...] Die Frage, ob man Personen vor Fehlentscheidungen schützen sollte oder nicht, stellt daher für VerhaltensökonomInnen ein Dilemma dar. Die Ökonomen [...] kennen dieses Problem nicht, weil rationale Agenten keine Fehler machen. Für Anhänger dieser Schule ist die Freiheit kostenlos“ (Kahneman 2012, S. 509-510; contra M1, M2, M5a).

Varian widmet dem Tausch anhand des Edgeworth-Diagramms das ganze Kapitel 32, das zum Kernkanon gehört. Varian hält es für unverzichtbar, im Unterschied z. B. zu den Teilen des LB zur monopolistischen Konkurrenz und zum Oligopol. Dies zeigt seine hohe Präferenz für elegante



Formalanalyse mit eindeutig ableitbaren Ergebnissen und dem Nachweis effizienter Gleichgewichte.

Das Kapitel gilt als Übergang zur Allgemeinen Gleichgewichtsanalyse (vgl. V, S. 666; vgl. Zamagni 1987, Kapitel 16, als Beispiel für eine mögliche, kurze und nicht entstellende Einführung in die Allgemeine Gleichgewichtstheorie). Die Einschränkungen hinsichtlich einer solchen Analyse sind bei Varian erheblich, denn folgende Konstellationen werden vorausgesetzt: Konkurrenzmärkte, konstante Güterausstattungen, keinerlei Produktion, kein Tauschen zu Ungleichgewichtspreisen, ein bloßes Zweigütermodell und die implizite Unterstellung, dass beide Seiten gleiche (Nicht-)Marktmacht haben bzw. es einen neutralen bzw. eine neutrale Auktionator\_in gibt, der bzw. die bei vorausgesetzt kontinuierlicher Überschussnachfrage (vgl. V, S. 680) den Preis erhöhen wird, und umgekehrt, dass es sich also um normale Güter handelt (vgl. V, S. 673; M4; vgl. z. B. das Core Team 2017, Unit 5, die eine alternative Darstellung von Marktmacht mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Verhandlungsbeeinflussung und unter Berücksichtigung von institutionellen Spielregeln bieten).

Es geht bei Varian um ein Reduxmodell reinen Tausches, das von vornherein, Varian erwähnt dies beiläufig selber, nicht in der Lage ist, die Fragestellung der Allgemeinen Gleichgewichtsanalyse zu behandeln, denn

„[i]m Allgemeinen werden [...] die Preise anderer Güter Angebot von und Nachfrage nach einem spezifischen Gut beeinflussen. Ganz sicher werden die Preise von Substituten und Komplementen eines Gutes die Nachfrage beeinflussen und, etwas subtiler, wirken sich die Preise der Güter, welche die Leute verkaufen, auf ihr Einkommen aus und beeinflussen dadurch, wie viel sie von anderen Gütern kaufen können“ (V, S. 665).

Aus der im LB ausgebreiteten „Algebra des Gleichgewichts“ (V, S. 674) folgt zwangsläufig das erste Theorem der Wohlfahrtsökonomie: Alle Marktgleichgewichte sind pareto-effizient (vgl. V, S. 682). Gleiches gilt für das zweite Theorem: Es gibt immer einen Preisvektor, bei dem jede pareto-effiziente Allokation für eine entsprechende Ausstattung ein Marktgleichgewicht ist (vgl. V, S. 687). Varian hält diese Theoreme für sehr beeindruckend, sie „gehören zu den fundamentalsten Ergebnissen der Ökonomie“ (V, S. 688; NK, M4, M11).

Varian spricht unumwunden und gleichzeitig verwirrend die Tatsache aus, dass die Theoreme zwangsläufig aus den Definitionen folgen. „Dabei gibt es kaum explizite Annahmen zu diesem Theorem – es folgt fast zur Gänze aus den Definitionen“ (V, S. 688). Was die Voraussetzungen betrifft, hebt er hervor: Lässt man z. B. die Annahme, dass Konsument\_innen sich nur um ihren eigenen Konsum kümmern (keine externen Konsumeffekte) oder die Annahme konkaver Präferenzen fallen, gelten die Theoreme nicht mehr (vgl. V, S. 687 und 688). Auch muss vollkommene Konkurrenz vorausgesetzt werden, um die Ergebnisse zu erhalten.

Hatte Varian vorher nicht bemerkt, man solle sich Branchen in der realen Welt eher als monopolistische Konkurrenz- oder Oligopolmärkte vorstellen (vgl. V, S. 549)? Trotz Erwähnung der praktisch nie alle erfüllten Annahmen liefere das erste Wohlfahrtstheorem „ein ziemlich starkes

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Ergebnis: Ein privater Markt, auf dem jeder Akteur versucht, seinen eigenen Nutzen zu maximieren, wird zu einer Allokation führen, die Pareto-effizient ist“ (V, S. 689). ‚Konkurrenzmärkte‘, über deren dynamische Bewegungsverläufe man bisher nach wie vor kaum etwas erfuhr, garantieren dieses Ergebnis, was für eine möglichst weitgehende Politik des Laissez-faire spricht (M5a).

Der im Vergleich zur vollkommenen Konkurrenz unscharf definierte, weitere Begriff des Konkurrenzmarktes (relativ zur Marktgröße hinreichend kleine Unternehmen) zeigte schon, dass Varian ihn gerne auf viele reale Märkte übertragen sehen würde.

„Wir haben die Theoreme lediglich im einfachen Fall des Edgeworth-Diagramms dargestellt, sie gelten aber auch für viel komplexere Modelle mit einer beliebigen Zahl von Konsumenten und Gütern. Die Wohlfahrtstheoreme haben grundlegende Implikationen für die Konzeption von Möglichkeiten der Ressourcenallokation“ (V, S. 688)

in der realen Welt. Erst im fakultativen Kapitel 33 wird noch nebenbei erwähnt, dass das Theorem auch nicht im Falle steigender Skalenerträge gilt und auch nur, wenn die Entscheidungen eines Unternehmens die Produktionsmöglichkeiten anderer Unternehmen nicht beeinflussen (vgl. V, S. 706).

Auch das zweite Wohlfahrtstheorem wird wirtschaftspolitisch ausgeschlachtet. Es besagt, „dass jede Pareto-effiziente Allokation unter bestimmten Bedingungen als Wettbewerbsgleichgewicht erreicht werden kann“, es impliziert, „dass die Probleme der Verteilung und der Effizienz getrennt werden können“ (V, S. 689), wobei der Marktmechanismus hinsichtlich der Verteilung neutral sei. Varian leitet daraus ab, dass Politikmaßnahmen zur Verteilung daher nicht effizienzmindernd in den Allokationsprozess eingreifen sollten, um die allokativen Rolle der Preise, nämlich Knappheit anzuzeigen, nicht zu beeinträchtigen (M7).

Eine solche Aussage ist nur dann nicht unsinnig, wenn man die für alle Märkte in dieser oder jene Weise ausgestalteten institutionellen und juristischen Rahmenbedingungen völlig ausklammert. Eine funktionierende Unternehmensmitbestimmung dürfte auf Produktionsformen, Reaktionen auf Produktionsengpässe usw. einen Einfluss auf die Allokation haben. Sind Gewerkschaften zugelassen oder nicht (wie in China), gilt das Prinzip der Tarifeinheit, dürfen nur Gewerkschaftsmitglieder in den Genuss von Lohnerhöhungen kommen oder gilt wie in Deutschland das Trittbrettfahrerprinzip (auch Nichtmitglieder profitieren)? Gibt es Mindestlöhne, die verhindern sollen, dass Unternehmen Niedriglöhne zahlen, die unter dem Subsistenzminimum liegen, die dann vom Staat aufgestockt werden müssen usw.? All diese Aspekte können entscheidenden Einfluss auf die Allokation haben.

Hier könnte man unzählige Aspekte und auch Besonderheiten z. B. des deutschen Arbeitsrechts anführen, über die die Studierenden nicht ein einziges Wort erfahren. Nur weil Varian über den Marktmechanismus und seine Rahmenbedingungen nichts Konkretes ausführt, kann er behaupten: „Der Marktmechanismus ist hinsichtlich der Verteilung neutral“ (V, S. 689; M7).

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Varian lässt aber keinen Zweifel daran, dass der Marktmechanismus insofern zu einer gerechten Verteilung führt, als die Produktionsfaktoren ihr Marginalprodukt erhalten. Dies könnte aber nur gelten, wenn sowohl die Faktor- als auch die Produktmärkte vollkommene Wettbewerbsmärkte wären. Weichen die Marktformen davon ab, ist die marginalistische Verteilungstheorie nicht anwendbar.

„Consider the case of an oligopolistic market. A firm in such a market does not possess a demand curve for its product which can be defined without reference to the reactions of rival firms to variations in its price. In such situations, even if it were possible to determine the marginal physical product of the single factors, it would not be possible to derive a marginal revenue product curve with respect to a factor of production; therefore the firm's equilibrium rate of employment of a variable factor cannot be determined by the intersection of the latter curve, which does not exist, with the marginal cost curve relative to the factor“ (Zamagni 1987, S. 495).

Oligopole sind auch in dieser Hinsicht ein Ärgernis für die neoklassische Mikroökonomie, ein weiterer Grund, sie nicht den Pflichtmodulen zuzurechnen.

Varian leitet aus dem zweiten Wohlfahrtstheorem ab, man könne aber nach erfolgter Allokation im Prinzip beliebig umverteilen.

„Aus der Sicht der reinen Theorie gibt es keinen Grund, warum der Staat Kaufkraft – Ausstattungen – unter den Konsumentinnen nicht in einer erwünschten Weise transferieren sollte[...] Solange die Besteuerung auf dem Wert der *Güterausstattung* der Konsumentin beruht, wird es keinen Effizienzverlust geben“ (V, S. 690).

Dann könnte man also ohne Effizienzverlust das obere 0,1 oder das obere ein Prozent der Reichen mit einer hohen Vermögens-, Erbschafts- oder Körperschaftssteuer belegen, ohne dass der bzw. die Ökonom\_in hiergegen aus seinem pareto-effizienten Blickwinkel etwas einzuwenden hätte?

Da man im LB bereits Varians unterschwellig konservative, marktliberale Einstellung kennenlernte und eventuell sein Arbeitgeber Google sicher von solchen Argumenten nicht begeistert wäre, folgt umgehend: „Es gibt jedoch praktische Probleme“ (V, S. 690). Bei der Art und Weise, wie Varian seine Überlegungen aufzieht, ist dies auch kein Wunder. Er denkt nämlich nur an die Besteuerung der Arbeit des Durchschnittsverdieners bzw. der Durchschnittsverdienerin, was zu einer ineffizienten und verzerrenden Steuer führe, da dann weniger Arbeit angeboten würde.

Die neutrale Besteuerung der Arbeitskraft unabhängig davon, wieviel tatsächlich gearbeitet wird, sei kaum möglich. Es ist erstaunlich, dass im ganzen LB kein einziges Wort über (sich konzentrierende) Vermögen verloren wird. Es kommt Varian überhaupt nicht in den Sinn, hier anzusetzen. Mit dem Argument der verzerrenden Steuer hat er hier aber präventiv vorgebaut, da auch die Besteuerung von Vermögen sicher ebenfalls Substitutionseffekte oder andere Ausweichreaktionen auslösen würde.

Angesichts der eventuell ungemütlichen Implikationen des zweiten Wohlfahrtstheorems, das theoretisch auch radikale Umverteilung zulässt, begibt sich Varian einmal in die Niederungen

des praktisch Umsetzbaren, um zu der Conclusio zu gelangen: „Niemand befürwortet jedoch eine derartig radikale Umstrukturierung des Steuersystems“ (V, S. 691). Dies trifft sicher auf fast alle mikroökonomisch eingeeichten Ökonom\_innen zu. Ein Niemand namens Bernie Sanders, ein Altersgenosse Varians, entwickelte allerdings im letzten amerikanischen Wahlkampf Überlegungen zu einer radikalen Umstrukturierung des Steuersystems, um der wachsenden Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten – und viele junge Menschen waren begeistert von seinen Vorschlägen (vgl. Sanders 2017).

Auch bei eigentlich dem ökonomischen Mainstream nahestehenden Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (vgl. IMF 2017), der Europäischen Zentralbank (vgl. Household Finance and Consumption Network 2016) oder der OECD (vgl. OECD 2015) lässt sich ein deutlich über die Behauptung eines einfachen Zielkonflikts zwischen Effizienz und Gleichheit hinausgehendes Reflexionsniveau feststellen.

Am Ende des Kapitels erfolgt bei Varian noch eine irritierende argumentative Schubumkehr, da er bemerkt, „[p]auschale Vermögenstransfers sollten zur Anpassung an Verteilungsziele herangezogen werden“ (V, S. 691), was natürlich, wie Varian sogleich hinzufügt, scheitern müsse, da Pauschalsteuern praktisch nicht durchführbar seien. Er wechselt das Themenfeld, wenn er fortfährt, auf jeden Fall seien ‚Preismanipulationen‘ schlecht, wenn man z. B. älteren Menschen zu billigeren Telefondienstleistungen Zugang verschafft (vgl. V, S. 691). Als es sich aber um Preisdiskriminierung dritten Grades handelte, die am Beispiel von Ermäßigungen für Pensionär\_innen und Student\_innen erläutert wurden (vgl. V, S. 540-541), dank derer Unternehmen ihre Gewinne maximieren konnten, waren solche gespaltenen Tarife in Ordnung. Das Kapitel endet mit einem Satz, mit dem man nach dem Vorgesagten nichts recht anzufangen weiß: „Warum verteilt man nicht einfach das Einkommen um, wenn man Einkommen umverteilen will“ (V, 692)? Eine lakonische Antwort könnte lauten: Weil man die Botschaften aus Varians LB aufgesogen hat und es dann nicht mehr will.

Das Kapitel ist ein gutes Beispiel für eine *Fallacy of misplaced concreteness*: Aus dem abstrakten Himmel reiner Theorie landet man unvermittelt in der realen Welt und zieht schnurstracks Folgerungen für die zu praktizierende Wirtschaftspolitik. Ein solches Vorgehen ist wissenschaftlich natürlich höchst fragwürdig.

„Die Untersuchung des Allgemeinen Gleichgewichts bei unvollständigem Wettbewerb ist sehr interessant, aber im gegenwärtigen Zeitpunkt zu schwierig“ (V, S. 665). Man wird auf später vertröstet, leider kommt der Zeitpunkt in diesem voluminösen LB nicht, zu dem dieser Frage nachgegangen wird. Folgt die Darstellung Varians unilateral der „Algebra der Effizienz“ (V, S. 680), so findet sich bei Pindyck/Rubinfeld in ihrem entsprechenden Kapitel wenigstens ein Einschubbeispiel zur „Ansteckung auf den Aktienmärkten weltweit“ (Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 804-805).

### 3.7 Märkte sind fast immer am besten: Externe Effekte, neue Informationstechnologien und öffentliche Güter

Kapitel 35 kommt nach über 730 Seiten erstmalig auf externe Effekte zu sprechen. Selbst bei strammem Durchmarsch durch die Kapitel des Kernkanons dürfte es am Ende eines Vorlesungssemesters für eine Besprechung dieses Kapitel eng werden, obwohl es dem Pflichtkanon zugeordnet wird. In der Platzierung des Kapitels weit hinten im LB drückt sich indirekt auch die geringe Wertigkeit und Bedeutsamkeit aus, die Varian der Behandlung externer Effekte zuschreibt. Das Folgekapitel über Informationstechnologie, das Varian mehr interessieren dürfte, hat hingegen eine höhere Seitenzahl.

Kapitel 35 weist markante Unterschiede zu den üblichen LB-Darstellungen externer Effekte auf. Als Richtungsanzeige: Die Tatsache der Erderwärmung wird mit keinem Wort erwähnt, als seriöse Quelle zu Emissionsabgaben werden (wieder einmal) das *American Enterprise Institute* (vgl. V, S. 759) und keine im engeren Sinne wissenschaftlichen Quellen angegeben, sondern fast ausschließlich Zeitungsartikel (M9). Diese Angaben enthalten erstaunlich viele Fehler in den Fußnoten (vgl. V, S. 753 – hier steht 29. statt 27. Februar; auf S. 754 steht zu Hardin S. 1243-1247 statt 1243-1248; auf S. 757 steht „Plenty of fish in the sea?“ statt richtig „Plenty of fish in sea?“; auf S. 758 steht 9. August 2004 anstatt richtig 1. August 2005).

Während Pindyck/Rubinfeld (vgl. Pindyck/Tubinfeld 2015, Kapitel 18) bei aller dort zu übenden Kritik dankenswerterweise die Folgen externer Effekte auf Mensch, Tier und Umwelt anhand zahlreicher Beispiele veranschaulichen, einen verständlichen Überblick über die verschiedenen umweltökonomischen Instrumente auch durch Schaubilder geben und die Erderwärmung (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 906-907, wenngleich im nichtobligatorischen Teil des Kapitels) erwähnen, versucht Varian, das Problem so weit wie möglich marktanalog, formal und als recht begrenzte Problematik darzustellen. Der erschreckende Artenschwund (vgl. Kolbert 2014) ist als Megaexternalität für ihn nicht theorierelevant. Saubere Luft, Klimawandel, kurz alle Phänomene, die als Fokus für externe Effekte dienen könnten, werden von Varian von vornherein als ‚Güter‘ konzipiert, sodass man vom *Framing* her an konsumierbare Gegenstände oder Dienstleistungen denkt.

„Das entscheidende Merkmal der externen Effekte ist, dass es Güter gibt, von denen Menschen betroffen sind, die jedoch nicht auf Märkten verkauft werden“ (V, S. 737). Der Bezug wird ex negativo hergestellt und in Abgrenzung zum Markt und in Bezug auf den Menschen vorgenommen. Ökologische Gesamtsystemleistungen wie der Golfstrom können aus dieser Sicht schlecht dargestellt werden und tauchen daher bei ihm auch gar nicht auf. Diese Vermarktlichung des Problems geht auch aus dem folgenden Satz hervor: „Es gibt andere gesellschaftliche Institutionen, wie das Rechtssystem oder staatliche Interventionen, die den Marktmechanismus bis zu einem gewissen Grad ‚nachahmen‘ und dadurch Pareto-Effizienz erzielen“ (V, S. 738; M9).

Das nicht zu vernachlässigende Ordnungsrecht ahmt den Markt nicht nach. Auch geht es bei Umweltschutz oft überhaupt nicht um nicht verbesserbare Tauschbeziehungen zwischen Individuen, sondern z. B. beim Standard-Preis-Ansatz (den Varian nicht darstellt) darum, Höchstgrenzen der Umweltbelastung, etwa CO<sub>2</sub>, auf naturwissenschaftlicher Basis zu definieren und dann eventuell über eine Steuer- oder Zertifikatlösung durchzusetzen. Pareto-Effizienz spielt hier keine Rolle bei der Grenzwertbestimmung.

Als Beispiel für externe Effekte führt Varian die Tatsache an, dass es z. B. keinen Markt für laute Musik um drei Uhr morgens gibt (vgl. V, S. 737). Gäbe es einen Markt für laute Musik in der Nacht und für alle erdenkbaren Ärgernisse (starke Geruchsbelästigungen usw.), bestünden als Implikation dieser Aussage überhaupt keine Probleme mit externen Effekten. Man stelle sich ubiquitäre Marktlösungen vor, sodass man den ganzen Tag mit Vermeidungsverhandlungen beschäftigt wäre: Es bedarf keines Tempolimits in Innenstädten, da man mit Personen, die gerne nachts mit Tempo Hundert fahren wollen, doch in Verhandlungen eintreten kann.

Es würde sich sicher eine Branche etablieren, die für viele Menschen ärgerliche Ereignisse hervorbrächte (z. B. Lärm), die sie sich dann abkaufen ließe. Solche ‚Verhandlungslösungen‘ auf weiter Flur sind charakteristisch für *Failed States* und mafiöse Strukturen, die elementare Ordnungs- und Schutzfunktionen des Staates in marktaffiner Eigenregie übernehmen. Die Irrelevanz des Verursacherprinzips im praktischen Wirtschaftsleben führt wohl doch eher in eine Sackgasse.

Varian unterstellt implizit, dass es im Regelfall oder häufiger beim Marktmechanismus keine externen Effekte gibt. Liegen sie vor, so lassen sie sich offenkundig und ohne gesellschaftlichen Klärungsbedarf, ob ein externer Effekt tatsächlich vorliegt, unschwer identifizieren. Eigentlich lässt sich keine menschliche Handlung denken, die nicht irgendwelche externen Effekte auslöst, die aber als zu vernachlässigend gelten, z. B. die durch den menschlichen Körper abgestrahlte Energie (vgl. zur auch interessenabhängigen sozialen Konstruktion von externen Effekten Schmid 1987).

Varians Verhaftung in der Marktanalogue zeigt sich schon in seinem ersten Beispiel mit zwei Personen, die in einem Zimmer wohnen, und zwar einer Raucherin und einer Nichtraucherin, für die Rauch ein ‚Ungut‘ ist (vgl. V, S. 738-739). Die Problematik negativer externer Effekte wird hierdurch wieder auf Einzelpersonen heruntergebrochen und gemäß dem methodischen Individualismus personalisiert (M2). Das Problem wird in einem Edgeworth-Diagramm dargestellt. Zwar hängt die ursprüngliche Ausstattung vom Rechtssystem ab, aber „[w]enn wir einen Markt für externe Effekte einrichten wollen, wird das auch funktionieren. Probleme entstehen nur, wenn die Eigentumsrechte nicht genau definiert sind“ (V, S. 741). Man könne ja einen Markt für (Nicht-)Rauch mit Auktionator\_in einrichten, der bzw. die entsprechende Preise ausruft.

Im Unterschied zu Pindyck/Rubinfeld, die auf die Grenzen von Verhandlungslösungen bei vielen Betroffenen klar hinweisen und sie neben anderen Lösungsformen wie Gebühren, Steuern, Ordnungsrecht usw. präsentieren (vgl. Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 916), stellt Varian ohne Wenn und Aber klar:

„Fälle [er nennt noch einmal das nächtliche Trompetenkonzert], in denen die Eigentumsrechte schlecht definiert sind, können zu einer ineffizienten Produktion externer Effekte führen – was bedeutet, dass es Möglichkeiten gäbe, die betroffenen Parteien durch Änderung der Produktion externer Effekte besser zu stellen“ (V, S. 741).

Beim CO<sub>2</sub> sind die betroffenen Parteien die Weltbevölkerung. Das letzte Zitat enthält die eigentliche Aussage des Kapitels, folglich stellt er die Wiederholungsfrage 1: „Die explizite Abgrenzung von Eigentumsrechten eliminiert das Problem externer Effekte. Richtig oder falsch?“ (V, S. 761). Die eindeutige Antwort, die sich Studierende sicher für die Klausur merken werden, lautet: „Richtig“ (V, S. 875). An dieser Textstelle zeigt sich auch wieder die Umdeutung von negativen externen Effekte in reine Effizienzprobleme, denn er fährt fort: „Normalerweise können Effizienzprobleme durch die Abgrenzung der Eigentumsrechte beseitigt werden.“ (V, S. 875). Es fragt sich aber, ob Überlebensprobleme von Mensch und Umwelt als Effizienzprobleme ausreichend charakterisierbar sind.

Varian hält dieses ‚Ergebnis‘ für so wichtig, dass er es im Text gleich noch einmal wiederholt: „Wenn Eigentumsrechte genau definiert sind und es Mechanismen für Verhandlungen zwischen den Akteurinnen gibt, dann können die Leute ihre Rechte auf externe Effekte genauso tauschen wie die Rechte auf Produktion und Konsum gewöhnlicher Güter“ (V, S. 741; M5a). Varian spielt hier auf das Coase-Theorem an, das dann auch sogleich vorgeführt wird. Er stellt es aber nicht gut verständlich dar, sondern verquickt es unnötigerweise mit quasilinearen Präferenzen, die, wie schon weiter oben erläutert wurde, eine große Ausnahme darstellen.

So muss sich der Studierende sehr konzentrieren, um sich in Erinnerung zu rufen, was quasilineare Präferenzen sind, und sich in das entsprechende Pareto-Diagramm (vgl. V, S. 742) eindenken. Das eigentliche Coase-Theorem wird dann en Passant mit-‚gelernt‘. Es geht hier aber auch um noch etwas Grundlegenderes: Eine starke Version des Coase-Theorems besagt, dass sich das gleiche Allokationsergebnis ergibt, unabhängig davon, wem die Eigentumsrechte zugesprochen werden.

Coase hatte die starke Version in seiner Nobelpreisrede selbst als nicht seinen Vorstellungen entsprechend kommentiert. Varian weiß das natürlich, in einer Fußnote bemerkt er daher sybillinisch: „Einige Autoren meinen, dass Coase lediglich versicherte, dass kostenloses Verhandeln über die externen Effekte [irgend]ein Pareto-effizientes Ergebnis erzielt, nicht[,] dass das Ergebnis von den Zuweisungen der Eigentumsrechte unabhängig ist“ (V, S. 743, Fn. 1).



Dies ist eine entscheidende Frage. Man stelle sich ein paar Fischer\_innen vor, die in Kanada in der Nähe einer Papierfabrik angeln. Macht es einen Unterschied, ob sie oder die Fabrik die Eigentumsrechte besitzen? Wahrscheinlich hätten sie überhaupt nicht die finanziellen Mittel, um den teuren Einbau von Filteranlagen zu finanzieren. Sobald man über das sog. strikte Coase-Theorem in der Praxis nachdenkt, zeigen sich seine Grenzen und bei Varian die völlige Ausklammerung des Aspekts der Zahlungsfähigkeit.

In seinem Beispiel schließen sich zwei wohl auf Augenhöhe befindliche Unternehmen, nämlich ein Stahl- und ein Fischunternehmen zusammen (vgl. V, S. 743-747), sodass die Verteilungs- und Kaufkraftfrage ausgeklammert werden kann und es wieder einmal ohne öffentliche Rechtssetzung oder andere Regulierungen geht. Im Zusammenhang mit dieser ‚Privatlösung‘ einer Fusion von Unternehmen wird auch die Internalisierung (vgl. V, S. 745) eingeführt, die in sonstigen LB-Erläuterungen realistischerweise meist per Steuer erfolgt.

Grundsätzlich wies Varian in Kapitel 32 selbst nach, dass unterschiedliche Ausgangsausstattungen, die verändert werden, je nachdem, wer wen für Unterlassungen oder Erlaubnisse bei negativen externen Effekten vorab bezahlen muss, zu unterschiedlichen Tauschergebnissen führt.

Daher kombiniert er das Coase-Theorem mit quasilinearen Präferenzen, bei denen „alle Indifferenzkurven ‚verschobene‘ Versionen einer einzigen Indifferenzkurve sind [...] es ist dann] ein ‚Null-Einkommenseffekt‘ gegeben“ (V, S. 112-113) und der Konsum eines (hier: Un-)Gutes ist unabhängig vom Einkommen. Sauberes Wasser wird demnach von den Angler\_innen unabhängig von ihrem Einkommen nachgefragt. Die Menge des Rauchs im Beispiel Varians hängt dann dank der Voraussetzung der Quasilinearität nicht, wie er es ausdrückt, von der Verteilung des Vermögens ab. Er meint hier wohl, dass er nicht von der Verteilung der Eigentumsrechte abhängt.

Zwar gibt Varian zu, „[e]s sollte jedoch betont werden, dass es sich dabei wirklich um ganz spezielle Bedingungen handelt“ (V, S. 743). Aber die Art seiner Gesamtdarstellung in diesem Kapitel setzt eigentlich diesen Neutralisierungseffekt hinsichtlich der Anfangsausstattungen voraus, um den Aspekt der Pareto-Effizienz auch bei Umweltfragen so stark in den Vordergrund rücken zu können. Auch beim Beispiel des Rechtehandels zwischen Stahl- und Fischereiunternehmen entschwindet die Problematik (vgl. V, S. 750-751), ebenso bei seinen Bemerkungen zum Zertifikat-handel (vgl. V, S. 752). Er geht der Verteilungsfrage der Eigentumsrechte und ihrer zu erwartenden Auswirkung auf die effiziente Tauschlösung auch dadurch aus dem Weg, dass er sie anhand der Fusion eines Fisch- und eines Stahlunternehmens präsentiert.

Seine Abbildung zu sozialen und privaten Kosten (vgl. V, S. 747) ist weniger verständlich als die üblichen Darstellungen (man vergleiche sie etwa mit der von Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 885). Seine Erläuterung einer Pigou-Steuer ist rein formal und für Studierende wenig anschaulich; erklärende Schaubilder fehlen bei Varian immer dann, wenn etwas nicht in sein Schema passt. Schaut man sich die Seiten des Kapitels im Überblick an, stellt man überrascht fest, dass der



Steuer weniger als eine Seite gewidmet wird und Varian dann ab Seite 750 auf eine Verhandlungslösung im Sinne des strikten Coase-Theorems eingeht.

Auch bei der sehr kursorischen Behandlung von Verschmutzungszertifikaten (vgl. V, S. 747-749) wird die Vorteilhaftigkeit von Märkten in den Vordergrund gerückt. In wenigen Worten wird das (damals) geplante südkalifornische Quotensystem zu Stickoxiden vorgestellt. Der Übersetzer fügt in einer Fußnote hinzu, ein ähnliches System habe die EU installiert (vgl. V, S. 748, Fn. 2). Leider wird kein Wort über das (von den USA nicht unterzeichnete) Kyoto-Protokoll, die Implementierung in der EU und/oder Deutschland, die heutigen Probleme des Ansatzes usw. verloren. Auch fehlen völlig ein Vergleich der verschiedenen umweltökonomischen Instrumente und eine Darlegung ihrer idealtypischen Grundlogik. Bei seiner Behandlung der Zertifikatlösung fragt man sich: Warum wird im LB bürokratisch und erhebungsintensiv eine (durch die Unternehmen nicht manipulierbare?) Quote für jedes Unternehmen und nicht eine Maximalmenge an Zertifikaten festgelegt, die dann unbürokratisch über Auktionen versteigert werden?

Man merkt, dass es ihm eigentlich nur auf eine Botschaft ankommt: „Das Ziel der Gewinnmaximierung selbst sollte Anreiz zur Internalisierung externer Effekte in der Produktion sein“ (V, S. 753, i. O. kursiv). Wie einfach das ist, habe doch das Fusionsbeispiel gezeigt, und sogleich wird noch ein Beispiel mit Besitzer\_innen von Obstgärten nachgereicht, die Bienen zur Befruchtung halten bzw. die Zucht von Bienen ankaufen. In einer trickreichen Vermischung eines Einzelbeispiels mit einer in dieser Form unzutreffend wiedergegebenen Generalaussage resümiert er: „Die Theorie der Externalitäten schlägt jedoch als die natürlichste Lösung des Problems ungenügenden Bienenangebots die Errichtung eines Marktes für die Dienstleistungen von Bienen vor“ (V, S. 753).

Solche Märkte gibt es tatsächlich und es gibt kein Verbot der Errichtung solcher Märkte, trotzdem geht das große Bienensterben weiter. Sollten Bienenzüchter\_innen und Mandelانبauer\_innen in den USA die Landwirt\_innen bzw. Großfarmer\_innen dafür bezahlen, dass sie keine für die Bienen gefährlichen ‚Pflanzenschutzmittel‘ mehr einsetzen? Varians Beispiel zeigt ungewollt die engen Grenzen von Marktlösungen und die nur vermeintliche Irrelevanz des Verursacherprinzips.

Seine Botschaft wird im Teilabschnitt über die Tragödie der Allmende einmal mehr wiederholt. „Würde das allgemeine Weideland jemand besitzen, der den Zugang beschränken könnte, wäre das tatsächlich die Lösung. Denn in diesem Fall würde der Besitzer des Weidelandes genau die richtige Anzahl an Kühen kaufen, um seinen Gewinn zu maximieren“ (V, S. 755). Hier zeigt sich auch, dass Varian sich immer nur einzelne Personen als Privatbesitzer\_innen vorstellen kann. Genossenschaftlicher oder anderer nicht rein privater Besitz mit auch einer eventuell modifizierten Zielfunktion kommt bei ihm nicht vor, obwohl es solche Institutionen gibt (vgl. z. B. Sackrey 2016, Kapitel 10 über *The Mondragón cooperative: A path to worker democracy*). Bei ihm gibt es nur ihre eigenen, persönlichen Interessen im Blick behaltende Dorfbewohner\_innen als Alternative.

Gemeinsame Normen und Traditionen, für die es weltweit unzählige Beispiele gibt, die u. a. von Elinor Ostrom untersucht wurden (vgl. Ostrom 1999), kommen bei Varian nicht vor. An dieser Stelle sei der Vermutung Ausdruck gegeben, dass die Anlage des LB auch eine typische Widerspiegelung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte und des amerikanischen „Wirtschaftsgeistes“ (Katzner 2002) ist, da es bei der Besiedlung Nordamerikas durch die Europäer\_innen solche traditionellen Normen der Gemeinschaftsnutzung nicht gab und sich für die zerstörten indianischen Formen der Gemeinschaftseigentums niemand interessiert(e).

Ganz ignorieren kann Varian allerdings öffentliche Regelsetzungen nicht, die es von staatlicher Seite her auch in den USA gibt. Das unsachliche Unterjubeln seiner Privatmeinung ist aber auch bei der Quintessenz des Teils zur Allmende unübersehbar.

„Natürlich ist Privatbesitz nicht die einzige gesellschaftliche Institution, die zu einer effizienten Nutzung der Ressourcen führt. Man könnte zum Beispiel Regeln aufstellen, wie viele Kühe auf einer Dorfallmende weiden dürfen. Wenn es ein Rechtssystem gibt, diese Regeln durchzusetzen, könnte das eine kostengünstige Lösung für eine effiziente Verwendung der gemeinsamen Ressource sein. In einer Situation, in welcher das Gesetz jedoch nicht eindeutig ist oder nicht existiert, kann die Tragödie der Allmende leicht entstehen. Übermäßiger Fischfang in internationalen Gewässern und die Ausrottung verschiedener Tierarten durch überhöhte Jagd sind ernüchternde Beispiele dieses Phänomens“ (V, S. 757).

Varian hätte, dem Beispiel der Kühe auf der Dorfweide entsprechend, ein historisches Beispiel eines solchen Normsystems und die von Ostrom herausgearbeiteten Bedingungen, unter denen es funktionieren kann, geben können. Stattdessen wechselt er zum Fischfang in internationalen Gewässern. Natürlich ‚könnte‘ es nur eine gute Rechtslösung geben, u. a., weil die Gesetze ggf. nicht eindeutig sind. Man könnte aber genauso gut hinsichtlich privater Eigentumsrechte mutmaßen, sie seien fraglich, weil die Gefahr bestünde, dass auch sie nicht eindeutig formuliert sind oder nicht eingehalten würden.

Wenn Rechtsregeln nicht eindeutig sind, dann muss man sie eben eindeutig formulieren. Varian unterstellt, dass es bei eindeutiger Privatzurechnung der Eigentumsrechte praktisch immer zu einer Internalisierung sozialer Kosten kommt, da dann stets gemäß der Devise Grenzprodukt = Kosten entschieden würde. Was aber, wenn schließlich sterbliche Privatbesitzer\_innen von Viehweiden sich noch zwei schöne Jahre machen möchten und sie die Tiere töten und verkaufen, um z.B. Kreuzfahrten zu machen? Das Prinzip Grenzprodukt = Kosten gilt nur für rationale Akteur\_innen mit unendlichem Zeithorizont. Doch wie Keynes schon feststellte, sind wir längerfristig alle tot.

Aber selbst ein rationales Privatmaximierungskalkül kann trotz eines unbegrenzten Zeithorizonts negative externe Effekte hervorrufen. Varian wirft in Kapitel 11 die Frage auf, wann ein Wald geschlägert werden soll. Unabhängig von den negativen externen Effekten, z. B. hinsichtlich der dann fehlenden CO<sub>2</sub>-Absorption durch den Wald, die den bzw. die Waldbesitzer\_in nicht interessiert, ist der richtige Zeitpunkt des Kahlschlags gekommen, wenn die Wachstumsrate des Waldes gleich dem Zinssatz ist (vgl. V, S. 233).

Die Überfischung in Neuengland sei ein Beispiel für die zu laxen Einschränkung des Fischens (vgl. V, S. 757). Sie ist aber kein Beispiel gegen rechtliche Festsetzungen von Fangquoten. Varian könnte mit *Public Choice* erklären, warum Interessengruppen eine notwendige Regelung verhindern. Er hätte dann z. B. die Einrichtung eines *Common Trust* vorschlagen können, der diese Quoten unabhängig von Lobbyist\_innen festlegt und überprüft. Formal unabhängige Zentralbanken sind ein Beispiel für eine solche Konstruktion: Sie sollen verhindern, dass es eine Übernutzung und zu hohe Produktion des Geldes gibt. Doch das widerspräche Varians Präferenz für Märkte. Er wählt auch Beispiele aus, die die gravierenden Umweltprobleme in einer recht harmlosen Form erscheinen lassen. Mit einer vernünftigen Regelung „könnten die Fischbestände in Neuengland innerhalb von nur 5 Jahren wieder hergestellt werden“ (V, S. 757).

Gut scheint es im folgenden Beispiel des Hummers zu funktionieren: „Einige Fischereibranchen haben bereits strenge Regeln zur Vermeidung von Überfischung eingeführt. Hummerfischer, zum Beispiel, arbeiten unter sorgfältig aufgestellten Regeln, um sich nicht selbst aus ihren Verdienstmöglichkeiten ‚heraus zu fischen‘“ (V, S. 757). Auf das Eigeninteresse sei hier Verlass. Es handelt sich um eine branchenspezifische freiwillige Selbstbindung. Also scheint die begrenzende Selbstrechtsetzung doch zu klappen. Aber ganz sicher ist das auch wieder nicht, da die Erholung der Hummerbestände nach seiner Information zwar in Maine eintrat, in Massachusetts aber nicht.

Die Erwärmung des Wassers um zwei Grad in den letzten 20 Jahren in der entsprechenden Bucht könnte eine Rolle gespielt haben, was eventuell an der globalen Erwärmung liegt. Varian erwähnt sie nicht, was zeigen würde, dass lokale Verhandlungslösungen nur begrenzt wirksam sind und von translokalen Umweltveränderungen zunichtegemacht werden können.

Schaut man sich die angegebene Referenzliteratur an (vgl. V, S. 758, Fn. 7), der auch die dortige Erwärmung des Wassers zu entnehmen ist, so ergibt sich ein etwas anderes und zumindest komplexeres Bild. Wissenschaftler\_innen vermuten nach diesen Quellen, dass das Ökosystem in Maine außer Kontrolle geraten ist, da wesentliche Feinde der Hummer wie Dorsch oder Kabeljau (*Cod*) überfischt wurden und sich so die Explosion des Hummerbestandes erklären mag. Die freiwillige Selbstbeschränkung beinhaltet auf jeden Fall praktisch kein Fanglimit, wovon tausende von Hummerfallen zeugen. Die doch einen anderen Eindruck vermittelnden Artikel wecken Zweifel an der Seriosität von Varians Wiedergabe der Inhalte der Beispiele (dies war aus Zeitgründen die erste und einzige Überprüfung seiner Referenzen). Vor allem der Rückgang in Massachusetts gibt Rätsel auf, etwa 10 verschiedene Erklärungen werden in der angegebenen Literatur angeboten. Die ökologischen Beziehungsgeflechte seien so komplex, dass eine sichere Erklärung zurzeit unmöglich sei.

Dieses Beispiel mit nur einer einzigen Bucht, bei der bereits (Über-)Komplexität der Wirkungsketten vorliegt, weist auf einen Aspekt der externen Effekte hin, den Varian in seiner Standardwelt völliger Transparenz und völligen Allwissens (M11) unerwähnt lässt: Die große Unsicherheit über das Ausmaß der externen Effekte. Welche, auch längerfristige, Kosten verursacht z. B. der

Kerosinausstoß eines Flugzeuges? Die Schadensfunktionen lassen sich oft nur sehr schwer angeben. Es müsste dann ein Vorsorgeprinzip gelten, das er nicht erwähnt, genauso wenig wie Überlegungen zum schon erwähnten Verursacherprinzip, das nicht ein einziges Mal zur Sprache kommt, da er stets betont, wie unwichtig es eigentlich sei, wem die Eigentumsrechte zugesprochen werden.

Sein abschließendes Beispiel gilt Emissionsstandards, d. h. der Standardsetzung für Automobile hinsichtlich der ausgestoßenen Schadstoffmenge. Varian kritisiert, wieder einmal mit Verweis auf eine Studie des marktradikal-konservativen *American Enterprise Institute*, dass alle Autos die gleichen Standards erfüllen müssen, „unabhängig davon, ob er [der Käufer] in einem Gebiet mit hoher Verschmutzung lebt oder nicht“ (V, S. 759).

Da es sich bei CO<sub>2</sub>-Emissionen um einen Bestandteil des globalen Kohlenstoffzyklus unabhängig vom Emissionsort handelt, ist seine Kritik nicht recht nachzuvollziehen. Völlig unklar bleibt die Aussage, warum fast zwei Drittel aller Autokäufer\_innen wesentliche Summen für unnötige Systeme ausgaben (vgl. V, S. 759, mit einem Zitat ohne Seitennachweis). Beim Fehlen regelmäßiger Überprüfungen sei nicht gewiss, dass die Einrichtungen zur Reduktion überhaupt funktionieren. Dies stellt für Varian festgelegte Emissionsstandards in Frage; die selbstverständlich naheliegende Forderung nach regelmäßigen Überprüfungen wäre eigentlich selbstverständlich.

Auch gebe es keinen Anreiz, ökonomischer zu fahren. Dies spricht wiederum nicht gegen Emissionsstandards, sondern für begleitende erhöhte Benzinsteuern. Besser seien prinzipiell Emissionsabgaben, bei denen die gefahrenen Kilometer pro Jahr einfließen und eine jährliche Überprüfung des Autos stattfinden sollten. Das Problem einfacher Tachomanipulationen und die sonst stets angeführten Ermittlungskosten tauchen in seinen Überlegungen nicht auf. Ein solches System könne durchaus respektable Ergebnisse zeitigen und zu deutlich niedrigeren Kosten als beim derzeitigen System mit allgemeinverpflichtenden Standards führen (vgl. V, S. 760). Es ist klar, dass er sich gegen landesweite verpflichtende Standards ausspricht und die Höhe der Emissionsabgabe auf eher lokaler Ebene festgelegt werden sollte.

Anstatt die globalen Herausforderungen und die vorherrschenden Instrumente präziser vorzustellen, verschwendet er zwei Abschlusseiten auf eine Diskussionsseite, die nur seine Präferenz für die Konsumentensouveränität der Autofahrer\_innen und seine Ablehnung verbindlicher Emissionsstandards demonstriert (M5a).

Das Kapitel ist insgesamt hinsichtlich Verständlichkeit, Vollständigkeit und wissenschaftlicher Neutralität als mangelhaft zu bezeichnen. Zum Vergleich sei noch einmal auf Bumás' Kapitel 15 (vgl. Bumás 1999) über Marktversagen hingewiesen, der anhand von aktuellen Beispielen den Mainstreamansatz erläutert, auch z. B. Arbeitslosigkeit und Finanzblasen einbezieht und Alternativen öffentlicher Wirtschaftspolitik ohne den negativistischen Bias der LB vorstellt (vgl. ähnlich das Core Team 2017, Uni 12). Varoufakis, der die Umweltökonomie in Kapitel 10 seines LB

behandelt, fordert: „I shall attempt to counterbalance the thousands of textbook pages which eulogise the market by airing the argument that what textbooks refer to as market failure is, in reality, a market's true nature“ (Varoufakis 1998, S. 304).

Kapitel 36 über Informationstechnologien ist vorwiegend deskriptiv, es gehört zu den fakultativen Modulen. Es wird zwar hervorgehoben, wie wichtig die Informationswirtschaft in heutigen Ökonomien sei und dass bei ihr Netzwerkexternalitäten eine große Rolle spielen, bei „denen die Nachfrage einer Benutzerin von der Anzahl der anderen Benutzerinnen abhängt“ (V, S. 781), aber Konsequenzen für Angebots-Nachfrage-Schemata oder eine entsprechende Abbildung werden nicht gezogen (auf die Widersprüchlichkeit der allgemeinen Annahmen der LB zu ihnen zuwiderlaufenden Aspekte im heutigen IT-Bereich weist Heinrich 2016 hin).

Kapitel 37 über öffentliche Güter ist das letzte Kapitel des Kernkanons. Es beginnt mit einer für Varian typischen, verallgemeinerten Wiederholung zur Eliminierung von Ineffizienzen. „Im Fall eines externen Effekts im Konsum zum Beispiel musste man lediglich sicherstellen, dass die ursprünglichen Eigentumsrechte klar festgelegt waren. Die Personen könnten dann das Recht zur Verursachung des externen Effekts in der üblichen Weise tauschen“ (V, S. 793).

Erst jetzt und nicht an der passenden Stelle des Beispiels in Kapitel 35 wird darauf hingewiesen, dass bei einer sehr hohen Zahl Betroffener solche Verhandlungslösungen wenig praktikabel seien. Die Definition öffentlicher Güter fällt bei Varian (im Unterschied zu Pindyck/Rubinfeld 2015, S. 921-928) rudimentär und ex negativo aus: Das Rauchen von drei Personen in einem Gemeinschaftszimmer wird als Exempel geboten, „ein Gut, das allen betroffenen Konsumentinnen im selben Ausmaß zur Verfügung gestellt werden muss“ (V, S. 792). Alle müssen dieselbe Menge Rauch konsumieren.

In üblichen Darstellungen wird Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität des Konsums zur Definition herangezogen. Diese für öffentliche Güter wesentlichen Bestimmungsmerkmale werden bei Varian erstaunlicherweise definitorisch nicht klar herausgestellt. Auch wird meist die Nichtrivalität im Konsum positiv konnotiert: Saubere Luft, Spaziergänge im Wald usw. (vgl. die übliche Darstellung z. B. bei Zimmermann et al. 2012, Kapitel 2). Varian nimmt als Ausgangspunkt, was einigen Personen als Ungut gilt.

Dies dürfte daran liegen, dass für Varian öffentliche Güter konzeptionell ein Ungut sind, da bei ihnen seine präferierten Markttauschprozesse eine Grenze finden. Varian spricht diesen Tatbestand sogar selber an: „Sie sind ein besonders lästiger externer Effekt, denn die dezentralen Marktlösungen, welche den Ökonominnen so gefallen, funktionieren bei der Allokation öffentlicher Güter nicht besonders gut“ (V, S. 794).

Varian schließt hier von sich auf alle anderen Ökonom\_innen. Seine Aussage spricht wirklich Bände über seine eigene Voreingenommenheit jenseits aller wissenschaftlichen Begründbarkeit. Er gibt nur ganz kurz realwirtschaftliche Beispiele für öffentliche Güter an, bevor er lang

und breit den Zweipersonenfall erläutert, bei dem eine Person Fernsehen wirklich mag, die andere nicht oder bestenfalls indifferent sei. Zwischendurch bemerkt er, dass „[v]iele öffentliche Güter [...] durch den Staat zur Verfügung gestellt [werden]. Straßen und Gehsteige, zum Beispiel, werden von den Gemeinden bereitgestellt“ (V, S. 794). Dies sind natürlich schlechte Beispiele für reine öffentliche Güter, da z. B. bei Straßen die Ausschließbarkeit über die Erhebung einer Maut möglich ist.

Als Beispiel kann London dienen, wo in der Innenstadt angesichts der hohen Verkehrsdichte auch die Nichtrivalität im Konsum nicht gegeben ist und es sich daher eher um ein Clubgut handelt. Leider finden solche ganz hilfreichen Zwischenformen zwischen reinen privaten und reinen öffentlichen Gütern bei Varian überhaupt keine Erwähnung. Er nennt auch die Landesverteidigung als öffentliches Gut, selbst hier ließe sich prinzipiell eine gewisse Ausschließbarkeit herstellen, z. B. durch den Zugang zu Luftschutzbunkern. Varian diskutiert die Frage überhaupt nicht, ob bestimmten ‚Gütern‘ an sich die Eigenschaften Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität innewohnen oder ob es, wie erwähnt, an der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit liegt, dass diese Eigenschaften angenommen werden und entsprechende Regelungen nach sich ziehen. Man hätte doch z. B. eigentlich erwartet, dass Leuchttürme ein klassisches Beispiel für ein öffentliches Gut sind, aber Coase zeigte, dass dies nicht unbedingt der Fall sein muss (vgl. Coase 1974).

Stattdessen erläutert er langwierig den Fall der Fernsehanschaffung zweier Personen. Auch erst hier und nicht schon in Kapitel 35 haben die Ausgangsausstattungen doch Auswirkungen auf die tatsächliche Allokation. „Wenn jedoch die indifferente Mitbewohnerin das gesamte Vermögen besäße, dann könnte die Fernsehliebhaberin nicht viel Geld zum Fernsehgerät beitragen, und es wäre Pareto-effizient, das Fernsehgerät *nicht* zur Verfügung zu stellen“ (V, S. 797).

Wenn der Fernseher aus dem Vermögen beider zu zahlen wäre, könnte die eine Person gar nichts beisteuern und der Fernseher würde angesichts der Präferenzen beider nicht angeschafft, auch unabhängig davon, ob dies pareto-effizient wäre oder nicht. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass Varian einen Fall konstruiert, bei dem wieder nur ein eigentlich privates Gut (der Besitz eines Fernsehers) vorkommt.

So gelangt er zu der überraschenden allgemeinen Aussage: „Im Allgemeinen wird es daher von der Vermögensverteilung abhängen, ob ein öffentliches Gut verfügbar gemacht werden soll oder nicht“ (V, S. 797), wobei er eigentlich sagen müsste: verfügbar gemacht wird oder nicht. Bei den von ihm wieder gerne als Sonderfall herangezogenen quasilinearen Präferenzen gilt dies definitionsgemäß natürlich nicht (vgl. V, S. 797-798).

Bei üblichen öffentlichen Gütern wie der Landesverteidigung sollte die spezifische Vermögensverteilung bei Unterstellung der Finanzierung durch eine progressiv ausgestaltete Steuer keine so große Rolle spielen. Es ist auch interessant, dass jetzt plötzlich, jenseits seines Lieblingsbereichs des freiwilligen Tauschs, die Vermögensverteilung erstmalig als relevanter Tatbestand

auftaucht. Im nächsten Unterabschnitt (vgl. V, S. 798) wird aber sofort wieder auf die bloße Zahlungsbereitschaft und nicht auf die Zahlungsfähigkeit abgehoben.

Konsensuelle Kooperation und ehrliche Offenlegung der Präferenz für oder gegen einen Fernseher würden es eigentlich leichtmachen, sich zu einigen. Varians Menschenbild entsprechend sind sogar Bewohner\_innen einer gemeinsamen Wohnung nicht nur von bloßem Eigeninteresse angetrieben, sondern sie sind auch strategisch Handelnde, die ihren Mitbewohner\_innen gegenüber ihre wahren Präferenzen zu verschleiern und zu verheimlichen versuchen und diese regelrecht anschwindeln (M2). Jede habe „einen Anreiz zu versuchen, so wenig wie möglich zur Bereitstellung beizutragen“ (V, S. 799). Das Trittbrettfahrerverhalten wird dann durch eine Auszahlungsmatrix perfektioniert und bemerkt, bei mehr als zwei Personen sei die Gefahr des Trittbrettfahrens noch viel virulenter.

Aber das „Problem eines öffentlichen Gutes scheint eher leicht lösbar, aber eine Menge schwieriger Probleme des Trittbrettfahrens können bei gemeinsamer Benützung von ‚öffentlichen‘ Haushaltsgütern entstehen“ (V, S. 800). Unwillkürlich kommt dem bzw. der Leser\_in die Überlegung, es sei wohl besser, wenn jeder seinen eigenen Fernseher besäße. Varian walzt das Beispiel des Fernsehers dann auf mehreren Seiten mit Ableitungen und natürlich inklusive des Sonderfalls quasilinearer Präferenzen weiter aus, indem er analysiert, wieviel von seinem öffentlichen Gut, einem Fernseher in verschiedenen Preisklassen, bereitgestellt werden soll. Dem Trittbrettfahrerproblem werden dann noch einmal über zwei Seiten gewidmet. So füllen sich die Seiten, ohne dass über einen Bezug zu den gegenwärtigen, zu einem guten Teil globalen Problemen öffentlicher Güter (*Global Commons*) auch nur ein Wort verloren würde.

Es folgt noch einmal ein nicht gerade wertneutraler Vergleich privater und öffentlicher Güter. Bei Letzteren „hängen die Nutzen der Individuen unerbittlich zusammen, da alle dieselbe Menge des öffentlichen Gutes konsumieren müssen“ (V, S. 808). Dieser Zwangskonsum gilt nur für Varians ungewöhnliches Fernsehbeispiel, da kein Mensch gezwungen wird, zwangsweise im Wald spazieren zu gehen, d. h. weder Nichtrivalität noch Nichtausschließbarkeit schließen Zwangskonsum logisch ein.

Neben Befehlsstrukturen könne man auch über öffentliche Güter abstimmen. Sofort wird wieder das Wahlparadoxon angeführt, dass zu manipulierten Entscheidungen durch die Reihenfolge der Güterbündel führen kann. Erst jetzt und nicht schon in Kapitel 34, wo es bei den längeren Ausführungen zum Paradox hingehört hätte, wird darauf hingewiesen, dass das Problem bei Eingipfligkeit nicht besteht (vgl. V, S. 808-809).

Aber selbst dann sind für ihn demokratische Abstimmungen problematisch. In seinem Beispiel wird über die Höhe einer Ausgabe abgestimmt und der bzw. die Wähler\_in kann sich für seine präferierte Ausgabenhöhe entscheiden. Heraus kommt dann natürlich die Medianausgabe, die nach Varian aber auch nicht das effiziente Niveau darstellt, da sie nur aussagt, dass die eine Hälfte der Bevölkerung mehr, die andere weniger will, aber offenbliebe, wieviel mehr oder weniger die Betroffenen vom öffentlichen Gut haben wollen. Hier wird negativ angerechnet, dass



man nicht haargenaue Angaben über die Präferenzintensitäten hat, aber bei den Nutzenvergleichen zwischen Individuen bei privaten Gütern hieß es früher doch generös, das genaue Ausmaß sei wenig interessant („Üblicherweise sind wir an der absoluten Rente der Konsumentin nicht besonders interessiert“ (V, S. 283)). Jetzt spricht die nicht haargenaue Berechenbarkeit gegen Abstimmungen, die nicht seinem Lieblingsmodus freiwilligen Tauschs entsprechen.

Obendrein könnten bei Abstimmungen die wahren Präferenzen verschleiert werden. Dies gilt natürlich nur bei der Möglichkeit der Kumulierung mehrerer Stimmen bei Entscheidungen über mehrere Bündel. Wohl damit die Botschaft auch beim letzten Studierenden ankommt, wird nun ein reales Beispiel über die Manipulation einer Tagesordnung aufgeboten, wobei es um eine Gesetzesvorlage über Bundessubventionen für den Schulbau ging. Der Fall liegt über 60 Jahre zurück und stammt aus dem Jahr 1956. Aus der Beschreibung des Vorgangs wird nicht recht klar, ob das Abstimmungsergebnis wirklich auf eine Manipulation der Tagesordnung zurückging (vgl. V, S. 811). Eine Referenzquelle zur Überprüfung fehlt.

Es lohnt, sich einmal klarzumachen, dass Varian in diesem obligatorischen Abschlusskapitel aus Sicht des Ökonomen bzw. der Ökonomin ein negatives Generalverdict über repräsentative Demokratien ausspricht, denn schließlich „werden Abstimmungen im Allgemeinen zu keinem effizienten Ergebnis führen“ (V, S. 810). Selbst viele streng Libertäre würden nicht so weit gehen, ein solches prinzipielles Defizit von Abstimmungen zumindest über wesentliche Dimensionen eines Minimalstaates (Festlegung der Eigentumsrechte, innere und äußere Sicherheit) zu behaupten. Demokratische Abstimmungen, ihre verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten und der Diskurs in der Politikwissenschaft werden bei Varian völlig ausgeblendet. Sie sind, soviel ist für ihn gewiss, bestenfalls ein defizitärer Modus der Entscheidungsfindung, den man am besten so wenig wie möglich zum Zuge kommen lässt.

Man ist nun etwas ratlos: Wie sollen bei all diesen Mängeln öffentliche Güter zugeteilt werden? Am Einfachsten wäre es natürlich, wenn es sie überhaupt nicht gäbe. Sie sind wirklich „lästig“ (V, S. 794). Doch Varian hat eine Lösung: den Vickrey-Clarke-Groves-Mechanismus, kurz VCG-Mechanismus, der bis zum Ende des Kapitels ausgebreitet wird (vgl. V, S. 811-817). Die Bezeichnung ‚Mechanismus‘ deutet alleine schon an, dass es sich endlich wieder um etwas den vorherigen Beliebigkeiten entzogenes, mechanisch funktionierendes handelt, womit sich die Summe der Nutzen aller Betroffenen sicher maximiert lässt (M11).

Es würde hier zu weit führen, den Mechanismus detailliert vorzustellen. Er ist ein kompliziertes, bürokratisches Ungetüm, das Ökonom\_innen wie Varian wohl nur entwickeln, um Entscheidungen auf Individualpräferenzen beruhen zu lassen, obwohl die Akteur\_innen trickreiche Präferenzlügner\_innen sind. Daher enthält jeder bzw. jede Akteur\_in nach Ermittlung seiner Präferenz eine Vergütung in Höhe der Summe der von allen anderen angegebenen Nutzen, bewertet auf dem Niveau des von der Person angegebenen Nutzens, ergänzt um eine entscheidungsneutrale Steuer.



Das Kapitel endet mit dem Eingeständnis der Probleme des an sich schon sehr komplizierten Verfahrens (vgl. V, S. 815), wobei die Anwendung des VCG-Mechanismus auf den Fernsehkauf der beiden Bewohner\_innen ausgesprochen grotesk wirkt. Er funktioniert (wieder einmal) nur bei quasilinearen Präferenzen; er führt „im Allgemeinen nicht wirklich zu einem Pareto-effizienten Ergebnis“ (V, S. 816). Doch damit nicht genug: Die Steuer müsste nur von einer, bei vielen Teilnehmer\_innen unwahrscheinlichen, Schlüsselperson bezahlt werden und es wird an gleicher Stelle noch die Anfälligkeit für Kollusion genannt.

Das Kapitel endet mit einer gewissen postmodernen Ratlosigkeit.

„Es wäre schön, wenn es einen Mechanismus gäbe, der nicht nur bestimmt, ob das öffentliche Gut bereitgestellt wird oder nicht, sondern auch den Pareto-effizienten Weg angäbe, dafür zu zahlen – das heißt einen Zahlungsplan, der jeden besser stellt. Es scheint jedoch nicht, dass so ein allgemeiner Plan verfügbar ist“ (V, S. 817).

Varian hätte nun als Quintessenz feststellen können, dass dann doch trotz aller Schwächen besser demokratische Abstimmungen für öffentliche Güter vorgenommen werden sollten.

Das sagt er natürlich nicht, da der Studierende am Ende des Pflichtteils wohl die Schlussfolgerung ziehen sollte, dass (Konkurrenz-)Märkte die einzig sichere Bank sind. Da die zur Verfügung zu stellende Menge an öffentlichen Gütern nicht von vornherein feststeht, liegt auch der Gedanke nahe, angesichts solch schwankender Grundlagen ihrer Bereitstellung die angebotene Menge an öffentlichen Gütern besser kleinzuhalten.

### 3.8 Zum Abschluss: Eine markoliberal-konservative Weltanschauung

Mit Abschlusskapitel 38 ab Seite 821 über asymmetrische Information dürften die Studierenden wahrscheinlich nicht konfrontiert werden, es gehört auch zu den Wahlmodulen, die laut Varians Überblick (vgl. V, S. XXV) Kenntnisse des spieltheoretischen Teils voraussetzen. Dies ist sehr zu bedauern, da der realistischen Annahme asymmetrischer Informationen große Bedeutung zukommt, was von Stiglitz modelltheoretisch (2002) und auf die Finanzkrise bezogen (2010) klar herausgearbeitet wurde.

„In unseren bisherigen Analysen von Märkten haben wir stets Probleme unterschiedlichen Informationsstandes ausgeschlossen [...], obwohl es in der Realität zweifellos viele Märkte [gibt], auf denen es sehr kostspielig oder sogar unmöglich ist, genaue Informationen über die Qualität der verkauften Güter zu erhalten“ (V, S. 821).

Das Kapitel enthält die üblichen Inhalte. Der Markt für *Lemons* (die Titelangabe des Beitrages von Akerlof bei V, S. 821, Fn. 1 ist nicht ganz richtig), negative Auslese, *Moral Hazard*, *Signaling*, Anreizsysteme usw. werden überblicksartig vorgestellt.

Bei negativer Auslese treten natürlich die Vorteile von Zwangsmitgliedschaften z. B. in der Krankenversicherung hervor. „In so einer Situation ist es möglich, dass jeder dadurch besser gestellt werden kann, dass man den Abschluss einer Versicherung *verlangt*, welche dann das durchschnittliche Risiko in der Bevölkerung reflektiert“ (V, S. 827). Recht drollig bemerkt er dann, eine

„derartige Situation, in welcher das Marktgleichgewicht durch einen verpflichtenden Kaufplan dominiert wird, ist für die meisten Volkswirtinnen [zumindest für diejenigen, die sich durch sein LB durchkämpften] recht überraschend. Wir denken üblicherweise ‚mehr Auswahl ist besser‘, es ist daher eigenartig, dass eine Einschränkung der Wahlmöglichkeit zu einer Pareto-Verbesserung führen kann“ (V, S. 827).

Aber sogleich warnt er vor falschen Verallgemeinerungen. „Es muss jedoch betont werden, dass dieses ‚paradoxe‘ Ergebnis eine Folge des externen Effekts zwischen den Leuten mit hohem und geringem Risiko ist“ (V, S. 827). Dieser externe Effekt ist allerdings allgegenwärtig, z. B. in den Bereichen der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Es gebe in der Tat gesellschaftliche Institutionen, die dazu beitragen, diese „Marktineffizienzen“ (V, S. 827) zu beseitigen!

Es wird kurz auf Krankenversicherungspläne als Teil betrieblicher Zusatzleistungen hingewiesen. Vom vorherigen Argument für Zwangsmitgliedschaften her gesehen war die amerikanische Lösung beim Erscheinen dieser Auflage des LB allerdings eine recht hybride und ineffiziente Konstruktion, die Millionen von US-Amerikanern nicht und dank Donald Trump immer weniger erfasst(e). Der Übersetzer hat hierzu in einer Fußnote nur zu sagen, diese Konstruktion gebe es vor allem in den USA (vgl. V, S. 827, Fn. 3). Über die vom Grundgedanken und im Vergleich zu den USA trotz all ihrer Probleme und Unterschiede vorbildlichen Versicherungssysteme (nicht nur) im deutschsprachigen Raum erfahren die Studierenden nichts.

Auffällig ist, dass Varian auch in diesem letzten Kapitel überhaupt keine Rückschlüsse für das Standardmodell der Konkurrenzwirtschaft z. B. hinsichtlich der Pareto-Effizienz des freien Tauschs zieht. Es werden davon losgelöst nur die Grundkonzepte vorgetragen, ohne in der Regel auch nur in Ansätzen die eventuell wirtschaftspolitischen Implikationen zu berücksichtigen. Stattdessen werden gerade hinsichtlich der notwendigen Informationen zur Maximierung wenig realistische Anreizsysteme abgeleitet und Spezialfälle ausgebreitet (z. B. der Pergamenteffekt, vgl. V, S. 833-834).

Doch Varian kann wieder ohne rechte Verbindung zu wissenschaftlich gesicherten Aussagen seine Botschaft an die Frau bzw. den Mann bringen. „Um ein effizientes Anreizsystem zu entwerfen, ist es erforderlich, dass jene Person, welche die Leistungsentscheidung trifft, **Anspruchsberechtigte auf das Residualeinkommen** ist“ (V, S. 838). Kurz gesagt: Der Privatbesitz an den Produktionsmitteln und alleinige Gewinnaneignung durch den oder die Besitzer\_in\_nen ist der ökonomischen Weisheit und des LB letzter Schluss (M10; vgl. als kontrastiven Vergleich aus kapitalismuskritischer Sicht Stanford 2015).

Bei Aktiengesellschaften dürfte dieser Zusammenhang etwas lockerer sein. Er nimmt nicht Stellung dazu, dass Manager\_innen die Leistungsentscheidungen treffen, sondern er vergleicht Aktionär\_innen und Besitzer\_innen von fixen Schuldverschreibungen. Das Entscheidungsrecht der Aktionär\_innen führe zu einem höheren Gewinn. Es folgt das Beispiel Chinas, dessen Landwirtschaft nach der erweiterten Zulassung privater Anbauflächen hinsichtlich der Outputsteigerungen nur so explodiert sei (vgl. V, S. 838-839). Dieser Zusammenhang soll hier nicht bestritten

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

werden, es fällt nur auf, dass die Beispiele neben trockenen Rechnungen stehen, die solche Generalisierungen nicht zulassen.

Auch bringt Varian in seinen Beispielen immer wieder unterschwellig manipulierende Aspekte hinein, die Ausdruck seiner gesellschaftspolitischen Haltung sind (die Analyse des für *Property-Rights*-Ökonom\_innen eigentlich anomalen *Sharecroppings* (Teilpacht) ist bei Varian in vielem missverständlich dargestellt). Bei den Überwachungskosten zitiert er den früheren osteuropäischen Bassgitarristen Varszegi, der über die laxen Arbeitsmoral im real existierenden Sozialismus klagte, in den USA seine Lektion als althergebrachter Unternehmer lernte und zum Multimillionär aufstieg (vgl. seine Heldengeschichte im angegebenen Zeitungsartikel, V 841, Fn. 9).

Er ging nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nach Ungarn zurück und machte es sich dort zur Regel, niemanden einzustellen, der im kommunistischen Regime arbeitete (vgl. V, S. 841). Seine zweite Regel lautete, den Beschäftigten das Vierfache des Marktlohns zu zahlen, um Leistungsüberwachung entbehrlich zu machen und weil hohe Löhne dazu führen, dass die Beschäftigten Entlassungen vermeiden wollen. In diese Budapester Erfolgsgeschichte eines smarten Kapitalisten baut Varian rudimentär die Effizienzlohntheorie ein, die jedoch mit keinem Wort auf seine früheren schematischen Darstellungen der Geschehnisse auf dem wohl wichtigsten Faktormarkt, nämlich dem Arbeitsmarkt, bezogen wird. Man sieht aber, dass auch hartgesottene, durch die amerikanische Unternehmensschule gegangene Erfolgskapitalist\_innen (in diesem Beispiel hinsichtlich der Lohnhöhe) nicht die schlechteste Wahl sind.

Das Kapitel endet mit einem weiteren Beispiel, der Grameen Bank des Muhammad Yunus (vgl. V, S. 841-842), der natürlich auch in den USA seine Lektion lernte und dort studierte, promovierte und als Professor tätig war. In den finalen Erzählfluss Varians passt er gut hinein, denn man kann sich fragen, was mit dem ärmeren Teil der Menschheit, der weitgehend von den globalen Märkten ausgeschlossen ist und immerhin ein paar Milliarden Menschen umfasst, passieren soll. Aus Varians Weltansicht gefällt die Initiative einer Privatperson, die den Friedensnobelpreis für ihr soziales Engagement erhielt. Yunus' Vergabemodus für Mikrokredite mit Gruppendruck könne, so Varian, effektiv den Geist und die Segnungen des kreditfinanzierten Unternehmertums zu den Ärmsten der Armen in Indien, Bangladesch usw. bringen und Yunus' Aktivitäten bewiesen, dass die Armen dieser Welt sich per Eigeninitiative aus der Armut herausarbeiten können. Varian lobt das Konzept der Mikrokredite, da es die aus Ökonomensicht kritischen Aspekte fehlender Skalenerträge, negativer Auslese und des *Moral Hazards* löse.

Leider zeichnet Varian auch am Ende seines langen LB ein nicht so ganz den Realitäten entsprechendes harmonisches Bild, da er die kritische Diskussion über die Vorgehensweise der Grameen Bank und die Folgen für Kreditnehmer\_innen nicht zur Kenntnis nimmt: Nur 5-10 Prozent der Kleinkreditnehmer\_innen scheinen überhaupt zu profitieren, der Durchschnittszinssatz beträgt 35 Prozent, provisionsgetriebene Akquisiteur\_innen würden viele Menschen in die Verschuldung treiben und Geldeintreiber\_innen die Kreditnehmer\_innen öfters massiv bedrohen.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Weiter wird kritisiert, es gebe keine Obergrenze der Kreditzinsen, bei nicht selbst verschuldeten Katastrophen wie Überschwemmungen würde danach dennoch gnadenlos das Geld eingetrieben (keine Risikoteilung wie beim *Sharecropping*), was gelegentlich zu Selbstmorden führe, internationale Großbanken drängen in das lukrative Geschäft usw. (aus der vielfältigen Kritik vgl. z. B. Klas 2011; Klas/Mader (Hrsg.) 2014; Stüttgen 2017).

So wird am Ende des LB ein Luftschloss präsentiert, das zwar in die Weltanschauung des Chefökonom von Google passt, für den die Zukunft durch starke, männliche Unternehmerpersönlichkeiten wie Jeff Bezos, Steve Jobs, Elon Musk oder Mark Zuckerberg innovativ in Angriff genommen wird, das aber aus wissenschaftlicher Sicht nicht zuletzt wegen des fragwürdigen Beispiels der Grameen Bank Yunus' und als Fazit einer den Status der Naturwissenschaften anstrebenden Wirtschaftswissenschaft ein bestenfalls sehr einseitiger mikroökonomischer Ausblick ist.

Steve Keens Kritik des Mainstreams wird von den meisten Standardökonom\_innen wahrscheinlich für übertrieben gehalten. Der bzw. die Leser\_in mag nach der bisherigen Analyse des LB von Varian selbst entscheiden, ob Keens Urteil für Varians LB zutrifft.

„Neoclassical economic theory claims that the human being is a rational self-serving profit maximising unit. It claims to prove the market can handle anything. Classical economists model the economy based on the concept of rational consumers maximising utility and firms maximising profits. Their vision of the world claims that equilibrium is reached and the world functions best if there is no government, no trade unions and no monopolies“ (Keen 2017; vgl. auch Keen 1996; hinsichtlich der Monopolfrage bedarf es für Varian wohl einer Relativierung).

## **4 Fazit der Analyse mikroökonomischer Lehrbücher**

Die bisherige Untersuchung Varians, der hierbei als Musterexemplar für die LB der Mikroökonomie angesehen werden kann (vgl. als Beleg die Analyse zu Pindyck/Rubinfeld in Peukert 2018a, Kapitel 3), lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- (1) Varian ist nicht interessenkonfliktfrei.
- (2) Das LB enthält an vielen Stellen nicht (ganz) korrekte und falsche Angaben, was Zitate, Daten, Grammatik usw. angeht. Auch entsprechen Quellenangaben zu bestimmten Fakten oder Zusammenhängen nicht unbedingt ihren Inhalten. Für die meisten Aussagen werden keine empirischen Belege geboten. Den Thesen entgegenstehende Forschungsbeiträge auch aus der Mainstreamliteratur finden meistens keine Erwähnung. In der VWL kritisch diskutierte Theorieelemente wie die Kapitalkontroverse, Sraffas Kritik an der Unabhängigkeit von Angebots- und Nachfragekurven, die Folgen des Sonnenschein-Mantel-Debreu-Theorems und z. B. die Gorman-Kritik werden nicht angesprochen, ebenso wenig werden ggf. für das Verständnis der Konzepte wesentliche dogmengeschichtliche Debatten (z. B. des Nutzenkonzepts) nachgezeichnet.
- (3) Das LB orientiert sich fast ausschließlich am neoklassischen Lehrkanon. Es folgt ansonsten den 11 Charakteristika des Mainstreams. Eine Rezeption alternativer Denkschulen oder Grundbausteine (z. B. lexikographische Präferenzen) findet nicht statt. Grenzbereiche wie die Verhaltensökonomie haben keinen Einfluss auf die sonstigen Ausführungen und ihre Ergebnisse werden relativiert und zum Teil infrage gestellt. Viele neoklassische Theorieannahmen (Transitivitäts- und Konvexitätsannahme usw.) werden nicht begründet, sondern als vermeintliche Selbstverständlichkeiten einfach statuiert. Sie sind so formuliert, dass sie nicht falsifiziert werden können. Auch werden keine Bestätigungen durch eingetragene Prognosen angeführt.
- (4) Die positiven Wohlfahrtseffekte einer – meist nur an Beispielen freiwilligen bilateralen Tauschs erläuterten – Konkurrenzwirtschaft ohne Machtausübung einzelner Akteur\_innen oder Akteursgruppen, mit Kapital und Arbeit auf Augenhöhe, unter Nichtexistenz von Machtkonflikten und unter Betonung der Produktivleistungen privatwirtschaftlicher Unternehmen, sind die Kernbotschaft des LB. Am besten sollte alles (inkl. des Handels mit Nieren) über Märkte erfolgen.

Hierbei wird in Kauf genommen, ‚die Konkurrenzwirtschaft‘ – entgegen dem statuierten Wissenschaftsideal nüchterner Exaktheit und der statistisch-ökonomischen Überprüfung aller Aussagen – ausgesprochen verschwommen und widersprüchlich zu definieren und vorzustellen, um sie als realwirtschaftlichen Musterfall präsentieren zu können und unzulässige neoliberal-marktkonservative Folgerungen zu ziehen, die weit über mikroökonomische Fragestellungen hinausgehen. Realistische Marktformen (v. a. Oligopole

und monopolistische Konkurrenz) und Phänomene, die nicht das einfache Selbstregulationsschema nahelegen (z. B. Netzwerkexternalitäten), finden nur sekundär Berücksichtigung und gehören oft nicht zum Pflichtkanon.

- (5) Die LB konstruieren einseitig Normalfälle und nehmen Generalisierungen z. B. zu Angebots- und Nachfragekurvenverläufen vor, die sich als arbiträre Verallgemeinerungen erweisen (Engelkurven können tatsächlich alle möglichen Formen annehmen, die Annahme sinkender Grenzprodukte und steigender Grenzkosten im relevanten Bereich sind ebenfalls recht beliebig und hängen von Einfaktorvariationen ab usw.). Nicht durch externe (Staats-)Eingriffe verursachte (unfreiwillige) Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Der in den LB auf elementarstem Niveau gehaltene modelltheoretisch-quantitative Ansatz wird als die einzig gültige Mikroökonomie vorgestellt. Zur Konstruktion der Normalfälle bedarf es öfters sehr realitätsfremder Annahmen (z. B. homothetische und quasilineare Präferenzen) oder unklarer Beschreibungen (wie sieht z. B. eine ‚im Wesentlichen flache Nachfragekurve‘ aus?). Lässt man diese fallen, wird die mikroökonomische Theorie fast inhaltsleer, wohl weil sie keine sozialen, kulturellen und institutionellen Einflüsse berücksichtigt.
- (6) Das Framing durch *contested concepts* (streitbare Ideen) und der *salient exemplar effect* (auch emotional beeindruckende Geschichten, Bilder usw., vgl. näher Graupe 2017 im Anschluss an Wehling 2016 und mit Bezug auf Varian ausführlicher Peukert 2018, S. 315-322) spielen nicht nur bei den Beispielen, sondern selbst bei der Darstellung der neoklassischen Kernbausteine eine herausragende Rolle (z. B. Entfallen des ‚perversen‘ Teils der Arbeitsangebotskurve, Ausklammerung der evtl. die Beschäftigung fördernden und preissenkenden Wirkung dank der Festsetzung eines Mindestlohnes beim Monopson usw.). Insofern sind die LB ideologisch durchsetzt. Sie manipulieren die Studierenden auf zum Teil sehr subtile Art und Weise.
- (7) Marktprozesse erfolgen in den LB in einem institutionell-juridischen Vakuum, implizit wird die Wirtschaft des angelsächsischen Kapitalismus vorausgesetzt (*Shareholder-Value*-Prinzip, keine Flächentarifverträge usw.). Jegliche konkrete Beschreibung institutioneller Gegebenheiten und Besonderheiten (z. B. ein Vergleich der Sozialsysteme) unterbleibt. Der Staat (die ‚Behörden‘) und die Gewerkschaften treten – als Primitivvariante des *Public-Choice*-Ansatzes – fast ausschließlich negativ in der Rolle dysfunktionaler, Marktprozesse durcheinanderbringender und Wohlfahrtsverluste produzierender Störenfriede auf, die es evtl. gut meinen, aber durch ihre selten intelligenten Handlungen meist nur das Gegenteil dessen erreichen, was sie eigentlich intendierten. Die LB enthalten mehrere Demokratie-Unmöglichkeitstheoreme (*Arrow Paradox* usw.), die den Sinn demokratischer Verfahren grundsätzlich in Frage stellen.

- (8) Aktuelle ökologische und sozialpolitische Fragestellungen spielen im LB praktisch keine Rolle, die Darstellung externer Effekte und öffentlicher Güter ist rudimentär und tendenziös. Die Finanzmarktkrise ist am LB spurlos vorübergegangen, es wird nach wie vor durchgehend eine rudimentäre Effizienzmarkthypothese vertreten, nur geringfügig relativiert durch seltene, oft verkürzte Hinweise z. B. auf subjektive Fehltritte oder bisher noch nicht ausreichende Daten z. B. für die Berechnung von *Value-at-Risk*.
- (9) Das LB verdient insgesamt die Note Ungenügend. Die einseitig neoklassische Anlage des LB, v. a. aber die es durchziehenden Manipulationsstrategien widersprechen den ethischen Grundsätzen der Wissenschaft. Auch verfehlt die methodische Anlage des LB (komparative Statik und modellorientierte Partialanalysen) auch solche zentralen Aspekte des heutigen dynamisch-evolutionären Wirtschaftsgeschehens, die sich zur Kennzeichnung positiver Aspekte marktwirtschaftlichen Geschehens und der Rolle des Unternehmers bzw. der Unternehmer\_in eignen könnten.

„[T]he role of the entrepreneur is reduced to that of the engineer: he need only determine the quantity produced given the prices of inputs and output and simple production functions. There are no decisions to be made regarding price fixing, the quality of the product, sales expenditure, expansion strategy etc. Indeed, the entrepreneur in perfect competition faces none of the problems which characterize the modern firm and which confer a personal identity to the entrepreneur“ (Zamagni 1987, S. 390; vgl. auch die generelle Kritik an der Lehre der Mikroökonomie bei Bumas 1999, S. XXVII-XXVIII und S. 21, die zeigt, dass Varians LB exemplarisch ist).

Abschließend soll kurz ausgeführt werden, welche Schulrichtungen und heterodoxe Charakteristika im LB nicht zum Tragen kommen. Wie erwartet stellt die Neoklassik mit markträumenden Preisen, stabilen Erwartungen und Gleichgewichten usw. den Kernbestand der Ausführungen dar. Die neoklassische Synthese (aggregierte Nachfrage, Liquiditätspräferenz, IS-LM, Sonderfälle wie die Liquiditätsfalle, die Phillips-Kurve usw.) spielte keine Rolle. Man kann dies auf den mikroökonomischen Fokus des LB zurückführen. Allerdings zeigte sich, dass Varian sich eindeutig zu makroökonomischen Themen und Zusammenhängen äußert.

Auch der Monetarismus (Quantitätstheorie und Geldnachfrage, erwartungskorrigierte Phillips-Kurve, NAIRU usw.) findet im LB keinen Niederschlag. Hinsichtlich der Walrasianischen Ungleichgewichtsansätze (Clower, Leijonhufvud, Malinvaud), bei denen es um Ungleichgewichte durch Informations- und Koordinationsprobleme, den fehlenden bzw. die fehlende Auktionator\_in, die effektive und notionale Nachfrage und Rationierung geht, zeigt sich aber auch, dass bestimmte Theorieansätze nicht nur wegen ihres stark makroökonomischen Bezuges keine Erwähnung finden. Bei den rudimentären Darstellungen zum allgemeinen Gleichgewicht in den LB hätten nämlich Hinweise auf verschieden rationierte Märkte (Malinvaud) durchaus eine Erweiterung des Möglichkeitshorizonts und eine Pluralisierung des ansonsten recht einseitigen Bildes weitgehender Markträumung bieten können. Der Neukeynesianismus (Mankiw, Summers, Blanchard) hätte hinsichtlich Menükosten, Preisrigiditäten und Hystereseeffekten sicher zur realistischen



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Erweiterung seines Bildes der Wirtschaftswelt beitragen können, er widerspricht aber der neo-liberal-konservativen Ausrichtung des LB. Eine Ausnahme stellt nur die sehr kurze Erwähnung der Effizienzlohntheorie dar.

Obwohl das LB vom Ansatz her im Prinzip viele Elemente mit der Neuklassik (Lucas, Muth, Sargeant, Barro) und der *Real-Business-Cycle*-Schule (Prescott, Kydland, Plosser) z. B. trotz aller Unterschiede im Grad der Formalisierung hinsichtlich auch kurzfristiger Gleichgewichte und teilweise der Politikineffektivitätsthese teilt, kommen sie sicher auch wegen des mikroökonomischen Schwerpunktes nicht erkennbar vor. Gleiches gilt für das Neue Konsensmodell bzw. die Neue neoklassische Synthese mit unterschiedlichen DSGE-Modellen.

Die Verhaltensökonomie und ihre wesentlichen Ansätze wie kognitive Verhaltensanomalien, die *Prospect*-Theorie, Heuristiken, *Framing*, Herdenverhalten usw. werden in dem LB zusammenfassend erwähnt und es wird ihr sogar ein – wenngleich nicht zum Kernbestand gezähltes – eigenes Kapitel gewidmet. Die Ergebnisse bleiben aber völlig folgenlos für die sonstigen Ausführungen, sie werden zum Teil relativiert und (ihre Relevanz) infrage gestellt und es wird an *Overconfidence* bezüglich des Expertenwissens des Lehrbuchökonomen bzw. der Lehrbuchökonomin festgehalten. Die Neuroökonomie (Neuromarketing, Einsatz der Magnetresonanztomographie) hat (noch) keinen Eingang in das LB gefunden.

Auch einige Grundbeispiele der Komplexitätsökonomie, die im LB nicht vorkommt, mit vielfältigen Beziehungsgefügen ohne eindeutige Gleichgewichte und einer Vielfalt von Verhaltensmöglichkeiten und irreversiblen Eigendynamiken sowie nichtlinearer, zirkulärer Kausalität hätten zu einem die Vielfältigkeit realer Wirtschaftsabläufe widerspiegelnden Gesamtbild beitragen können. Die Perspektive des in den LB völlig ausgeklammerten kritischen (Alt-)Institutionalismus (vgl. Adkisson 2010) mit (zeitweise konservativ-nachhinkenden) Institutionen, Habitus, Statuskonsum, Emulation, kumulativer Verursachung, sozialen Minima und Kapital und Arbeit auf Augenhöhe, dem Veblen-, Snob-, Bandwagon-Effekt usw. hätte auch einen pluralen Kontrapunkt zur völlig unkritischen Bejahung der ‚Konkurrenzwirtschaft‘ unter Ausblendung jeglicher Schattenseiten in den LB bieten können.

Zwar werden einige Aspekte der Neuen Institutionenökonomie (Zuweisung von Handlungs- und Verfügungsrechten, Transaktionskosten, *hold-ups*, horizontale/vertikale Integration, adverse Selektion usw.) in den hinteren, nicht zum Pflichtkanon zählenden Teilen angerissen, aber aus der Sicht einer möglichst unbehinderten Privatwirtschaft vorgestellt und z. B. keine denkbaren Folgerungen hinsichtlich eines evtl. sinnvollen Regulierungsbedarfs z. B. bei Vorliegen von Pfadabhängigkeiten angedeutet.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich für die Informationsökonomie. Kosten der Informationsbeschaffung, *Screening*, *Signaling* usw. werden erwähnt, aber Folgerungen aus Marktunsicherheit wegen asymmetrischer und unvollständiger Informationen und ungleicher Informationsverteilung und eventuell wirtschaftspolitische Implikationen für das Konkurrenzmodell (Stiglitz: Hinfälligkeit der Wohlfahrtsannahmen) werden nicht gezogen.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Die (deutsche) Ordnungsökonomie mit ihrem Leitbild der vollkommenen Konkurrenz als aktiv politisch zu sichernder, gesetzter Ordnung, da sich die Marktwirtschaft durch Konzentrationsprozesse selber abschaffen kann, und die konsequente Durchsetzung des Haftungsprinzips aus Gründen der Rechtmäßigkeit, Fairness und Machtkontrolle spielen in diesen rein amerikanischen LB mit ihrer eindeutig neoliberalen Ausrichtung überhaupt keine Rolle.

Aufgrund des formalistischen Methoden- und Modellideals bildet auch der österreichische Ansatz eine Lücke in den LB. Privateigentumsrechte, Entrepreneurship, Aggregataversion, die Anmaßung von Wissen, der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren passen an sich bestens in das liberal-konservative Weltbild der LB, aber z. B. der österreichische Subjektivismus und die vertretene dynamische Markttheorie mit unvorhersehbaren und nicht zu formalisierenden Innovationsvorgängen stehen quer zur methodischen Anlage des LB, dem daher die Chance entgeht, die tatsächlichen Vorteile marktwirtschaftlicher Prozesse zu erhellen. Stattdessen müssen z. B. arbiträre Kostenkurven unterstellt werden, um statische Wohlfahrtstheoreme ableiten zu können.

Der Postkeynesianismus (vgl. Dequech 2012) gehört zwar von Hause aus zur Makroökonomie, aber das LB bescheidet sich nicht mit mikroökonomischen Fragestellungen. Die von dieser Denkschule in den Mittelpunkt gestellten Aspekte wie Unsicherheit, Nichtergodizität, historische Zeit, Marktinstabilitäten, *mark-ups*, endogenes Geld, *Animal Spirits*, aktive Fiskal- und Verteilungspolitik sind eindeutig der Heterodoxie zuzuordnen und kommen in diesem neoliberal-konservativen LB überhaupt nicht vor. Ihr Einbezug hätte definitiv zu einem pluraleren Gesamtbild des Wirtschaftsablaufs beigetragen.

Völlig fern liegt dem LB auch die ausgeblendete Sozioökonomie (vgl. Hedtke 2015) mit ihrer Betonung einer sozialökonomischen Rationalität (starke Reziprozität), einer Tugendethik, Sozialkapital, Kooperation und sozialer Kohäsion als Eigenwerten und wesentlichen ‚Produktionsfaktoren‘ und der Berücksichtigung der *caring and sharing economy*. Überhaupt keine Berücksichtigung erfährt auch die politökonomisch ausgerichtete Regulationstheorie und ihre Aussagen zu (post)fordistischen Akkumulationsregimes bzw. integrierenden Regulationsmodi, ideologischen Denkformen usw. Gleiches gilt für den Marxismus bzw. für die *Radicals*. Die Existenz von Macht und Ausbeutung, Eigentumsverhältnisse, Interessengegensätze und soziale Konflikte, kulturelle Hegemonie und Fragen der Wirtschaftsdemokratie tauchen im LB nicht auf. Die früher nicht nur in Deutschland vertretene Historische Schule und ihre Überlegungen zu Wirtschaftsstilen und -systemen und Konzeptionen von Märkten als sozialrechtliche Institutionen, die Berechtigung und der Wert hermeneutischen Verstehens usw. bleiben auch außen vor.

Der Neoricardianismus (Sraffa-System, Surplusansatz, Verteilung als unabhängige Variable) ist zwar primär in der Makroökonomie zu verorten, aber ein einfaches Sraffa-System stellt schon eine erwähnenswerte Alternative zur sehr annahmeintensiven Produktions-, Kosten- und Verteilungstheorie der Neoklassik und des Mainstreams dar. Die Ausklammerung v. a. der Kapitalkontroverse entspricht nicht dem Erfordernis transparenter Wissenschaft.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Abschließend ist festzustellen, dass die Grundlagen ökologischer Ökonomik (Entropie und Thermodynamik, absolute biosphärische Grenzen, Postwachstum, Suffizienz, ökologischer Fußabdruck usw.) neben wenigen, zum Teil auch verharmlosenden Ausführungen ohne aktuelle Bezüge gegen Ende der LB nur sehr stiefmütterliche Beachtung finden. Sie nehmen sich der ökologischen Überlebensfrage nicht im Mindesten an. Der Feminismus (Genderfrage, soziale Zuschreibungen, Diskriminierung, männliches Dominanzverhalten, Hausarbeit usw.) ist kein Thema des LB. Varian sticht nur damit hervor, meistens die weibliche Form zu benutzen, was aber inhaltlich folgenlos bleibt.

Als Endergebnis lässt sich festhalten: Neben vier wenig und zum Teil tendenziös einbezogenen werden 18 Denkschulen völlig ausgeklammert. Hierbei sind noch nicht einmal eher im Bereich der BWL angesiedelte, alternative Unternehmenstheorien usw. eingerechnet. Bumas schließt seine Beurteilung der vorherrschenden LB mit einem Zitat des Nobelpreisträgers Herbert Simon:

„I think the textbooks are a scandal. I think to expose young impressionable minds to this scholastic exercise as though it said something about the real world, is a scandal [...] I don't know any other science that purports to be talking about real world phenomena, where statements are regularly made that are blatantly contrary to fact“ (Simon 1986, S. 23).

Aber sie vermitteln ein bestimmtes Weltbild, das bestimmten Interessen dient und dementsprechend gefördert wird. Nancy MacLean belegt für die Virginia-Schule (*Public-Choice-Ansatz*) und in ihrem Umfeld angesiedelte Think-Tanks und Stiftungen detailliert, wie massiv die v. a. auch finanzielle Unterstützung dieser Richtung durch marktliberal-rechte Großunternehmen seit ihren Anfängen erfolgt (vgl. MacLean 2017). Gordon Lafer belegt die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Einflussnahme von *Big Business* auf den politischen Entscheidungsprozess in den USA und zur dahinterstehenden *corporate political agenda* (vgl. Lafer 2017), die weitgehend mit der (impliziten) wirtschaftspolitischen Ausrichtung der hier behandelten LB übereinstimmt (für Deutschland vgl. Ötsch et al. 2018). Schließlich werden auch die LB selber von internationalen, privatwirtschaftlichen Mediengiganten aufgelegt und in der Person Varians ist ein sicher hochdotierter Mitarbeiter Googles der Verfasser des am weitesten verbreiteten LB.

## 5 Oliver Blanchards und Gerhard Illings *Makroökonomie*

Das im Folgenden mit BI abgekürzte Lehrbuch von Blanchard und Illing (2017, vgl. auch das Übungsbuch von Hagen et al. 2018) erhebt den Anspruch, deutsche modelltheoretische Tiefe und komplexe Zusammenhänge mit angelsächsischer Lockerheit zu verbinden und einen kohärenten Ansatz der Makroökonomie mit engem Bezug zu aktuellen makroökonomischen Fragestellungen zu bieten. Die Neuauflage soll auch ein „fundamentales Umdenken“ (BI, S. 18) angesichts der Finanzkrise signalisieren, vor deren Eintritt Blanchard eine sehr optimistische Einschätzung zur Konvergenz und Leistungsfähigkeit der Makroökonomie und der Stabilität der Realökonomie (*great moderation*) hatte (vgl. Blanchard 2000).

Beim Vergleich mit nicht von Illing mitverfassten LB lässt sich festhalten, dass das hier untersuchte LB hinsichtlich der Theoriebausteine völlig auf Blanchards Linie liegt; so ist z. B. auch die englische Version von Blanchard, Amighini und Giavazzi (Blanchard et al. 2017) praktisch identisch mit der deutschen Ausgabe. Insofern sind neben den mikroökonomischen auch die in Deutschland vorherrschenden makroökonomischen LB wie die Mankiws wesentlich amerikanisch geprägt, da Blanchard am MIT promovierte und lehrte. Im September 2008, wenige Tage vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, avancierte er zum Chefökonom des IWF. In dieser Rolle befürwortete er z. B. nachdrücklich das ‚Konsolidierungsprogramm‘ der Troika für Griechenland (vgl. Blanchard 2012).

Das LB liegt bei Veranstaltungen zu *Einführungen in die Makroökonomie/VWL* und *Makroökonomie I* an deutschen Universitäten sehr deutlich an der Spitze (vgl. Rebhan 2017, S. 93). Die hier untersuchte, siebte Auflage überrascht positiv durch eine geringere Seitenzahl als die sperrigeren Vorgängerversionen. Aber sie enthält jetzt einen Zugangscode für MyLab, was die Möglichkeit eröffnet, Studierende in Zukunft praktisch zum Kauf des LB zu zwingen und zukünftig die Preise auf das Niveau in den USA anzuheben (zur Erklärung vgl. Peukert 2018a, S. 57-59).

### 5.1 *New Consensus Macroeconomics*: Neuer Wein in alten Schläuchen?

In Kapitel 1 erfolgt eine ‚Reise um die Welt‘ vermittelt makroökonomischer Daten zur Weckung des Interesses der Studierenden und als Überblick über typische makroökonomische Fragestellungen. Eine vorgängige Definition der ‚Makroökonomie‘ helfe nicht weiter (vgl. BI, S. 26). Meinungsstarke Regeln wie gleich zu Anfang des LB von Mankiw (vgl. Mankiw/Taylor 2016, Kapitel 1) fehlen. Stattdessen werden drei Datenblöcke zu Produktion und Wachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation in den Mittelpunkt gestellt.

Hiermit wird allerdings eine indirekte Definition des Gegenstandsbereichs vorgenommen, da Daten zur Umwelt(qualität), zur Verteilung, zur Lebenserwartung und zu Bildungsstandards usw. wie z. B. bei Goodwin et al. (vgl. Goodwin et al. 2014b, Kapitel 0) und Dullien et al. (vgl. Dullien et al. 2018, Kapitel 0) nicht angeführt werden. Wie in anderen LB wird Wachstum nicht allgemein

in Form einer exponentiellen Kurve veranschaulicht, was wohl die Fragwürdigkeit eines sich unbegrenzt fortsetzenden Exponentialprozesses vor Augen führen würde.

Bereits auf den ersten Seiten wird deutlich, welche Schulrichtungen bei Blanchard und Illing auch im weiteren Verlauf ausgeklammert werden: der Postkeynesianismus, der Kritische (Alt-)Institutionalismus, die Sozioökonomie, die Regulationstheorie, die Historische Schule, der Neoricardianismus, die Ökologische Ökonomik, der Feminismus, der Ordoliberalismus und der Österreichische Ansatz. Von den beiden letztgenannten Denkschulen abgesehen eint die ausgeklammerten Richtungen, dass sie nicht marktaffin sind, d. h. Allgemeinaussagen zur segensreichen unsichtbaren Hand des Marktes skeptisch gegenüberstehen.

Auch gibt es kaum Ausflüge in die an der Grenze des Mainstreams beheimateten Neuen Institutionen- und Verhaltensökonomie, ausgespart werden zudem die Informations- und Komplexitätsökonomie und z. B. Walrasianische Ungleichgewichtsansätze. Diese Ausklammerungen führen z. B. zum Problem der Plausibilisierung der Bedeutung von Erwartungen als eigenständigem Einflussfaktor. Radikale Unsicherheit kommt nicht vor, da mechanische Modelle den Kern des LB bilden, sodass idiosynkratische Erwartungen und Überraschungen ausgeschlossen sind.

Das LB enthält sich einer konsequenten Mikrofundierung. Dies mag ein Vorteil sein und *fallacies of composition* verhindern, andererseits beruhen viele Ergebnisse neuerer Theorieansätze, die sie im LB in die mittlere und lange Frist einbauen, auf mikroökonomischen Annahmen, ohne die die erzielten Ergebnisse und Folgerungen recht beliebig wirken (aus Raumgründen kann dies hier nicht im Einzelnen nachgewiesen werden). Da auch wenige Aussagen über die realökonomischen konkurrenzwirtschaftlichen Strukturen im LB zu finden sind, kann das Gefühl aufkommen, man befinde sich in hängenden Gärten.

Nach Meinung der Verfasser gebe es – trotz der Außenansicht sich befehlender Vertreter\_innen des Monetarismus, der neuklassischen Makroökonomie, der Angebotsökonomie usw. – einen harten Kern der modernen Makroökonomie (vgl. BI, S. 75). Der Epilog vertieft diese Ansicht in Kapitel 24. Auf durchaus elegant geschriebenen 12 Seiten wird die Entwicklung der Makroökonomie seit Keynes nachgezeichnet und als beweglicher Entwicklungsprozess in Reaktion auf theorieexterne wirtschaftshistorische Ereignisse (z. B. Stagflation) und theorieinterne Entdeckungen und Kritiken innerhalb und zwischen verschiedenen Denkschulen und immer wieder erfolgreicher, Schulen übergreifender Synthesen konzipiert, was als Erkenntnisfortschritt der Disziplin angesehen wird.

Die, wie sich noch zeigen wird, problematischen Bewertungen der Autoren sind eindeutig: Das IS-LM-Modell bilde ein gutes Fundament und die Debatte Keynesianer\_innen vs. Monetarist\_innen habe gezeigt, dass nicht wie laut Keynes primär die Fiskal-, sondern auch die Geldpolitik eindeutig Wirkungen zeitige und oft vorzuziehen sei, worüber die Profession einen zwischenzeitlichen Konsens erreicht habe.

Hinsichtlich der Phillips-Kurve hätten Friedman und Phelps recht behalten (vgl. BI, S. 723). Die Kritik der rationalen Erwartungen (u. a. die Lucas-Kritik) wird als Fortschritt und Ergebnis „sorg-

fältiger Überprüfung“ gewertet, „keynesianische Modelle [waren] nicht länger für wirtschaftspolitische Empfehlungen brauchbar [...] und die Theorie der [gemeinwohlorientierten] Politik musste mit Hilfe spieltheoretischer Werkzeuge neu geschrieben werden“ (BI, S. 726). Auf diesem aktuellen Erkenntnisstand will das LB aufbauen, was Ergänzungen der Neuklassik, des Neokeynesianismus und der Neuen Wachstumstheorie einschließt.

Der Versuch, eine aktuelle, neue Theoriesynthese anstelle der Hervorhebung unterschiedlicher, pluraler, sich durchaus widersprechender Ansichten vorzuführen, dürfte die Studierenden verwirren. Am Beispiel der Phillips-Kurve: Zunächst besteht ein *Trade-off* zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, dann wird mit Friedman für die lange Frist eine vertikale Phillips-Kurve angenommen. Als nächstes lesen die Studierenden, der Monetarismus nähme an, monetäre Impulse könnten nie den Wachstumspfad stören. Gemäß Neuklassik gilt die vertikale Phillips-Kurve bei rationalen Erwartungen dann doch auch in der kurzen Frist, durch Überraschungseffekte gelte in der kurzen Frist aber trotzdem die nichtvertikale Version.

Die Neukeynesianer\_innen meinen wiederum unter Rekurs auf von ihnen durchaus für sinnvoll erachtete Preisrigiditäten, dass die nichtvertikale Phillips-Kurve in der kurzen Frist auch ohne Überraschungseffekte gilt, was schließlich alles wieder durch allerlei Erwartungseffekte modifiziert werden könne und von der ebenfalls im LB präsentierten Angebotsökonomie Nachfragestimulierung sowieso für einen grundsätzlich falschen Weg gehalten wird.

Auch der *Real-Business-Cycle*-Ansatz (RBC), so die LB-Verfasser, sei zwar einseitig, aber dennoch nützlich, da er darauf aufmerksam mache, „dass nicht alle Schwankungen als Abweichungen der Produktion von ihrem Gleichgewicht zu verstehen sind“ (BI, S. 728). Aktuelle DSGE-Modelle (zu ihren Grundlagen und Implikationen in der praktischen Anwendung durch Zentralbanken vgl. Arestis/Sawyer 2002) zeugen von der neuen Synthese zwischen RBC und neukeynesianischen Ansätzen (zur ambivalenten bis ablehnenden Haltung gegenüber dem Neukeynesianismus von postkeynesianischer Seite vgl. Hein et al. 2003).

Blanchard bekennt sich auch nach der Finanzkrise weiterhin zu diesen Modellen, neben dem akzeptierten Kern des Walrasianischen intertemporalen Gleichgewichts mahnt er nur gewisse Ergänzungen an (vgl. Blanchard 2008). Da die präzise Vermittlung dieses Ansatzes für ein Einführungs-LB wohl für zu kompliziert gehalten wird, muten viele auch wirtschaftspolitische Konklusionen recht ad hoc an.

Auf jeden Fall versteht sich das LB als Ausdruck dieses beweglichen, sich ergänzenden und in LB momentan gängigen (und amerikanisch geprägten) Mainstreams, der sich als *New Consensus Macroeconomics* zusammenfassen lässt. Neben ihm gibt es laut der Darstellung der Verfasser keine relevanten abweichenden Denkschulen (zur Mitverantwortung dieses neuen Konsenses an der Finanzkrise vgl. die Beiträge in Brancaccio/Fontana 2011).

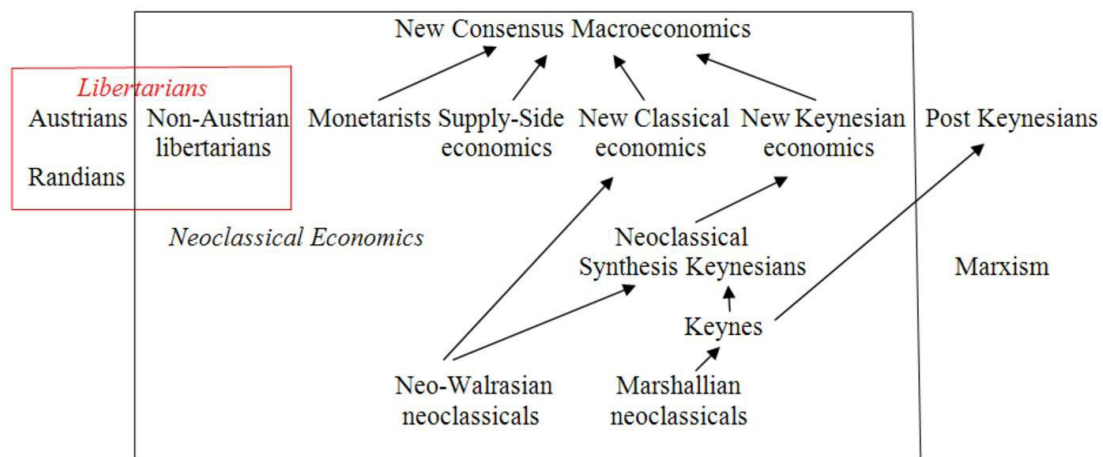
Es deutete sich schon an, dass diese neue Synthese eine eklektische, bunte Mischung von Ansätzen ist, die hinsichtlich Annahmen und wirtschaftspolitischen Folgerungen oft nicht kompatibel sind, aber dank der entschärfenden Anordnung auf einer Zeitachse irritierend als Weiterent-

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

wicklungen präsentiert werden (vgl. Nadler 1996, der neben der Herausarbeitung dieses Sachverhalts auch eine didaktisch ansprechende, mikroökonomisch fundierte, sachlogisch aufeinander aufbauende und dennoch plurale Makroökonomie vorstellt).

**Abbildung 7: Die New Consensus Macroeconomics**



Quelle: Ruccio 2018, S. 5

Brancaccio und Saraceno bieten trotz einiger Wandlungen und Widersprüche einen hervorragenden Überblick über Blanchards Verankerung im Mainstream. Sie rechnen ihn der imperfektionistischen Neoklassik zu.

„According to this line of research, while in the best of all possible worlds the spontaneous movement of market prices would bring the economy towards a neoclassical competitive general equilibrium, actual markets are inhibited from fulfilling this task by the presence of ‘frictions’, ‘rigidities’, ‘asymmetric information’ or ‘incorrect expectations’ concerning future movements of prices“ (Brancaccio/Saraceno 2017, S. 356).

Das LB ist bar jeglicher wissenschaftstheoretischer Fundierung, abgesehen von der impliziten Annahme eines objektiv-neutralen Positivismus (vgl. Cohn 2007, Kapitel 1; Aslanbeigui/Naples 1996). So bleibt unberücksichtigt, dass Neuklassiker\_innen wie Lucas ein völlig anderes epistemologisches Verständnis von Modellen als bewusst ‚imaginäre Konstruktionen‘ haben als vorherige und spätere Denkschulen (vgl. Vroey 2016, Kapitel 10; zu weiteren, auch methodischen Unterschieden zu Keynes vgl. v. a. das Schaubild auf S. 187). An die Autoren des LB ist die Frage zu stellen, ob man auf diese unterschiedlichen epistemologischen Ansichten nicht hinweisen müsste und sie diese nicht bei ihren häufigen wirtschaftspolitischen (Kurz-)Schlüssen im Sinne einer *fallacy of misplaced concreteness* unzulässigerweise außer Acht lassen:

„A standard DSGE macroeconomist produces models and has little to say about real-world policy issues, except voicing general principles. For her, being mute on concrete issues is more

honest than expressing her prejudices [... Lucas'] view is that equilibrium ought to be understood as a characteristic of the way in which economists look at reality rather than as a characteristic of reality" (Vroey 2016, S. 306 und 185 mit Zitatbelegen).

## 5.2 Wachstum über alles

Kapitel 1 des LB von Blanchard und Illing dominiert die Frage: „Wird die Wirtschaft [nach der Finanzkrise] wieder auf den alten Pfad zurückkehren?“ (BI, S. 28). Die Wachstumsraten Chinas werden angeführt und mangelnde Eigentumsrechte und Korruption bemängelt, aber z. B. kein sozialer Ausgleich angemahnt (vgl. BI, S. 30). Es ist dem LB hoch anzurechnen, dass es mit vielen Daten, Ereignissen und Fakten auf jeweils aktuellem Stand und meist unter Angabe der Quellen aufwartet. Auch wird gleich zu Beginn auf die große Finanzkrise seit 2007 und deutlich zusammenhängender als bei Mankiw auf sie auslösende Wirkungsketten hingewiesen und sehr zentral die europäische Entwicklung einbezogen. Einige Absätze thematisieren sogar die Frage, ob es in der Eurokrise richtig war, Ausgabensenkungen und steigende Steuern v. a. in den südeuropäischen Ländern zum Defizitabbau einzusetzen, da hierdurch weitere Nachfragerückgänge erfolgten und ein Teufelskreis bzw. eine Abwärtsspirale entstand, ein Argument, das auf Seite 40 unten mithilfe positiver Erwartungen dann allerdings wieder weitgehend zurückgenommen wird.

Als motivierender, lebhafter Einstieg sind sicher auch die makroökonomischen Herausforderungen gut gewählt (vgl. BI, S. 34-42). Anzuerkennen ist der Hinweis auf unterschiedliche Meinungen zu Sinn, Zweck und Wirksamkeit z. B. von fiskalpolitischen Maßnahmen in Reaktion auf die Finanzkrise, wodurch eine gewisse plural-diskursive Perspektive aufscheint. Auch die Schwierigkeiten einer einheitlichen Geldpolitik im Euroraum und einer eventuell notwendigen koordinierten Fiskalpolitik werden angesprochen. Angesichts der Grenzen konventioneller Zinspolitik (Nullzinsgrenze) ging nicht nur die EZB zu unkonventionellen Maßnahmen über (vgl. BI, S. 34). Das LB weist in wirtschaftspolitischer Hinsicht die Eigenschaft auf, die eingeschlagenen Entscheidungen vonseiten der Politik und v. a. der Notenbanken (vgl. auch BI, S. 134 und S. 188-189) ohne Einschränkungen und ohne Anzeigen denkbarer, aber unterlassener Maßnahmen zu befürworten.

Der Text enthält v. a. in den Kapiteln 4, 6 und 23 die Kernaussage, dass die EZB am Ende ihres möglichen geldpolitischen Lateins gewesen sei und daher nur die vorgenommenen unkonventionellen Maßnahmen durchführen konnte. Es wird nicht erwähnt, dass in einigen Fällen (z. B. Griechenland und Zypern) Kapitalverkehrskontrollen die massive Kapitalflucht v. a. der Oberschicht hätte aufhalten können, dass über Helikoptergeld (Geldgeschenke an alle Bürger\_innen zur Hebung des Konsums anstelle von *Quantitative Easing*, kurz QE) durchaus und womöglich ohne Verletzung des Vertrages über die Arbeitsweise der europäischen Union (AEUV) die Gesamtnachfrage gestärkt werden könnte und durch Ankauf eines erheblichen Anteils der über 60 Prozent des BIP liegenden Staatsanleihen durch die EZB in Windeseile eine Entschuldung möglich gewesen wäre (*zero coupon perpetual bonds*). Solche diskutierten Maßnahmen bleiben im



LB unerwähnt (vgl. Peukert 2017, u. a. mit der Diskussion zur Verhinderung dann zu erwartenden *moral hazards* z. B. durch eine strikte Staateninsolvenzverordnung).

Auch die Möglichkeit einer Direktfinanzierung der Staaten durch die Notenbank ohne Rückzahlungsverpflichtung, wie es die *Modern Money Theory* vorschlägt (vgl. Wray 2015 und auf Europa bezogen Ehnts 2016), der gemäß es eigentlich keine Budgetrestriktion des Staates gibt, bleibt unerwähnt. Dies weist auf die Tatsache hin, dass basale institutionelle Regelungen – hier des Euroraumes – auch anders ausfallen könnten und nicht, wie implizit im LB vorausgesetzt, selbstverständlich und alternativlos sind. Das Finanzierungsverbot der Staaten durch die EZB und ihre Rolle als *lender of last resort*, die sie dann über Umwege (OMT, QE, Vollzuteilung, Null- und Negativzinspolitik usw.) doch einnahm, deutet die Gestaltungsspielräume an, die auch im Text mit positivem Unterton zur Sprache kommen. Die Ausführungen des LB halten sich aber strikt an den Rahmen der tatsächlich erfolgten Maßnahmen, sie orientieren sich nicht am reichhaltigen Set der diskutierten denkbaren Alternativen. Nur die Überwindung der Nullzinsschranke wird in Erwägung gezogen.

Bei der Frage, was die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum sind (vgl. BI, S. 39-41), wird zwar plural auf Meinungsverschiedenheiten hingewiesen, dann werden aber doch klar die Rigiditäten auf vielen europäischen Arbeitsmärkten verantwortlich gemacht und nicht z. B. die von der Troika erzwungenen staatlichen Ausgabenkürzungen, die angesichts der auch vom IWF deutlich unterschätzten negativen Fiskalmultiplikatoren voll durchschlugen (vgl. die diesbezügliche Selbstkritik bei Blanchard/Leigh 2013). Auch die Konstruktion der EZB, die sie nicht als *lender of last resort* vorsah, könnte als in der Krise maßgeblicher Instabilitätsfaktor mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die europäischen Arbeitsmärkte hervorgehoben werden.

Aber die Autoren betonen auch im weiteren Verlauf, das „hohe Niveau der Arbeitslosenunterstützung, hohe Mindestlöhne und ein zu stark ausgeprägter Arbeitnehmerschutz, führen dazu, dass für Arbeitslose kaum Anreize bestehen, sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen“ (BI, S. 40), was als ein sehr verbreitetes Phänomen von ihnen auch als Eurosklerose bezeichnet wird. Diese Situationsbeschreibung karikiert eigentlich unverschämt die Lage vieler arbeitswilliger Menschen in den Krisenländern, da es mangels Nachfrage (vgl. Koo 2015) selbst trotz 50-prozentiger Lohnkürzungen und weitgehender Schleifung der Arbeitnehmerrechte häufig keine Arbeitsplätze gab und gibt. Die Hartzreformen werden auf dieser Linie mit den Worten kommentiert: „In den letzten Jahren haben diese Maßnahmen in Deutschland erfolgreich dazu beigetragen, die Arbeitslosenquote zu senken“ (BI, S. 40).

Hier wird ein weiteres Kennzeichen des LB deutlich: Die Autoren vertreten hinsichtlich der Arbeitsmärkte von vornherein und ohne jegliche theoretische Einbettung einen rein angebotsorientierten Ansatz, ohne die Einwände von Keynes und die anschließenden Diskussionen einzufangen. Steigende Ungleichheit wird trotz Erwähnung der sinkenden Reallöhne in den USA im letzten Jahrzehnt nur dann als eventuelles Problem gesehen, wenn ein Rückgang des Produktivitätswachstums erfolge, aber „[k]ostspielige Verteilungskämpfe könnten die Wachstumskräfte



dagegen auch langfristig hemmen“ (BI, S. 42). Eingebettet in Daten und alle mögliche Herausforderungen breiten die Autoren an solchen Stellen auch recht unverblümt ihre eigenen Meinungen aus, die als Ergebnis der bisher noch überhaupt nicht angerissenen theoretischen Volkswirtschaftslehre ausgegeben werden.

Bei Angaben im Anhang zur Frage, wo man Daten findet, werden zwar u. a. Studien der OECD und die ‚Ökonomenstimme‘ sowie der Blog der *Financial Times* aufgeführt, nicht jedoch z. B. Veröffentlichungen der Böckler-Stiftung, des IMK oder der Blog *Makronom*. Das Weltbild und geistige Koordinatensystem des LB treten somit bereits im ersten Kapitel deutlich hervor.

Kapitel 2 wendet sich dem BIP und seiner Berechnung zu. Es gilt den Autoren als äußerst leistungsfähiges und verlässliches Maß für die Produktionsmessung, eigne sich aber nur bedingt zur Ermittlung des Wohlbefindens, was dann gegen Ende des Kapitels doch wieder eingeschränkt wird, denn es liefere doch wichtige Anhaltspunkte für die Lebensqualität (vgl. BI, S. 57-58). Die Verfasser sprechen nicht die Glücksforschung an, sondern erwähnen die geringeren Arbeitszeiten in Europa und führen dies – gut neuklassisch – auf freiwillige individuelle Entscheidungen und nicht auf institutionelle Regelungen zurück (Urlaubsgesetze usw.). Sie folgen hiermit dem neuen mikro- und makroökonomischen Konsensus. Ein beträchtlicher Teil sei in Europa allerdings unfreiwillig arbeitslos, „insofern spiegelt das niedrigere BIP pro Kopf nur die Ineffizienz eines überregulierten Arbeitsmarktes wider“ (BI, S. 57)! Diese Aussage wird weder mit Fachliteratur noch mit institutionellen Fakten untermauert.

Solche Meinungsbekundungen werden zwischen Ausführungen zu nominalem und realem BIP, der Berechnung der Inflationsrate usw. eingeflochten. Bei der Beurteilung der Frage, ob moderate Inflation oder Deflation gut oder schlecht sei, wird selbst eine niedrige Deflation negativ beurteilt (geringer Spielraum der Geldpolitik) und einer ‚stabilen Inflation‘, womöglich zwischen 1-4 Prozent, das Wort geredet (vgl. BI, S. 66). Die Begründung erfolge später (vgl. BI, S. 183 und S. 292-293). Eventuelle Vorteile einer Deflation oder historische Berechnungen zum Zusammenhang von Deflation, Inflation und Wachstum finden sich, z. B. anhand der Keynesischen Bananenparabel, im gesamten LB nicht, von kursorischen Bemerkungen einmal abgesehen (vgl. BI, S. 183, 264 und 274). Arbeitslosigkeit sinke gemäß dem Okunschen Gesetz bei hohem Wirtschaftswachstum und – wenngleich weniger eindeutig – die Inflation steige bei niedriger Arbeitslosigkeit.

Hohes Wachstum ist demnach wichtig, aber eine zu niedrige Arbeitslosigkeit ist nicht wirklich wünschenswert, denn „[i]st niedrige Arbeitslosigkeit überhaupt vereinbar mit niedriger und stabiler Inflation?“ (BI, S. 71). Die Leitfrage könnte natürlich auch lauten: Wie ist Vollbeschäftigung zu gewährleisten, ohne Inflation hervorzurufen? Gemäß eines keynesianischen *Functional-finance*-Ansatzes könnte dies z. B. durch dämpfende staatliche Maßnahmen erfolgen (z. B. über höhere Besteuerung von Unternehmen oder Branchen, in denen es zu überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen kommt, vgl. klassisch Lerner 1951). Eine andere Variante könnte in der Schaffung eines öffentlichen Arbeitsangebotssektors zum (anzuhebenden) Mindestlohn bestehen,

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

der allen Arbeitslosen eine Beschäftigungsgarantie bietet, ohne dass dies zu Inflation führen müsste, da dieses Auffangbecken für Arbeitslose nur den Mindestlohn vorsieht.

Aus der Perspektive möglicher Alternativen stellen die Ansätze zur NAIRU und natürlichen Arbeitslosigkeit eine auch von marktliberal-konservativen Ideolog\_innen und Wohlhabenderen unterstützte Politstrategie dar, um die Politik von der Verantwortlichkeit für Vollbeschäftigung zu befreien, wobei die Stagflation der 1970er-Jahre als der schon länger angestrebte Einsatzpunkt zur Schubumkehr diene (vgl. die sehr gelungene, vertiefte Beschreibung und ökonomische Analyse der Arbeitsbeschaffung durch den öffentlichen Sektor bei Mitchell/Muysken 2008, die auch von einem kritischen Blickwinkel aus die Diskussionen zur NAIRU und natürlichen Arbeitslosigkeit rekapitulieren).

Nicht nur in diesem LB wird das Ziel, die Inflationsrate nahe bei zwei Prozent zu halten, als selbstverständlich angesehen. Es wird nicht gefragt, warum es nicht ein ebenso klar formuliertes Ziel einer nahe bei zwei Prozent liegenden Arbeitslosenquote gibt, immerhin war dies das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik bis in die 1970er-Jahre, bis die Erinnerungen an die Folgen der Großen Depression und die als Konsequenz aus ihr entwickelten Leitbilder gemischter oder sozialer Marktwirtschaften verblassten und seit 1989 die Systemkonkurrenz zum real existierenden Sozialismus entfällt.

In den dann und heute vorherrschenden LB dient Arbeitslosigkeit nicht als Achillesferse der Marktwirtschaft, sondern als Mittel zur Erreichung von Preisstabilität, ein Recht auf Arbeit als bürgerlich-ziviles Grundrecht ist nicht vorgesehen. Die mit Arbeitslosigkeit verbundenen Verluste an ‚Humankapital‘, psychische Belastungen, Auswirkungen auf das Familienleben und den sozialen Zusammenhalt, die Zunahme an Kriminalität, die steigende Ausgrenzung weniger leistungstarker Menschen, medizinische Folgekosten usw. werden weitgehend ausgeblendet.

Im Folgenden ist das Buch in drei Teile hinsichtlich der kurzen, mittleren und langen Frist gegliedert. Bei der kurzen Frist (einige Jahre) geht es um Veränderungen der Produktion in Reaktion auf Änderungen der Güternachfrage, die z. B. von unterschiedlichen Zinsen und Steuersätzen abhängt. Bei der mittleren Frist (eine Dekade) komme es auf die Angebotsseite an: Wieviel kann die Wirtschaft überhaupt produzieren, abhängig u. a. vom technischen Wissen, vom Kapitalbestand usw.?

Bei der langen Frist („über mehr als 50 Jahre hinweg“ (Bl, S. 74)) geht es um das Bildungssystem, die Innovationsfähigkeit, Sparquoten usw. Vor allem die Abgrenzung der mittleren und der langen Frist wirken nicht überzeugend, warum werden etwa das Bildungssystem oder die Sparquote nicht der mittleren Frist zugerechnet? Die lange Frist dient wohl dazu, dass sich bei ihr die unterstellten, natürlichen Tendenzen der selbstregulierenden Märkte durchsetzen (können).

Es ist kein Geheimnis, dass die Einteilung in verschieden lange Fristen grundsätzliche Probleme mit sich bringt. Langfristiges

„equilibrium captures one aspect of time, namely duration - it takes time for the effects of decisions to be realized. Unfortunately, it cannot come to grips with another of its dimensions, namely that the passage of time is accompanied by incessant irreversible changes, large or small [...] They face an impossible dilemma as they need to find a compromise between two opposite criteria: on the one hand, the period of analysis must be long enough to allow adjustment processes to take place, on the other hand, the longer it is, the more contrived the assumption that only reversible shocks can be considered [...] A last problem is that the speed of the adjustment process is a 'free parameter'; assigning a value to it is a decision left to the economist. If the latter is eager to argue that the economy evolves in disequilibrium, she just has to assign the speed of adjustment a low value, the opposite being true if she likes the idea of a quick return to equilibrium“ (Vroey 2016, S. 183).

So ist einer gewissen Beliebigkeit Tor und Tür geöffnet, was aber dem Bedürfnis, eine Konvergenz zwischen verschiedenen Denkschulen zu unterstellen, entgegenkommt.

Kapitel 3 stellt auf bekannte Weise das 45-Grad-Diagramm vor (das im hier ausgeklammerten Kapitel 15 durch Einbezug der Erwartungen seiner mechanischen Hydraulik entkleidet und realistischer werden soll). Es wird auf die Grenzen der Nachfragestimulierung hingewiesen: Sickerverluste durch Importe, Verzögerungen bei der Umsetzung staatlicher Projekte, die Rolle der später vertieften Erwartungen und potentielle Inflationsgefahren kommen zur Sprache.

Auch das Sparparadoxon (vgl. BI, S. 104) und Anpassungsverzögerungen werden erwähnt. Die Darstellung bei Dullien et al. ist hinsichtlich der Zu- und Abflüsse allerdings deutlich verständlicher (vgl. Dullien et al. 2018, Kapitel 9), zudem werden bei Blanchard und Illing die notwendigen Annahmen nicht spezifiziert (fixes Preis- und Zinsniveau, Nichteinbezug des Arbeitsmarktes, über den implizit dennoch notwendige Annahmen getroffen werden, usw.). Auch geht in dieser schematischen Darstellung die zentrale Botschaft von Keynes, nämlich die Existenz labiler, störungsanfälliger und wirtschaftspolitisch nicht tolerabler Gleichgewichte unterhalb der Vollbeschäftigung, verloren (vgl. Spahn 2016, Kapitel 2, insbesondere S. 66-67; Spahn zeigt, wie es zu Unterbeschäftigung trotz Lohnflexibilität kommen kann).

Ebenfalls fehlt ein In-Beziehung-setzen zu den zwei Eingangskapiteln, in denen die beim 45-Grad-Diagramm unerhebliche Zentralbankpolitik und der („eurosklerotische“) Arbeitsmarkt eine herausragende Rolle spielten. Cohn (2007, Kapitel 9) stellt eine fundierte, ergänzende, heterodoxe Sicht des Diagramms mit den Aspekten Unsicherheit, institutionelle Kontexte, sozialbestimmte Konsumquoten (Duesenberry), Rolle der Verteilung, des Sparens auch des Unternehmenssektors, Bedeutung der Sozialsysteme sowie saldenmechanische Überlegungen vor (vgl. Cohn 2007, Kapitel 9).

### 5.3 Mysterium Geld, zahme Finanzmärkte und eine Variante des IS-LM-Modells

Kapitel 4, etwas großspurig als *Finanzmärkte I* überschrieben, thematisiert das Geldangebot und die Geldnachfrage. Das Kapitel stellt einen unübersichtlichen Torso dar, der für Studierende völlig unverständlich bleiben muss. Dies liegt daran, dass man noch in der 6. Auflage (2014, Kapitel

4 und nach wie vor in der englischsprachigen Version, vgl. Blanchard et al. 2017, Kapitel 4) eine hinsichtlich der Kausalitätsrichtung falsche Darstellung der Geldschöpfung über den Geldschöpfungsmultiplikator bot, die selbst von den Notenbanken nicht mehr geteilt wird (vgl. Deutsche Bundesbank 2017, für die Bank of England vgl. McLeary et al. 2014). Ihre frühere Darlegung ignorierte die Geldschöpfung aus dem Nichts durch die Geschäftsbanken (vgl. umfassend Huber 2017), jetzt wird sie an einigen Stellen, auch in Reaktion auf Kritiken ihres LB auf einem Workshop, anerkannt (vgl. BI, S. 125).

Leider werden ihre früheren, regelrecht falschen Ausführungen neben eingeflickten Ergänzungen weitgehend beibehalten und man gewinnt den Eindruck, dass die Autoren den zweigliedrigen Geldkreislauf selbst nicht recht verstanden haben, da sie z. B. ausführen: „Wir erklärten, dass Banken (Spar-)Einlagen annehmen, um damit Kredite zu vergeben“ (BI, S. 185; mit Bezug auf dieses LB stellt Ehnts (2018) die Zusammenhänge gut verständlich richtig). Ein Grund, warum die Autoren sich anscheinend nur schwer vom Bild der Banken als Intermediären, die Spargelder hereinnehmen und dann ausschenken, verabschieden können, mag darin liegen, dass die Kreditgeldschöpfung der Banken die in allen Varianten des *New Macroeconomic Consensus* absolut zentrale Theoriefigur der optimierenden Haushalte hinsichtlich Arbeit, Konsum und Sparen in Frage stellt, da z.B. die Kreditvergabe der Banken unabhängig vom Sparverhalten der privaten Haushalte erfolgen kann. Es werden immer voneinander unabhängige Angebote und Nachfragen angenommen, die zu einem Gleichgewicht führen. Im Finanzbereich gibt es aber kein von der (Kredit-)Nachfrage unabhängiges Geldangebot und der Zinssatz für Privatkredite drückt kein Gleichgewicht im üblichen Sinne aus, da eine Mengenrationierung durch die Banken (Bonitätsanforderungen zur Vermeidung von *adverse selection*) vorliegt und nicht jeder Kredit zum vorherrschenden Zins bekommt.

Kapitel 5 geht auf einen wiederum zu den vorherigen Kapiteln unabhängigen, neuen makroökonomischen Kernbestandteil, das IS-LM-Modell, ein, das immer noch ein zentraler Theoriebaustein in der Volkswirtschaftslehre sei. Auf die jahrzehntelange Diskussion des Schemas hinsichtlich Verhaltensannahmen und Konsistenz, die sich nicht wie im LB als linearen, im wirtschaftspolitisch und wirtschaftshistorisch neutralen Raum erfolgenden Theoriefortschritt darstellen lässt (und die hier nicht im Einzelnen nachvollzogen werden kann), wird im LB nicht eingegangen (zu den verschiedenen Varianten vgl. Darity/Young 1995; Barends/Caspari 1994; Vroey/Hoover 2004; Young/Zilberfarb 2000; Dorman 2014a, S. 311-321; Vroey 2016, Kapitel 2; zur mikroökonomischen Fundierung und mit rationalen Erwartungen vgl. King 2000).

So lernen die Studierenden diese kontroversen Debatten nicht kennen, ebenso wenig die Voraussetzungen des Modells (ein fixes Preisniveau usw.) und die sich anschließende Frage, ob man von einem klassischen Bereich bei einer vertikalen LM-Kurve sprechen kann. Auch entgegen den Studierenden die unterschiedlichen Annahmen zur kurzen Frist und die Frage, ob es sich jeweils um reale oder nominale Größen handelt und ob ein fixer Kapitalstock vorausgesetzt wird. Auch wird nicht gefragt, was passieren würde, wenn unvollkommene Informationen und

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

z. B. naheliegende Überlegungen zu in historischer Zeit erfolgenden Anpassungspfaden angenommen werden.

Dass das Schema im LB überhaupt behandelt wird, ist angesichts seines didaktischen Wertes und der Darstellbarkeit aktueller wirtschaftspolitischer Diskussionen und wohl auch tatsächlicher ökonomischer Zusammenhänge trotz seines mechanisch-hydraulischen Charakters (daher John Robinsons Bezeichnung als Bastardkeynesianismus) allerdings zu begrüßen. Immerhin lag es als Gedankenfolie den durchgeführten geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen nach der Finanzkrise zugrunde. Laut Krugman hat es sich im Gegensatz zu komplizierten DSGE-Modellen hierbei bewährt (vgl. Krugman 2018).

Leider wird die Chance vertan, die Hintergründe und Interdependenzen verschiedener explizit und implizit behandelte Märkte zu erläutern. Hinsichtlich des Arbeitsmarktes ergibt sich die Frage, ob eine kurzfristige Bewegungsmöglichkeit entlang der IS-Kurve neben unterausgelasteten Produktionsanlagen nicht auch eine entsprechende Arbeitslosigkeit voraussetzt, deren unterschiedliche Höhe sich nicht auf die Reallöhne auszuwirken scheint, und konfligiert dies nicht mit den weiter unten getroffenen Annahmen bei der Phillips-Kurve (u. a. recht linear ansteigende Löhne)?

Auch eignete sich das Modell als kleine Übung für eine quasiwalrasianische Totalanalyse, die auch ansonsten im LB völlig fehlt (vgl. Heine/Herr 2013, S. 510-523 und Mitchell 2013 mit verständlichen Einführungen in das IS-LM-Modell, die diese Aspekte aufgreifen). Man könnte neben dem Herausarbeiten der Modellannahmen die Vorteile und Grenzen von Modellen und die Auswirkungen von Verhaltensannahmen anderer Denkschulen anhand dieses Modells diskutieren und alternative Kurvenverläufe in Abhängigkeit von institutionellen, konjunkturellen u. a. Rahmenbedingungen entwickeln.

Auch ein Vergleich des Modells mit Keynes' ursprünglicher Absicht, unfreiwillige Arbeitslosigkeit als systemisches Marktversagen und systematischen Fehler intertemporaler Koordination nachzuweisen, entfällt (zur ähnlich fragwürdigen Thematisierung der Arbeitslosigkeit in anderen LB vgl. auch Naples/Aslanbeigui 1996 und Cherry 1996). Gerade die möglichen Instabilitäten im Zuge der dynamischen Systemanpassungsprozesse, die auch ohne Lohnrigiditäten denkbar sind, können in ihrer rein statischen Beschreibung nicht behandelt werden.

Kann das Modell tatsächlich nur externe Schocks oder Eingriffe thematisieren, die zufällig, reversibel und unvorhersehbar sind und insofern Keynes' Intention zuwiderlaufen? Die Begründung der Kurvenverläufe ist zumindest äußerst rudimentär: Die IS-Kurve fällt, weil bei teureren Kreditzinsen die Investitionen sinken, was natürlich von einigen Annahmen abhängt, z. B., dass die höheren Kreditkosten nicht in die Verkaufspreise eingehen können.

Die Frage wird nicht erörtert, warum hier entgegen Keynes' Überlegungen dem Zinssatz (welcher eigentlich genau?) eine solch bedeutende Rolle bei der Herstellung eines Gleichgewichts zukommt (zumal die IS-Kurve später unter Einbezug der Erwartungen sehr zinsunelastisch wird,

vgl. BI, S. 484). Die Annahmen eines fixen Preisniveaus und einer zumindest gewissen Arbeitslosigkeit bei einigen Streckenabschnitten, bei denen erhöhte Nachfrage zu höherem Output führt, werden nicht angeführt. Auch könnten Studierende zu Überlegungen angeregt werden, wie eigentlich bei fehlendem bzw. fehlender Auktionator\_in die Markträumung und die Bewegungen zum Schnittpunkt der Kurven herbeigeführt werden. Gibt es einen anderen Gleichgewichtsautomatismus?

Die LM-Kurve verläuft im Unterschied zur vorherigen sechsten Auflage (2014, Kapitel 5, so bereits bei Romer 2000) horizontal zur Abszisse, da Zentralbanken heute eine Steuerung über den von ihnen gesetzten (Hauptrefinanzierungs-)Zinssatz vornehmen und nicht wie in vorherigen Darstellungen die sparenden Haushalte die Quelle (zusätzlichen) Kreditangebots sind. Allerdings taucht nach wie vor das Bankensystem im Modell nicht auf und Finanzkrisen sind eigentlich ausgeschlossen, sie können – abgesehen von einer später in Kapitel 14 kurz eingeführten Linksverschiebung der IS-Kurve aufgrund von Risikoaufschlägen – sich im Modell nicht entwickeln, da Zahlungsströme, Vermögenspreisschwankungen und z. B. der Aufbau von Schuldenkaskaden im Rahmen von positiven Rückkoppelungsprozessen nicht vorkommen (dazu, wie dies im Rahmen dieses Theoriedesigns möglich wäre, vgl. Weise/Barbera 2010).

In der Darstellung steckt eine gewisse Illusion oder Übertreibung hinsichtlich der in der Realität zumeist nicht ausgeschöpften Handlungsfreiheit der Notenbanken bei der Zinspolitik, da Zentralbanken oft akkommodierend auf die Tendenzen auf den Geld- und Kapitalmärkten reagieren und das Wechselspiel zwischen den Notenbanken und den Gegebenheiten und Erwartungen auf den Finanzmärkten im LB kaum angerissen wird. Auch wird insinuiert, dass die Zentralbank über ihre Hauptrefinanzierungszinssätze, die sich auf den Erwerb von Zentralbankgeld durch die Banken bezieht, anscheinend recht problemlos den für die Realwirtschaft wichtigen längerfristigen Realzins beeinflussen kann.

Eine gewisse Spannung kommt in das Gesamtmodell, da die Zentralbanken zwar einerseits die Hoheit über die Setzung des Zinssatzes haben, aber andererseits vom Ansatz her alle Variablen eigentlich auf und vom Markt gesetzt werden (sollen) und implizit der Gedanke eines natürlichen Zinssatzes mitschwingt, der verkappt über die Taylor-Regel eingeschleust wird (vgl. Smithin 2010).

Die Höhe des vertikalen LM-Zinssatzes wird nicht (mehr) aus unterstellten quasiökonomischen Gesetzmäßigkeiten abgeleitet, sondern sie ist im Unterschied zur früheren ansteigenden LM-Kurve scheinbar administrativ beliebig setzbar. Sie wird ggf. durch z. B. die Taylor-Regel rationalisiert, wobei die Autoren die unterschiedlichen Zielsetzungen der FED und der offiziell auf Preisstabilität fokussierten EZB nicht behandeln. Bei Arnold und Burda/Wyplosz ist die LM-Kurve ansteigend, da bei ihnen gemäß der Taylor-Regel bei einer Outputerhöhung zur Inflationsvermeidung oder -eindämmung der (Leit-)Zins erhöht werde (vgl. Arnold 2016, S. 156-158; Burda/Wyplosz 2017, S. 288-297). Eine plausible Logik des Zinssatzungsverhaltens der Zentral-

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

bank dürfte sich auch diagrammatisch erst erschließen, wenn man sich verschiebende Geldnachfrage- und -angebotskurven im Verlauf von Boom und Rezession verfolgt (vgl. Galbraith/Darity 2005, S. 201-202; vgl. auch ihre Kapitel 5, 7 und 8 zu einer kritischen Diskussion des IS-LM-Modells und der Phillips-Kurve und ihre Erweiterungen um potentielle Instabilitäten).

Auch dürften Studierende angesichts des wenig konsistenten vorherigen Kapitels die Vorgänge nicht recht verstehen, die dazu führen, dass bei festgelegtem Zinssatz die Zentralbankgeldmenge und das Geldangebot ‚endogen‘ bestimmt werden (vgl. BI, S. 153). Wenn sich aber die Geldmenge zu einem bestimmt gesetzten, nicht ‚automatisch‘ steigenden, Zinssatz endogen anpasst, dann führen zusätzliche Investitionen (Rechtsverschiebung der IS-Kurve) nicht unbedingt zu steigenden Zinsen.

Würden endogenes Geld und Kreditgeldschöpfung, die makroökonomische Ungleichgewichte hervorrufen mögen, sodass zwischen Investitionen und Sparen dann realistischerweise Diskrepanzen auftreten können, ernst genommen, müssten völlig andere Modelle entwickelt werden, die der marktliberal-konservativen Ausrichtung des LB widersprächen (vgl. Sawyer 2010, Fontana/Setterfield 2010 und Ehnts 2012 mit entsprechenden Alternativmodellen).

Im LB entspricht die LM-Kurve neuerdings zumindest immer dem horizontalen Verlauf der Liquiditätsfalle. Es findet demnach anscheinend überhaupt kein *crowding-out* (Verdrängung privater Investitionen durch ansteigenden Zinssatz) mehr statt und man fragt sich, warum dann keine Nachfrageerhöhung bis zur Vollbeschäftigung erfolgen können sollte.

Was können Studierende aus dem Modell über die Kontrolle und das Setzen des kurzfristigen Zinssatzes lernen, wenn dieser im Modell auf einem beliebigen Punkt mit horizontalem Verlauf angesetzt wird? Im Falle einer recht zinsunelastischen Investitionsfunktion, die dann im Modell praktisch vertikal verlief, ergäbe sich ein einziger Schnittpunkt mit der horizontalen LM-Kurve, was wäre erkenntnismäßig dann aus dem Modell zu gewinnen? Postkeynesianer\_innen plädieren angesichts solcher Überlegungen dafür, das IS-LM-Modell zu den Akten zu legen (vgl. Seccareccia/Lavoie 2015). Solche Kritikpunkte könnten durchaus eine konstruktive Rolle in den LB spielen, um eine kritische Reflexionshaltung (Beachtung und Ernstnehmen der jeweiligen Hintergrundannahmen) bei gleichzeitiger Wertschätzung als Denkhilfen zu fördern.

Hier wird, wie in den früheren Versionen des LB, die Tatsache verschleiert, dass Zentralbanken den Liquiditätsbedarf der Banken und des Geldmarktes sicherstellen und bedienen und die Märkte davon ausgehen (können), dass es keine ernsthaften quantitativen Beschränkungen oder eine restriktive Mengenpolitik gibt. Banken verfügen demnach in Sachen Geldschöpfung über einen sehr großen Handlungsspielraum, was einen potentiellen Instabilitätsfaktor des Geld- und Bankensektor und eine Quelle für Finanzkrisen darstellt (vgl. Spahn 2016, S. 211-215) und u. a. Minskys Analyse eines stark zyklischen und spekulativen kapitalistischen Finanzsystems mit systemimmanenten Instabilitäten ausklammert.



Zum realen Geldschöpfungsprozesses soll hier nur kurz auf die unterstellte Annahme der Unabhängigkeit der beiden Kurven hingewiesen werden: Wenn eine kreditfinanzierte Expansion entlang der IS-Kurve erfolgt, so erhöht sich gleichzeitig die Geldmenge und die LM-Kurve bewegt sich ebenfalls. Auch ist unklar, wie man sich ein bei der Ableitung der LM-Kurve unterstelltes, von der Geldnachfrage unabhängiges Geldangebot überhaupt vorstellen kann. Da ein Geldangebotereservoir, das darauf wartet, abgerufen zu werden, nicht existiert, ist ein LM-Geldmarktgleichgewicht, wie es im LB dargestellt wird, eigentlich bedeutungslos, da man sich nicht außerhalb des Gleichgewichts von Geldangebot und -nachfrage befinden kann.

Über die etwas fiktive vollständige Liquiditätsfalle hinausgehend (im Extremfall: Bei einem Ankauf aller Vermögenswerte durch die Zentralbanken käme es zu keiner Inflation) ging es Keynes um den Beleg einer nicht unwahrscheinlichen monetären Politikineffektivität bei starken Rezessionen, was im Modell nur als seltener Spezialfall (nämlich der Liquiditätsfalle) ausgewiesen wird.

Mit der *Modern Money Theory* (vgl. Wray 2015; Mitchell et al. 2016) sei noch einmal die Frage gestellt, warum es in einem Fiatgeldsystem bzw. bei einem reinen Papiergeldstandard eine natürliche bzw. zwangsläufige Grenze der Geldschöpfung durch die Zentralbank geben sollte? Worin besteht der unüberwindliche Anker oder die definitive Begrenzung? Warum kann man nicht eine monetäre Expansion bis zur Vollbeschäftigung als Primärziel mit Hilfe der Zentralbank und wenn nötig mit unkonventionellen Maßnahmen betreiben, wenn man eine vollkommene Liquiditätsfalle für unrealistisch hält und nicht unterstellt, dass sich recht früh Engpässe (*bottlenecks*) in Preiserhöhungen niederschlagen?

Immerhin werden der Geld- und Fiskalpolitik in der kurzen Frist Wirkungseffekte trotz erwähnter unsicherer Übertragungskанäle und Zeitverzögerungen zugeschrieben. Das neue Kapitel 6 bietet ein buntes Vielerlei zur Differenz zwischen Nominal- und Realzinsen, zu Risikoprämien, zu einer simplifizierten Darstellung der Rolle der ‚Finanzintermediäre‘ und zu Aspekten der Finanzkrise.

Diese wird zwar hinsichtlich ihrer Ursachen facettenreich untersucht, es fehlt aber neben der Aufzählung zahlreicher Aspekte (*Subprime*-Kredite, Verbriefungen usw.) an einer tiefergehenden Analyse der prinzipiellen Besonderheiten der Finanzmärkte, etwa positive Rückkoppelungen, Herdeneffekte, psychologischer irrationaler Überschwang, systemimmanente Kreditbooms usw., sodass es auch zu keiner vertieften und konsistenten Reformdiskussion im LB kommen kann.

In der deutschen Ausgabe aus dem Jahr 2004 (vgl. Blanchard/Illing 2004), als sich die Krisenursachen, die dann zur Finanzkrise führten, aufbauten, ist von potentiellen Instabilitätsfaktoren auf den Finanzmärkten denn auch überhaupt nicht die Rede (abgesehen von ein paar belanglosen Bemerkungen auf den Seiten 451-455), was angesichts der Konzipierung von Banken als Intermediären, dem Optimierungsverhalten aller Akteur\_innen auf allen Märkten unter Beachtung ihrer Budgetbeschränkungen, Ausgabendisziplinierung durch die Märkte, allgemeinem

Gleichgewichtsdanken, rationaler Erwartungen, Auslandsverschuldung als intertemporalem, optimalem Konsumverhalten usw. (vgl. Spahn 2016, Kapitel 1 und 5) wenig überraschend ist.

Die gerade in den letzten Jahrzehnten häufiger anzutreffende Entwicklungssequenz von Aufbruchstimmung, Euphorie, *Bubbles* und *Crashes* auf den Finanzmärkten im Anschluss an Galbraith, Kindleberger und Minsky (vgl. den Überblick in Peukert 2013, Teil III) wird im LB eingeklammert (als heterodoxen Ansatz einer monetären Theorie unter Einschluss von Interessengruppen, verschiedenen Finanzmarktregimen, Gewinninflation, Verteilungseffekten der Geldpolitik und ‚Nichtneutralität‘ der Notenbanken usw. und ihre Verbindung mit Finanzmarktinstabilitäten vgl. gut verständlich und einmal mehr als LB-Alternative Cohn 2007, Kapitel 10 und 11).

Abrupte Stimmungsumschwünge und Ansteckungseffekte können im hier untersuchten LB nur dann zu plötzlichen abrupten Verhaltensänderungen führen, die nicht durch die Fundamentaldaten gerechtfertigt sind, wenn es in das Weltbild der Autoren passt, z. B. bei der Legitimation des OMT-Programms und als Argument gegen Staatsverschuldung (vgl. BI, S. 674-675).

Die reformbezogenen Ausführungen bewegen sich wieder einmal trotz des Hinweises auf Meinungsverschiedenheiten ausschließlich im Rahmen der offiziellen Politikoptionen, hier sei nur das Beispiel des *narrow bankings* erwähnt, d. h. ein Trennbankensystem, bei dem der hoffentlich langweilige Zahlungsverkehr aus Sicherheitsgründen von übrigen Bankgeschäften abgetrennt wird. Ihm begegnen die Autoren mit dem Hinweis, dass dann eine Abwanderung in den Schattenbanksektor erfolgen könne (vgl. BI, S. 189), was ein Generalargument gegen jegliche Regulierung (z. B. auch gegen Basel-III-Regelungen) darstellt.

Man könnte dieser Gefahr recht einfach begegnen, indem man dafür sorgt, dass Schattenbanken Banklizenzen beantragen müssen, sodass man sie wie Banken kontrollieren kann. Auch werden im LB momentan nur schwer durchsetzbare Negativzinsen (für Einlagen) häufig als Problem wiederholt (vgl. BI, S. 193), ohne, wie schon erwähnt, Alternativen (Helikoptergeld usw.) in Betracht zu ziehen.

## 5.4 Die mittlere Frist: ‚Sklerotische‘ Arbeitsmärkte und voraussetzungsvolle Lohnsetzungs- und Preissetzungsgleichungen

Mit Kapitel 7 zum Arbeitsmarkt wird zur mittleren Frist übergegangen.

„In der mittleren Frist kehrt die Volkswirtschaft zu einem Gleichgewicht zurück, in dem die Produktion dem Produktionspotenzial entspricht. Im mittelfristigen Gleichgewicht wird die Arbeitslosenquote durch strukturelle Faktoren bestimmt. Sie entspricht der ‚natürlichen‘ Arbeitslosenquote“ (BI, S. 215).

Mit dieser keinesfalls selbstverständlichen Definition sind weitreichende theoriearchitektonische Entscheidungen verbunden, die letztlich darauf hinauslaufen, dass auf mittlere Sicht die Geld- und Fiskalpolitik nicht zu einer Abweichung von der natürlichen Arbeitslosenquote und

anderen fundamentalen Gegebenheiten (Kapitalstock usw.) führen kann. Zunächst bleibt unklar, wie lange hier die kurze und die lange Frist eigentlich dauern.

Fragen dieser Art bleiben unbeantwortet, auch, weil, wie bereits angesprochen, im LB jegliche wissenschaftstheoretische Reflexion zur mehr oder minder starken Übereinstimmung zwischen Modell und Realität fehlen. Rein logisch muss es immer gleichzeitig das Wirken der Kräfte der kurzen und das Wirken der Kräfte der langen Frist geben. Man kommt auf den Gedanken, ob es ggf. einmal keine kurzen Fristen geben darf, damit sich die Kräfte der langen Frist durchsetzen, und man könnte überlegen, ob es realökonomisch nicht eigentlich nur eine Aneinanderreihung kurzer Fristen gibt und sich die Ökonomie tatsächlich immer nur im Ungleichgewicht befindet.

Bei näherem Hinsehen wird offenkundig, dass sich hinter der temporalen Unterscheidung bestimmte unterschiedliche Annahmen der Modelle verbergen. Gab es in der kurzen Frist im LB ungleichgewichtige Situationen (Unterbeschäftigung), so gilt dies in der mittleren Frist nicht mehr, was auch damit zusammenhängt, dass in der kurzen Frist (fast, mit Ausnahme z. B. des Zinssatzes) durchgehend fixe Preise angenommen werden und in der mittleren Frist flexible Preise. Auch ist es keinesfalls selbstverständlich, den Arbeitsmarkt der mittleren Frist zuzurechnen, warum behandelt man ihn nicht in der kurzen Frist neben Erwartungen, Zinsentscheidungen usw.? Überhaupt ist die strikte Trennung in einen Fix- und einen Flexpreisteil recht arbiträr. Die Thematisierung von Preisveränderungen über die Lohn-Preis-Spirale (vgl. BI, S. 218) ist ebenfalls keine selbstverständliche Vorgehensweise.

Die Einführung des Kapitels lebt von der Unterscheidung positiver, aktiver (Beispiel: USA, die regelrecht verklärt werden) und sklerotischer Arbeitsmärkte (Beispiel: Deutschland). Zwar werden kollektive Lohnverhandlungen und Effizienzlöhne angesprochen, aber der positive Tenor der Ausführungen zu ‚flexiblen‘ Arbeitsmärkten geht schon aus dem Satz hervor, es ließe „sich nicht abstreiten, dass eine großzügige Arbeitslosengeldregelung dazu führt, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit viel von seinem Schrecken verliert“ (BI, S. 235), was Anpassungen über Preise (gemeint sind Lohnsenkungen) behindere. Erst viel später wird einmal darauf hingewiesen, dass (auch nur temporärer) Arbeitsplatzverlust zu Kompetenz- und Einkommenseinbußen führen kann (vgl. BI, S. 401).

Die Lohnsetzungs- und Preissetzungsgleichung mit dem Reallohn auf der Ordinate und der Erwerbslosenquote auf der Abszisse, die zur Ermittlung der natürlichen Arbeitslosenquote führt (vgl. BI, S. 238), ist ein merkwürdiges Konstrukt. Es stellt z. B. einmal eine Zusammenfassung aller Märkte dar, dann wieder ein Einzelunternehmen oder eine Branche (vgl. BI, S. 237-238). Zur Preissetzungsgleichung, die zur Abszisse horizontal verläuft, gelangt man, indem eine konstante Arbeitsproduktivität vorausgesetzt wird. In Abhängigkeit von der ‚Marktmacht‘ der Unternehmen erfolgt ein Preisaufschlag; ohne nähere Präzisierung geht man von unvollkommenen Märkten aus und umgeht so die Bestimmung der unterstellten Marktkonstellationen und eine, und sei es nur rudimentäre, Beschreibung der realen Markt- und Machtverhältnisse.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Im Gewinnaufschlag können sich alle möglichen Faktoren ausdrücken, sodass er etwas nebulös bleibt, genannt werden später noch Steuerbelastungen, hohe Lohnnebenkosten, inflexible Gewerkschaften usw. (vgl. BI, S. 272). Der tendenziell eine auch gegenüber Unternehmen kritische Haltung andeutende Gewinnaufschlag dank Marktmacht wird hierdurch inhaltlich ausgehöhlt.

Marktmacht wird auch nicht näher definiert, sie soll (primär, ausschließlich oder auch?) von der Preiselastizität der Nachfrage abhängen (vgl. BI, S. 237). Die fallende Lohnsetzungsgleichung besagt: „Je höher die Arbeitslosenquote, desto niedriger der Reallohn“ (BI, S. 237), da die Verhandlungsposition der Beschäftigten schwächer sei. Der Reallohn sei umso niedriger, je höher der Gewinnaufschlag, da die Preise steigen, aber die Nominallöhne gleichbleiben. Warum fordern die Arbeitnehmer\_innen dann nicht höhere Löhne, wie zu Anfang des Kapitels beschrieben (vgl. BI, S. 218)?

Nur nebenbei sei bemerkt, dass die Autoren durch die beliebige Setzung des *mark-ups* und der Generalisierung von der Mikro- zur Makroebene einem klaren theoretischen Ansatz zur Bestimmung der primären Einkommensverteilung aus dem Weg gehen.

Damit das Schaubild Sinn macht, müssen beide Kurven unabhängig voneinander sein (vgl. auch die kritischen Bemerkungen zu diesen Kurven bei Carlin/Soskice 2015 im hiesigen Kapitel 4). Es wird behauptet, dass das *mark-up* der Unternehmen und die entsprechende Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen exogen bestimmt wird und unabhängig vom Beschäftigungsniveau sei (vgl. BI, S. 238).

Dies leuchtet nicht ein, da die Arbeitslosenquote laut Lohnsetzungsgleichung den Reallohn bestimmen soll und die Unternehmen in Verhandlungen versuchen werden, den Reallohn zu drücken und der Reallohn aus den Grenzkosten des Faktors Arbeit plus Aufschlag bestehen soll. Bei sinkender Arbeitslosigkeit kann man annehmen, dass die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer\_innen steigt und die – wie unterstellt wird, nicht in vollkommener Konkurrenz befindlichen – Unternehmen im Verteilungskampf bei der Profitmarge nachgeben müssen, d. h. die Kurven sind nicht unabhängig voneinander.

Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes soll zu einer Rechtsverschiebung der Lohnsetzungskurve führen, die Arbeitnehmer\_innen fordern bei gegebener Arbeitslosigkeit dann höhere Löhne, die nicht auf der davon unabhängigen Horizontalen der Preissetzungsgleichung (PS) liegen. Ob dieser Zusammenhang zwischen Arbeitslosengeld und allgemeinem Lohnsatz besteht, ist fraglich. Warum sollte sich die PS nicht anpassen? „Eine höhere Arbeitslosenquote wird benötigt, um den Reallohn auf das Niveau zurückzuführen, das die Unternehmen bereit sind zu zahlen“ (BI, S. 239). Über welche Kräfte der unsichtbaren Hand diese höhere Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird, bleibt im Ungewissen. Eines ist aber klar: Alle möglichen Schutzmaßnahmen der Arbeitnehmer\_innen, ob Kurzarbeitsüberbrückung oder Sozialpläne, führen zu einer höheren ‚natürlichen‘ Arbeitslosenquote.

Der gleiche Effekt stellt sich bei einem Sinken der PS-Kurve infolge von Unternehmenskonzentration ein: Der Reallohn muss sinken. Das geht aber nur über höhere Arbeitslosigkeit. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit kommt in all diesen Szenarien nicht vor. Gegen Ende des Kapitels wird sie unter Hinweis auf Effizienzlöhne (vgl. BI, S. 248) eingeflickt, die aber vorher im Modell nicht enthalten waren.

### 5.5 Die Phillips-Kurve, die NAIRU und die ‚natürliche‘ Arbeitslosigkeit: Sein oder Nichtsein?

Kapitel 8 behandelt die Phillips-Kurve, wobei gegen 1970 die Beziehung zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote zusammenbrach, was zur modifizierten Phillips-Kurve führte. Zugestanden wird, dass schon die statistische Signifikanz der ursprünglichen Phillips-Kurve sehr niedrig war. Ihre Kritik durch Friedman wird lobend im LB hervorgehoben (zum genaueren Diskussionsverlauf vgl. die Beiträge in Phelps et al. 1970; Santomero/Seater 1978; Heine/Herr 2013, S. 289-297 und S. 474-481; Vroey 2016, Kapitel 5).

Zwar wird erwähnt, dass die natürliche Arbeitslosenquote nicht direkt beobachtet werden kann, von vielen Faktoren abhängt, sich im Zeitverlauf ändert (Globalisierung, Anstieg der Zeitarbeit, Alterung der Gesellschaft usw.) und die Korrelationen nicht allzu stark sind. Das Konzept stellt dennoch einen ganz wesentlichen Eckpunkt des makroökonomischen Baukastens der Autoren und v. a. ihrer späteren Aussagen zu sehr begrenzten wirtschaftspolitischen Spielräumen dar. Interessanterweise liegt allen Varianten der Kurve z. B. zu den sonst angenommenen *Win-win*-Vorteilen (z. B. der Arbeitsteilung und der komparativen Kosten) die Vorstellung eines Nullsummenkonflikts zugrunde.

Es wird nicht erwähnt, dass Phillips bestenfalls für die Zeit zwischen 1861 und 1913 eine stabile Phillips-Kurve annahm und daher fast von einer Publikation (‚quick and dirty‘, ‚done in a weekend‘) absehen wollte, zumindest selber nie von einer Menüwahl zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit ausging (vgl. Sleeman 2011). Dass ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnentwicklung besteht, war lange vor Phillips ein Gemeinplatz, nicht zuletzt in der Variante der Marxschen industriellen Reservearmee. Marx hätte diesen Zusammenhang wohl weniger als *natural*, sondern vielmehr als *disciplinary unemployment* bezeichnet: Zur Disziplinierung der Arbeitnehmer\_innen bedarf es einer bestimmten Arbeitslosenquote und Kapitalismus und längerfristige Vollbeschäftigung sind für ihn unvereinbar und sie würde zu Investitionsstreiks führen.

Die von Samuelson und Solow umformulierte Variante mit Inflation und Arbeitslosenquote hält – selbst unter neuerlicher Verwendung der damals erst zur Verfügung stehenden Verfahren – einer statistischen Überprüfung nicht stand (vgl. Hall/Hart 2012; die entgegengesetzte Auffassung vertritt Hoover 2014). Sie ist eigentlich nur durch ihre Funktion als fehlende Variable im damaligen Theorieset und v. a. als wirtschaftspolitische Argumentationshilfe der Aggregate-Key-

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

nesianer\_innen, die in der Präsidentenwahl 1960 für die Demokrat\_innen und Kennedy eintraten, zu verstehen. Diese unterstützten eine Vollbeschäftigungspolitik. Sie wollten den republikanischen Warner\_innen vor einer Hyperinflation oder alternativ Preiskontrollen den Wind aus den Segeln nehmen (vgl. Leeson 1997 und 1998 mit exzellenten Überblicken über die damaligen politischen und wirtschaftstheoretischen Lager und die politstrategische Rolle der Phillips-Kurve).

Auch Milton Friedmans Behauptung eines langfristig vertikalen Kurvenverlaufs beruht auf schlecht fundierten, in gewissem Sinne beliebigen Annahmen in seinem präsidialen Beitrag, der eigentlich primär eine Lanze für seine goldene Regel einer konstanten Geldmengenzufuhr brechen sollte (vgl. Friedman 1968, mit teilweise modifizierten, dann ‚modernen‘ neuklassischen Begründungselementen und dem bekannten Schaubild vgl. Friedman 1976a).

Grundsätzlich akzeptiert Friedman die Existenz und den Verlauf einer wenn sich dann auch verschiebenden, nicht vertikalen Phillips-Kurve, ohne die er argumentativ nicht zu seiner Konstruktion einer natürlichen Arbeitslosenquote kommen kann. Es bleibt ziemlich unklar, von welchen wirtschaftsstrukturellen Annahmen er ausgeht, da von einem ursprünglichen (empirisch unbeweisbaren) Walrasianischen Gleichgewichtsreallohn und -system die Rede ist, d. h. ohne monopolistischen Wettbewerb, Nichtlinearitäten, multiple Gleichgewichte usw. Es gibt bei ihm aber auch unterschiedliche Erwartungsirrtümer, davon unabhängige Tendenzen sich herausbildender (Gleichgewichts?-)Preise durch (Über/Unter?-)Angebote und (Über/Unter?-)Nachfragen auf dem Arbeitsmarkt, Preisanpassungsdivergenzen in historischer und nicht logischer Zeit, Machtverteilungskämpfe und nicht nur friktionelle Arbeitslosigkeit usw.

Da mit dem Walrasianischen Ansatz keine quantitative Aussage zur Unterbeschäftigung gemacht werden kann, kann die natürliche Quote, sofern als stabile Beziehung überhaupt existent, nur empirisch als mittelfristiger Durchschnittswert ermittelt werden. Der Hauptimpuls geht jedenfalls in vorkeynesianischer Perspektive vom Arbeitsmarkt aus, die natürliche Arbeitslosenquote beruht bei Friedman auf Imperfektionen des Arbeitsmarktes.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum sich die erhöhte Nachfrage nicht primär in einer erhöhten Produktion, sondern immer nur in steigenden Preisen niederschlägt? Friedmans Skizze enthält hierzu die Annahme einer Lohn-Preis-Spirale: Inflation ist lohngetrieben und nicht z. B. durch eine überschießende Geldschöpfung vonseiten der Banken hervorgerufen, an ihr sind nur die Arbeitnehmer\_innen und die Gewerkschaften schuld, evtl. exorbitante Gewinnaufschläge durch Unternehmer\_innen, die im Übrigen, wie schon Adam Smith bemerkte, wie die Gewerkschaften versuchen, die Märkte in ihrem Interesse kollusiv zu schließen, oder als weitere Ursache eine generell zunehmende Investitions- oder Konsumnachfrage bleiben unberücksichtigt (vgl. Horn 2015 zu Friedmans sehr großzügiger Haltung gegenüber Monopolen im Allgemeinen und Großunternehmen im Besonderen).

Man könnte genauso gut argumentieren, dass es dank verantwortungsbewusster Gewerkschaften, die, mit Arbeitgeberverbänden koordiniert und auch gelegentlich gegen die kurzfristigen

„Marktkräfte“, unter Berücksichtigung von Produktivität und Zielinflationsrate der Lohnnorm folgen, eine deutliche Senkung der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit (und NAIRU) bewirken könnte (vgl. Heine/Herr 2013, S. 478). Auch lässt sich annehmen, dass es einen breiten mittleren Teil der Kurve gibt, der horizontal verläuft, weil die Zentralbank die Inflationserwartungen fest verankern kann oder die Unternehmen meist konstante Grenzkosten aufweisen (vgl. Filardo 1998; Barnes/Olivei 2003; vgl. Lavoie 2010, S. 196-200 mit einem übersichtlichen Schaubild mit vier Quadranten).

Dann haben die monetäre Politik und die Nachfrageseite plötzlich auch längerfristige realökonomische Auswirkungen. Stanley argumentiert anhand von Ergebnissen einer Meta-Regressionsanalyse, dass eine Erhöhung oder Einführung von Mindestlöhnen wohl deshalb in vielen Ländern keine negativen Effekte hinsichtlich Inflation und Senkung des Outputs aufweisen, da höhere Löhne zu höherer Produktivität führen und die Effizienzlohnthese bestätigen (vgl. Stanley 2013).

Galbraith weist in seiner empirischen Analyse darauf hin, dass seit Mitte der 1970er-Jahre die durchschnittlichen Reallöhne stabil blieben oder sanken und die zunehmenden Inflationsraten wesentlich durch ansteigende Güterpreise, insbesondere durch den Ölpreis (zwei Ölpreisschocks) und die Importpreise (Abwertung des US-Dollars) bedingt waren. Hinzu kamen die Folgen des Vietnamkrieges, was zusammen die vormals bestehenden Lohn-, Preis- und Kostenstrukturen nach Galbraith ziemlich durcheinanderbrachte und womöglich eine *guidepost policy* (z. B. vermittelt steuerincentivierender Lohnpolitik, vgl. Colander 1986 u. a. mit Beiträgen von Tobin und Vickrey) erforderlich machte (vgl. Galbraith 1997). Eine solche wirtschaftshistorische Analyse kommt völlig ohne die Behauptung vermeintlich stabiler Zusammenhänge aus, durch deren Annahme es Studierenden auch erspart wird, sich mit den realen wirtschaftshistorischen Entwicklungen vertraut machen zu müssen.

Goodwin et al. und Dullien et al. erwähnen die Phillips-Kurve angesichts ihrer Nichtstabilität ab den 1970er-Jahren daher nur kurz und diskutieren unterschiedliche Auffassungen zu wirtschaftspolitischen geld- und fiskalpolitischen Zusammenhängen anhand des AS-AD-Diagramms mit einem keynesianischen horizontalen Teil der AS-Kurve und einem dem klassischen Ansatz entsprechenden vertikalen Verlaufsgebiet, ohne zum „Kunstgriff“ der Einsortierung in eine kurze oder lange Frist greifen zu müssen (vgl. Goodwin et al. 2014b, S. 300-306; Dullien et al. 2018, S. 427-435).

So gelingt es, die Annahmen verschiedener Denkschulen und unterschiedliche aktuelle Konstellationen (Ökonomien nahe oder fern der Vollbeschäftigung usw.) in einem Schaubild plural einzufangen und offen nachvollziehbar darzustellen, ohne die Studierenden auf eine Sichtweise festzulegen (zu den widersprüchlichen Darstellungen in LB und alternativen Modellen vgl. Fields/Hart 1996, Dorman 2014a, S. 376-393, und Cohn 2007, Kapitel 12 und 13 zu den verschiedenen Varianten und anderen, ergänzenden plural-heterodoxen Perspektiven wie den *Circuits-of-Capital*- und den *Social-Structures-of-Accumulation*-Ansatz).



Friedman bietet jedenfalls keine theoretisch klaren Argumente, warum genau es eine natürliche Arbeitslosenquote überhaupt geben muss, also z. B. über die Behauptung nach unten nichtflexibler (Real-)Löhne oder aufgrund der Existenz eines Reservationslohnes (vgl. zum Unterschied die Schaubilder bei Dorman 2014a, S. 354). Aber auf jeden Fall sind die Arbeitnehmer\_innen und ihre vermeintlichen Vertreter\_innen schuld an ihrer Arbeitslosigkeit. In beiden Fällen wird aber, wie schon in der vorkeynesianischen Ansicht, vorausgesetzt, dass es bei flexiblen Preisen (Löhnen) neben friktioneller keine (unfreiwillige) Arbeitslosigkeit gibt.

Schließlich werden Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz und Arbeitslosengeld einseitig nur als Faktoren angesehen, die die natürliche Arbeitslosenquote erhöhen, und nicht als Maßnahmen, die durchaus wohlfahrtssteigernde Auswirkungen haben und zu längerfristigen Senkungen der natürlichen Rate führen können. Dies kann der Fall sein, weil Arbeitnehmer\_innen durch diese Maßnahmen motiviert werden, sich firmenspezifisches Humankapital anzueignen, da sie durch die genannten Schutzmaßnahmen vor ‚Erpressung‘ (*hold-ups*) durch die Arbeitgeber\_innen gefeit sind, was auch für längerfristige Arbeitsverträge spricht (vgl. Peukert 2007 mit entsprechenden Literaturangaben vonseiten der Neuen Institutionenökonomie).

Überraschenderweise wird dieser Aspekt von Friedman klar gesehen und angesprochen, ohne dass dies für seine Überlegungen irgendeine Konsequenz hätte (vgl. Friedman 1976b, Kapitel 12, insbesondere die S. 235-236). Thorbecke meinte zudem, empirisch nachweisen zu können, dass eine höhere Nachfrage die natürliche Arbeitslosenquote senkt, da Arbeitnehmer\_innen durch sie motiviert werden, Berufsqualifikationen zu erwerben (vgl. Thorbecke 2004).

Aus der Arbeitsökonomik ist bekannt, dass Arbeitslosengeld oder das in Deutschland nach der Finanzkrise großzügig ausgeweitete Kurzarbeitergeld dazu führen (können), dass die Arbeitnehmer\_innen nicht den erstbesten Job annehmen müssen und daher ihren Qualifikationen eher entsprechende Beschäftigungen nach einer gewissen Sucharbeitslosigkeit finden (vgl. z. B. Freeman 1989 und Champlin und Knoedler 2004, Teil II). Sie sind dann produktiver, was das Wachstum fördert, wodurch die ‚natürliche‘ Arbeitslosenquote sinkt.

Auch kann man gegenüber Friedman bezweifeln, dass sich über die übliche Geldpolitik der Zentralbanken die Geldmenge („currency plus all commercial bank deposits“ (Friedman 1968, S. 16)) in einem engen Band angesichts des Geldschöpfungsprivilegs der Privatbanken überhaupt steuern ließe. Kann man wirklich, um auf das LB zurückzukommen, annehmen, dass sich die Ökonomie nach einer Irrtumsexpansionsphase in der kurzen Frist exakt auf den langfristigen Gleichgewichtsausput zu bewegen wird? Immerhin nimmt Friedman an, dass nach 2-5 Jahren Expansion in der kurzen Frist die schlussendliche, langperiodige Wiederanpassung „a couple of decades“ (Friedman 1968, S. 11) dauern kann, was doch ein erstaunlich langer Zeitraum wäre.

Dieses Gedankengebäude Friedmans verliert seinen Ad-hoc-Charakter auch nicht durch die Einführung rationaler Erwartungen, nach denen es selbst in der kurzen Frist nur mit plötzlichen,

erratischen Überraschungen eine Outputerhöhung geben kann (zu den kurvenreichen Weiterentwicklungen der Phillips-Kurve vgl. Humphrey 1985 und 2014a, Kapitel 15, und Vroey 2016, Kapitel 12 zu Gordons und Okuns hierzu heterodoxen Ansätzen).

Auch die zahlreichen ökonometrischen Untersuchungen zur NAIRU, bei der es um die mit einer konstanten bzw. von der Zentralbank angestrebten Inflationsrate kompatible Arbeitslosigkeit geht, sind eigentlich als gescheitert anzusehen, da man für die 1990er-Jahre eine natürliche Arbeitslosenquote von 5-6 Prozent annahm und sich diesbezüglich tatsächlich so gut wie alle Mainstreamökonom\_innen irrten, da die Arbeitslosigkeit auf 3,8 Prozent fiel und die Inflation nicht über 3 Prozent hinausging (zu den konzeptionellen Unterschieden zwischen der NAIRU und der natürlichen Arbeitslosenquote und ihren jeweiligen Varianten vgl. Heine/Herr 2013, S. 474-481, die auch plausibel eine über weite Strecken horizontale NAIRU beschreiben).

Empirisch konnten nur 20 Prozent der Inflation auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden (vgl. Stiglitz 1997) und selbst die Befürworter\_innen der Phillips-Kurve als sinnvolles Theorieelement mussten ihre starke Veränderlichkeit angesichts institutioneller soziostruktureller Veränderungen wie der Abnahme des Gewerkschaftseinflusses, der Globalisierung, der Produktivitätszunahmen und „the extent of competition or monopoly“ (Friedman 1976a, S. 273) usw. anerkennen (vgl. Gordon 1997; Staiger et al. 1997).

Mitte 2018 fehlen angesichts eines 16-jährigen Tiefs der Arbeitslosigkeit überall in den USA Arbeitskräfte, die hierauf bezogene Verhandlungsposition der Arbeitnehmer\_innen war eigentlich so stark wie seit langem nicht mehr. Anstelle der Löhne steigen jedoch die Unternehmergewinne. Nach Ansicht führender amerikanischer Mainstreamökonom\_innen wie Alan Krueger liegt dies an den Drohungen vieler Multis, ins Ausland abzuwandern, an steigenden Mieten v. a. in den Ballungsräumen, die mobilitätshindernd wirken, aber auch an arbeitnehmerfeindlichen und illegalen heimlichen Abmachungen und Geheimverträgen v. a. von Fast-Food-Restaurants, die beinhalten, sich gegenseitig keine Leute abzuwerben und diese selbst dann nicht in einer anderen Filiale einzustellen, wenn sie bisher nur wenige Stunden beschäftigt waren (sogenannte Wildereiverbote bzw. *No-poach-agreements*), um die Niedrigstlöhne beibehalten zu können (vgl. <https://www.nytimes.com/2018/07/12/business/fast-food-wages-no-poach-deal.html>, Zugriff: 20.7.2018 und zur Ausnutzung marktbeherrschender Machtpositionen durch Multis Naidu et al. 2018).

Der tatsächliche Verteilungskampf um den Lohnanteil wird durch die Annahme und Begründung eindeutiger Kurven, die einen zumindest temporär quasigesetzmäßigen Charakter annehmen, eher verschleiert, was dazu führt, dass sich Studierende nicht um die Tatsachen und Ereignisse des tatsächlichen Verteilungskampfes kümmern müssen, sondern nur eine horizontale oder auch anders verlaufende Kurve ohne größeren gedanklichen Aufwand zeichnen müssen.

Selbst Neoklassiker\_innen wie Phelps und der Monetarist Brunner sahen Friedmans Ausführungen zu einer – und sei es längerfristig – vertikalen Phillips-Kurve kritisch, denn die Behebung von Arbeitslosigkeit sei bei steigender Nachfrage viel leichter zu bewerkstelligen, und Woodford,

Blanchard/Summers und Solow meinten, dass kurzfristige Abweichungen von der natürlichen Rate diese verschiebe (vgl. die Nachweise bei Spahn 2016, S. 101-104). Auch ließe sich ein Modell entwickeln, bei dem eine Erhöhung des Outputs bei positiven Skalenerträgen erfolgt und eine steigende Produktion mit steigenden Reallöhnen dank einer höheren Gesamtproduktivität ohne Anstieg der NAIRU ‚gleichgewichtig‘ sein könnte.

Die Schwäche der NAIRU in der Version des LB (zu ihren recht verschiedenen Konzeptualisierungen vgl. Stockhammer 2008) besteht grundsätzlich darin, dass sie suggeriert, es gebe nur eine Arbeitslosenquote, die mit der Zielinflationsrate und einem gleichgewichtigen Produktionsniveau kompatibel sei. Heine und Herr zeigen, dass es ganz verschiedene, länderspezifische Verläufe gibt und geben kann, die vom jeweiligen Institutionengeflecht der Länder und insbesondere vom Regime der Lohnfindung am Arbeitsmarkt, aber auch von länderspezifischen Konjunkturentwicklungen abhängen (vgl. Heine/Herr 2013, S. 474-481; zur kaum vorhandenen empirischen Robustheit des Konzepts vgl. auch umfänglich Storm/Naastepad 2012).

Angesichts der starken Abhängigkeit der Phillips-Kurve von den institutionellen Rahmenbedingungen kann man sich überhaupt fragen, warum in der Literatur und im LB nicht überlegt wird, wie man durch institutionelle Reformen die (unterstellt) vertikale natürliche Arbeitslosenquote nach links verschieben und somit senken könnte. Angesichts der schwachen Fundierung der verschiedenen Phillips-Kurven und ihrer jeweiligen wirtschaftspolitisch einseitigen Ausschachtung ist doch mit großer Skepsis zu beurteilen, dass ihr ein solch zentraler Stellenwert im LB auch im weiteren Verlauf zukommt. Sollte man sie nicht generell für ökonomische Gegenwartsanalysen aus dem makroökonomischen Arsenal besser streichen? (Vgl. zum Stand der Diskussion den Überblick bei Braunberger 2017 und das aus der Empirie gewonnene, vielbeachtete, sehr skeptische Urteil von Dotsey et al. 2017 zu Vorhersagen der Inflation anhand der Kurve.)

Abgesehen davon wird die Phillips-Kurve nicht in Zusammenhang mit anderen Teilen des LB gebracht, z. B. zu den Themen Wachstum und technischer Fortschritt. Tatsächlich dürfte die Auseinandersetzung um den Anteil am Sozialprodukt zwischen Kapital und Arbeit neben der (Grenz-)Produktivität auch wesentlich bestimmt sein durch die Höhe von Mindestlöhnen, die Stärke der Gewerkschaften, politische Makroprioritäten (Stellenwert des Ziels der Vollbeschäftigung), kulturelle Normen und Unternehmensstrategien und andere Aspekte des gesamtwirtschaftlichen Rahmens (vgl. zu plural-heterodoxen Ansätzen Cohn 2007, Kapitel 15).

Dass die NAIRU sozial inakzeptabel hoch sein könnte, zumal unter Zugrundelegung der tatsächlichen und nicht der offiziellen Quoten, wird nicht in Erwägung gezogen. Auch wird mit der Preissetzungsgleichung (vgl. BI, S. 238) akzeptiert, dass es Gewinnaufschläge vonseiten der Unternehmen geben kann (oligopolistische Inflation), die zur Einhaltung eines stabilen Preisniveaus oder einer stabilen Inflationsrate laut LB eine höhere Arbeitslosigkeit und/oder Reallohnsenkungen bedingen.

Es fragt sich, warum diese Last einseitig von den Arbeitnehmer\_innen getragen werden und man nicht auch eine maximale *natural rate of priceincreases* (NARPI) einführen sollte, deren Einhaltung gebietet, dass das Überschreiten eines maximalen Konzentrationsgrades (in einigen Branchen oder Sektoren der Wirtschaft) zur Sicherung eines nicht zu hohen, ‚gleichgewichtigen‘ Gewinnsatzes regulatorisch zu korrigieren ist. Auch fehlen im LB konstruktive Überlegungen zu einer, schließlich auch tatsächlich nicht nur in Deutschland stattfindenden, koordinierten Lohnpolitik und zu Tarifverhandlungen, da – wie schon erwähnt – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eine verantwortliche Lohnpolitik betreiben könnten, die trotz hohem Beschäftigungsstand nicht zu einem Überschreiten der Zielinflationsrate führen müsste. Im LB tauchen Arbeitsmärkte nur als zu flexibilisierende, marktantagonistische (Gegen-)Kräfte auf.

So wenig plausibel die Phillips-Kurve auch sein mag, sie hat doch erhebliche wirtschaftspolitische Implikationen, erlaubt sie doch eine Rückkehr zu klassischen Positionen, die Keynes angegriffen hatte. „[I]t seemed to vindicate commitment to supply and demand analysis, with its underlying idea of market-clearing equilibrium (which would apply to labor markets), and that was one of its main selling points“ (Dorman 2014a, S. 361). Die sich durchsetzende Mainstreamsynthese bestand in der Unterscheidung zwischen kurzer (Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik) und langer Frist (Unwirksamkeit) mit einer gewissen Differenz zwischen Neukeynesianer\_innen und späterer Neuklassik hinsichtlich der Fragen der Länge der kurzen Frist und der Kosten des zwischenzeitlichen Outputverlustes.

Interessanterweise findet man kaum theoretisch plausibel Nachvollziehbares im LB zur Frage, wie stark eigentlich die fundamentalen Attraktoren auf die langfristige Phillips-Kurve hinwirken und in welchem Tempo sich wohl die Löhne, Preise und Mengen anpassen.

Schlussendlich mündete die Theorieentwicklung in DSGE-Modellen mit individuellem Maximierungsverhalten und die Annahme der Irritationen des Systems ausschließlich durch unvorhersehbare Schocks und die Unterstellung, dass sich die Ökonomie stets in der Anpassungsbewegung auf ein allgemeines Gleichgewicht befindet, in dem allgemeine Markträumung vorliegt. Man war in der selbstgewissen Auffassung, die ökonomische Theorie befinde sich in einer soliden Abrundungsphase und realökonomisch in einer weitgehend krisenfreien *Great Moderation* (vgl. Dorman 2014a, Kapitel 16) – bis 2007 die Finanzkrise ausbrach.

Die Mehrheit der Ökonom\_innen befürwortet DSGE-Modelle nach wie vor, wenngleich Erweiterungen durch Einbezug finanzieller Friktionen, Heterogenität der Haushalte usw. vorzunehmen seien. Nur wenige führende Ökonom\_innen wie Stiglitz und Krugman stehen den Mainstream-DSGE-Modellen auch in neukeynesianischen Versionen grundsätzlich kritisch gegenüber, da Modelle mit repräsentativen Akteur\_innen, die einen optimalen Pfad von Arbeit, Konsum und Sparen über die Zeit, nur gestört durch exogene Schocks, planen, keine relevanten Erklärungen unserer heutigen Wirtschaftswelt hervorbringen können (vgl. die repräsentative Debatte im *Oxford Review of Economic Policy*, Band 34, 2018).

Die höheren Arbeitslosenquoten in Europa im Vergleich zu den USA werden im LB angebotsseitig auf die Ölpreisschocks und den Rückgang des Produktivitätswachstums zurückgeführt, angesichts derer die Beschäftigten ihre Ansprüche erst sehr spät zurückschraubten (vgl. BI, S. 269). Die Autoren kommen dann in neuerlicher Einseitigkeit wieder auf die Eurosklerose zu sprechen, d. h. auf die rigiden Arbeitsmarktinstitutionen aufgrund von Kündigungsschutz, Mindestlöhnen, der Macht der Gewerkschaften usw. (vgl. BI, S. 271). Widerlegen lässt sich ihre Behauptung nicht, da z. B. der Hinweis auf persistente Arbeitslosigkeit trotz sinkender Gewerkschaftsmacht durch ihren Hinweis auf gravierende Veränderung anderer struktureller Rahmenbedingungen neutralisiert wird. Abschließend steht jedenfalls fest, dass die hohe Arbeitslosigkeit in Europa an „ungeeigneten Arbeitsmarktinstitutionen“ (BI, S. 273) liege.

### 5.6 Hysterese oder das IS-LM-PC-Modell? Über Grenzen wirtschaftspolitischer Gestaltung und die neue Königsrolle der Zentralbanken

Anstelle des in früheren Auflagen verwandten und oft als in sich widersprüchlich angesehenen AS-AD-Modells wird in Kapitel 9 das IS-LM-PC-Modell vorgestellt (vgl. Blanchard/Illing 2004, Kapitel 7 und z. B. Blanchard/Johnson 2013, Kapitel 7, allerdings dort jeweils ohne horizontal zur Abszisse verlaufenden Teil der AS-Kurve; vgl. zur Diskussion und Kritik des Modells z. B. Colander 1995; Grieve 1996; Rao 1998; Rao 2007; Moselely 2010; dass ein konsequentes, z. B. postkeynesianisch orientiertes Durchdeklinieren des Modells für die kurze, mittlere und lange Frist als Basismodell der Makroökonomie möglich ist, zeigen Flaschel et al. 2012).

Das Entfallen des AS-AD-Modells wird mit wenigen Worten kommentiert, es „zeichnete ein viel zu optimistisches Bild darüber, wie rasch die Wirtschaftsaktivität wieder zum Produktionspotenzial zurückkehrt“ (BI, S. 18). Diese Einsicht ist löblich. Das Modell beruhte aber schon seit Jahrzehnten auf der Unterstellung einer fragwürdigen Wirkungskette: Outputsenkung – Preisniveausenkung – höhere reale Geldmenge – Zinssenkung – höhere Nachfrage und steigender Output. Die Annahmen einer Nachfrageankurbelung dank Deflation und einer konstanten Geldmenge trotz Schrumpfung des Outputs waren seit langem offenkundig unsinnig. Aber das Modell hatte einen großen Vorteil: Es wurde eine objektive Mechanik und Wirkungskette aufgezeigt, die einer innerökonomischen Logik folgt.

An ihre Stelle tritt nun die (Zins-)Politik der Zentralbank, die zum Erreichen des mittelfristigen Gleichgewichts führt. Ohne die, wie sich zeigte, auf schwachen Füßen stehende These einer natürlichen Arbeitslosigkeit könnte man dann eigentlich eine klassisch keynesianische, expansive Geld- und Fiskalpolitik betreiben. Nur unter Annahme natürlicher Arbeitslosigkeit verbietet sich für die Zentralbank eine Orientierung am Vollbeschäftigungsziel.

Unweigerlich wird im LB aber die eigentlich angestrebte Logik und Zwangsläufigkeit ökonomischer ‚natürlicher Gesetzmäßigkeiten‘ untergraben, da (die Höhe der) Phillips-Kurve in allen Varianten von historisch-institutionellen Arrangements abhängt und v. a. jetzt die Institution der Zentralbank die Ökonomie zurück zum natürlichen Gleichgewicht führen muss, zumindest nach

tiefgreifenden Krisen und Rezessionen und um ein unnötig langes Verweilen in Rezessionen zu vermeiden (vgl. die Begründung zur Neufassung Blanchard 2016).

Wenn man noch bedenkt, dass auch die Lohn- und Preissetzungskurve von institutionellen Faktoren abhängen und behauptet wird, dass die Einkommensverteilung logisch unabhängig vom Einkommensniveau ist, verlässt man schnellen Schrittes die Welt neoklassischer Gesetzmäßigkeiten (z. B. die Entlohnung nach dem Grenzprodukt) und landet bei politisch-institutionellen Kontexten, in denen sich Arenen und Spielregeln der Auseinandersetzung sozialer Gruppen oder bei Marxist\_innen sozialer Klassen herausbilden, was auch stark an kritisch institutionalistische (vgl. Commons 1924) Ansätze erinnert, die der Denkfigur natürlicher längerfristiger Gleichgewichte zuwiderlaufen (vgl. näher Brancaccio 2017). Andererseits wird implizit unterstellt, dass sich Vollbeschäftigung als natürliches Derivat der Preisstabilisierung und angebotsorientierter Reformen ergebe.

Doch auch die Trennung von kurzer und mittlerer Frist gerät ins Wanken. Konnte man im AS-AD-Modell angeben, wie sich von der Jetztkonstellation nach Umsetzung der Wirkungskette in der mittleren Frist das natürliche Gleichgewicht (wieder) einstellte, so käme man nach den weiteren Erfahrungen der Finanzkrise zu dem Ergebnis, dass es über viele Jahre zu keinem selbstadjustierenden *return to normal* kommt.

Forschungen v. a. zur jüngsten Finanzkrise ergaben zudem, dass Hystereseeffekte vorliegen (vgl. De Long/Summers 2012 und Fatas/Summers 2016, aber auch z. B. bereits Mitchell/Muysken 2008). Sogar Blanchard et al. gehen nach der Finanzkrise von einer mittlerweile recht flachen Phillips-Kurve aus (vgl. Blanchard et al. 2015), Stabilisierungs- und Kürzungspolitiken können mit hohen langfristigen Kosten (hohe Arbeitslosigkeit) und einer auch daher sehr unterschiedlichen NAIRU einhergehen, ein niedriger Zins befeuert nicht effektiv die Investitionen usw. Mit diesen Ergebnissen widersprechen Blanchard et al. nicht nur der Darstellung im LB, sondern auch der vorherrschenden EU-Politik nach der Finanzkrise (vgl. Stirati 2016 mit weiteren (Literatur-)Hinweisen zu endogener Produktivitätszunahme durch positive Nachfrageschocks mit Bemerkungen zu nachfrageorientierten Wachstumsmodellen und aktuellen Bezügen zur Eurokrise).

Nur am Rande sei erwähnt, dass dem Theorieumfeld zur NAIRU und der Phillips-Kurve eine indirekte Mitverursachung der Finanzkrise zukommt, da sie als eine Argumentationshilfe zum Zurückbau des Wohlfahrtsstaates, zur Beschneidung des Einflusses der Arbeitnehmerorganisationen und ihrer Lohnforderungen diente, was zur zunehmenden Verteilungsungleichheit und der Kompensation durch hohe Privatverschuldung führte, die ein Auslöser der Finanzkrise war.

Es gab in der Volkswirtschaftslehre keine klare Gegenbewegung gegen die sich seit den 1970er-Jahren durchsetzende markliberale Revolution (zur deutschen Sonderentwicklung des markliberalen Gedankens vgl. Ötsch et al. 2018) wie in den 1930er-Jahren durch den Ansatz Keynes', sodass sich der Eindruck in Wissenschaft und Politik verfestigte, dass alle Versuche, Vollbeschäftigung und eine egalitäre Gesellschaft zu verwirklichen, zum Scheitern verurteilt sind (vgl.

Storm/Naastepad 2012, Kapitel 8, zu den auch durch die NAIRU hervorgerufenen gesamtgesellschaftspolitischen Veränderungen und ihren paternalistisch-autoritären Implikationen).

Das Vorliegen von Hystereseeffekten bedeutet, dass man die schlussendliche Gleichgewichtsposition einer Variablen nicht ohne Einbezug der Dynamik der Prozesse kennen kann, die die Ökonomie zur langfristigen Position führen, und es keine vorab feststehende, einzig stabile Endposition gibt. Auf die Phillips-Kurve bezogen heißt dies, dass die spezifischen Veränderungen der Löhne und Preise im Übergangsprozess auch die Position der schließlich vertikalen Phillips-Kurve beeinflussen. Praktisch kann z. B. eine steigende Arbeitslosigkeit zu einer Qualifikationsentwertung und nach einiger Zeit zur ‚Unbrauchbarkeit‘ führen und die Arbeitskräfte werden dann aus dem Arbeitsangebot ausscheiden.

Einbrüche des Outputs wirken sich bei Hysterese auf den langfristigen Wachstumspfad negativ aus und es gibt insofern, um es zu wiederholen, kein vorab feststehendes natürliches Gleichgewicht. Im LB skeptisch beurteilte fiskalpolitische Impulse können daher (statt fiskalisch angezielter Konsolidierung) geboten erscheinen. Ein realistischer Blick in die Welt führt anscheinend alsbald zur Infragestellung liebgewonnener Theoriekonstrukte, an denen die LB-Autoren aber ohne Hinweise auf die kontroverse Fachdiskussion, an der einer der Verfasser selber beteiligt ist, festhalten.

Das modifizierte IS-LM-Modell wird im LB auf jeden Fall als Beziehung zwischen Inflation und Produktion um die Phillips-Kurve ergänzt, die in einem eigenen Zusatzquadranten mit der Inflation auf der Ordinate und der Produktion auf der Abszisse und einer ansteigenden PC-Kurve dargestellt wird (vgl. BI, S. 285). Es fragt sich einmal mehr, ob angesichts von Globalisierung, Outsourcing usw. eine solche Kurve empirisch als ausreichend stabile Beziehung existiert und ob die Globalisierung nicht zu einem über weite Strecken horizontalen Kurvenverlauf führt.

Zumindest ergibt sich, wie schon erwähnt, hinsichtlich der Annahmen eine Inkonsistenz, da das IS-LM-Modell

„eine völlig elastische Anpassung des Angebotes an Nachfrageveränderungen zu konstanten Preisen postuliert (entlang der IS-Kurve besteht Gütermarktgleichgewicht). Während danach die gesamtwirtschaftliche Angebotsfunktion in einem  $P$ - $Y$ -Raum [ $P$ : Preisniveau,  $Y$ : Volkseinkommen] flach verläuft, impliziert die Phillips-Kurve eine positive Steigung, weil der Kostendruck mit dem Beschäftigungsniveau zunimmt“ (Spahn 2016, S. 98).

Galbraith und Darity bieten aus postkeynesianischer Sicht eine realistische und auch diagrammatisch leicht verständliche Alternative zum IS-LM-PC-Modell (vgl. Galbraith/Darity 2005, in Kapitel 13 zum Z-D-Modell).

‚Überhitzung‘ übt im LB Druck auf die Inflationsrate aus, was sich natürlich bei entsprechend angenommenen Kurvenverläufen diagrammatisch leicht augenscheinlich darstellen lässt. Im Unterschied zu früheren, mit der heutigen Realität kaum übereinstimmenden Verhaltensannahmen (v. a. frühzeitig anziehende Löhne), die zu einer weitgehend vertikalen Phillips-Kurve führ-



ten, wird jetzt im LB einmal mehr die Zentralbank in Anschlag gebracht, die den Leitzins bei Inflationsdruck anhebt (vgl. BI, S. 289-290), bis die Produktion auf das Niveau des Produktionspotentials fällt. Konzeptionell recht freizügig wird dieser Gleichgewichtszins mit Wicksells natürlichem Zins in Verbindung gebracht.

Auch der weitere Verlauf des Kapitels zeigt den Aufstieg der EZB zum zentralen Politakteur (vgl. BI, S. 292-303), da die Ausführungen stark auf realwirtschaftliche Auswirkungen der Zinspolitik der EZB setzen, nur die Nullzinsgrenze setzt eine Grenze. Den Zins- und Preisniveaueinstellungen (bzw. Veränderungen der Inflationsrate) wird hier wie in früheren neoklassischen Modellen viel zugetraut, nur hat man es jetzt mit einer deutlich aktiveren Zentralbank zu tun. Man gewinnt den Eindruck, dass sie zum politischen Hauptakteur aufgestiegen ist und sie weitgehend an die Stelle der eigentlich durch Wahlen legitimierten politischen Instanzen tritt (weniger kritisch sieht übrigens Truger (2016) nicht nur diese Ausführungen im LB).

Argumenten für eine fiskalpolitische Stimulierung wird dementsprechend kräftig Wind aus den Segeln genommen, so auch im Folgeunterkapitel zur Haushaltskonsolidierung. Wenn sich angesichts eines externen Schocks die IS-Kurve nach links verschiebt, kann dies auf der PC-Kurve zu einer unerwartet niedrigen Inflationsrate oder sogar Deflation führen, der die Zentralbank mit einer Senkung des Leitzinses begegnet, bis man wieder auf der Zielinflationsrate liegt, was „die Haushaltskonsolidierung nun in attraktiverem Licht erscheinen“ lässt (BI, S. 297). Bedenken von Sparpolitiken angesichts des Sparparadoxons und der Implikationen aus dem 45-Grad-Diagramm werden somit entkräftet und der Studierende mag sich fragen, an welchem Modell man sich denn in Krisensituationen orientieren soll.

Hierzu eigentlich überraschend wird der Hystereseeffekt aufgegriffen (vgl. BI, S. 274-275), demgemäß, wie gesehen, eine Rezession auch langfristige Kosten, z. B. in Form einer dauerhaft niedrigeren Wachstumsrate, haben kann. Sollte dies der Fall sein, wären Fiskal- und Geldpolitik auch langfristig nicht neutral, was aber ansonsten im Text immer behauptet wird. Blanchard hat sich im LB für eine weitgehende Ausklammerung der Diskussion um die wirtschaftspolitischen Folgen aus Hysterese entschieden, auch im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen (vgl. Blanchard/Summers 1986).

Zwar findet sich im LB die interessante Aussage, dass die Gefahr bestehe, „dass höhere Arbeitslosigkeit aufgrund von Hysterese-Effekten letztlich auch die natürliche Arbeitslosenquote ansteigen lässt“ (BI, S. 275; vgl. Ball 2009). Diese Überlegung spielt aber im weiteren Verlauf überhaupt keine Rolle mehr, Pfadabhängigkeiten haben keine Bedeutung (zu im LB ausgesparten Abwärts-spiralen auch als alternative Mikrofundierung vgl. Cohn 2007, Kapitel 5).

Die Autoren behaupten, unter Wegfall der Nullzinsgrenze könne man ggf. eine restriktive Haushaltspolitik rezessionsneutral mit einer starken Senkung des Zentralbankzinses verbinden (vgl. BI, S. 298). Die EZB komme hier mit unkonventionellen Maßnahmen leider an ihre Grenzen, was sich einmal mehr bezweifeln lässt (Helikoptergeld, Direktfinanzierung durch die Notenbank

usw.). Hiermit wird ein Negativurteil über alle Ansätze (einschließlich des ursprünglich keynesianischen) gefällt, die eine aktive fiskalische Rolle des Staates für möglich halten. Auch die Sicht, das Wirtschaftsgeschehen als stete Abfolge neuer, exogener Schocks und dann erfolgreicher Anpassungen zu betrachten, widerspricht der nicht nur keynesianischen Perspektive immanenter Dysfunktionalität des konkurrenzwirtschaftlichen Systems. Die Botschaft des LB lautet einfach: Es gibt realökonomische Gegebenheiten, gegen die Wirtschaftspolitik schlecht ankommen kann; zumindest auf mittlere Frist kommt es sowieso zum bestmöglichen Gleichgewicht.

Aus Raumgründen müssen die Ausführungen zur langen Frist über Wachstum, den Aufbau des Kapitals, technischen Fortschritt, Erwartungen und Konsumnachfrage und Verteilung hier weitestgehend ausgeklammert werden. Es sei nur bemerkt, dass der kritische Stachel der Glücksforschung nicht richtig zur Sprache kommt (und Kahneman konsequent falsch geschrieben wird, vgl. BI, S. 318-319). Angesichts ihrer grundsätzlich marktaffinen Ausrichtung ist das Statement für ein generelles Kapitaldeckungsverfahren bei der Rentenversicherung nicht überraschend (vgl. BI, S. 348-350).

Steigende Ungleichheit wird durch Innovationen erklärt (neue Technologien kombiniert mit niedrigem Arbeitseinsatz), die aber dann auch der Allgemeinheit zugutekommen, außerdem erhöhten sie die soziale Mobilität (Beispiel Kalifornien). Aber auch der Einfluss eventuell dämpfender Institutionen wird anerkannt (vgl. BI, S. 409). Ein besonderes Augenmerk auf Verteilungsfragen ist ihren Ausführungen nicht zu entnehmen.

## 5.7 Effiziente Finanzmärkte und rationale Erwartungen

Kapitel 14 über Finanzmärkte und Erwartungen behandelt neben den üblichen Themen wie Zinsstrukturkurven auch den Aktienmarkt und eine nur leicht eingeschränkte Effizienzmarkthypothese (vgl. BI, S. 436). Allerdings wird dann sogleich widersprüchlich behauptet, man könne als Anleger\_in aus der Vergangenheit lernen, auf welche Nachrichten ‚der Markt‘ reagiere, und hieraus persönlichen Gewinn ziehen (vgl. BI, S. 437), was zu einem wirren Durcheinander führt, da dies laut Effizienzmarkthypothese gerade nicht möglich ist. Später wird auch auf *Sudden Stopps* und die ‚drastischen Stimmungsumschwünge‘ im Euroraum hingewiesen, als die Anleger\_innen nach 10 Jahren Feuerwerk realisierten, dass die Wachstumsraten vor 2007 nicht nachhaltig waren (vgl. BI, S. 551-552; vgl. auch BI, S. 579). So wurde nach diesen Aussagen der Autoren zur Eurokrise also direkt vor der Haustür die Effizienzmarkthypothese (rationale Verarbeitung aller zugänglichen Informationen) infrage gestellt.

Ohne dies im LB näher zu plausibilisieren, können falsche Kursbewertungen, die nicht dem Fundamentalwert entsprechen, auf rationalen Kalkülen beruhen und rationale spekulative Blasen darstellen. Solange die Blase entstehe, handeln Akteur\_innen dann rational. Aber es gebe wahrscheinlich auch irrationale Blasen, die auf übertriebenem Optimismus beruhen (vgl. BI, S. 440). Richtig unklar ist auch die wirtschaftspolitische Conclusio: Blasenbildung sollte bekämpft werden, aber man könne selten ganz sicher sein, ob eine solche vorliegt, und man setze sich bei

Dämpfungsmaßnahmen dem Vorwurf des Abwürgens aus. Aber makroprudentielle Regulation, heißt es im nächsten Satz, könne dazu beitragen, prozyklische Kreditvergabe einzuschränken (vgl. BI, S. 443). Eine ernsthafte Darstellung der Handlungsoptionen und Wiedergabe der Debatte über makroprudentielle Regulation sähe anders aus. Die Studierenden können sehr wenig aus diesem Kapitel an Erkenntnissen über Hintergründe und Handlungsoptionen mitnehmen.

Kapitel 16 behandelt den Zusammenhang zwischen Erwartungen, Wirtschaftsaktivitäten und Politik. Es kommt hier zu einer Neubewertung politischer Handlungsspielräume anhand des IS-LM-Modells. Plötzlich verläuft die IS-Kurve wesentlich steiler, d. h. „[s]elbst ein starker Rückgang des aktuellen Realzinses wird nur einen kleinen Effekt auf das Gleichgewichtseinkommen haben“ (BI, S. 485). Dies passiert, wenn die Erwartungen bezüglich des zukünftigen Realzinses unverändert bleiben. Die Wirkung von Geldpolitik hänge daher entscheidend davon ab, wie sie die Erwartungen beeinflusst. Diesen Erwartungen wird aber im direkten Anschluss an Lucas und seiner ‚Revolution‘ rationaler Erwartungen Rationalität unterstellt, wobei ‚sorgfältiges Überlegen‘ mit ‚rationalen Erwartungen‘ in eins gesetzt wird, d. h. die starken Hintergrundannahmen des Ansatzes kommen nicht zur Sprache.

So werden zukunftsorientierte Erwartungen durch alle verfügbaren Informationen bestimmt und nicht z. B. durch Keynesische *animal spirits*, also sich schnell umkehrende kaleidische, schwer vorhersehbare und launische Meinungs- und Stimmungsumschwünge, von denen sich die Autoren explizit distanzieren (vgl. BI, S. 488). Studierende könnten langsam verzweifeln: Hatten sie anfänglich gedacht, mittels IS-LM und dem 45-Grad-Diagramm stünden dem Staat gewisse Handlungsmöglichkeiten offen, die dann durch die natürliche Arbeitslosigkeit schon stark relativiert wurden, so kann ihm durch Erwartungen als eigenständige Variable nun endgültig ein Strich durch die Rechnung gemacht werden.

Es wird im LB womöglich nicht zufällig der Fall ausgelassen, bei dem die Erwartungen darin bestehen, dass der zukünftige Realzins noch weiter sinken dürfte, was die Geld- und Fiskalpolitik noch effektiver machen würde, was aber der mehr oder weniger latent vertretenen und im Verlauf des LB zunehmenden Politikineffektivitätsthese der Autoren widersprechen würde.

Potentiell idiosynkratische Erwartungen werden im LB als rationale eingefangen und werden durch objektive Informationen geformt. Solchermaßen rationale Erwartungen führen auch bei den Wirkungen des Abbaus eines Budgetdefizits zu neuen Erkenntnissen und zu insgesamt ambivalenten Folgerungen. Es ist jetzt auch möglich, dass eine Stimulierung der privaten Nachfrage durch positive Zukunftserwartungen den Rückgang der Staatsausgaben sofort kompensieren kann (vgl. BI, S. 491); nicht erwähnt wird die Möglichkeit, dass sich die Erwartungen durch den Nachfrageausfall vonseiten des Staates noch mehr eintrüben können.

Diese einseitigen Darstellungen im LB können als Legitimation für Spar- bzw. Austeritätsprogramme dienen, wobei die Autoren noch hervorheben, dass der Abbau von ‚Verzerrungen‘ (sie führen wieder die Arbeitslosenunterstützung an) besonders geeignet sei, positive Erwartungen anzuregen und dysfunktionale Marktprozesse abzubauen. Im Zuge der Eurokrise kann keine

Rede davon sein, dass eine solche Konsolidierung ohne ein tiefes Tal der Rezession in den Krisenländern stattgefunden hätte, aber die Autoren können darauf verweisen, dass es z. B. an der Glaubwürdigkeit der Politik der Länder fehlte. Wiederlegen lassen sich solche Gedankenspiele nicht.

Es spricht für die Autoren, dass sie durchaus die kontroverse Diskussion über die Sparprogramme in Europa ansprechen und dass v. a. im Falle Griechenlands die negativen Fiskalmultiplikatoren wesentlich höher waren als bei der Erstellung der Wachstumsprognosen erwartet worden war. Die negativen Nachfrageeffekte konnten die – die Nachfrage fördernden – positiven Erwartungseffekte nicht kompensieren (vgl. BI, S. 495). Dieses Eingeständnis ehrt die Autoren, aber es hinterlässt die Studierenden sicher etwas frustriert zurück, da sie nicht wissen, was aus alledem unter dem Strich denn nun schlussendlich folgt.

### 5.8 Globaler ‚Freihandel‘ und ‚freie‘ Wechselkurse trotz Kursvolatilitäten und schlechten Gleichgewichten

Ab Kapitel 17 geht es um ‚offene‘ Güter- und Finanzmärkte. Es fällt bei der Beschreibung der Autoren ein gewisses *Framing* auf, da offenen Güter-, Finanz- und Faktormärkten ‚Handelsbeschränkungen‘ entgegengesetzt werden (vgl. BI, S. 504), d. h. die Wortwahl impliziert schon eine gewisse Positiv-Negativ-Bewertung (Offenheit vs. Beschränkungen). Überhaupt ist anzumerken, dass gerade zuletzt vermehrt diskutierte Schattenseiten oder Übertreibungen des Freihandels im Text überhaupt nicht angesprochen werden (vgl. Stiglitz 2002; Rodrik 2011, 2018).

Die Autoren behandeln nur die orthodoxe internationale Handelstheorie. Die Kosten von Anpassungen, Einkommensungleichheiten und die Perspektive der Gewinner\_innen und Verlierer\_innen des Freihandels, die Bedeutung multinationaler Konzerne, die Frage der *terms of trade*, die eventuelle Unterminierung des sozialen Zusammenhalts durch weltweite Arbeitsteilung, Umweltexternalitäten, zunehmende Skalenerträge, unvollkommener Wettbewerb, Optimalzölle, die Geschichte der Handelsvereinbarungen, Immigration, der steuerliche *race to the bottom* und die zunehmend impotenten Staaten wegen mangelnder Politikkoordination, *hot money* und Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten, die tatsächliche, protektionistische Handelspolitik nicht nur der USA im 19. und 20. Jahrhundert, eine eher holistische Perspektive mit Blick auf das Kolonialsystem oder den Merkantilismus und eventuelle Vorteile einer gelenkten Industrialisierung, die problematischen Folgen der Deregulierung der Finanzmärkte und ein Überblick über die sich häufenden Finanzkrisen, all das fällt unter den Tisch (zu ähnlichen Schwächen in anderen LB vgl. Pienkos 1996 und vorbildlich Berg 2017 und vor allem aus heterodoxer Sicht mit zahlreichen analytischen und wirtschaftspolitischen Alternativvorschlägen Cohn 2007, Kapitel 14. S. 203-229; zu den Vor- und Nachteilen von fixen und flexiblen Wechselkursen aus einer weniger ideologischen Mainstreamperspektive vgl. Pugel 2016).

Die deutsche Exportweltmeisterschaft wird notiert, aber saldenmechanische Hinweise zu den Folgen und Nebenwirkungen und das sinnvolle Ziel eines Außenhandelsgleichgewichts sowie die

Debatte um mangelnde inländische Investitionen, z. B. in die Infrastruktur, fehlen (vgl. BI, S. 506-507). Sie erwähnen das Gesetz des einen Preises und die häufig nicht erfüllte Kaufkraftparität, schuld seien Handelsbarrieren, ferner nicht alle Güter handelbar und kurzfristig seien viele Preise starr (vgl. BI, S. 515). Zum Big-Mac-Index werden die enormen Preisunterschiede für das Produkt in verschiedenen Ländern angeführt, er sei aber dennoch ein erstaunlich zuverlässiger Indikator für eine Unter- oder Überbewertung einer Währung.

Diese Aussagen klingen widersprüchlich und die Aussage zum zuverlässigen Indikator kann bezweifelt werden. Die am Warenaustausch gemessen unglaublich hohen täglichen Transaktionsvolumina an den Devisenmärkten und die oft erheblichen Kursvolatilitäten der Währungen werden von ihnen in keiner Weise mit Spekulation in Verbindung gebracht, sondern es wird nur ohne nähere Ausführungen trocken bemerkt, hierfür sei der Kauf und Verkauf von Wertpapieren verantwortlich (vgl. BI, S. 516).

Standardgemäß werden im Kapitel die üblichen Themen wie die Beschreibung der Zahlungsbilanz und die (un)gedeckte Zinsparität usw. abgehandelt. Die denkbaren Probleme offener Finanzmärkte und Vorschläge zu einer institutionellen Einhegung von Zahlungsbilanzungleichgewichten (z. B. Keynes' und neuere Vorschläge zu einer *Clearing Union*) werden mit keinem Wort angerissen (auch nicht auf den Seiten 558-559, wo die Frage von den Autoren selbst kurz gestellt wird). Nur gelegentlich wird die Problematik hoher Überschüsse, aber ohne weiterführende Überlegungen, angetippt, z. B. in einer Box über Ausführungen zu abrupten Umschwüngen von Kapitalströmen (*Sudden Stopps*, vgl. BI, S. 551-552).

Mit einigem Aufwand werden in Kapitel 18 anhand des 45-Grad-Diagramms die Auswirkungen von Im- und Exporten auf den Multiplikator diskutiert. Über Macht- und Herrschaftsverhältnisse im internationalen Handel und der Vorteilssituation der USA durch den Dollar als Weltreservewährung (vgl. die Bemerkungen zu Handelsbilanzdefiziten auf S. 544) wird kein Wort verloren. Da durch die Außenhandelsverflechtungen länderspezifische Fiskalimpulse dank hoher Importquoten verpuffen können, wäre – nicht zuletzt in der EU – eine koordinierte Wirtschaftspolitik hilfreich. Anstatt über Wege zu einer Koordination nachzudenken und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, sehen die Autoren die Politik nur aus der Sicht eines spieltheoretischen Nationalegoisten.

„Länder haben einen großen Anreiz, zunächst zu versprechen, ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren, sie werden sich dann aber in der Regel nicht an ihr Versprechen halten [...], sodass] am Ende die Koordination kläglich im Sande verläuft“ (BI, S. 545). Auch gehen die Autoren entscheidenden Fragen aus dem Weg, z. B. bezüglich der Auswirkungen einer Abwertung, die für einige kriselnde Euroländer als temporärer Austritt zwecks Erholung vorgeschlagen wird. Hier wäre es interessant zu wissen, ob im Zeitalter offener Märkte und bei Gelten der Binnenmarktfreiheiten eine Abwertung tatsächlich die erhofften Stoßdämpfer- und Genesungseffekte entfalten kann.

Die Verfasser entziehen sich der Frage durch die Bemerkung, ohne Kooperation würde eine einseitige Abwertung nur zu wechselseitigen Abwertungsspiralen führen (vgl. BI, S. 549), was auch

ein Problem, aber ein anderes ist (Kapitel 18.4.3 gibt auf die hier gestellte Frage keine Antwort). Im Falle einiger Entwicklungs- und Schwellenländer zeigte sich, dass Abwertungen keine expansiven Effekte auslösten.

Hinsichtlich der Eurokrise nehmen sie immer die Sichtweise des EU-Politestabishments ein: „Der *einzig* Weg dazu bestand in einem Rückgang von Löhnen und Preisen. Das hat sich als sehr langsam und schmerzhaft erwiesen“ (BI, S. 552, kursiv hinzugefügt). Diese Aussage wird mit der scheinkritischen Ansicht verpackt, dass der tatsächliche Abbau dieser Defizite eine schlechte Nachricht sei, da die Produktion dieser Länder deutlich unter ihrem Produktionspotential bliebe. War dann der einzige Weg doch nicht der zu empfehlende? Wieder einmal könnten die Studierenden sich fragen, was diesbezüglich als wissenschaftlich gesicherte Quintessenz gelten kann. Hängen bleibt aber sicher, dass es primär nur über ‚Reformen‘ des Arbeitsmarktes und über Lohnsenkungen gehen kann.

Kapitel 19 erläutert neben dem Mundell-Fleming-Modell und den Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik in offenen Volkswirtschaften das Gleichgewicht auf den Finanzmärkten in üblicher Weise. Die Ausführungen sind rein formal und setzen rationale Akteur\_innen voraus, alles entspricht der ‚ökonomischen Logik‘ (steigende Zinsen verursachen höhere Kapitalimporte usw.). Finanzkrisen, die sich schließlich in den letzten Jahrzehnten häuften, tauchen nicht auf, stattdessen werden Finanzmarktgleichgewichte abgeleitet (vgl. BI, S. 574-584).

Eine erstaunliche Einseitigkeit liegt bei der kurzen Diskussion fester Wechselkurse vor (vgl. BI, S. 585-588), immerhin erlebten die Mitgliedsländer im Bretton-Woods-System über mehrere Jahrzehnte enorme Wachstumsraten trotz der ‚Beschränkungen‘ dieses stufenflexiblen Fixkurssystems. Den Autoren fallen nur negative Seiten zu Fixkurssystemen ein, sie heben nur den Verlust einer autonomen Geldpolitik und das Entfallen der Kontrolle des Zinssatzes hervor (die Tobinsteuer als gewisse Gegenmaßnahme zu diesen Verlusten wird nicht erwähnt).

In einer Box wird kurz auf das EWS eingegangen, das neuerdings wieder von einigen, v. a. heterodoxen, Ökonom\_innen als flexiblere Alternative zum Euro angedacht wird und nach ihrer Ansicht angesichts des womöglich scheiternden Euro Aufmerksamkeit verdiene (vgl. BI, S. 587-588). Leider machen es sich die Autoren recht einfach, da sie die Ereignisse seit der Wiedervereinigung nacherzählen, nicht jedoch der schwierigen Frage nachgehen, ob das stabilitätsorientierte Deutschland im EWS die Führungsrolle übernahm, weil diese Rolle in einem solchen System zwangsläufig auf das preisstabilste Land übergeht. Oder verdankt es sich den damaligen Ansichten und Verhaltensweisen Frankreichs und Italiens, die das deutsche ‚Stabilitätsdogma‘ akzeptierten, da das Paritätengitter ein gewogener Durchschnitt der einzelnen Währungen ist? Hätte sich somit bei anderen Prioritäten die D-Mark anpassen müssen?

Kapitel 20 vertieft die Überlegungen zu den Wechselkursregimen (zur Kritik ihrer Wechselkurs-theorie und die Palette zwar dem Mainstream verpflichteter, aber sich teils deutlich widersprechender Erklärungen vgl. auch Priewe 2017). In der mittleren Frist laufen fixe oder flexible Regime auf die gleiche reale Produktionsmenge hinaus, bei fixen z. B. über Anpassungen des realen

Wechselkurses vermittelt Senkung der inländischen Löhne und Preise, oder wenn nötig überbeherzte Abwertungen, die aber bei einer Ankündigung zu Kapitalabflüssen führen können.

Ihre Annahme des längerfristig gleichen Ergebnisses der Wechselkursregime setzt voraus, dass man die potentiell destabilisierenden Wirkungen heftiger Wechselkursschwankungen bei einem Flexkursregime ausschließt, da diese sich negativ auf die Produktion auswirken können und solche Schwankungen in einem Fixkursregime ggf. nicht aufträten.

Schließlich wiederholen die Autoren noch einmal ihre Ansicht, dass flexible festen Wechselkursen eindeutig überlegen seien. „Dies scheint auch der Konsens zu sein, der sich unter Ökonomen und Wirtschaftspolitikern herausgebildet hat“ (BI, S. 611). Es spricht für die Autoren, dass sie die enttäuschte Erwartung Vieler erwähnen, dass flexible Wechselkurse nicht zu starken Kurschwankungen führen.

Natürlich entsteht die Frage, warum man sich in Europa mit dem Euro zu einem ultrafixen Regime entschieden hat, da das Eurosystem ein Fixkursregime ohne Abwertungsmöglichkeit ist. Die politökonomische Debatte um den Euro wird leider nicht rekapituliert. Jenseits der Mundellschen Überlegungen zu optimalen Währungsräumen ging es aus einer marktliberalen Sicht doch nicht zuletzt von deutscher Seite aus darum, den Euro für alle Mitglieder praktisch zu einer Fremdwährung zu machen, da kein Land auf eigene Rechnung Zugriff auf den Euro haben und die EZB kein *lender of last resort* sein sollte, um so Budgetdisziplin herzustellen, was in der Literatur gerne als *original sin* bezeichnet wird. Die ökonomisch sehr interessanten und bildsamen vielfältigen Hintergrundreflexionen zur Euroeinführung werden den Studierenden leider vorenthalten.

„Ein Land, das sich für flexible Wechselkurse entscheidet, muss die Tatsache akzeptieren, dass es im Zeitablauf großen Schwankungen des Wechselkurses ausgesetzt sein wird“ (BI, S. 610). Die Aussage allerdings, dass diese Schwankungen durch die rationalen Reaktionen der Finanzmärkte auf Neuigkeiten über zukünftige Zinssätze und zukünftige Wechselkurse zu erklären sind, lässt hinsichtlich der zu unterstellenden Rationalitätsannahme ein Fragezeichen setzen. (Kurzfristigen) Spekulationswellen, Pfadabhängigkeiten usw. kommt in ihrer Darlegung überhaupt keine Rolle zu (als sehr gut informierte, komplexe und realitätsnahe Darstellung zu den vieldimensionalen Determinanten von Wechselkursentwicklungen vgl. Harvey 2009).

Sie sehen die hohen Kosten der Anpassung des realen Wechselkurses in einigen Euroländern und meinen, „[e]ine drastische Abwertung hätte ihnen geholfen, die Nachfrage zu stimulieren und die Leistungsbilanz zu verbessern“ (BI, S. 613). Diese These wird von einigen Ökonom\_innen vertreten, aber es gibt wie schon erwähnt andere, die bezweifeln, dass eine bloße Abwertung solch segensreiche Wirkungen entfalten könnte, worauf die Autoren nicht hinweisen.

Die Austrittsgefahr habe zu abrupten Kapitalabflüssen und teilweise zu ‚schlechten Gleichgewichten‘ geführt. Leider gehen die Autoren mit keinem Wort auf in diese Richtung weisende theoretische Alternativmodelle zur neuklassischen Ausrichtung der Makroökonomie ein, etwa



Diamonds Kokosnuss-Modell mit einem guten und einem schlechten Gleichgewicht, Howitts Suchexternalitäten- oder Roberts Koordinationsfehlermodell (vgl. Vroey 2016, Kapitel 14). Sie hätten zu anderen wirtschaftspolitischen Folgerungen als der im LB vertretenen Politikineffektivitätsthese geführt.

Die sehr plurale und facettenreiche Reformmaßnahmendebatte zum Euro wird nicht vorgestellt, nur am Ende bemerkt, dass mit der Bankenunion und Schritten zu einer Fiskalunion versucht werde, diese Probleme zu beheben. Eine fundierte Kenntnis der verschiedenen, auch von den Basishypothesen der Denkschulen abhängenden Positionen zu nötigen Reformschritten erlangen die Studierenden durch dieses Kapitel nicht.

### 5.9 ,Sollten Politiker in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt werden?‘

Kapitel 21 trägt die nicht selbstverständliche Überschrift *Sollten Politiker in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt werden?*. Ihre Antwort lautet: ja, definitiv! Das Kapitel ist ein Tiefpunkt des Buches, die Autoren lassen ihrer persönlichen Meinung freien Lauf und ihre Ausführungen sind wenig analytisch. Bisher aufgestellte einfachere Zusammenhänge (IS-LM-Modellempfehlungen in der kurzen Frist, vgl. z. B. die Bemerkungen zu dessen solider Basis auf Seite 167) werden jetzt zunehmend in Frage gestellt.

Die Autoren behaupten, es seien immer lautere werdende Forderungen (von wem?) im Raum, die Entscheidungsfreiheit von Politiker\_innen zu beschränken. Dass mit ihren Überlegungen und Forderungen von einer anderen Seite her die Grundlagen der Demokratie in Frage gestellt werden, kommt den Autoren nicht in den Sinn (vgl. zu diesem Zusammenhang Kuttner 2018). Die Politik der EZB wird als gutes Beispiel dafür angeführt, dass sich die Unabhängigkeit von staatlichen Interventionen auszahle.

Allerdings spielt die EZB, worauf bereits mehrfach kritisch hingewiesen wurde, heute die eigentlich nicht vorgesehene Rolle eines Politikersatzakteurs, der recht unkonventionelle Maßnahmen vornimmt (OMT, QE, Vollzuteilung, Sperrung des griechischen Bargeldbezuges usw.). Hiermit fällt sie politische Entscheidungen über Wohl und Wehe von Ländern und Bevölkerungsgruppen mit erheblichen Verteilungseffekten, die eigentlich Parlamenten vorbehalten sein sollten, die zudem deutlich über das für sie vorgesehene Mandat (auch im Rahmen der Troika) hinausgehen.

Insbesondere prinzipientreue Marktwirtschaftler\_innen beklagen, dass wir uns mittlerweile in einem System ,monetärer Zentralverwaltungswirtschaft‘ befinden, da durch die Aktionen der EZB eine massive Manipulation und Verzerrung der Preise an den Finanzmärkten erfolgt (vgl. Mayer 2014). Auch lässt sich die ,Unabhängigkeit‘ der Mitglieder des EZB-Rates bezweifeln, die von nationalen Regierungen bestellt werden und die wohl nicht selten Positionen einnehmen, die mit der Interessenlage ihres Heimatlandes nicht im Widerspruch steht. Hat man mit Mario

Draghi, der vorher bei Goldman Sachs tätig war, einen neutralen Sachwalter an erster Stelle stehen?

„Wer wenig weiß, sollte auch wenig tun“ (BI, S. 628). Das gilt in einer komplexen Welt eigentlich fast für alle wirtschaftlichen Akteur\_innen, aber die Autoren beziehen diese Weisheit nur auf die politische Sphäre. Zum *Containment* politischen Einflusses schütten die Autoren Asche auf das Haupt der komplexen Makromodelle (denen sie früher noch mehr zutrauten, vgl. z. B. BI, S. 99), die gelegentlich trotz gleicher Modellierung zu ausgesprochen unterschiedlichen Politikempfehlungen gelangen. Es bestehe einfach eine substantielle Unsicherheit über eintretende Effekte, daher sollten die Entscheidungsträger\_innen besser eher weniger tun (vgl. BI, S. 630).

Es wird nicht erörtert, ob die vorliegenden, komplexen Makromodelle (IS-LM-PC-Versionen) nicht auch methodologisch gesehen ein Irrweg sind und sich so ihre wenig hilfreichen Unterschiede in den Politikempfehlungen erklären und nicht andere Herangehensweisen aufzugreifen wären, die von den Verfassern ausgeklammert werden (zur zwangsläufigen Schwäche immer komplexerer Modell vgl. Thornton 2017, S. 27-28). Ob sich die EZB bei ihren Entscheidungen tatsächlich von solchen Makromodellen, wie sie das LB in Ansätzen vorstellt, leiten lässt (vgl. BI, S. 629), kann bezweifelt werden. In ihrem skeptischen Beispiel geht es um die situativ richtige Setzung des Leitzinses. Da man schlecht auf den EZB-Leitzins ganz verzichten kann, an was soll er dann ausgerichtet werden? In ihrer Politikabstinenzthese geraten die Autoren hier etwas in Widerspruch zu ihrer sonstigen Prohaltung zur Politik der EZB nach der Finanzkrise.

Die Politik soll sich also so weit wie möglich zurückhalten, mit Ausnahme von Krisenzeiten wie seit 2007 (vgl. BI, S. 631), d. h. bei Beinbrüchen des Konkurrenzsystems ist die Politik als Feuerwehr gefragt. Tatsächlich zahlte hierbei in den letzten Jahrzehnten immer der bzw. die Steuerzahler\_in die Zeche, was bei den Autoren nicht problematisiert wird. Auch ist jetzt das Jahr 2018 und die unkonventionelle EZB-Feuerwehr ist nach wie vor unterwegs.

Angesichts von fundamentaler Unsicherheit, die aus ihren bisherigen Modellen (außer ihren letztlich wenig aufschlussreichen Ausführungen zu Erwartungen) nicht hervorging, da diese auf hydraulisch-maschinellen Zusammenhängen basierten (obwohl sie jetzt plötzlich die Maschine als Metapher ablehnen, vgl. BI, S. 632), wäre es eine nach Meinung des Verfassers dieser Zeilen konstruktivere Fragestellung, welche Maßnahmen z. B. makroprudentieller Regulation zu unternehmen wären.

Wenn man nicht genau weiß, in welche Richtung sich dynamisch-evolutive Marktwirtschaften entwickeln und wo die nächsten Gefahren lauern, böten sich z. B. als generelle Vorsichtsmaßnahme drastisch höhere Eigenkapitalanforderungen an (z. B. eine *leverage ratio* von 25 Prozent) und die nicht naturgegeben komplexen Finanzmärkte könnte man u. a. durch eine Finanztransaktionssteuer schrumpfen, die auch das Algotrading und das Derivatevolumen (selbst bei einem sehr geringen Steuersatz, wenn er sich auf den Nennwert der Transaktionen bezieht) relevant ausstoppen würde. Auch könnte man überlegen, was eigentlich gegen eine Haltedauer von einem Tag spräche, was einer Revolution gleichkäme?

Von solchen und anderen Reformvorschlägen erfahren die Studierenden überhaupt nichts. Nur die einseitig politiknegativistische Position von *Public Choice* wird konsequent entfaltet, gemischt mit spieltheoretischem Vokabular, das reale Interessenkämpfe durch Abstraktion ausblendet (zur generellen antistaatlichen Grundhaltung in der Volkswirtschaftslehre vgl. Sekera 2018).

Aus dem Phänomen der Zeitinkonsistenz leiten die Autoren ohne größeren logischen Zusammenhang ab, die Politik solle gar nicht erst versuchen, die Arbeitslosigkeit unter die natürliche Rate zu senken (vgl. BI, S. 635). Zwar stellte sich zuvor heraus, dass man trotz Verwendung gleicher Modelle nicht den richtigen Leitzins ermitteln könne, aber in Bezug auf die ‚natürliche‘ Rate der Arbeitslosigkeit scheint dieses Problem nicht zu bestehen (dann aber auf Seite 646 verwirrenderweise doch), obwohl diese – auch nach Ansicht der Autoren – ein kompliziertes, nicht direkt beobachtbares Konstrukt ist.

Sie fordern jedenfalls ‚konservative Zentralbanker‘, die nicht bereit sind, mehr Inflation im Austausch gegen weniger Arbeitslosigkeit zu akzeptieren (BI, S. 637). Solche Aussagen wurden aus früheren Auflagen übernommen, obwohl das momentane, offizielle Ziel der Notenbank\_innen darin besteht, angemessene Inflation hervorzurufen (Blanchard forderte nach der Finanzkrise bekanntlich vier Prozent). Das Lob der konservativ-unabhängigen Zentralbanker\_innen müsste eigentlich etwas dadurch relativiert werden, da sie die Finanzkrise mit verursacht haben, indem sie eigentlich angemessene Bewertungsabschläge (*haircuts*) auf die hinterlegten Sicherheiten (*collaterals*) bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften über ein halbes Jahrzehnt nicht erhoben und den aufgehübschten Urteilen der Ratingagenturen vertrauten und z. B. griechische Staatsanleihen nicht frühzeitig mit Abschlägen versahen, was in wenigen Minuten zu erhöhten Zinsen auf griechische Staatsanleihen geführt hätte.

Abschließend fordern sie ausgeglichene Staatshaushalte und dass die Staaten Überschüsse erwirtschaften sollen (vgl. BI, S. 646). Dass dies saldenmechanisch gesehen nur geht, wenn sich ein anderer Sektor verschuldet oder entsprechende Exportüberschüsse erzielt werden, wird mit keinem Wort erwähnt (vgl. Schmidt 2017 als Beispiel für eine auch didaktisch gelungene Einführung in die Saldenmechanik). Es wundert kaum, dass auf ihre konservativ-liberalistische Sicht die Literaturempfehlung eines Buches von Buchanan und Wagner folgt (vgl. BI, S. 651).

Im Grunde vertreten die Autoren, wenngleich mit neuen Versatzstücken, die gleiche marktapo-logetische Sicht, gegen die sich Keynes mit seinem Hauptwerk 1936 wandte, nur ergänzt durch die Rolle der Zentralbank als Ausputzer in der Not und kreativem Akteur zur Herbeiführung guter Gleichgewichte (vgl. BI, S. 674 zu Draghis OMT-Versprechen), angereichert durch Einsprengsel aus Neuklassik, Neukeynesianismus, Monetarismus und Angebotsökonomischen Elementen.

Kapitel 17 soll eine Zusammenfassung zur Fiskalpolitik sein, es handelt sich aber unverblümt um den Entwurf der von den Autoren gewünschten Politik und im Grunde um einen regelrecht neuen Anlauf, da viele Ergebnisse der Politikoptionen, die sich v. a. in der kurzen Frist ergaben,

jetzt erneut aus anderen Perspektiven infrage gestellt werden. In längeren formalen Ausführungen berechnen sie die staatlichen Budgetrestriktionen und die Arithmetik der Schuldenquote, ohne allerdings die Möglichkeit der Direktfinanzierung durch eine Zentralbank, die schließlich das institutionelle Produkt staatlichen Handelns ist, ins Auge zu fassen. Die Autoren beklagen die weltweiten hohen Verschuldungsgrade, allerdings nur die Staatsverschuldungen. Die exorbitanten Privatverschuldungsquoten finden überhaupt keine Erwähnung, geschweige denn Erklärungen (z. B. als Kompensation für fehlende reale Einkommenserhöhungen).

Die Finanzkrise zeige, dass niedrige Schuldenquoten anzustreben sind, um über fiskalischen Spielraum bei zukünftigen (Finanz-)Krisen zu verfügen (vgl. BI, S. 663). Schocks sind demnach weitgehend unvermeidliche Quasinaturereignisse, denen nicht durch Bankpleiten, Schuldenschnitte, Sondersteuern auf Vermögen usw. bereinigt oder denen durch ein Vollgeldsystem vorgebeugt werden könnte, sondern die – wie in den letzten Jahren üblich – über Ausgaben des Staatshaushalts kollektiviert werden.

Zur Ricardianischen Äquivalenz fahren die Autoren einen Schlingerkurs: Zwar muss der Barwert der zukünftigen Steuererhöhungen letztlich immer gleich der Steuersenkung sein, aber je weiter die kompensierenden Steuererhöhungen in der Zukunft liegen, desto wahrscheinlicher werden die Konsument\_innen diese Belastungen gegenwärtig nicht berücksichtigen (vgl. BI, S. 665-667). Woher aber wissen die Konsument\_innen oder die Politiker\_innen, wann solche Steuererhöhungen erfolgen werden? So können die Verfasser zumindest an der Nichtneutralität von Budgetdefiziten festhalten. Ohne nähere Erläuterung wird dann extrapoliert: „In der langen Frist führt eine höhere Staatsverschuldung zu einer geringeren Kapitalakkumulation und, als Ergebnis, zu einer niedrigeren Produktion“ (BI, S. 667).

Dann geben sie, wieder der momentanen EU-Philosophie entsprechend, als Marschroute aus, dass Defizite in Rezessionen durch Überschüsse in Boomphasen auszugleichen seien. Eine recht skurrile Passage betrifft Kriege und Defizite. Hatte Ricardo sich für eine unmittelbare Steuerfinanzierung ausgesprochen, sodass die Kosten unmittelbar spürbar sind, was die Länge von Kriegen verkürze, so argumentieren die LB-Verfasser, dass eine Defizitfinanzierung die Kapitalakkumulation reduziere, dadurch „werden Defizite zu einer Möglichkeit, einen Teil der Kriegslast an zukünftige Generationen weiterzugeben“ (BI, S. 669). Gilt dieses Argument auch prinzipiell für die Finanzierung des II. Weltkrieges, was die heutigen jüngeren deutschen Generationen betrifft? Auch trügen defizitfinanzierte Kriegsausgaben dazu bei, Steuerverzerrungen zu reduzieren.

Wenn Kriege dann eines Tages durch Steuereinnahmen zu finanzieren sind, bestehen diese Verzerrungen dann nicht dennoch, nur später? Oder wollen die Autoren den bzw. die Leser\_in hier etwa dazu bringen, gegen ihre fadenscheinige Argumentation noch stärker gegen Defizite eingestellt zu sein, indem die Leser\_innen den Autoren dieses Scheinargument nicht abkaufen?

Im Folgenden wird gegen staatliche Defizite noch einmal durch den Verweis auf die Wahrscheinlichkeit schlechter Gleichgewichte (Kapitalflucht), die Überalterung der Bevölkerung und die

steigenden Kosten im Gesundheitswesen nachgelegt. Budgetüberschüsse seien für ein sicheres Morgen notwendig. Es wird der privaten Altersvorsorge das Wort geredet. Die kontroverse wissenschaftliche Diskussion zu diesen Fragen bis weit hinein in den Mainstream wird nicht abgebildet.

Schuldenschnitte werden konsequent einseitig negativ konnotiert (vgl. BI, S. 676), die Behauptung, die Länder würden große Probleme haben, „jemals wieder Kredite aufzunehmen“ (BI, S. 676), ist eine unzutreffende, völlig übertriebene Aussage, die weder für Argentinien stimmt noch nach der Asienkrise auf Malaysia zutrifft oder gegenwärtig für Griechenland gilt.

Auch die Direktfinanzierung und Entschuldung durch die Notenbank ist bereits in der Wortwahl ausgesprochen tendenziös, vom ‚Anwerfen der Druckerpresse‘ und einer ‚gezwungenen‘ Zentralbank ist die Rede. Unsachlich wird gegen Entschuldung durch Gelddrucken argumentiert. Es wird ein recht extremes Beispiel gewählt, nämlich eine Behebung des Defizits von 10 Prozent des realen Einkommens auf einen Streich. Dies führe dann recht wahrscheinlich zur Hyperinflation, Gegenmaßnahmen der Zentralbank durch Ausgabe von Wertpapieren zur Senkung des Geldmengenwachstums werden nicht erwogen.

Der Frage, inwiefern und ob nicht ein Teil der Staatsausgaben über die Notenbank finanziert werden könnte, wird so aus dem Weg gegangen. Generell wird der Staat im LB in seiner Rolle als Investor nur strukturkonservativ und nicht als innovierender Weichensteller vorgestellt, indem er zwar (kurzfristig) mehr oder minder wirkungsvoll die Nachfrage erhöhen mag, aber hiermit keine zukunftsorientierten Ziele und Lenkungswirkungen z. B. für einen *Green New Deal* verfolgt werden. Tatsächlich war der Staat in fast allen heute entwickelten Ländern als oft übersehene gestaltende Kraft tätig (vgl. Mazzucato 2014).

Was empfehlen die Autoren den hoch verschuldeten Eurostaaten? „Die simple Antwort lautet: Es gibt keine einfache Lösung“ (BI, S. 678). Das ist eine zutreffende, aber als Konklusion nach vielen hundert Seiten ‚Theorie‘ doch recht ernüchternde Antwort. Die weiterführende Literatur gibt nicht den Stand der entsprechenden Fachdiskussion wieder, sondern umfasst ausschließlich Beiträge zur Frage, wie man Hyperinflationen stoppen kann.

Kapitel 23 soll eine Zusammenfassung zur Geldpolitik darstellen. Wenig überraschend sollen Zentralbanken primär für stabile, niedrige Inflationsraten mittels einer Zinsregel sorgen (vgl. BI, S. 688). Es wird gefragt, ob sie auch für die Vermögenspreis- und Aktienkursentwicklung und Risiken im Finanzsektor zuständig sein sollten. Ganz zutreffend wird belegt, dass zwischen Geldmengenwachstum von M1 oder M3 und Inflation heute kein enger Zusammenhang besteht und angesichts von Unsicherheiten auf den Finanzmärkten eine rigide Geldmengenpolitik zu sehr schwankenden Zinssätzen führen könnte. Die These, Nachfrageschocks auf Geld- und Finanzmärkten würden durch eine Zinssteuerung automatisch stabilisiert, bedürfte wohl der Relativierung.

Die Aussage, die Zentralbank stelle bei Zinssteuerung „zu dem von ihr festgelegten Zinssatz beliebig viel Liquidität bereit“ (BI, S. 696), trifft praktisch zu. Theoretisch könnte die Zentralbank z. B. über die Anforderungen an die Qualität der zu hinterlegenden Sicherheiten (indirekt) eine auch quantitative Beschränkungspolitik verfolgen, deren eventuelle Folgen zu diskutieren wären (erinnert sei an die restriktive Geldpolitik unter FED-Chairman Paul Volcker).

Die Autoren plädieren für die Taylor-Regel, bei der neben der Inflation auch Rücksicht auf das volkswirtschaftliche Produktionsvolumen zu nehmen sei, was nicht ganz mit der später beschriebenen Strategie der zwei Säulen der EZB übereinstimmt, bei der es nur um zwei unterschiedliche Berechnungsformen zur Einhaltung der geringen Inflationsrate geht. Die offizielle Politik der EZB wird gerafft referiert, aber nicht kritisch durchleuchtet (vgl. BI, S. 705-711). Risiken und Nebenwirkungen der ultraexpansiven Geldpolitik und der unkonventionellen Maßnahmen werden kurz erwähnt, aber nicht vertieft (vgl. BI, S. 711).

Die zwei Seiten zur makroprudentiellen Regulation nehmen zunächst die EZB gegen den Vorwurf in Schutz, sie sei im Vorfeld der sich zusammenbauenden Finanzkrise inaktiv gewesen: Man wollte das Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen usw. Aber an dieser Stelle sprechen sich die Autoren für ein Gegen-den-Wind-lehnen aus (vgl. BI, S. 712). Sie erwähnen dann kurz Beleihungslimits bei Hypothekenkrediten und die Begrenzung von Fremdwährungskrediten. Ferner wird auf die ‚Verschärfungen‘ der Eigenkapitalanforderungen bei Banken im Zuge von Basel III lobend hingewiesen und sie werden für ausreichend gehalten, was nach Meinung des Verfassers dieser Zeilen viel zu wenig ist (ungewichtet sind nur maximal drei bis fünf Prozent vorgesehen).

Auch Kapitalverkehrskontrollen seien denkbar, aber ihre Durchsetzbarkeit sei umstritten. Der kritische wissenschaftliche Diskurs zu Variablen und Problemen makroprudentieller Regulation wird hiermit nur sehr rudimentär gestreift und gibt Studierenden keinen Einblick in die offizielle, geschweige denn in die plural-heterodoxe und zivilgesellschaftliche Diskussionslandschaft.

Die Abschlussworte zur Finanzkrise am Ende des LB, im dogmenhistorischen Kapitel 24, fallen sehr zaghaft und unverbindlich aus. Die Finanzkrise wird als intellektuelles Versagen der Makroökonomie bezeichnet, dann aber bemerkt, einige Ökonom\_innen sahen die Krise doch voraus und die meisten Theorieelemente zum Verständnis der Krise seien vorher bereits vorhanden gewesen.

„Nach fünf Jahren in der Liquiditätsfalle ist klar geworden, dass der übliche Anpassungsmechanismus mit Hilfe von Zinssenkungen außer Kraft gesetzt ist. Es ist auch klar, dass die verfügbaren Optionen - egal ob für Geld- oder Fiskalpolitik - begrenzter sind, als man früher dachte. Wenn es einen Konsens gibt, dann die Überzeugung, dass der Anpassungsprozess zwar im Fall kleiner Schocks und unter normalen Bedingungen funktioniert; dass er dagegen bei außergewöhnlich großen Schocks versagt und der Spielraum für Politik dann begrenzt ist. Es kann lange dauern, bis sich die Wirtschaft von selbst erholt“ (BI, S. 732).

Im Klartext: *Crashes* sind möglich und schlagen voll durch, die Politik kann aber nur sehr begrenzt etwas dagegen unternehmen und für die Bevölkerung und den bzw. die Steuerzahler\_in heißt es, eventuell längere Zeit die Zähne zusammenzubeißen. Das ist eine recht lapidare Botschaft an

den zum Bürgen geschrumpften Bürger bzw. die zur Bürgin geschrumpfte Bürgerin und an Studierende, die sich über viele hundert Seiten durch das LB kämpften. Das hasenfüßige Fazit ist auch nicht überraschend, da wesentliche Reformvorschläge zu den Finanzmärkten sich nicht im Horizont der Verfasser befinden. Hierzu zählen: eine Entflechtung der Megabanken, eine Vollgeldreform, ein Trennbankensystem, die Schrumpfung des Finanzsektors, Verbote z. B. von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (CDS), eine Finanztransaktionssteuer, eine 30-prozentige *leverage ratio* und vieles mehr. Die Studierenden werden durch dieses LB auf den vorherrschenden pragmatisch-strukturkonservativen Krisenmodus eingeschworen.

Angesichts der ‚theoretischen‘ Konzeption des LB kann es auch nur einen seichten Abschluss mit Bemerkungen zu den Finanzmärkten geben: Durch die Einteilung in die kurze, mittlere und lange Frist beteiligen sich die Verfasser an der neuen Restauration des Mainstreams, der sich durch die Betonung der unvermeidlichen Markttendenzen in Richtung der langen Frist auszeichnet.

„Since long-run equilibrium presupposes *full [or natural] employment* and high-capacity utilization, the only way that output can be increased is to increase potential supply [...] They presume a hypothetical long run ‘center of gravity’ for the economy that persists independently of actual short-run moments [...] The formal definition of the long-run in most economic textbooks *assumes equilibrium*. The time frame involves hypothetical rather than historical time. The long run is the hypothetical time necessary for all of the implications of an economic shock to transpire and create a new general equilibrium“ (Cohn 2007, S. 297-298, der in Kapitel 17 eine plural-heterodoxe Alternativsicht entfaltet).

Das hier untersuchte LB folgt weitgehend dieser Logik trotz der üblichen Zuordnung Blanchards zur zweiten Generation der neukeynesianischen Modellierer\_innen, bei ihm nur gelegentlich unterbrochen von gewissen keynesianischen Einsprengseln, die aber an der Grundstruktur nichts ändern. Letztlich bestätigt das LB das Ergebnis von Vroey (vgl. Vroey 2016, S. 64 und 141 und Kapitel 18), dass sich der Keynes der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit nicht mit einem wie immer genau angelegten Walrasianischen Gleichgewichtskonzept synthetisieren lässt.



## 6 Fazit der Analyse makroökonomischer Lehrbücher

Abschließend stellt sich die Frage, ob und welchem Mainstream das LB von Blanchard und Illing entspricht. Beim analytischen Rahmen wurde eine grundlegende Unterscheidung zwischen solchen Ökonom\_innen getroffen, die v. a. in der längeren Sicht die Selbstanpassungskräfte der Konkurrenzwirtschaft unterstellen, und solchen, die dies bezweifeln. Das LB steht eindeutig auf der Seite derer, die die längerfristigen Selbstanpassungsprozesse z. B. unter Hinweis auf die sich durchsetzende natürliche Arbeitslosenrate am Werke sehen.

Sie schwanken zwischen Mainstream I und II, da sie nicht unbedingt von markanten und schnellen Selbstanpassungsprozessen ausgehen, aber geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen ständig Wasser in den Wein gießen und sich oft fragen, ob Nichtstun vonseiten des Staates nicht die bessere Politik wäre und Attentismus nicht auch in der kurzen Frist zu passablen Ergebnissen führen kann.

Mit dieser zwar ambivalenten, aber im Prinzip doch marktapologetischen Haltung entsprechen sie ganz der *New Consensus Macroeconomics*. Die Bausteine der eigentlichen Neoklassik spielen bei ihnen dabei fast keine Rolle, da sie Marktformen, Kostenkurven und andere mikroökonomische Fundierungen konsequent ausblenden und Studierende am Ende keine Ahnung haben, was sich auf den realen Märkten konkret abspielt.

Durch ihre positive Würdigung der aktivistisch-interventionistischen Aktivitäten der EZB im Gefolge der Finanzkrise stellt sich die Frage, ob in diesem LB nicht ein Mainstream III vorliegt, der als *The-New-Normal*-Variante bezeichnet werden könnte, da alle nicht gerade marktwirtschaftlichen Politikmaßnahmen nach der Finanzkrise als der ‚Theorie‘ entsprechend legitimiert werden (Bankenrettungsschirme zur Verhinderung der Realisierung von Vermögenswertverlusten, unkonventionelle Maßnahmen der EZB, de facto Verletzung des Vertrages über die Arbeitsweise der europäischen Union hinsichtlich der *No-Bail-Out*-Vorschrift usw.).

Diese ‚pragmatischen‘ Aspekte werden kombiniert mit einer Ablehnung aktiver Fiskalpolitik und radikalerer Reformen der Finanzmärkte sowie einem Plädoyer für ‚flexible‘ Arbeitsmärkte. Dies kann als Entsprechung zu Mirowskis Beschreibung eines heute vorrangigen, aktiv-gestaltenden Neoliberalismus, der Formen einer „techno-managerial governance“ (Mirwoski 2015, S. 436) annimmt, verstanden werden.

Politökonomisch könnte man dies als Makroökonomie im Dienste der Internationale der Globalisten deuten, zu der die Finanzgroßwirtschaft, die Zentralbanken, die Megacorps, die Medienmultis, die Reichen und das (zumindest bis vor kurzem) in Europa dominierende Groko-Politestablishment gehören, das aus einem bürgerlichen Kernblock mit einer konservativen und einer sozialdemokratischen Partei bestand. Das LB ist insofern Ausdruck eines neuen Regulationsregimes jenseits eines Postfordismus und einer neoliberalen Agenda, die auf einen Minimalstaat zielt.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Was die Kernelemente des Mainstreams (vgl. Kapitel 1) betrifft: M1 wird im LB wie schon erwähnt ausgeklammert. Bei M2 wird die Mikrofundierung nicht für relevant erachtet, implizit – und was Politiker\_innen betrifft explizit – wird optimierend-rationales Verhalten vorausgesetzt und instrumentelles, opportunistisches und strategisches (Spieltheorie) Verhalten unterstellt. M3 entsprechend ist Wachstum die zentrale Zielvariable. Wie M4 unterstellen sie über das Marktsystem erfolgende ökonomische Effizienz, zumindest gibt es natürliche Tendenzen und Tatsachen wie die natürliche Arbeitslosenquote usw., die man wirtschaftspolitisch kaum verändern kann oder sollte. Wenngleich die konkreten Marktprozesse bei ihnen keine große Rolle spielen, so gehen sie doch davon aus, dass es keine bereichsspezifischen Eigenlogiken gibt und den Marktprozessen bzw. ihren makroökonomischen Auswirkungen eine ähnliche Systemlogik innewohnt.

Hinsichtlich M5 vertritt das LB eine merkwürdig mehrzüngige Position durch die Unterscheidung der kurzen, der mittleren und der langen Frist. Staatsversagen wird breit entfaltet, Marktversagen kommt eher als externer Schock und temporärer Betriebsunfall vor, der sich aber nicht wirklich verhindern lässt. Beschränkte Rationalität und z. B. asymmetrische Informationen spielen keine große Rolle. Globale Kapitalmobilität, ‚freie‘ Wechselkurse und Freihandel finden ihre ungeteilte Zustimmung.

M7, Ungleichheit und ihre umfassenden sozialen Kosten wie ein genereller Vertrauensverlust, die Senkung der Lebenserwartung, der Anstieg der Selbstmorde und der Zahl der Gefängnisstrafen, zunehmende Fettleibigkeit usw. (vgl. Wilkinson und Pickett 2016) werden weitgehend ignoriert. Armut und Macht kommen trotz ihres Aufscheinens in der Preissetzungsgleichung im LB praktisch nicht vor.

Geld- und Finanzmärkten (M8) kommt eine bestimmende Rolle zu, allerdings erklären sie die Geldschöpfung nicht bzw. falsch und umständlich. Banken sind reine Finanzintermediäre, der FIRE-Sektor wird in den neueren Auflagen zwar oft angesprochen, aber seine besondere Krisenreife dank positiver Feedbackeffekte nicht tiefer durchleuchtet. Vielleicht am überraschendsten ist, dass die immer offenkundigere Umweltkrise überhaupt nicht thematisiert wird (M9; vgl. Cohn 2007, Kapitel 16 für eine plural-heterodoxe Herangehensweise).

Die bestehenden Institutionen und Politiken sind im LB die unhinterfragte, positiv beurteilte natürliche Ordnung (M10), es fehlt jeglicher Blick über den Tellerrand der aktuellen (Un-)Ordnung hinaus. Als Vorbild gelten den Autoren der *modeling approach* (M11) und ökonometrische Tests, allerdings gegen Ende des LB mit irritierenden Relativierungen (Ablehnung der Maschinenmetapher, begrenzte Präzision der Modellergebnisse usw.). Auch ist die Mathematik die zentrale Nachbarwissenschaft, aber zentrale Bausteine ihrer kleinen Modelle, die sich oft auch widersprechen, deren Differenzen jedoch durch die temporale Auffächerung wie gesehen entschärft werden, unterliegen recht beliebigen Veränderungen, was z. B. die Konstruktion der LM-Kurve, das Weglassen des früher zentralen AS-AD-Modells usw. betrifft.

Aus Raumgründen kann hier kein Abgleich mit den heterodoxen Analysebausteinen erfolgen. Generell lässt sich, am besten unter Verweis auf Cohn (vgl. Cohn 2007), dessen alternatives LB leider im deutschsprachigen Raum völlig unbekannt zu sein scheint, feststellen, dass heterodoxe Bezüge im LB vollkommen fehlen, selbst einfache saldenmechanische Zusammenhänge werden ausgeblendet und der Staat und öffentliche Institutionen aus einer reinen *Public-Choice*-Perspektive interpretiert und nicht als demokratisch legitimierte Handlungsträger, über deren Verbesserung (Lobbyregister, *Cooling-off*-Zeiten usw.) es lohnen würde, sich Gedanken zu machen. So wird einer undemokratischen *Econocracy* (vgl. Earle 2017) Vorschub geleistet.

Resümierend lässt sich festhalten:

- (1) Positiv hervorzuheben ist die Kürzung der Seitenzahlen, die Vielzahl an aktuellen Tabellen, der europäische Fokus, das Eingehen auf die jüngsten Entwicklungen wie die Finanzkrise und Probleme und der wirtschaftspolitische Blickwinkel.
- (2) Das LB steht für einen labilen Syntheseversuch verschiedener Mainstreamschulen (entsprechend der *New Consensus Macroeconomics*) unter fast vollständiger Ausblendung heterodoxer und am Rande des Mainstreams angesiedelter Schulen.

Auch werden Streitpunkte innerhalb des Mainstreams (z. B. zu Fiskaldefiziten) nur gelegentlich kurz angerissen; durch die Unterscheidung der kurzen, mittleren und langen Frist werden unterschiedliche Annahmen über Wirkungszusammenhänge und entsprechende anderslautende wirtschaftspolitische Folgerungen nicht plural kontrastiert, sondern in ein verwirrendes Nebeneinander gezwängt.

- (3) Das LB beschreibt durchgehend positiv die Rettungsmaßnahmen und unkonventionellen Maßnahmen der Politik und der Zentralbanken im Gefolge der Finanzkrise, die noch bis vor Kurzem für undenkbar gehalten wurden; insofern kann man von einem Mainstream III (*The New Normal*) sprechen, bei dem sich nicht unbedingt marktwirtschaftskonforme ‚Unkonventionalität‘ mit den (neo)liberal-konservativen Forderungen flexibler Arbeitsmärkte, ausgeglichener Budgets und konservativer Zentralbanker\_innen paart.
- (4) In der (Fach-)Diskussion befindliche Reformvorschläge (Trennbankensystem, Vollgeld, Helikoptergeld) werden nicht oder nicht sachlich vorgestellt, auch z. B. den Reformvorschlägen von Postkeynesianer\_innen zur Finanz- und Eurokrise wird überhaupt kein Augenmerk geschenkt.
- (5) Das Wachstumsziel steht uneingeschränkt als Ziel obenan, ökologische Fragestellungen kommen überhaupt nicht vor.
- (6) Die Darstellung der sklerotischen EU-Arbeitsmärkte und die negative Darstellung von Mindestlöhnen, Arbeitslosenunterstützung usw. sind tendenziös und entsprechen

nicht dem kontroversen Stand der Fachdiskussion. Probleme des Öko- und Sozialdumpings im heutigen Globalisierungsregime finden keine Erwähnung. In ihrem entfalteten Standardmodell sind Finanzkrisen eigentlich ausgeschlossen, sie können – abgesehen von einer Linksverschiebung der IS-Kurve aufgrund von Risikoaufschlägen – in ihrem Modell nicht vorkommen. Auch die Forderungen von ausgeglichenen Staatsbudgets und gegenwärtig für Deutschland angezeigten Überschüssen und das Entfallen der Frage, welchen Budgetrestriktionen der Staat wirklich zwangsläufig unterliegt, vermittelt Studierenden, auch was die begleitenden Literaturhinweise betrifft, eine einseitige Sicht.

- (7) Ungleichheit wird auf technisch-innovative Marktentwicklungen zurückgeführt und weder für problematisch noch für wesentlich veränderbar gehalten.
- (8) Das LB enthält kein Fundament, auf dem die einzelnen Kapitel aufbauen; trotz gewisser Ableitungen (z. B. der IS-Kurve aus dem 45-Grad-Diagramm) stehen die einzelnen Teile meist recht separat nebeneinander, ihre Annahmen und Alternativen werden selten entfaltet und durch die fragwürdige Temporalisierung in Fristen wie erwähnt in eine nur scheinbare Ordnung gebracht. Es gibt kaum plausible oder theoretisch fundierte Angaben zur Dauer der Anpassungsprozesse von der kurzen zur langen Frist und dazu, wie stark und schnell die fundamentalen Attraktoren wie die Phillips-Kurve eigentlich wirken.

Die politischen Empfehlungen widersprechen einander häufig und dürften Studierende verwirren, wenn z. B. im IS-LM-Schema die (hierzu widersprüchliche, da stetig ansteigende) PC-Kurve auftaucht, die v. a. fiskalpolitische Handlungsoptionen plötzlich infrage stellt; auch die Ineinssetzung der – laut Autoren eine eigenständige Rolle spielenden – Erwartungen mit rationalen Erwartungen muss irritieren. Radikale Unsicherheit gibt es trotz aller Bekenntnisse zur Rolle der Erwartungen nicht.

- (9) Die Politik und die öffentliche Sphäre insgesamt werden einseitig negativ dargestellt und je weiter das LB vorrückt, desto mehr wird eine Politikineffektivitätsthese entwickelt. Eine Minimalökonomik des öffentlichen Sektors (üblicherweise mindestens mit öffentlichen Gütern und Externalitätenproblematik, eventueller Industrie- oder Strukturpolitik usw.) sucht man vergebens.
- (10) Die Ausführungen zum Geldangebot und zur Geldnachfrage sind größtenteils verwirrend und zum Teil falsch.
- (11) Trotz der Benennung einiger Ursachenfaktoren, die zur Finanzkrise führten, wird über weite Strecken eine Effizienzmarkthypothese vertreten; immanente Instabilitäten, irrationaler Überschwang, Spekulation usw. spielen keine Rolle.

- (12) Die für die wirtschaftspolitischen Folgerungen zentralen Bausteine, die oft nur diagrammatische Evidenz haben und meist auf nicht gerade einschlägigen Regressionen beruhen, zeichnen sich durch eine gewisse Beliebigkeit aus: Die LM-Kurve ist neuerdings horizontal, die Preissetzungs- und die Lohnsetzungsgleichung sind sachlogisch wie gesehen problematisch (und interdependent). Sie suggerieren eindeutige Gleichgewichte und objektive Konstellationen, die aber andererseits deutlichen Veränderungen unterliegen können wie die natürliche Arbeitslosenquote, auf deren Senkung ex post indirekt geschlossen wird (vgl. BI, S. 260-261), da in den USA die bei unter fünf Prozent befindliche Arbeitslosenquote nicht zur Inflation führt.

Auch könnte man von den Folgerungen aus betrachtet ganz andere und sogar von den wirtschaftspolitischen Konsequenzen her gesehen entgegengesetzte Modelle entwickeln; das im LB anzutreffende Schaubild zur Preissetzungs- und Lohnsetzungsgleichung (vgl. BI, S. 238) fehlt z. B. in Mankiw und Bofingers LB, die ganz andere Schaubilder aufbieten, ganz zu schweigen von den Schaubildern in alternativen LB (vgl. z. B. Goodwin et al. 2014b, S. 300-306; Dullien et al. 2018, S. 427-435).

- (13) Das doch sehr marktkliberale Credo des LB bekundet sich einmal mehr in der Befürwortung von flexiblen Wechselkursen und der (nach Rodrik: Hyper-)Globalisierung ohne Wenn und Aber.
- (14) Schließlich ist die Fokussierung auf formale und mechanische Wirkungszusammenhänge zu erwähnen, die dann in einen gewissen Widerspruch zur autonomen Rolle der Erwartungen und Unsicherheit und guten und schlechten Gleichgewichten tritt. Sie führt aber zur Ausklammerung der Anpassungsdynamiken in der realen Welt und zu vorab feststellbaren Gleichgewichtspositionen. Dennoch empfehlen die Autoren der Politik im Widerspruch hierzu Zurückhaltung, da ihre komplizierten Modelle sehr beliebige Ergebnisse zeitigten (vgl. BI, S. 630-631).

Angesichts seiner auch ideologischen Einseitigkeiten, Inkohärenz trotz hoher Selektivität und Beliebigkeit der Annahmen zu Wirkungsketten kann das LB nicht als Einführung in die Makroökonomie empfohlen werden. Es ist ein Beispiel für „dirty pedagogy“ (Colander/Sephton 1998). Am Fach interessierte Studierende dürften sich wundern, welch eigenartig eklektische und meinungsgetränkte Makroökonomie, die ihnen im Epilog auch noch als konvergierender Korpus nahegelegt wird, hier vorgesetzt wird. Es handelt sich im LB letztlich um „a 95 percent laissez-faire-oriented macro policy“ (Cohn 2007, S. 181), die im Endergebnis nicht allzu sehr vom Mainstream von vor 100 Jahren abweicht, ergänzt durch die Rettungs- und Interventionspolitik der Zentralbank.

Die im LB verstreuten Ansätze könnten allerdings zum Teil in einer anderen Art und Weise durchaus eine Rolle spielen, nicht als Darlegung einer integralen, konsistenten makroökonomischen Theorie, sondern als

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

„a mishmash of [alleged] empirical regularities and reasonable conjectures, and not as *macro theory*[...]. We believe that undergraduate students would better *understand* the models, were these models explicitly presented as a set of engineering models – models developed to deal practically with the difficult dynamic [and political policy] problems that can develop in complex systems, rather than as a set of scientifically grounded models“ (Colander/Rothschild 2010, S. 121-122, die einen guten Überblick über die LB-Entwicklung bieten, wenngleich sie nicht frei von Widersprüchen durch ihre Konzilianz dem Mainstream gegenüber sind).

Aus pluraler Sicht käme es darauf an, dann auch andere plausible Modellspezifizierungen, durchaus auch im Rahmen des neuen makroökonomischen Konsensmodells, vorzunehmen und zu zeigen, dass man auch zu völlig anderen Wirkungsketten und Politikempfehlungen gelangen kann als Blanchard und Illing (vgl. die Beiträge von Wren-Lewis, Chadha, Tamborini, Hein und Howells, alle in Fontana/Setterfield 2010; Hein und Stockhammer bieten dort ein postkeynesianisches Modell, Brancaccio durch einen plausiblen Wechsel zwischen exogenen und endogenen Variablen einen Ansatz aus der Perspektive der *Radicals*, mit politisch-institutionellen Faktoren, indem die Zentralbank zum zentralen Konfliktregulierer wird).

Besonders hervorzuheben ist der Reformulierungsvorschlag von Lavoie, der das Basismodell des LB um vier Aspekte erweitert und auch diagrammatisch übersichtlich zeigt, dass ein mittlerer, flacher Teil der Phillips-Kurve realökonomische Auswirkungen hat und die monetäre Politik dann durchaus den langfristigen Realzins erhöhen und den Output senken kann und dass eine fiskalpolitisch angeregte ökonomische Aktivität ohne Inflation denkbar ist und eine Erhöhung des Wachstums nicht nur von der Angebots-, sondern auch von der Nachfrageseite her erfolgen kann, da z. B. ein knappes Arbeitsangebot und physikalische Grenzen zu Innovationen führen können (vgl. Lavoie 2010).

Der Forderung Colanders und Rothschilds, einen komplexitätsökonomischen Ansatz in den Mittelpunkt der Lehre zu stellen (vgl. Colander/Rothschild 2010), kann nur zugestimmt werden. Ihre basale Kritik aller Einführungs-LB lautet, dass dort so getan wird, als ließe sich die Ökonomie mit wenigen Variablen grundsätzlich ausreichend beschreiben und verstehen. Am Beispiel einer an der Taylor-Regel orientierten Reaktion der Zentralbanken auf die Finanzkrise, die sich tatsächlich nicht an ihr orientierten, sondern viel expansiver agierten, zeigen sie, welche Bedeutung historisch-institutionell-pfadabhängigen Situationsdeutungen zur Formulierung angemessener Politikreaktionen zukommt.

Neben Grundlagen der von ihnen geforderten Komplexitätsökonomie (vgl. Elsner et al. 2015) sollte daher in der Lehre auch der Sinn für eine entsprechende Situationshermeneutik z. B. anhand von realökonomischen Beispielen geschärft werden, bei deren Analyse die Theorieelemente der LB als jeweils mehr oder minder praktikable Werkzeuge zum Einsatz kommen können (einzig Stretton 2000 dürfte einen solchen Kontrapunkt setzen).

## 7 Weitere mikro- und makroökonomische Lehrbücher und Vorschläge für eine pluralistische Mikro- und Makroökonomie

### 7.1 Mikroökonomische Lehrbücher

Es wurden *alle* von Rebhan (vgl. Rebhan 2017, S. 85-89 und 97-101) ermittelten mikroökonomischen LB durchgesehen, die an deutschen Hochschulen in Einführungsveranstaltungen zur Mikroökonomie oder Einführungen in die Wirtschaftswissenschaften/VWL zum Zeitpunkt seiner Recherche im Jahr 2006 verwendet wurden (bei den folgenden Kurzanalysen wurde, wenn möglich, jeweils die neueste Auflage durchgesehen, da Modulhandbücher nur alle paar Jahre aktualisiert werden). Aus Raumgründen kann hier nur auf wenige, dem in der Mikroökonomie sehr homogenen neoklassischen Standardrepertoire nicht weitgehend entsprechende Beiträge kurz eingegangen werden (betriebswirtschaftliche LB wurden ausgeschlossen, spieltheoretisch ausgerichtete enthielten keine Überraschungen). Der in einigen Aspekten alternative mikroökonomische Teil bei Bofinger (vgl. Bofinger 2015) wird kurz bei den weiter nachfolgend behandelten makroökonomischen LB angesprochen. Vorab sei auf die niveauvollen Kritiken der neoklassischen Mikroökonomie von Bumas, Zamagni, Earl und insbesondere Hill/Myatt hingewiesen (vgl. Bumas 1999; Zamagni 1987; Earl 1995; Hill/Myatt 2010).

Stockers Beitrag ist flott und witzig geschrieben, er enthält alle wesentlichen Teilgebiete der Mikroökonomie, allerdings ohne jegliche Formeln und Berechnungen (vgl. Stocker 2013). Das LB ist unverkennbar pro Markt, aber nicht unkritisch (asymmetrische Infos, öffentliche Güter usw.); möglicherweise für Studierende die beste elementare Einführung in das Lehrgebäude des Mainstreams, auch weil der Autor dessen oft implizite Normativität nicht verbirgt.

Böventer/Illing bieten neben dem Standard immerhin das Spinnwebtheorem und sie thematisieren die mögliche Nichtexistenz von Gleichgewichten (vgl. Böventer/Illing 1997). Hoyer/Eibner bringen immerhin den Mitläufer-, den Snob- und den Vebleneffekt sowie Diagramme zu verschiedenen Marktungleichgewichten (vgl. Hoyer/Eibner 2011, S. 154-165 und S. 355-358). Goolsbee et al. enthält ein Kapitel über Verhaltens- und experimentelle Ökonomik (vgl. Goolsbee et al. 2014), auch Bernheim/Whinston geben auf 40 Seiten einen umfassenden Überblick über die Verhaltensökonomik (vgl. Bernheim/Whinston 2014, Kapitel 13).

Perloff behandelt in Kapitel 20 immerhin auch Kontrakte und *moral hazards* (vgl. Perloff 2007). Koutsoyiannis enthält auch Ansätze des *limit-pricing* und in den Kapiteln 13 und 14 *managerial theories of the firm*, Williamsons Modell der *managerial discretion* und die *behavioral theory of the firm* (vgl. Koutsoyiannis 1979, ohne Neuauflage). Das ansonsten einen völlig neoklassischen (und nicht intuitiven, wie der Titel verspricht) Ansatz verfolgende und markoliberal ausgerichtete



LB von Nechyba enthält Kapitel 29 über *What is good: Challenges from psychology and philosophy*, das peripher existentielle Sinnfragen menschlichen Lebens anspricht, aber sofort wieder in neoklassische Denkmuster verfällt (vgl. Nechyba 2017).

Das sehr gefällig geschriebene, abwechslungsreiche LB von Acemoglu et al. bringt auch viele realökonomische Beispiele, die eine ideologiefreie ‚Evidenzbasierung‘ belegen sollen (vgl. Acemoglu et al. 2016). Ansonsten ist ihr Beitrag aber völlig neoklassisch, marktaffin und staatskritisch. Es enthält das Abschlusskapitel 18 über Sozialökonomie, in dem Fairness, Wohltätigkeit, verschiedene Formen des Altruismus, Vertrauen, aber auch Herdenverhalten auf 20 Seiten behandelt werden und behauptet wird, es ergebe sich trotz der in dem Kapitel beobachteten Phänomene keinerlei Widerspruch zum vorher ausgeführten Hauptteil.

Endres/Martiensen hinterfragen die dargebotenen neoklassischen Inhalte auch kritisch hinsichtlich ihres Realitätsgehalts und behandeln den Homo reciprocans, lexikographische Präferenzen, fallende und konstante Grenzkosten, Netzwerkmärkte, Monopolregulierungsformen und asymmetrische Informationen, vgl. Endres/Martiensen 2007). Schumann et al. enthält neben dem traditionellen Kanon auch problematisierende Ausführungen z. B. zum Rationalverhalten, zu Snob-, Veblen- u. a. Effekten (Nachfrageinterdependenzen), das Spinnwebtheorem, die Theorie erschöpfbarer Ressourcen (Hotellingregel), alternative Unternehmenstheorien, Grundlagen der Neuen Institutionenökonomie und gesellschaftspolitische Überlegungen zur präferierten Marktwirtschaft (vgl. Schumann et al. 2007). Hoyer et al. stellen Erweiterungen der Konsumnachfrage vor, bspw. Interdependenzen individueller Nachfrageentscheidungen (Mitläufereffekt, vgl. Hoyer et al. 1993, S. 101-112) und Marktinstabilitäten (inklusive Spinnwebtheorem, vgl. Hoyer et al. 1993, S. 258-267).

Neben den noch folgenden, ausdrücklich plural-heterodoxen LB, die zum Teil bereits im Analyseteil zu den mikroökonomischen LB angesprochen wurden, fallen zwei LB aus dem Rahmen. Müller (vgl. Müller 2011, das LB erschien nicht in einem der üblichen Großverlage) bietet den neoklassischen Kern, aber mit sehr vielen treffenden historischen und dogmengeschichtlichen Bezügen. Er konfrontiert die Modelle mit der ‚Wirklichkeit‘, präsentiert institutionelle Ausgestaltungen (z. B. die soziale Marktwirtschaft) und bietet insgesamt ein recht unkonventionelles und abwechslungsreiches Programm.

Das wohl weitgehend unbekannte LB von Reiß (vgl. Reiß 2007) ist eine Ausnahmeerscheinung. Die dem LB zugrundeliegende These lautet: Die Relevanz einer Theorie kann nur erfasst werden, wenn die sie umtreibenden, ursprünglichen, in der Realökonomie angesiedelten Probleme bekannt sind. So wird die unsichtbare Hand Adam Smiths vor dem Hintergrund Englands im 18. Jh. behandelt, gefolgt von Originaltextstellen aus seinem Hauptwerk. Aber es wird auch unterstrichen, dass die unsichtbare Hand öfters versage. Das gleiche Vorgehen erfolgt zu Ricardo, Malthus, Thünen, Marx und Engels sowie Pareto.

Erst recht spät werden Indifferenzkurven präsentiert und vor dem neoklassischen Nachfrageansatz zunächst die historische Schule angesprochen, dann der Statistiker Engel (Engelkurven) und

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

dann Alfred Marshall einschließlich ihres zeitgenössischen Hintergrundes vorgestellt. Die Unternehmenstheorie wird eingeleitet durch Ausführungen zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, durch American Tobacco als Beispiel veranschaulicht und schließlich Schumpeters, Knights und Coases Ansätze auch mit Originaltexten von ihnen geboten.

Es folgen die traditionellen Unternehmenstheorien (Kostenfunktionen usw.) und es werden die auch kritischen Beurteilungen von Märkten beleuchtet, beginnend mit Lenin und Stalin, gefolgt von den Überzeugungen des Liberalismus und Ordoliberalismus am Beispiel Euckens. Das Idealbild der vollkommenen Konkurrenz wird ausbuchstabiert und die Rolle des Staates in der Neoklassik, im Wohlfahrtsstaat und später anhand des *Public-Choice*-Ansatzes (und einem Textauszug von Anthony Downs) wird erläutert. Der Weltkrieg und die entsprechenden Planelemente werden angerissen, Währungssysteme verglichen, die Weltwirtschaftskrise besprochen, die Spieltheorie basal erklärt und mit dem kalten Krieg in Verbindung gebracht und ein Textausschnitt von Robert Axelrod hinzugefügt. Den Abschluss stellt die ökologische Ökonomie mit einem abschließenden Text von Georgescu-Roegen zur Entropie dar. Ein erstaunliches, originelles und didaktisch wertvoll die Theorien kontextualisierendes LB, das leider keine Beachtung und Neuauflagen erlebte.

Auch das LB von Peter Weise et al. weicht erheblich von den üblichen Mikro-LB ab (vgl. Weise et al. 2005). Es ist in weiten Teilen sehr humorvoll geschrieben und animiert in Form quasisokratischer Dialoge die Studierenden unentwegt dazu, selber über die Themen nachzudenken. Zwar wird in dem LB der traditionelle Kanon abgehandelt, aber keineswegs in marktapologetischer Art und Weise, da die Autoren insbesondere evolutionären Aspekten gegenüber offen sind. Auch werden interessante eigenständige Einteilungen entwickelt (z. B. zu Diskriminierungsmechanismen, vgl. Weise et al. 2005, S. 29). Als primäres Alternativ-LB dürfte sich das leider nicht neu aufgelegte Buch angesichts seiner diskursiven und daher zwangsläufig für Anfänger\_innen etwas unübersichtlichen Anlage weniger anbieten, sicher könnten aber Teile der ‚sokratischen Dialoge‘ gewinnbringend als Anregungen für Tutorien oder als ‚Hausaufgaben‘ für die Studierenden dienen.

Hinsichtlich über in der Lehre in Deutschland hinausgehende Beiträge sei auf die detaillierte Literaturliste zu den Hauptthemen der Mikroökonomie und zur wissenschaftstheoretischen Grundlegung von Lee (vgl. Lee 2010) hingewiesen, der sowohl kurze, geeignete Texte zu den einzelnen Themen aus der Perspektive des Mainstreams als auch darauf Bezug nehmende Texte mit heterodoxen Kritiken auflistet (aus Sicht der *Radicals* vgl. Resnick/Wolff 2011).

Als aktuelle plurale Ergänzung kann der von Rob Larson et al. zusammengestellte Band dienen, der von unterschiedlichen Autor\_innen verfasste, zwei bis drei Seiten umfassende (Zeitschriften-)Artikel zu den grundlegenden mikroökonomischen Themen enthält, die anhand von Gegenwartsbeispielen sehr treffend Einseitigkeiten des neoklassischen Ansatzes hervortreten lassen (vgl. Larson et al. 2017). Sehr gelungen ist die leider nicht neu aufgelegte Einführung von Hassan Bougrine et al., die jeweils Autor\_innen zu Wort kommen lassen, die die neoklassische

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Mikroökonomie befürworten, und dann – kontrastierend – solche, die sie kritisieren (z. B. zur Frage *Is the consumer sovereign? What is the power of advertising?*) (vgl. Bougrine et al. 2010). Die Texte eignen sich v. a. als kontroverse Inputs für Lehrveranstaltungen begleitende Tutorien.

Als ansprechende Grundlage für die Lehre ist auch das LB von Earl/Wakeley zu nennen, das sich ideal als Einführung in eine Kombination aus Mikroökonomie und Management (BWL) eignet (vgl. Earl/Wakeley 2005). Entgegen den oft sehr langweiligen und der dynamischen Realität kaum entsprechenden Einführungen in das Management zeichnet sich das packend geschriebene LB durch eine dynamisch-realistisch-evolutionär-institutionelle Perspektive aus, die auch auf zahlreiche Business Cases zurückgreift (vgl. näher Peukert 2018a, S. 349-350).

Der Beitrag von Susan Himmelweit et al. wird im angelsächsischen Raum gelegentlich als Alternative herangezogen (vgl. Himmelweit et al. 2011). Es ist weniger flüssig geschrieben als Earl/Wakeley 2005. Der neoklassische Ansatz besitze nach ihrer Meinung zwar fraglos einige Stärken, aber er repräsentiere nur eine neben anderen Denkschulen. Den Autor\_innen geht es darum, neben diesem Ansatz auch den institutionalistischen Ansatz kontrastierend vorzustellen. Kapitel 2 präsentiert den neoklassischen Konsumansatz, thematisiert aber bereits lexikographische Präferenzen. Kapitel 3 von Andrew Trigg über *Consumer dependency* behandelt u. a. demonstrativen Konsum, Luxusgüter, Bedürfnismanipulation usw. und eignet sich sehr gut als Ergänzung zur neoklassischen Darstellung aus Sicht des kritischen Institutionalismus.

Kapitel 6 bietet sich mit der Berücksichtigung von Macht und Gender genauso als Ergänzung der Haushaltstheorie an wie Kapitel 7, das *Caring for children* behandelt. Die Kapitel 8-18 stellen Firmen, Märkte, Wachstum usw. aus evolutionärer und (neo)institutionalistischer Sicht vor. Kapitel 13 enthält *Discrimination and segmentation* und kann sicher losgelöst von den anderen Kapiteln des LB Verwendung finden. Die erwähnten Kapitel können als Konzept- und Ideenlieferanten für den Einbau institutionalistisch-evolutionärer Aspekte in Vorlesungen genutzt werden. Kapitel 18 enthält eine verständliche Darlegung und treffende Kritik des allgemeinen Gleichgewichtsmodells (im Anschluss an Walras). Das LB ist insgesamt nicht leicht zu lesen und dürfte sich kaum als heterodoxe Alternative durchsetzen. Die genannten Kapitel bieten aber wertvolle plural-heterodoxe Ergänzungen für mikroökonomische Veranstaltungen.

Als Kontrapunkt zu eher dem Mainstream zuzurechnenden LB ohne längere Wiedergabe der v. a. neoklassischen Inhalte ist der in vielen Kapiteln heterodoxe und oft auch mit erfrischenden Beispielen aufwartende Beitrag von Gerald Friedman zu nennen (vgl. Friedman 2015).

Das LB von Heilbroner/Galbraith ist in den letzten Jahren leider nicht aktualisiert worden (vgl. Heilbroner/Galbraith 1990). Es enthält ohne komplizierte formale Ausführungen zu den die neoklassischen Basisaussagen betreffenden Kapiteln eine Einführung in die Mikroökonomie, die in einem plural-alternativen Bachelorprogramm realistisch als Basislektüre dienen könnte. Undogmatisch, auf keine spezielle Denkschule festgelegt und mit elegantem Schreibstil anerkennen die Autoren die Leistungen von Märkten an. Sie behandeln aber auch Armut, Machtkonzentration, Arbeitslosigkeit, neben Vorteilen auch Nachteile des Freihandels, die anzuerkennende Rolle des

Staates und Entwicklungslinien des Kapitalismus. Sie sprechen offen Meinungsverschiedenheiten unter Ökonom\_innen einschließlich einer kleinen Dogmengeschichte an.

## 7.2 Makroökonomische Lehrbücher

Im Folgenden soll auf weitere LB der Makroökonomie eingegangen werden. Es wurden *alle* von Rebhan (vgl. Rebhan 2017, S. 91-103, Tabellen 5 und 6) ermittelten makroökonomischen LB durchgesehen, die an deutschen Hochschulen in Einführungsveranstaltungen zur Makroökonomie oder Einführungen in die Wirtschaftswissenschaften/VWL verwendet werden. Aus Raumgründen können hier nur wenige Beiträge (wenn möglich auch wieder anhand der neuesten Auflage) kurz angesprochen werden, um dann auf eindeutig plural-heterodoxe LB überzugehen.

Eine nähere Untersuchung verdienen natürlich die verschiedenen, sich im Kern kaum unterscheidenden Varianten und Auflagen des LB von Mankiw (vgl. u. a. Mankiw 2011, 2017 und 2018 sowie Mankiw/Taylor 2014 und 2016), die entweder als rein makroökonomische oder als Mikro- und Makroökonomie umfassende LB produktdifferenziert international im Rennen sind. Laut Rebhan (vgl. Rebhan 2017, S. 93-95 und S. 97-101), der zu Mankiws LB im Rahmen seiner Dissertation eine seiner Bedeutung gerecht werdende umfassende Studie vorlegen wird, überwiegen die Varianten zusammen mit Abstand alle anderen LB in Deutschland (als Kritiken vgl. bereits Peukert 2016, Birks 2014 und die Beiträge von Graupe, Treeck, Jäger, Herr, Lindner, Truger und Prieue in Treeck/Urban 2016).

Bereits zu Anfang der hier kurz vorgestellten Grundzüge (vgl. Mankiw/Taylor 2016) wird anhand von 10 Regeln (z. B. ‚Märkte sind in der Regel gut geeignet, um die volkswirtschaftlichen Aktivitäten zu organisieren‘) ohne jegliche wissenschaftstheoretische Klärung des Status solcher Aussagen gleich zu Beginn eine marktliberal-konservative Sichtweise entfaltet, die in den rein makroökonomischen Varianten (mit Ausnahme der Collegeversion, vgl. Mankiw 2018) entfällt. Trotzdem haben sie – wenngleich mit etwas vorsichtigeren Formulierungen – die gleiche Ausrichtung.

Diese konsequent durchgehaltene Weltanschauung zeigt sich auch besonders deutlich z. B. bei seinen Ausführungen zur politischen Philosophie der Einkommensverteilung in Kapitel 18, in dem nur liberale Varianten erwähnt werden. Sozialstaatliche Einrichtungen kommen im ganzen LB kaum vor, über die Vorzüge des Freihandels bestehe bei allen Fachleuten (trotz Erwähnung der Tatsache, dass es temporär auch einige Verlierer\_innen gebe) Einigkeit. Das BIP sei trotz einiger Kritik ein gutes Wohlfahrtsmaß. Eventuelle Grenzen des Wachstums werden infrage gestellt (vgl. Mankiw/Taylor 2016, S. 22). Gewerkschaften sind durchgängig machthungrige, dysfunktionale Kartelle usw.

Der mikroökonomische Teil enthält ausschließlich die neoklassischen Kerninhalte, der Gesamttext folgt uneingeschränkt M1-M11. Heterodoxe Denkschulen und deren Ansatzpunkte (H1-H11) tauchen neben der kurz abgehandelten, für die sonstigen Kapitel folgenlosen Verhaltensökonomie nicht auf. Wie in den vorherrschenden mikroökonomischen LB (vgl. Peukert

2018a) werden in weiten Teilen das Idealmodell und die Wohlfahrtseffekte der vollkommenen Konkurrenz generalisierend unterstellt, ohne dass deren restriktive Bedingungen Beachtung finden (zur Legitimierung dieses Vorgehens vgl. Mankiw/Taylor 2016, S. 59-60). Das Arbeitsangebot wird neoklassisch aus der Abwägung von Freizeit versus Arbeitsleid, das Arbeitsmarktgleichgewicht aus der Arbeitsangebots- und der Arbeitsnachfragekurve abgeleitet, an späterer Stelle dann marginal die Effizienzlohntheorie gestreift.

Simplifizierend wird in Kapitel 24 der Kreditmarkt über den *Loanable-Funds*-Ansatz aufgezogen, im Folgekapitel weitgehend der Effizienzmarkthypothese das Wort geredet, in Kapitel 26 die Geldschöpfung über den Geldschöpfungsmultiplikator falsch erklärt. Zwei Originalsätze charakterisieren den Duktus und die Weltanschauung Mankiws: „Wir wissen, daß Steuern Anreize verzerren und das Marktergebnis verfälschen [... und] daß die kontinentaleuropäischen Arbeitsmärkte zu den rigidesten der Welt gehören“ (Mankiw/Taylor 2016, S. 1058 und 1085). Im neuen, abschließenden 37. Kapitel wird die zentrale Politikempfehlung ausgesprochen, dass eine höhere Flexibilität auf den Arbeits- und Gütermärkten der EU überfällig sei (vgl. Mankiw/Taylor 2016, S. 1129-1131).

Den theoretischen Hintergrund stellt auch bei Mankiw die *New Consensus Macroeconomics* dar, allerdings wird dies nicht so klar wie bei Blanchard und Illing herausgestellt und von Mankiw eher randständig vorgebracht. Die kurze und die lange Frist werden in den Grundzügen nicht von vornherein und in den Kapitelüberschriften klar getrennt. Dies geschieht aber in den rein makroökonomischen Versionen (vgl. Mankiw 2011, 2017; Mankiw/Taylor 2014). Generell versuchen die LB-Varianten Mankiws im Unterschied zu Blanchard und Illing nicht, die Grundlagen (z. B. in einem dogmenhistorischen Epilog) klar zu benennen und als konvergenten und über die Zuordnung in die kurze oder lange Frist stimmigen Ansatz zu präsentieren.

Anstatt das LB im Laufe der Jahrzehnte einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen, machen sich Mankiw und sein Team weniger Mühe und stücken neuere Theorieentwicklungen ohne größere Konsistenzanstrengungen einfach immer an, was der Konsistenz des über 1000 Seiten umfassenden Konvoluts nicht gut bekommt.

Nachdem vorher makroökonomisch praktisch neben dem marktliberalen Bias kein einer Denkschule folgender Theorieansatz erkennbar war, führt Kapitel 23 über die Erfassung der Arbeitslosigkeit die ‚natürliche Arbeitslosenquote‘ beiläufig an, aber sie wird nicht erklärt; auch hierzu quer stehende Hystereseeffekte werden in einer Infobox ohne Konsistenzanspruch angeführt (vgl. Mankiw/Taylor 2016, S. 712). In Kapitel 27 ab Seite 825 werden die unterschiedlichen Frisigkeiten explizit näher angesprochen und es wird auf die (vermeintliche) Neutralität des Geldes in der langen Frist eingegangen.

Man kann sich fragen, ob die Studierenden in Einführungsveranstaltungen in diesem eher hinteren Teil des LB wohl noch an Bord sind. Die theorietechnisch doch auch entscheidende Phillips-Kurve taucht jenseits der tausendsten Seite auf. In Kapitel 30 werden wiederum im Vorbeigehen und in einem Kapitel über Konjunkturzyklen die neoklassische Makroökonomie und der *Real-*

*Business-Cycle*-Ansatz angesprochen und die Keynesianische Theorie dagegengestellt, die sich durch eine nicht näher bestimmte, längere Anpassungsgeschwindigkeit und starre Löhne und Preise auszeichne. Durch die Kasernierung Keynes' auf die kurze Frist werden plurale Überlegungen zu unterschiedlichen Basishypothesen alternativer Denkschulen vermieden.

Kapitel 31 bringt dann ein – im Vergleich zu früheren Auflagen neues – Kapitel zu IS-LM und dem 45-Grad-Diagramm, in Kapitel 34 kommen dann rationale Erwartungen und in Kapitel 35 die Angebotstheorie hinzu. Dazwischen werden die natürliche Arbeitslosenquote, die längerfristig senkrechte Phillips-Kurve usw. eingestreut, die auch für eine ‚unabhängige‘ Zentralbank spreche, und es werden die unkonventionellen Maßnahmen der FED und der EZB größtenteils befürwortet. Der Übergang von der kurzfristigen zur längerfristigen Phillips-Kurve wird mittels der (teil)adaptiven Präferenzen im Sinne Friedmans und somit deutlich hinter dem Stand der heutigen Sichtweise des Mainstreams erklärt.

Zwar werden bei der LM-Kurve drei Bereiche unterschieden (vgl. Mankiw/Taylor 2016, S. 945), langfristig gilt aber die von Mankiw so bezeichnete klassische Makroökonomie, bei der sich Geldmengenveränderungen nur auf das Preisniveau auswirken. In Kapitel 32 wird anhand von AS-AD gezeigt, dass auch auf Fiskalpolitik reagierende Anpassungsprozesse unrealistischerweise über das Steigen oder Sinken des Preisniveaus erfolgen (vgl. z. B. das Schaubild bei Mankiw/Taylor 2016, S. 979). Anpassungen können u. a. auch durch extern von der Zentralbank vorgegebene Geldmengenveränderungen in die Wege geleitet und die Geld- oder Fiskalpolitik können überhaupt nur vorübergehend zu Abweichungen vom langfristigen (Wachstums-)Pfad führen.

Im abschließenden Kapitel über die Finanzkrise und die Staatsverschuldung in Europa wird der Krisenverlauf rein deskriptiv über Einzelereignisse nacherzählt und gegen Ende wird ein pluraler Eindruck erweckt, indem zwei unterschiedliche Meinungen zum staatlichen Budgetausgleich, zu strukturellen Defiziten und zur europäischen Sparpolitik kurz angeführt werden. Durch das Gesamt*framing* des LB dürfte der bzw. die Studierende aber wohl eher der marktliberaleren ersten Ansicht zuneigen, abgesehen davon, dass der Text jegliche Diskussion denkbarer Reformmaßnahmen der Finanzmärkte vermissen lässt. Am Schluss wird noch eine recht unwissenschaftliche Breitseite gegen die Finanztransaktionssteuer vorgebracht und als wesentliche Quintessenz der Staatsschuldenkrise die überfällige höhere Flexibilität auf den europäischen Arbeits- und Gütermärkten angemahnt.

In den rein makroökonomischen Varianten wird die marktliberal-konservative Patina etwas zurückhaltender aufgetragen und es werden nicht gleich zu Beginn die 10 Regeln präsentiert (mit Ausnahme der kürzeren, bunt bebilderten Collegeversion, vgl. Mankiw 2018, in der die Finanzkrise nicht vorkommt). Auch finden sich dort Epiloge über vier nach Ansicht Mankiws nicht kontroverse und vier umstrittene Aussagen der Makroökonomie und es werden einige Reformvorschläge zur Vermeidung zukünftiger Finanzkrisen zusammengestellt. Die Darstellung legt nahe, dass doch in den USA und in Europa schon sehr viele Regulierungen erfolgten und man auf einem guten Weg sei.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Das Kapitel zum Finanzsystem endet in den nur die Makroökonomie enthaltenden Versionen des LB mit den Worten:

„Nach einer Krise ist es leicht, über die vom Finanzsystem verursachten Probleme zu jammern. Dabei sollten jedoch die großen Vorteile des Finanzsystems nicht übersehen werden. Das Finanzsystem erlaubt es Sparern, den größtmöglichen Ertrag bei niedrigem Risiko zu erzielen. Es gibt Unternehmen die Möglichkeit, neue Geschäftsideen zu finanzieren. Indem es diejenigen, die sparen wollen, mit denen zusammenbringt, die investieren wollen, fördert das Finanzsystem Wirtschaftswachstum und Wohlstand“ (Mankiw/Taylor 2016, S. 721; fast identisch mit der englischen Version Mankiw/Taylor (2014, S. 644).

Dabei ist sogar von niedrigstmöglichem Risiko die Rede. Der Bundesverband deutscher Banken hätte es nicht schöner formulieren können.

Insgesamt sind die LB von Mankiw aus den angedeuteten Gründen aus pluraler und wissenschaftlicher Sicht mangelhaft. Die meisten Versionen haben aber einen großen Vorteil: Den Lehrenden wird kostenlos eine Powerpointversion zur Verfügung gestellt, in der - dem LB-Text entsprechend - den Studierenden auch keine anstrengend-kontroversen Diskussionen vermittelt werden müssen, was auch der weltanschaulichen Ausrichtung der Haltung vieler Lehrender entgegenkommen dürfte.

Mit einer gewissen Spannung nimmt man den Beitrag von David Colander zur Hand (vgl. Colander 2013b, praktisch identisch mit Colander 2017, Kapitel 24-38; aus Raumgründen entfällt hier die Untersuchung seines mikroökonomischen LB, vgl. Colander 2013a und die Kommentierung in Peukert 2018a, S. 340-342), der als einer der exponiertesten und kompetentesten Kritiker eines einseitig verfolgten Mainstreamansatzes gelten darf (vgl. Colander 2015). Mit ansprechenden nur 497 Textseiten soll das LB modern, aber nicht neoklassisch ausgerichtet sein und Institutionen und Wirtschaftsgeschichtliches mitberücksichtigen. Es soll nicht einseitig und auch für andere Denkschulen neben der ‚modernen‘ offen sein und beginnt daher mit einem, wenngleich recht kurzen, Überblick über den Postkeynesianismus, den Feminismus, die österreichische Schule, die *Radicals*, den Institutionalismus und die religiöse Ökonomik (vgl. Colander 2013a, S. XX-XXIII).

„The moral of the story is that there’s nothing necessarily inconsistent among mainstream and heterodox economists’ approaches. Their approaches are simply different ways of looking at the same event. Which approach is most useful depends on what issues and events you are analyzing“ (2013a, S. XXIII).

Dies klingt sehr plural und offenherzig. Er fährt aber z. B. fort: „[T]he class analysis used by radicals is often more appropriate to developing countries than it is to the United States“. Er bemerkt zutreffend: „This book is written from a U.S. point of view“ (Colander 2013a, S. 36) und „[t]he approach I use is what would be called mainstream (it presents the conventional wisdom of economists) both because I’m mainstream and because most economists are as well“ (Colander 2013a, S. XX). Um das Buch des sich als moderaten Makroökonom bezeichnenden Colander einschätzen zu können, lohnt es, seine 15-Prozent-Regel zu erwähnen (vgl. Colander 2013a, S.



IX), die besagt, dass große Verlage LB nur akzeptieren, wenn sie maximal um diesen Prozentsatz vom Mainstream abweichen.

Colander hat diese Regel mit geschätzten 5-10 Prozent übererfüllt (Frank/Bernanke 2009 dürfen diesem Prozentsatz näherkommen), indem er z. B. am Ende von jedem Kapitel nur auf gut einer halben Seite Fragen aus einer anderen Schulrichtung u. a. vom kritischen Denkkollektiv *Dollars and Sense* formulieren lässt, die das vorher Gesagte zumindest implizit kritisch hinterfragen. Sein Ansatz ist weniger formal, algebraische Teile sind meist in einem Anhang untergebracht.

Er erkennt an, dass es in kapitalistischen Ländern sehr große institutionelle Unterschiede gibt; auch finden sich wirtschaftshistorische Teile vom Feudalismus bis heute und gegenwärtige Besitzverhältnisse, Daten und Trends zur internationalen Arbeitsteilung und zur Technologieentwicklung, verschiedene, auch selbstverwaltete Unternehmensformen und *fallacies of composition* werden angesprochen. Er definiert ganz dem Mainstream entsprechend: „Economics is the study of how human beings coordinate their wants and desires, given the decision-making mechanisms, social customs, and political realities of the society“ (Colander 2013a, S. 4, i. O. mit Hervorhebungen).

Im Grunde ist das sehr flüssig geschriebene und nicht einer einfachen marktliberalen Weltsicht folgende LB an der *New Consensus Macroeconomics* orientiert, indem er auf das AS-AD-Modell, die verschiedenen kurz- und langfristigen Phillips-Kurven und die Unterscheidung in die kurze und die lange Frist zurückgreift. Er versucht allerdings, die strikte Trennung zwischen kurzer und langer Frist zu überwinden, was aber nur begrenzt gelingt. Auch die Geldschöpfung (vgl. Colander 2013a, Kapitel 12) wird letztlich nicht ganz klar erklärt. Fiskalpolitik sei nicht wirkungslos, aber mit vielen Problemen behaftet.

Andererseits finden sich auch immer wieder nicht ganz unerhebliche Relativierungen des Mainstreams. So kommt bei ihm in Kapitel 18 angesichts der Globalisierung auch eine horizontal verlaufende Phillips-Kurve vor und die Verlierer\_innen der Globalisierung werden benannt. Er lässt offen, ob freie Wechselkurse nicht doch eines gewissen Managements durch die Politik bedürfen. Insgesamt betrachtet ist Colanders LB aber doch recht deutlich dem Mainstream verpflichtet, allerdings ohne dessen übliche einseitige wirtschaftspolitische Wertungen.

Bofingers Mikro- und Makroökonomie umfassendes, nicht sehr formales, aber dennoch fundiertes und gut verständlich angelegtes LB (vgl. Bofinger 2015; vgl. auch Bofinger/Mayer 2015), für das es auch eine mittlerweile sehr gediegene Powerpointversion für die Lehre gibt, ist laut Rebhan nach den LB Mankiws, wenn auch mit sehr deutlichem Abstand, das v. a. bei Einführungen in die Wirtschaftswissenschaft/VWL am häufigsten angezeigte LB (vgl. Rebhan 2017, S. 93-101).

Es weist eine interessante, eigenständige Ausrichtung auf, die viele Vorzüge der Marktwirtschaft anerkennt, verbunden mit stark keynesianischen Elementen und der Bejahung eines korrigierenden und sozialen Staates. Diese eigenständige Haltung kommt bereits im ersten Kapitel zum

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Ausdruck: Die VWL wird im LB als die Wissenschaft des Marktes definiert, aber auch sofort auf erhebliche Schattenseiten und Rationalitätsfallen und daraus hervorgehende staatliche Aufgaben hingewiesen.

Anhand des als charakteristisch für Markträumung angesehenen *Fixings* bei Aktienmärkten wird der für Marktwirtschaften typische Ausgleich von Angebot und Nachfrage erklärt (was einen Walrasianischen Auktionsprozess impliziert), aber auch die erheblichen Aktienkursschwankungen mit Spekulation und Keynes' Schönheitswettbewerb in Verbindung gebracht.

Das LB weist unzweifelhafte Stärken auf: Es werden übersichtlich sehr viele Daten v. a. zu Entwicklungen in Deutschland und in der EU vorgestellt (z. B. zu Staatsquoten, Statistiken zur Arbeitslosigkeit und Verteilung usw.), institutionelle Gegebenheiten und Zusammenhänge erläutert, Märkte versus Hierarchie in Kapitel 4 über die Neue Institutionenökonomie thematisiert und am Ende jeden Kapitels ein kurzes Charakterbild eines großen ökonomischen Denkers geboten.

Im mikroökonomischen Teil tauchen die zentralen Basiselemente der Neoklassik auf. Hierzu zählen: die subjektive Wertlehre, Konsumentensouveränität, komparative Kostenvorteile, bekannte Indifferenzkurvenverläufe, die übliche Unterscheidung der Marktformen, das Arbeitsangebot anhand des Abgleichs von Freizeit und Arbeitsleid usw. bis hin zur Anwendung der Produzenten- und Konsumentenrentenanalyse auf Wohlfahrtsverluste durch Mindest- oder Höchstpreise oder Steuern. Trotz Verhaltensökonomie sei die Annahme des Homo oeconomicus im Allgemeinen eine sinnvolle Unterstellung. Andererseits werden auch die Schattenseiten der Globalisierung, z. B. mögliche Senkungen des Lohnniveaus unter Rückgriff auf das Heckscher-Ohlin-Theorem und neben der Zahlungswilligkeit auch die sicher häufig nicht vorhandene Zahlungsfähigkeit, angeführt.

Allerdings kommt durch die Übernahme der elementaren Bausteine der neoklassischen Mikroökonomie eine hier nicht näher zu verfolgende Unwucht in das LB, da es wie die üblichen mikroökonomischen LB (vgl. Peukert 2018a) unter der Annahme von ‚Konkurrenzmärkten‘ (die tatsächlich mit vollkommener Konkurrenz gleichgesetzt werden) darauf hinausläuft, dass diese Märkte sich von selbst zum Gleichgewicht hinbewegen, was im Widerspruch zu zentralen makroökonomischen Teilen des LB und z. B. zur Annahme von Rationalitätsfallen steht.

In Kapitel 19 wird der Sinn antizyklischer Fiskalpolitik erläutert, aber auch ihre Schwierigkeiten und entsprechenden Begrenzungsregeln der EU werden (ohne größere Kritik dieser Regeln) erwähnt; zusätzlich wird auf die Probleme eines fehlenden EU-Budgets zur gemeinsamen Fiskalpolitik in Krisensituationen hingewiesen.

Zum Arbeitsmarkt weicht Bofinger in Kapitel 10 von den meisten sonstigen LB deutlich ab. Er unterscheidet klassische und keynesianische Arbeitslosigkeit und tritt der Meinung entgegen, dass durch Mindestlöhne zwangsläufig die Arbeitslosigkeit ansteigt, indem er v. a. Implikationen

des Monopsons und der Effizienzlöhne anführt. Gewerkschaften stärken die strukturell unterlegenen Arbeitnehmer\_innen und den sozialen Frieden, Tarifverträge sorgen für Planbarkeit auch vonseiten der Unternehmen. Gewerkschaften sind keine rücksichtslosen *Insider-Outsider*-Egoisten, die nur das Einkommen der Mitglieder maximieren wollen, sondern sie achten laut Bofinger in Deutschland vornehmlich auf die Beschäftigungssicherheit der Arbeitnehmer\_innen. Die zunehmende Tariffucht wird kritisiert und eine hierzulande lange vernachlässigte produktivitätsorientierte Lohnpolitik wird gefordert.

Als weitere, hervorstechende Besonderheit des LB wird dem Staat in Kapitel 11 eine umfassende allokativen, distributiven und stabilisierenden Rolle zugesprochen. Eine überdurchschnittliche Staatsquote bedeute nicht zwangsläufig eine weniger dynamische Wirtschaft. Aber das von ihm befürwortete Ziel des sozialen Ausgleichs sei eine schwierige Gratwanderung. Gegen Höchstpreise z. B. bei Mieten spreche einiges, auch ein Ausgleich über Steuern und Transfers berge wohlfahrtsökonomische Kosten (auf Seite 389 wird dennoch später die Tobinsteuer positiv erwähnt). Eine Studie des IWF habe schließlich gezeigt, dass von Einkommensumverteilung keine negativen Auswirkungen auf das Wachstum ausgehen, sofern extreme Lösungen vermieden werden (vgl. Bofinger 2015, S. 212).

Auch spricht er sich in Kapitel 13 klar für die vorgestellten deutschen Sozialversicherungssysteme und für ein Umlagesystem aus. In Kapitel 28 über offene Volkswirtschaften resümiert er die traditionellen Ausführungen über verschiedene Wechselkurssysteme, erwähnt aber, wenn gleich eher kurz, neben Zinsdifferenzen zwischen den Ländern andere Einflussfaktoren und dass es für eine Frist von fünf Jahren überhaupt keine realwirtschaftlichen makroökonomischen Variablen gebe, mit denen sich die Bewegungen flexibler Kurse erklären lassen (vgl. Bofinger 2015, S. 569).

Seine moderaten, aber doch vom Mainstream klar abweichenden Ausführungen sind eingebettet in eine erstaunlich rosig-gewogene Darstellung des Ansatzes und der Praxis der deutschen Sozialen Marktwirtschaft im allgemeinen und der Person und Politik Ludwig Erhards im Besonderen sowie der Politik der Deutschen Bundesbank, die gegen alle Anfechtungen das konsequent stabilitätsorientierte ‚Modell D-Mark‘ bis hin zur Konzeption der EZB verfolgte.

Auch überrascht die trotz des die üblichen Inhalte umfassenden Kapitels 14 über Umweltpolitik und gelegentlichen Lobes der Umweltbewegung recht geringe Sensibilität hinsichtlich der ökologischen Begrenzungskrise. „Die Wachstumspessimisten oder -skeptiker sind häufig auch Menschen mit einer geringen Fantasie“ (Bofinger 2015, S. 184). Beim EEG meldet er Reformbedarf in Richtung Auktionsverfahren an und in Kapitel 16 zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung tauchen keine kritischen Argumente hinsichtlich des BIP als Wohlfahrtsmaß auf. Seine Hauptaussage lautet, nachhaltiges Wirtschaftswachstum sei möglich (und erfordere einen produktivitätskonformen Anstieg der Reallöhne).

Der makroökonomische Teil ab Kapitel 15 beginnt im Unterschied zu vielen anderen LB mit dem magischen Viereck und Daten zur Entwicklung seiner Komponenten. In Kapitel 17 zum gesamtgesellschaftlichen Angebot und zur Gesamtnachfrage wird auf das AS-AD-Modell hingewiesen. Es wird aber abgelehnt, da Deflationen über Preisniveausenkungen als Anpassungsmechanismus unrealistisch seien und das Modell die Illusion der selbststabilisierenden Marktmechanismen nähre. Stattdessen wird auf das 45-Grad-Diagramm zurückgegriffen. Seine Kritik am AS-AD-Modell ist recht kurz und eigentlich unzutreffend (auch das IS-LM-Modell wird in Kapitel 24 als überholtes Großvatermodell etwas vordergründig abgebügelt, vgl. die andere Herangehensweise bei Flaschel et al. 2012).

Das IS-LM-Modell kann nämlich so ausgestaltet werden, dass nicht das Preisniveau, sondern die Veränderung der Inflationsrate auf einer Achse steht, und ferner ein langgezogener AS-Bereich unterstellt werden, bei dem der Schnittpunkt der beiden Kurven zunächst weit vor der Vollbeschäftigung liegt, sodass ein fiskalpolitischer Impuls zur Rechtsverschiebung von AD führt, ohne unbedingt Inflation hervorzurufen (vgl. Goodwin et al. 2014b, Kapitel 13).

In Kapitel 18 schlägt Bofinger aber einen theoriearchitektonisch interessanten Weg ein, indem er den Kaufkraftaspekt der Löhne einbezieht, zwischen notionaler und effektiver Nachfrage unterscheidet und entsprechend den Walrasianischen Ungleichgewichtsansätzen einer nachfragebedingten Rationierung auf dem Arbeitsmarkt nachgeht, die – im Unterschied zur kontrastierend auch angeführten klassischen – zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit führt, welche nach Bofinger keine rigiden Löhne und Preise voraussetzt. Hiermit weicht er eindeutig von den vorherrschenden neukeynesianischen Annahmen und Schwerpunktsetzungen ab (Preisrigiditäten und Menükostenargument usw.).

Auch entspricht sein Vorgehen ab Kapitel 22 nicht dem *New Macroeconomic Consensus*, da er nicht von der klaren Unterscheidbarkeit der Vorgänge in der kurzen und langen Frist ausgeht. Die lange Frist ist bei ihm nicht in dem Sinne theorierelevant, als sie längerfristige geld- oder fiskalpolitische Impulseffekte auf vermeintliche langfristige (Wachstums-)Trends verneint. In einer kurzen Bemerkung lehnt er dementsprechend auch die wesentlichen Annahmen der Schule der rationalen Erwartungen und der Real-Business-Schule ab (vgl. die kurzen Ausführungen bei Bofinger 2015, S. 447-448, und dann seine offene Kritik auf den S. 578-579), ohne sich auf eine differenzierende Abgrenzung einzulassen.

Auch in den abschließenden, im Vergleich zu anderen LB eher kurzen Kapiteln 29 und 30 über Determinanten längerfristiger wirtschaftlicher Entwicklung, Wachstum und Wohlstand finden sich zwar Hinweise auf die Bedeutung des Arbeitsvolumens, der Arbeitsproduktivität, des technischen Fortschritts, formeller und informeller Regelsysteme und Normen (North, Weber) usw., aber es wird keine langfristige Konvergenz auf einen durch sie vorgegebenen Wachstumspfad unabhängig von Politikmaßnahmen in der ‚kurzen‘ Frist behauptet.

Eine vertikale Phillips-Kurve gibt es bei ihm entsprechend nicht, wohl aber eine mit dem Output recht linear ansteigende, auf die er zwecks Einbezug der Inflationsvariable meint, nicht verzichten zu können. Er teilt aber nicht die üblichen Implikationen seit Friedman, z. B., dass eine hohe Inflationsrate mit einer niedrigen Arbeitslosenquote zu erreichen sei, und meint, die Arbeitslosenquote hänge von der Arbeitsmarktsituation, der Produktivitätsentwicklung und den Inflationserwartungen ab (vgl. Bofinger 2015, S. 418), was einen Unterschied markiere. Es mag hier offenbleiben, ob man neben der Aufgabe der Kurve ohne Annahme einer zumindest über weite Bereiche flachen Phillips-Kurve nicht zwangsläufig arbeitsmarktpolitisch ins Gegenlager getrieben wird. Mit einem AS-AD-Modell wie bei Goodwin hätte er Inflationseffekte zumindest auch ohne Phillips-Kurve einbauen können.

Ab Kapitel 21 kommt auch die Zentralbank ins Spiel, die die Realzinsen entsprechend einer Taylor-Regel so auszutarieren habe, dass (bei Angebotsschocks) eine Kompromisslösung beim Konflikt zwischen angezielter Inflationsrate und Nachfragestabilisierung erfolgen soll. Er akzeptiert das positive Bild einer am Gesamtwohl über die Taylor-Regel orientierten Zentralbank, die auch als ein unangefochtener zentraler Politakteur, allerdings bei ihm neben der staatlichen Sozial- und Finanzpolitik, ins Zentrum der Politik rückt.

Er fordert für sie die Rolle des *lender of last resort* und befürwortet weitgehend auch die unternommenen unkonventionellen Maßnahmen. Er kritisiert aber an der Taylor-Regel ihre nichtoptimale Feinjustierung, da sie bei Nachfrageschocks keine Outputlücke von Null vorsehe (es muss hier offenbleiben, ob dies im Rahmen auch seiner Modellannahmen realistisch und praktikabel wäre).

In Kapitel 23 behauptet Bofinger, dass er die neukeynesianische Makroökonomie, über die unter Wirtschaftswissenschaftler\_innen weitgehender Konsens herrsche, mit der IS-Kurve, seiner speziellen Phillips-Kurve und der geldpolitischen Taylor-Regel umrissen habe. Diese Aussage ist aber recht anfechtbar, da es bei ihm keine Mikrofundierung gibt, er von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit trotz Preisflexibilität ausgeht, es bei ihm die Konvergenz auf den Langfristpfad und eine vertikale natürliche Arbeitslosigkeit oder NAIRU nicht gibt.

Zum Finanzsystem und zur Finanzkrise hat der Autor in den letzten Auflagen stark nachgebessert. Kapitel 26 behandelt den Geldschöpfungsprozess, Einlagen entstehen durch Kreditvergabe, der Geldschöpfungsmultiplikator lege eine falsche Kausalität nahe. Zufriedenstellend ist das Kapitel aber nach wie vor nicht, da dann doch häufiger der Multiplikator ohne Einschränkung zugrunde gelegt wird und die Zentralbank ohne jegliche Relativierung die Banken über das Bargelderfordernis und die Mindestreserve kontrollieren könne und eine Kreditvergabe immer mit einem Abfluss an Zentralbankgeld verbunden sei (vgl. Brichta/Voglmaier 2013 zu den tatsächlichen Zusammenhängen).

Dementsprechend erfahren dann auch die durch Geldschöpfung der Privatbanken verursachten Kreditbooms und die denkbare Radikalkur durch die Einführung einer Vollgeldreform keine Beachtung und bei der Vorstellung Irving Fishers wird sein entsprechender Vollgeldvorschlag nicht erläutert (vgl. Bofinger 2015, S. 429).

Als Ursachen der Finanzkrise werden in Kapitel 17 niedrige Zinsen im Vorfeld der Finanzkrise, der auch durch Verbriefungen usw. angefachte Bauboom in einigen Ländern, die nach Bofinger erst durch die Lehman-Pleite richtig ausgebrochene Vertrauenskrise und die Eurokrise durch exzessive Privatverschuldung und fehlendes Risikobewusstsein, nicht zuletzt wegen falscher Ratings, erklärt. Als nicht dem Mainstream entsprechende Erklärung kommt bei ihm die Divergenz der Lohnstückkosten hinzu (wobei er Deutschland nicht als Hauptverursacher ausmacht, sondern auch die Defizitländer ihren gewichtigen Anteil haben), was zur Forderung produktivitätsorientierter Lohnpolitiken führt. Es kommt für ihn die in der Literatur so bezeichnete ‚originäre Sünde‘ bei der Konzeption der EZB hinzu, nicht auch als Retter der letzten Instanz hinsichtlich der Staatsanleihen vorgesehen worden zu sein.

Das Insolvenzrisiko durch die *No-Bailout*-Klausel im Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union (AEUV) sei v. a. durch die unkonventionellen Maßnahmen der EZB abgewendet und ein schlechtes Gleichgewicht mit entsprechendem Teufelskreis vermieden worden. Auch sieht er im Unterschied zum Mainstream die (erzwungene) Sparpolitik der Krisenländer sehr kritisch, da sie die makroökonomischen Krisen nur vertieften.

Insofern unterscheidet sich das LB eindeutig von den vorher besprochenen, aber in der Krisendiagnose bleibt es doch auch eher additiv und diskutiert z. B. nicht offenkundige endogene Instabilitäten des (deregulierten) Finanzsystems und ihm innewohnende Selbstverstärkermechanismen, deren allgemeine Logik dann erst in Kapitel 29 über die längerfristige Entwicklung von Volkswirtschaften anhand des Spinnweb-Theorems aufgegriffen wird. So gibt es auch kein Charakterbild Minskys im LB, das mit Adam Smith abschließt (vgl. Bofinger 2015, S. 610). Überraschenderweise präsentiert Bofinger auch überhaupt keine Regulierungsvorschläge für die Finanzmärkte, er gibt keinen Überblick über die kontroversen Diskussionen und Vorschläge verschiedener Denkschulen (vgl. Peukert 2013).

Das LB klammert insbesondere die Neuklassik, Teile des Neukeynesianismus, das neue Konsensmodell, die Neuro-, Informations- und Komplexitätsökonomie, den Altinstitutionalismus, den österreichischen Ansatz, den Postkeynesianismus, die Sozioökonomie, den Regulationsansatz und den Ansatz der *Radicals*, den Neoricardianismus, die ökologische und die feministische Ökonomie weitestgehend aus. Bofinger teilt M1, M3, M9, M10 und doch weitgehend M11. Hinsichtlich M2 hält er zwar den Homo oeconomicus für eine ganz passable Annahme, aber er vertritt zumindest im makroökonomischen Teil keinen methodologischen Individualismus, warnt vor Rationalitätsfallen und hält im makroökonomischen Teil die Mikrofundierung praktisch für entbehrlich, die im mikroökonomischen Teil dennoch breiten Raum einnimmt.

Hinsichtlich M4 unterstützt er zwar die subjektive Wertlehre und z. B. das Angebots- Nachfrage-Schema, aber v. a. bezüglich des Arbeitsmarktes wendet er dieses nicht gemäß der Devise ‚alle Märkte besitzen die gleiche Eigenlogik‘ an. Zwar finden sich Anklänge an eine voluntaristische Sozialkontrakttheorie in seinen Ausführungen zur Sozialen Marktwirtschaft, aber die Tendenz zur Markträumung wird doch auch deutlich durch die Einführung der keynesianischen unfreiwilligen Arbeitslosigkeit trotz flexibler Löhne relativiert.

M5 betreffend vertritt er – trotz der starken Anerkennung der Koordinationsleistungen von Märkten und nur begrenzter Fragezeichen hinter der fortschreitenden Globalisierung - daher einen konzeptionell nicht von vornherein stark eingeschränkten Interventionismus, ohne mit ihm verbundene Probleme und mögliches Staatsversagen zu verschweigen. Zu M6 deutet er mehrfach Meinungsverschiedenheiten in der ökonomischen Profession an, ohne diese zu vertiefen und die Unterschiede seiner Ausführungen zu den heute vorherrschenden (DSGE-)Modelle offensiv anzugehen. Er führt viele Daten und institutionelle Gegebenheiten in der historischen Zeit an, legt aber auch Wert auf kleine formale Darlegungen und Schaubilder.

Er legt großen Wert auf Ungleichheit und Verteilungsfragen (M7, wenngleich weniger im mikro-ökonomischen Teil) und spricht sich für eine konstruktive Rolle der Gewerkschaften aus. Aber Marktmacht an sich und multinationale Unternehmen oder die Armut in Entwicklungsländern kommen neben der Behandlung beim Oligopol und Monopol eher selten vor.

M8 zu Geld und der Finanzsphäre: Er stellt die Geldschöpfung zwar halbwegs zutreffend dar, er könnte aber bei der Erklärung der Finanzkrise etwas systematischere Aspekte und v. a. Regulierungsvorschläge ansprechen. Allerdings werden die fragwürdigen Auswirkungen und begrenzten Erfolge der Sparpolitiken im Euroraum deutlich gemacht. Insgesamt kann das LB trotz der angeführten Einseitigkeiten und Schwächen als durchaus akzeptable Alternative v. a. zu Mankiws LB angesehen werden.

Die LB von Dornbusch et al., Burda/Wyplosz, Samuelson/Nordhaus, McDowell et al., Taylor/Weerapana, Stiglitz/Walsh, Mishkin, Krugman/Wells, Blanchard et al. und Williamson entsprechen trotz einiger unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen von der Ausrichtung her dem LB von Blanchard und Illing hinsichtlich der *New Consensus Macroeconomics* und der marktaffinen Grundhaltung (vgl. Dornbusch et al. 2004; Burda/Wyplosz 2017; Samuelson/Nordhaus 2010; McDowell et al. 2012; Taylor/Weerapana 2012; Stiglitz/Walsh 2013; Mishkin 2015; Krugman/Wells 2017; Blanchard et al. 2017; Williamson 2018). In der Lehre werden sie deutlich seltener eingesetzt als die bisher diskutierten LB (vgl. Rebhan 2017, Kapitel 3).

Barro weicht hiervon insofern ab, als sein LB einen (neuklassischen) *Real-Business*-Ansatz mit durchgängig rationalen Erwartungen zugrunde legt (vgl. Barro 2008; ähnlich Barro/Grilli 1996). Nicht vertreten sind LB, die DSGE-Modelle in den Mittelpunkt stellen und die Mikrofundierung und auch formale Vertiefungen anbieten wie Wickens, dessen LB in der Lehre alleine schon wegen seines Schwierigkeitsgrades kaum zum Zuge kommen kann (vgl. Wickens 2011).



Sie ist bei Arnold (2016) weniger, bei Woll (2011), Siebert/Lorz (2007), Rothengatter/Schaffer (2006) und den wenig formalen, problemorientierten und durchaus anregenden Beiträgen von van Suntum (2013), Beck (2009) und Beck (2012) deutlich stärker ausgeprägt.

Faire und klare Unterscheidungen zwischen den Denkschulen und ihren Basishypothesen finden sich bei Funk, Dorn et al., Baßeler et al., Mussel, Hanusch et al. und Woltmann (vgl. Funk 2008; Dorn et al. 2010; Baßeler et al. 2010; Mussel 2013; Hanusch et al. 2002; Woltmann 2012). Angenehm fallen die LB von Feenstra/Taylor und Gärtner durch ihre nicht einseitigen wirtschaftspolitischen Stellungnahmen auf (vgl. Feenstra/Taylor 2008; Gärtner 2009).

Die Berücksichtigung institutioneller Aspekte weisen die LB von Edling, Knorring und Bartling/Luzius auf (vgl. Edling 2010; Knorring 2010; Bartling/Luzius 2014). Besonders zu erwähnen sind Lampert/Bossert, deren Überblick über die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft als Ergänzung zur Standardliteratur trotz einer gewissen wirtschaftspolitischen Einseitigkeit hinzugezogen werden könnte (vgl. Lampert/Bossert 2011). Welfens setzt neben elementarer Mikro- und Makroökonomie den Schwerpunkt auf die europäische Integration und andere institutionelle Zusammenhänge, dogmengeschichtliche Bezüge (Ordoliberalismus), Wirtschaftsordnungsfragen und das Phänomen Globalisierung (vgl. Welfens 2013). Kirchgässners Beitrag (vgl. Kirchgässner 2000) ist kein LB, sondern behandelt zustimmend, aber auch mit durchaus intelligenten Überlegungen die Annahme des Homo oeconomicus und seine Verwendung in anderen Sozialwissenschaften.

Das kurze LB von Dasgupta ist das einzige, in dem konsequent in allen Kapiteln ein Vergleich zwischen den Lebens- und Produktionsbedingungen von Menschen in ‚hochentwickelten‘ und in Entwicklungsländern vorgenommen wird (vgl. Dasgupta 2007); als Beispiel für die Entwicklungsländer dienen arme Kleinbauer\_innen im Südwesten Äthiopiens ohne Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Es macht die ansonsten in allen LB selbstverständliche Einseitigkeit der LB bewusst, die aus der Sicht ‚moderner‘ Volkswirtschaften geschrieben werden.

Sheehan macht anhand des unterschiedlichen Konsumentenverhaltens und der vorherrschenden Marktsituationen darauf aufmerksam, dass es eigentlich vier recht verschiedene ökonomische Ansätze und nicht nur den (auch noch verzerrten) entwickelter Konkurrenzwirtschaften geben müsste, nämlich einen für die unter absoluter ökonomischer Knappheit lebenden *people of poverty* (30 Prozent der Weltbevölkerung), einen für die *people of adequacy* (60 Prozent) und einen Ansatz für die durch Überfluss und Sättigungserscheinungen gekennzeichneten *people of plenty* (30 Prozent, unter ihnen das eine Prozent der *people of luxury*) (vgl. Sheehan 2010).

Bei der letztgenannten Gruppe sei es so, dass internationale

„corporations instigate markets by the development of products; choose the brand image for the product; propose the prices to be charged; pick the locations in the managed market-place where the products are sold; engage the active persuaders to communicate commercial messages about the products; and rent the space in the mass media where the messages are widely disseminated“ (Sheehan 2010, S. 199-200).

Die vorherrschenden LB operieren mit einem Knappheitsbegriff der *people of poverty*, die übrigens auch im globalen Norden anzutreffen sind, setzen aber ein mögliches Konsumniveau der *people of plenty* voraus und klammern neben Randbemerkungen zur monopolistischen Konkurrenz fast völlig Unterkonsumption als strukturelles Grundproblem der Ökonomien der *people of plenty* aus, der durch massive Marketingpropaganda begegnet werde.

Homann/Suchanek bieten einen konsequent neuinstitutionenökonomischen Ansatz an, demgemäß in Marktwirtschaften gemeinsame und konfligierende Interessen im Wirtschaftsleben konstruktiv vermittelt werden (vgl. Homann/Suchanek 2005). Sie vertreten ein Interaktionsparadigma mit Dilemmastrukturen, die so zu gestalten seien, dass Kooperationsgewinne entstehen. Ökonomische Probleme seien nicht technischen, sondern sozialen Charakters, bei denen es um Kooperation versus Konflikt und um ein Management der Sozialbeziehungen gehe. Wettbewerb habe eine Disziplinierungs-, Entdeckungs- und Entmachtungsfunktion, wobei die Autoren keineswegs frei von marktapologetischen Untertönen sind. Ein oder zwei Grundlagenkapitel eigneten sich aber gut für einen zu den üblichen Darstellungsweisen komplementären, institutionenökonomischen Zugang, der durch einen kritischen institutionenökonomischen Beitrag (z. B. den Veblens oder Commons') ergänzt werden könnte.

Vom Theoriedesign her stechen Rothengatter/Schaffer mit ihrem nicht allzu langen, leider in keiner neueren Auflage vorliegenden LB hervor (vgl. Rothengatter/Schaffer 2008). Es ist nicht explizit heterodox, aber es bringt viele institutionelle Details, beleuchtet Licht und Schatten der Globalisierung, den Klimawandel, vergleicht die Unterbeschäftigungstheorien von Keynes, der Neoklassik und des Monetarismus usw. Die Besonderheit liegt aber im Aufgreifen des Malinvaudschen Ungleichgewichtsansatzes, aus dem sich unterschiedliche Regime der wirtschaftlichen Situation ergeben und man in Abhängigkeit von der jeweiligen Konstellation zu ganz unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Forderungen kommt. Ein solcher Malinvaudscher Regimevergleich könnte auch eine konstruktive Rolle in einem pluralen Curriculum spielen.

Es werden auch die Grundlagen der Evolutorik vorgestellt, wenn auch sehr stark an Hayek und Schumpeter ausgerichtet. Es folgt die Systemdynamikanalyse mit positiven Rückkoppelungen, der bzw. die Walras-Auktionator\_in und die zugrundeliegenden Annahmen und adaptive und rationale Erwartungen, unvollständige Informationen und Spekulationskrisen (Minsky) sowie Spürnasen-, Herden- und Vertrauensroutinen werden thematisiert. Das LB demonstriert, was man alles auf vergleichsweise wenigen Seiten bieten kann.

Carlin und Soskice gehen von einem leicht modifizierten monetären Makromodell mit einer Phillips-, einer IS-, einer Lohnsetzungs- und einer Preissetzungskurve aus (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 91), das, wie gesehen, ähnlich auch bei Blanchard und Illing vorliegt (vgl. Blanchard/Illing 2017, S. 238). Zur Einordnung in den neukynesianischen makroökonomischen Mainstream samt Kritik vgl. Stirati 2018, zur Vorgeschichte und Fachdiskussion zum LB vgl. mit Literaturverweisen Lavoie 2015 und die kritischen Beiträge und Veränderungsvorschläge in Fontana/Setterfield 2010, die

von Carlin und Soskice in der Neuauflage mit einer sekundären Ausnahme nicht aufgegriffen wurden.

Die Verfasser\_innen gehen in ihrem gut verständlichen, aber auch formal v. a. in den Anhängen präzisierenden LB bei der Lohnsetzungsgleichung von einem Effizienzlohnansatz angesichts der Unvermeidbarkeit unvollständiger Verträge aus, der unfreiwillige Arbeitslosigkeit erlaubt. Zudem bringen sie eine Vielzahl von Literaturbelegen und untermauern ihre Aussagen mit Verweisen auf empirische Beiträge. Sie zeichnen v. a. nach der Finanzkrise erfolgende wirtschaftspolitische Diskurse angemessen nach; bei aller Befürwortung werden z. B. auch die evtl. Nachteile von *Quantitative Easing* angeführt (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 489-492).

In der Version des LB vor der Finanzkrise (vgl. Carlin/Soskice 2006) spielen allerdings eventuelle Probleme der Geldpolitik der Zentralbanken und überhaupt Finanzmärkte, oder gar deren potentielle Instabilität, gar keine Rolle. Finanzmärkte kommen einfach nicht vor, nur die Möglichkeit von *bank runs* wird nebenbei erwähnt (vgl. Carlin/Soskice 2006, S. 263-264). Auch bei ihrer Beschreibung der Entwicklung der Ökonomie der USA seit den 1990er-Jahren taucht die Deregulierung der Finanzmärkte nicht auf.

Sie verorten sich als dem vorherrschenden Konsens des „mainstream New Keynesian macro model with microfoundations and rational expectations“ zugehörig (2006, S. IX-X). Sicher auch deshalb sind die Autoren kurz vor Ausbruch der Finanzkrise völlig ahnungslos und bemerken überhaupt nicht den stetigen Aufbau der Instabilitäten vor ihren Augen beim Verfassen des LB. Es ist angesichts dieser Mainstreamverortung schon erstaunlich, dass das als große Alternative geplante LB des Core Team Wendy Carlin die Federführung übertrug.

Insbesondere die neue Version steht aber ohne Frage auf einem deutlich höheren Niveau als die in der Lehre in Deutschland vorherrschenden LB. Es zieht ein Grundmodell konsequent unter innovativem Einschluss offener Ökonomien durch. Explizit werden die Annahmen genannt, wann sich welche Preise und Mengen ändern (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 50). Bei einem Nachfrageschock ändern sich zunächst Output und Beschäftigung, nach der nächsten Lohnrunde die Löhne und bald darauf die Güterpreise.

Außerdem gehen sie auf die Ursachen und den Verlauf der Finanzkrise (Unsicherheit, Herdenverhalten, Kreditrationierung usw.) tiefer ein (wobei offenbleiben mag, ob sie dies erkenntnisfördernd in ihr Basismodell integrieren könnten, vgl. Carlin/Soskice 2015, Kapitel 7, S. 232-260). Sie grenzen sich von den vorgestellten Ansätzen der Neuklassik, der *Real Business Cycles* und neukeynesianischer DSGE-Modelle und z. B. deren Betonung der intertemporalen Substitution zwischen Arbeit und Freizeit als zentraler Variable ab.

Sie vertreten nicht die These einer großen neuen Synthese und unterstreichen, dass ihr Ansatz ein Ungleichgewichtsmodell sei, bei dem nur die Zentralbank rational-vorausschauende Erwartungen bei ansonsten adaptiven Zeitverzögerungen, einer *lagged inflation* und einer nichtvertikalen Phillips-Kurve habe. Die Zentralbank führe nach Schocks primär durch ihre an der Taylor-

Regel orientierte Geldpolitik auf den mittelfristigen Gleichgewichtspfad zurück und stelle insofern den (institutionellen) Mechanismus vor, der die Ökonomie zurück zum Gleichgewicht führt.

Auch enthalten sie sich einfacher markaffiner Rezepte, ihre optimale fiskalpolitische Regel sieht z. B. vor, dass Infrastrukturausgaben durchaus schuldenfinanziert werden können, nicht aber z. B. längerfristige Pensionsverpflichtungen (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 538). Auch werden unterschiedliche ‚Arbeitsmarktregime‘ und institutionelle Arrangements diskutiert und u. a. das extensive deutsche Kurzarbeitergeld nach der Finanzkrise als erfolgreiche institutionelle Maßnahme vorgestellt (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 578-579). Allerdings geht dies nicht aus ihrem Basismodell hervor und sie enthalten sich näherer Ausführungen über die Stärke und die Wirkungstempi der fundamentalen Attraktoren.

Aus pluraler Sicht hinterlässt das LB einen sehr ambivalenten Eindruck, da Instabilitäten (nur) durch externe Schocks hervorgerufen werden, das Beschäftigungsvolumen auf dem Arbeitsmarkt bestimmt wird und Fiskalpolitik und überhaupt dem Staat eine sehr untergeordnete Rolle zukommt, der erst ab Kapitel 14 in Erscheinung tritt. Auch stehen sie Hystereseeffekten skeptisch gegenüber (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 567-568; vgl. aber Stanley 2013). Es gibt zwar keine Geldangebotsfunktion im LB, aber die Geldschöpfung aus dem Nichts wird nicht wirklich erklärt (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 153-154).

Vor allem aber gibt es in ihrem Basismodell eine natürliche bzw. gleichgewichtige Arbeitslosenquote bzw. NAIRU, auf die die Wirtschaftspolitik zielen sollte. Insbesondere durch die Annahme von Preisrigiditäten bestehe ein gewisser Raum für Fiskalpolitik in der kurzen Frist, doch auch das völlige Ausbleiben kontraktiver Effekte dank positiver Erwartungen auf eine staatliche Konsolidierungspolitik sei möglich (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 528-529) und Fiskalkonsolidierung sei auf lange Sicht vorteilhaft für das Wachstum (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 530). Mindestlöhne und Arbeitslosengeld sowie Gewerkschaften und Steuern erhöhen in ihrem Basismodell die natürliche Arbeitslosenquote; sie künstlich senken zu wollen, führe nur zu ständig steigenden Inflationsraten. Sie bringen Schaubilder, die zeigen sollen, dass die flexiblen Arbeitsmärkte in den USA und Großbritannien tatsächlich mit niedrigeren Arbeitslosenquoten einhergehen als in stärker regulierten europäischen Ländern (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 54).

Vroey (vgl. Vroey 2016, S. 239-246) bemerkt wenig überraschend, dass dies doch sehr Friedmans Modell und seinen Politikfolgerungen entspreche und „a striking case of backfiring“ (Vroey 2016, S. 246) sei. Nähme man zudem an, die Arbeitnehmer\_innen würden nicht betrügen und sich mit steten Abwanderungsgedanken tragen, so wäre jeder Punkt auf der horizontalen Preissetzungskurve aus Sicht der Unternehmen ein Gleichgewicht, sodass ohne das ‚egoistische‘ Verhalten der Arbeitnehmer\_innen eine z. B. durch Fiskalpolitik erfolgende Rechtsverschiebung der IS-Kurve und höheren Beschäftigungsstand nicht in eine ungesunde Inflation münden würde. Insofern sind Arbeitnehmer\_innen aus moralökonomischer Sicht an unfreiwilliger Arbeitslosigkeit selber schuld.

Neben diesen unvermeidlichen Folgen des bei ihnen modifizierten Mainstreammodells fragt es sich, ob neben der Stichhaltigkeit der IS-Kurve (Investitionen nur vom Zinssatz abhängig) die Unterstellung gesamtwirtschaftlicher, stabiler und zudem voneinander unabhängiger Lohn- und Preissetzungskurven realitätsnah ist oder nicht. Zur Lohnkurve, die übrigens genau umgekehrt zu den traditionellen Darstellungen ausfällt, bei denen höhere Löhne mit sinkender Beschäftigung einhergehen, führen sie (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 52) Nijkamp/Poot 2005 als empirischen Beleg an.

Deren Studie bezog sich aber nur auf *lokale* Arbeitsmärkte und ihre Autoren betonen, hieraus keinen Zusammenhang zur Phillips-Kurve herstellen zu können, die im LB aber so abgeleitet wird (vgl. Carlin/Soskice 2015, S. 67-68). Eigentlich überrascht ihr Ergebnis, dass bei einer zehnprozentigen Zunahme der Arbeitslosigkeit die Löhne (nur) um 0,7 Prozent sinken. Sie heben die starke Heterogenität von - 0,5 bis + 0,1 hervor; für den Ausnahmefall Südkorea beträgt die Elastizität bescheidene 0,04. Das LB verweist auch auf Blanchflower/Oswald (vgl. Blanchflower/Oswald 1995), die aber auch nur lokale Arbeitsmärkte im Blick hatten und die einen Durchschnittswert von - 0,1 Prozent angeben und bei denen Großbritannien einen Wert von 0,08 aufweist.

Ihr Hinweis auf die theoretische Unterlegung durch Shapiro/Stiglitz (vgl. Shapiro/Stiglitz 1984) lässt unerwähnt, dass diese annehmen, dass *alle* Unternehmen aus effizienzlohnorientierten Überlegungen die Löhne über dem Reservationslohn ansetzen, was zu negativen Externalitäten führt, da dann die Arbeitslosigkeit hoch genug sein muss, um die Arbeitnehmer\_innen dennoch vom Abwandern und Betrügen abzuhalten. So ergeben sich verschiedene Konstellationen, die zur Forderung von Lohnsubventionen und Arbeitslosenversicherungen zur Herbeiführung paretoeffizienter Lösungen führen können. Der Titel ihres subversiven Beitrages weist darauf hin, dass ihr Ansatz eher den Marxschen Überlegungen zur Notwendigkeit einer industriellen Reservearmee als Disziplinierungsinstrument ähnelt als den letztlich effizienzorientierten Überlegungen von Carlin und Soskice.

Es wurde bereits bei der Diskussion des LB von Blanchard und Illing auf Fontana/Setterfield hingewiesen (vgl. Fontana/Setterfield 2010). Der Band enthält einige Alternativmodelle zu dem auch von Carlin und Soskice verwendeten neuen Konsensmodell, die sich bestens für eine plurale Lehre eignen. Besonders hervorgehoben werden soll noch einmal der Reformulierungsvorschlag von Lavoie, der das Basismodell der LB um vier Aspekte erweitert bzw. verändert (vgl. Lavoie 2010).

Er zeigt auch diagrammatisch übersichtlich, dass ein mittlerer, flacher Teil der Phillips-Kurve realökonomische Auswirkungen hat, die monetäre Politik durchaus den langfristigen Realzins erhöhen und den Output senken kann, eine fiskalpolitisch angeregte ökonomische Aktivität ohne Inflation machbar sei und eine Erhöhung des Wachstums nicht nur von der Angebots-, sondern auch von der Nachfrageseite her erfolgen kann, da z. B. ein knappes Arbeitsangebot und physikalische Grenzen zu Innovationen führen können.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Dank der Federführung durch Wendy Carlin beim LB des Core Teams erinnert dieses von George Soros finanziell unterstützte und mehr als 1000 Seiten umfassende, präzise, aber nicht sehr formal angelegte LB mit einem internationalen Verfasserstab an das Kerngerüst von Carlin/Soskice (vgl. Core Team 2017; Carlin/Soskice 2015). An dieser Stelle kann der Inhalt des LB nicht angemessen zusammengefasst werden (zur Entstehungsgeschichte vgl. Sheehan et al. 2015, S. 211-219 und die dort angegebene Literatur).

Es versteht sich als erster Schritt in Richtung eines alternativen Paradigmas, dass auf Keynes' Nachfragetheorie Hayeks Betonung von (asymmetrischen) Informationen und Ansätzen zur sozialen Interaktion (Spieltheorie) basiert, ergänzt durch u. a. Ergebnisse der Verhaltens- und der Institutionenökonomie. Man kann im LB des Core Teams an vielen Stellen durchaus eine nur sehr begrenzt alternative Perspektive herauslesen: Die Mathematik sei nicht alleine relevant, Malthus habe falsch gelegen, da es allen besser gehe und der ökonomische Fortschritt sich in mehr Freizeit und mehr Gütern niederschlage, das Indifferenzkurvenkonzept wird verwandt, Unterschiede in den Arbeitszeiten seien auf unterschiedliche Präferenzen der jeweiligen arbeitenden Bevölkerung zurückzuführen, Blasen und Finanzkrisen werden auf Seite 480 erstmals angesprochen, bereits zu Anfang werden die Segnungen der industriellen Revolution gepriesen usw.

Dennoch weist es qualitativ von den vorherrschenden LB ab, da es mit einem Geschichtsüberblick zur kapitalistischen Revolution beginnt und die Einbettung in den ökologischen Rahmen umfasst (Kapitel 20 zur Umweltökonomie ist allerdings recht zurückhaltend), beim spieltheoretischen Teil auch altruistisches und reziprokes Verhalten einbezogen wird und auch daher eine einseitige mikroökonomische Fundierung vermieden wird, ein Kapitel über Eigentum und Macht gegenseitige Vorteile und Verhandlungsmacht und Pareto-Optimalität und Fairnesskonzepte thematisiert, die vollkommene Konkurrenz erst in Kapitel 7 vorgestellt wird, inklusiv orientierten Gewerkschaften Positives abgewonnen wird, im Teil über Außenwirtschaft und komparative Kostenvorteile auch die Sicht der Verlierer\_innen abgehandelt wird, das ganze Kapitel 19 Ungleichheit umfassend beleuchtet und das recht gelungene Überblickskapitel 17 einen weiten Bogen von der Weltwirtschaftskrise über die goldenen Jahre bis zur jüngeren Finanzkrise spannt. All dies geht nicht nur mit der Präsentation vieler Details einher, sondern auch unter Rückgriff u. a. auf Minsky und positive Rückkoppelungsprozesse.

Zwar enthält das LB die übliche Lohn- und Preissetzungskurve, die Phillips-Kurve sowie die Fristenunterscheidungen, sodass in der langen Frist der Kapitalstock, der technische Fortschritt usw. eine herausragende Rolle spielen. Im Kernkapitel 15 kommen die natürliche Arbeitslosenquote und das Motiv der externen Schocks vor und in gewissem Sinne folgt das LB der Grundlogik des *New Macroeconomic Consensus* (dessen verschiedene Denkschulen überraschenderweise in diesem LB überhaupt nicht diskutiert werden; auch das IS-LM-Schema fehlt). Diese Grundlogik tritt aber nur sehr indirekt und deutlich abgeschwächer als in Carlin/Soskice (vgl. Carlin/Soskice 2015) hervor.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

In Kapitel 14 mit dem 45-Grad-Diagramm, dem Multiplikator usw. wird zwar gefordert, dass zusätzliche Fiskalstimuli später wieder ausgeglichen werden sollten und die Ansichten der *Modern Money Theory* und die eigentliche Geldsouveränität und Nichtbudgetbeschränkung des Staates unberücksichtigt bleiben (vgl. die Kritik von Mitchell 2017), aber es werden einer ausgleichenden Fiskalpolitik keine engen Grenzen durch eine vertikale Phillips-Kurve oder rationale Erwartungen gesetzt wie sonst üblich und es wird eben nicht behauptet, aus Sicht der mittleren Frist seien diese wirkungslos.

Sie thematisieren nicht das Thema Hysterese, gehen aber offensiv die Frage an, ob es nicht sehr bzw. zu lange dauern kann, bis sich z. B. die Arbeitsmärkte einpendeln und die Arbeitslosigkeit sinkt; ein Beispiel zeige, „the long run is a very long time“ (Core Team 2017, S. 721). In einem gewissen Kontrast hierzu überrascht Kapitel 22 zur Politikdimension, da Stabilisierungspolitik kaum angesprochen wird, der Staat doch über weite Teile des Kapitels negativ als Monopolist und Versager beschrieben wird und über den öffentlichen Bereich bzw. den Staat generell keine größeren gestalterischen Weichenstellungen (z. B. der ökologische Umbau) angedacht werden (zu einer aktivistisch-gestalterischen Sicht des Staates vgl. z. B. aus der Perspektive der *Radicals* Mitchell/Fazi 2017).

Es fehlt in diesem LB überhaupt eine Art *Mission Statement*, das neben dem Credo, die Wirtschaft verstehen zu wollen und die Autoren erklären nicht, was ihnen am Herzen liegt und von welcher (normativen) Werte sie ausgehen.

Obwohl das LB im Vergleich zu den LB des Mainstreams eine vergleichsweise ansprechende Leistung und Alternative darstellt, ist doch dem Gesamturteil von Sheehan et al. v. a. hinsichtlich der pluralen Dimension zuzustimmen: Das Core team

„[is] *telling them* [the students] *what to think, rather than giving them something to think about* [...] All that is needed is for economics to assimilate a few aspects of history and deviations from optimality, with a nod to some ‘real world’ examples, coupled with, perhaps, recognition of some alternative positions, such as Minsky’s work on financial instability. As such, the innate conservatism of the economics profession seems to dominate the CORE project, undermining its otherwise potentially transformative intent“ (Sheehan et al. 2015, S. 213 und 216).

Galbraith und Darity dürften auf dem Einführungsniveau eines der besten und am wenigsten beachteten LB überhaupt geschrieben haben, in dem die Studierenden als Reflexionspartner\_innen ernst genommen werden (vgl. Galbraith/Darity 2005). Das LB ist postkeynesianisch ausgerichtet, zeichnet sich aber durch eine faire Darstellung anderer Meinungen aus. Theorien seien auch abhängig von einem *Preframing* und voranalytischen Vermutungen. Die Autoren behaupten keine großen Synthesen, sondern heben verschiedene Annahmen der Ansätze hervor und betten sie in wirtschaftsgeschichtliche Hintergründe und Zusammenhänge ein.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Die ersten drei Kapitel gehen auf die Dogmen- und Wirtschaftsgeschichte ein: Wie kam es zur Makroökonomie? Zudem werden hier die Klassik und Keynes (inklusive entsprechender Modelle) und verschiedene Gleichgewichtskonzepte kontrastiert. Beim 45-Grad-Diagramm und IS-LM-Modell wird auch Verständnis für die Hintergrundannahmen und wirtschaftspolitischen Folgerungen geweckt und ihnen trotz späterer ‚Weiterentwicklungen‘ eine gewisse begrenzte Berechtigung zugesprochen, bei der Phillips-Kurve aber die Nichtstabilität betont.

Teil 3 stellt den Monetarismus und die Neuklassik und z. B. sehr gut die Geldschöpfung und das tatsächliche Verhalten der FED vor und erläutert Minsky-Instabilitäten. Kapitel 8 beschreibt den Ansatz rationaler Erwartungen, das AS-AD- und IS-LM-Modell mit Erweiterungen hinsichtlich des Preisniveaus und der notionalen Nachfrage. Bei offenen Ökonomien werden Schuldenkrisen, Kapitalflucht usw. und ein asymmetrisches Nord-Süd-Modell (Kapitel 11) diskutiert. Kapitel 12 widmet sich dem Postkeynesianismus (endogenes Geld, *mark-up pricing*, was bestimmt die Investitionen usw.) und Kapitel 13 entwickelt das Z-O-Modell als realistische und auch diagrammatisch gut verständliche Alternative zu IS-LM-PC oder AS-AD.

Aus Raumgründen wird an dieser Stelle darauf verzichtet, den fundierten und umfassenden Beitrag von Lavoie näher zu beleuchten, der einschließlich methodologischer Reflexionen einen an einigen Stellen deutlich über eine Einführung hinausgehenden heterodoxen, klar postkeynesianisch ausgerichteten Ansatz zur Entscheidungstheorie, der Theorie der Unternehmen, zu Kredit, Geld und Banken, effektiver Nachfrage und Beschäftigung, offenen Volkswirtschaften, der Inflationstheorie usw. vorstellt (vgl. Lavoie 2014). Er kann neben Kings kurzem und verständlichem Beitrag (vgl. King 2015) gut als Einführung in diese bestimmte Theorierichtung herangezogen werden.

Auch auf das heterodoxe, aus einer an der klassischen politischen Ökonomie ausgerichteten und postkeynesianischen Perspektive geschriebene, leider nicht mehr neu aufgelegte LB von Robinson/Eatwell (vgl. Robinson/Eatwell 1980) kann hier nur hingewiesen werden.

Ein plural angelegtes LB stammt von Felderer/Homburg, von dem es keine Neuauflage gibt (vgl. Felderer/Homburg 2005; vgl. auch das Übungsbuch von Drost et al. 2003; die englische Variante 1992 ist deckungsgleich mit der ursprünglichen deutschen Ausgabe). Das LB geht davon aus, dass es verschiedene Methodenverständnisse und doktrinäre und wirtschaftspolitische Differenzen zwischen den ökonomischen Denkschulen gibt, die die Verfasser ohne unnötigen Formalismus gut verständlich herausarbeiten. Alle Ansätze würden auf die eine oder andere Art und Weise Einsichten in den Wirtschaftsablauf verbessern.

Thematisiert werden die klassisch-neoklassische, die keynesianische, die neuklassische, die neokeynesianische und die neukeynesianische Theorie. Der von den Autoren weniger geschätzte Postkeynesianismus kommt nicht zu Wort und als Schwäche des LB ist die Tatsache anzusehen, dass die keynesianischen Ansätze nur über Preisrigiditäten und die Sonderfälle (Liquiditätsfalle usw.) aufgezo- gen werden (vgl. Hein 2016).

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Eine leider auch nicht neu aufgelegte Einführung und Kritik ist der zwar nicht formale, aber sehr niveauvolle Beitrag von Cohn, der seinen heterodoxen Bias klar markiert und nicht versteckt (vgl. Cohn 2007). Sehr knapp und verständlich geht er zunächst auf die philosophischen und methodologischen Positionen zwischen Neoklassik und Heterodoxie anhand grundlegender Dichotomien unter Einbezug der ‚Subtexte‘ ein, auch präsentiert er gekonnt ‚heterodoxe Images‘. Am Ende fast jedes Kapitels werden die Unterschiede der Ansätze sehr gelungen durch dichotomische Unterschiede zwischen ihnen festgehalten.

Das Angebot-Nachfrage-Diagramm wird auseinandergenommen und kritisch ergänzt, BIP-Berechnungen hinterfragt, Keynes Intuition erläutert, Geld und Finanzmärkte in einen weiteren Kontext gestellt, das AS-AD-Modell kritisch rekonstruiert, neu vermessen und heterodoxe Alternativen angeführt, die neoklassische Sicht der Arbeitsmärkte und eine auf Vollbeschäftigung zielende Alternativpolitik behandelt und u. a. eine ökofundamentalistische Problemexposition geboten.

Das gut verständliche, aber analytisch immer den Kern treffende Buch ist eine seltene Kombination aus der Vorstellung der Inhalte des Mainstreams, seiner inhaltlichen Kritik und der Vorstellung von Alternativkonzepten, die auch unabhängig von der Präsentation der Mainstreamansätze als ergänzendes Material herangezogen werden können.

Snowdon et al. bieten eine kaum formale, niveauvolle und gut verständliche faire, kritische und an den Basishypothesen der Ansätze orientierte Einführung in auch neuere Denkschulen (insgesamt Keynes und die ursprüngliche Klassik, der IS-LM-Keynesianismus, der Monetarismus, die Neuklassik, der *Real-Business-Cycles-Ansatz*, der Neukeynesianismus, die österreichische Schule und der Postkeynesianismus werden vorgestellt), ergänzt durch interessante Interviews mit Hauptexponenten der jeweiligen Schulen (vgl. Snowdon et al. 1994). Der in weiten Teilen identische Überblick von Snowdon/Vane enthält zudem Kapitel über die neue politische Makroökonomie und Wachstumsmodelle (vgl. Snowdon/Vane 2005). Der hier von Roger Garrison geschriebene Teil über die österreichische Schule fällt nunmehr deutlich formaler aus und der Teil über die postkeynesianische Schule stammt jetzt von Paul Davidson.

Ein, wenngleich an vielen Stellen deutlich kompliziertere und formalere Vorgehensweise als in üblichen Einführungslehrbüchern an den Tag legendes, keynesianisches Durchdeklinieren des IS-LM-Modells für die kurze, mittlere und lange Frist als Basismodell der Makroökonomie bieten Flaschel et al. (vgl. Flaschel et al. 2012). Die Besonderheit des hier nicht im Detail vorzustellenden LB besteht darin, dass die Hintergründe und Basishypothesen sowie Varianten des Modells vertieft dargelegt werden und nicht die übliche Durchmischung verschiedener Denkschulenansätze erfolgt, sondern konsequent das IS-LM-Modell auf die drei Fristen angewandt wird.

Peter Dormans Einführung (vgl. Dorman 2014a; sein mikroökonomisches LB ist aus denselben Gründen hervorhebenswert, vgl. Dorman 2014b) ist wenig formal, doch sehr niveauvoll, kenntnisreich und elegant geschrieben. Der Verfasser erläutert die Grundinhalte der Makroökonomie

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

aus einer plural-vergleichenden Perspektive ((Neu-)Klassik versus Keynes) unter Einbezug dogmen- und wirtschaftshistorischer und empirischer Daten und Zusammenhänge einschließlich neuerer Entwicklungen (*Great Moderation*, Finanzkrise usw.). Der Autor vertritt nicht einseitig eine bestimmte Denkschule, er hinterfragt stets, ob bestimmte Globalaussagen (z. B. ‚Handel hilft allen‘) theoretisch und praktisch in jeweiliger Absolutheit zutreffen (Ergebnis: ‚meistens nicht‘). Positiv merkt man dem Buch an, dass es von einem Autor aus einem Guss geschrieben wurde.

Das Buch zieht den bzw. die Leser\_in in einen spannenden und bildsamen Reflexionsdiskurs. Für die Durchschnittslehre dürfte das LB zu anspruchsvoll sein, aber es kann Studierenden, die über das übliche Minimum hinausgehen möchten und sich gerne auf einen interessanten Reflexionsdiskurs einlassen, nur nachdrücklich als Lektüre empfohlen werden. Teile des LB können gut als Vorschläge zur Lektürevertiefung in der Lehre dienen.

Heine/Herr bieten eine voluminöse, gelegentlich formale und insgesamt sehr niveauvolle paradigmensorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie (vgl. Heine/Herr 2013). Aus monetärkeynesianischer Sicht kontrastieren sie einen originären und z. B. nicht am IS-LM-Modell orientierten Ansatz von Keynes mit einem neoklassischen Mainstream und dessen Verästelungen in verschiedene Denkschulen.

Die traditionelle Mikroökonomie wird weitgehend im Standardformat wiedergegeben, aber es werden auch z. B. die Grenzen (keine Prozessanalyse usw.) in der kritischen Würdigung und anhand eines Beispiels zur Interaktion von Güter- und Arbeitsmarkt aufgezeigt (vgl. Heine/Herr 2013, S. 102-103), das die möglichen Folgen von Lohnkürzungen erläutert. Im Mikroteil werden keine alternativen mikroökonomischen Bausteine angeführt, was mit ihrer Ablehnung einer Mikrofundierung des Keyneschen Ansatzes zusammenhängen mag.

Ein gewisses Problem besteht im Makroteil darin, dass sie einerseits von einem legitimen pluralen paradigmatischen Zugriff auf die ‚Realität‘ ausgehen, nicht zuletzt aufgrund notwendig voraussetzender voranalytischer Basishypothesen, aber andererseits zwischen Richtig und Falsch differenzieren, so mit ihrem an sich verdienstvollen Sraffa-Modell (später wird auch der Marxsche Ansatz gewürdigt), das die neoklassische reale Makroökonomie widerlege (auch sei klar bewiesen, dass die Finanzmärkte nicht effizient seien, vgl. Heine/Herr 2013, S. 457).

Aber ohne Frage werden die Ansätze des Monetarismus, die Phillips-Kurve, rationale Erwartungen, die Neuklassik und das Neue Konsensmodell klar und verständlich dargelegt. Der Ansatz von Keynes wird über eine Hierarchie der Märkte eingeführt, an deren Spitze die Vermögensmärkte stehen, Geld wird mit der Tatsache genuiner Unsicherheit in Verbindung gebracht, Banken betreiben Kreditrationierung, die Geldmenge wird endogen bestimmt usw. Es mag hier offenbleiben, ob z. B. ihre Beschreibung der Depositen der Privateinleger\_innen als Refinanzierungsquellen der Banken richtig getroffen wird und ob die Rolle der Zentralbanken ganz oben in der Handlungshierarchie oder als Akteur inter pares etwas schwankend konzeptualisiert wird. Die Finanzmarktkrisen werden kurz (vgl. Heine/Herr 2013, S. 455-461), aber treffend v. a. über

sich verstärkende Rückkoppelungsprozesse und mit der Aufzählung prägnanter Details fokussiert gekennzeichnet. Etwas unspezifisch fallen dann ihre Regulierungsüberlegungen aus.

Die NAIRU wird anerkannt, aber wesentlich durch einen langen horizontalen Bereich modifiziert (vgl. Heine/Herr 2013, S. 477-481). Sie sprechen sich für eine an der Lohnnorm (Produktivitätszuwächse plus Zielinflation) orientierte Koordination durch gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewusste Gewerkschaften und Unternehmerverbände aus, so sei keine höhere Arbeitslosigkeit als Preis der Inflationsvermeidung zu zahlen. Auch bei Verwendung eines anderen LB kann z. B. dieser Teil als gelungene Entideologisierung der üblichen Darstellungen und Folgerungen hilfreich sein.

Eine Besonderheit sind ihre Hinweise auf die mangelnde Eindeutigkeit der Wirkungsinterdependenzen auf den Vermögens-, Güter- und Arbeitsmärkten (z. B. was die Vorrangigkeit von Preis- oder Mengeneffekten angeht) und der Hinweis auf die Bedeutung der jeweiligen historisch-spezifischen Situation (zur theoretischen Rückgewinnung der historischen Dimension über evolutionäre Universalien vgl. Hodgson 2001), obwohl sie natürlich ausgiebig ein keynesianisches (Alternativ-)Modell dazu anbieten. Es bleibt etwas unklar, was die Erkenntnis der mangelnden Eindeutigkeit für die Relevanz ihres Modells bedeutet, das schließlich auf eindeutigen Wirkungszusammenhängen aufbaut. Der relativierende Hinweis, man könne nur kurz- bis bestenfalls mittelfristig mit stabilen Beziehungen rechnen, wird dem Problem nicht gerecht.

Für Monetär- bzw. Postkeynesianer\_innen doch etwas überraschend kritisieren sie das Vertrauen (v. a. der neoklassischen Synthese) in die Geld- und Fiskalpolitik, aber auch des neuen Konsensmodells bezüglich der (vorhersehbaren) Wirksamkeit der Geldpolitik, was eine gewisse Politikineffektivitätsthese impliziert. Sehr gut auch als Ergänzung bei Verwendung anderer Lehrbücher ist die kurze, aber treffende Kontrastierung der Grundzüge keynesianischer und neoklassischer Wirtschaftspolitiken und das Durchdeklinieren des Unterschieds hinsichtlich der Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik. Gleiches gilt für die Thematisierung der Außenwirtschaft mit der von ihnen vertretenen Hierarchie der Währungen, ihrem Eintreten für eine internationale fiskalische Koordinierung und eine Abbremsung der deregulierten Kapitalströme, die Instabilitäten provozieren.

Insgesamt ist das LB definitiv v. a. mittels des Ansatzes der Hierarchie der Märkte, den Folgerungen aus der NAIRU (kooperative Lohnpolitik) und der klaren wirtschaftspolitischen Kontrastierungen von neoklassischen und keynesianischen Wirtschaftspolitiken ein plurales LB, das zwar die ökologische Problematik ausblendet, das aber nicht bei den üblichen Reduzierungen des Keyneschen Anliegens auf Rigiditätsfälle stehen bleibt und realistische Politikempfehlungen enthält (ausgeglichenes konsumtives und ruhig längerfristig schuldenfinanziertes öffentliches Investitionsbudget).

Goodwin et al. (vgl. Goodwin et al. 2014b) ist unter pluralem Blickwinkel trotz eines gewissen einseitigen keynesianischen Bias das wohl ansprechendste LB (diese Einschätzung gilt auch für das mikroökonomische LB des Autorenteam, vgl. Goodwin et al. 2014a und die Kommentierung

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

bei Peukert 2018a, S. 342-349). Auf 441 Seiten enthält es neben dem basalen Kanon erweiterte makroökonomische Ziele, eine kurze Dogmengeschichte gleich zu Anfang, um auf verschiedene Denkschulen aufmerksam zu machen, und die Leistungsfähigkeit, aber auch institutionelle Erfordernisse, Grenzen und potentielle Instabilitäten von Märkten werden erörtert. Auch öffentliche Güter, die ökologische Dimension und der informelle (einschließlich Hausarbeit) und öffentliche Sektor werden nicht in hintere Kapitel verbannt und unterschiedliche Arbeitsmarkttheorien einschließlich der neoklassischen vorgestellt.

Das keynesianische Einnahmen-Ausgaben-Modell wird mit Schaubildern, u. a. zur Verdeutlichung von Sickerverlusten, sehr verständlich erläutert. Das AS-AD-Modell wird neben der neoklassischen Variante z. B. in drei Bereiche unterteilt (mit einer längeren horizontalen AS-Kurve), sodass es ganz auf den Zustand der Ökonomie und der gut diskutierten Frage der jeweiligen Anpassungsgeschwindigkeiten der Märkte ankommt, ob v. a. die Fiskalpolitik wirksam sein könne oder nicht.

Die Autor\_innen teilen die dem Neuen Makroökonomischen Konsensus entsprechende Ansicht der (Politik-)Ineffizienz in der mittleren und längeren Frist nicht, ohne die Probleme ausgleichender Fiskalpolitik (Zeitverzögerungen, eventuelles *crowding out* usw.) zu verschweigen. Die Phillips-Kurve wird als recht instabiler Zusammenhang erwähnt, sie stellt daher keinen Kernbaustein dar. Hinsichtlich der Finanzkrise wird auf die Ursachen steigender Ungleichheit, Deregulierung usw. treffend hingewiesen.

Verdienstvollerweise liegt mit Dullien et al. eine auf Europa bezogene Version vor, was sich insbesondere in den neuen Kapiteln zur Struktur der europäischen Ökonomie (Kapitel 7), der ausgesprochen freundlich beurteilten EZB (Kapitel 12) und Kapitel 17 zur Eurokrise (zusammen etwa 100 Seiten), aber auch in den generell aktualisierten und auch auf Europa bezogenen Tabellen und Schaubildern sowie aktuellen, kurzen inhaltlichen Bezügen z. B. zur europäischen Austeritätspolitik niederschlägt (vgl. Dullien et al. 2018). Der Preis für diese Ergänzungen ist mit 652 eine deutlich höhere Seitenzahl. Leider wird wie auch bei Goodwin der Geldschöpfungsprozess nicht wirklich klar erklärt (vgl. Dullien et al. 2018, S. 367-369).

Insgesamt ist das inhaltsreiche LB trotz weniger Kritikpunkte aber die zurzeit wohl beste Alternative zu den vorherrschenden LB des Mainstreams. Aber die Wachstums- und ökologische Begrenzungsproblematik wird letztlich als primär technologisch lösbares Problem betrachtet (über eine Art *Green New Deal*), auch wenn abschließend ohne Kommentar Teile von Keynes' Essay zu den ökonomischen Möglichkeiten der Enkelkinder zitiert wird.

Als Ergänzung auch zu den heterodoxen LB bietet sich das flüssig geschriebene, abwechslungsreiche und viele institutionelle und wirtschaftsgeschichtliche Daten und originelle Seitenblicke auf andere Disziplinen wie Soziologie und Psychologie enthaltende LB von Komlos an (vgl. Komlos 2015a; vgl. auch die Rezension von Peukert 2015), das auch sehr plausible plurale Kritikpunkte an Annahmen und wirtschaftspolitischen Aussagen des Mainstreams vorträgt.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Varoufakis' LB dürfte eher etwas für Lehrende und Ausnahmestudierende sein, die es genauer wissen wollen und bereit sind, sich neben den rein ökonomischen Inhalten des Mainstreams und Teilen der heterodoxen Sichtweisen auf ironische, analytische und philosophische Auseinandersetzungen, methodologische und dogmenhistorische, ideenreiche und oft überraschende Reflexionen des ehemaligen griechischen Finanzministers mit einer kapitalismuskritischen Perspektive einzulassen (vgl. Varoufakis 1998).

Das gut verständliche LB von Adam geht weniger auf grundsätzliche Theoriedebatten ein und ist auch geeignet für die schulische Sozial- und Gemeinschaftskunde (vgl. Adam 2015). Es sticht heraus durch die intensive Darlegung der Grundlagen und nötigen Rahmenbedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft, der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und v. a. der Hauptprobleme der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und ihrer Strategien und Instrumente mit starkem Bezug auf die deutsche Situation. Das LB bietet erstaunlich viele aufschlussreiche Daten und institutionelle Zusammenhänge. Ohne einer ganz bestimmten, heterodoxen Schulrichtung anzugehören, stellt Adam Zusammenhänge und Überlegungen z. B. zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit und ungleichen Verteilung an, die sich sehr wohltuend vom vorherrschenden marktliberalen Konsens abheben und andere Sichtweisen der Zusammenhänge zu Wort kommen lassen.

Hier sei nur auf einige, aus marxistischer und radikaler Sicht geschriebene, sehr ansprechende, wissenschaftsgeschichtliche und die Geschichte des ökonomischen Denkens einschließende LB hingewiesen (vgl. Sawyer 1989; Stanford 2015; Sherman et al. 2008; Wolff/Resnick 2012; Sherman/Meerpol 2015; Bowles et al. 2005; Riddell et al. 2011 und, wenngleich eigentlich nicht als LB gedacht, Shaik 2016). Sie bieten trotz ihrer fast vollständigen internationalen Ausklammerung in der Hochschullehre zumeist sehr wertvolle Ergänzungen zum traditionellen Lehrkanon (z. B. zur Rolle multinationaler Konzerne).

Zu dem Marxismus nahestehenden Beiträge zur Politischen Ökonomie aus Sicht der *Radicals* vgl. auch z. B. Magnuson 2008 und die Kapitel zur Politischen Ökonomie in Jäger/Springler 2015. Da die Perspektive des kritischen Institutionalismus auch in alternativen LB meist eher vernachlässigt wird, sei hier nur auf das zwar schon in den 1960er- und 1970er-Jahren geschriebene LB von Kapp hingewiesen, das immer noch als fundierte und umfassende Einführung anzusehen ist (vgl. Kapp 2011).

Wenn es darum geht, auf elementarem Niveau Vergleiche zwischen Neoklassik bzw. Mainstream und anderen Ansätzen vorzunehmen, bieten sich generell Johannes Jägers und Elisabeth Springlers sowie Irene van Staverens Einführungen an (vgl. Jäger/Springler 2015; van Staveren 2015). Jäger und Springler vergleichen die Neoklassik, den Keynesianismus und die Politische Ökonomie (Position der *Radicals*) hinsichtlich des Grundansatzes, Staat/Gesellschaft/Wirtschaft, Wachstum/Entwicklung/Krise, Ungleichheit/Verteilung, Geld-/Finanzsystem und Geo-

graphie der globalen Ökonomie, ergänzt durch vertiefende Gastbeiträge. Ihr LB ist sehr grundlegend ausgerichtet. Seine beachtliche Leistung besteht im Vergleich dreier Denkschulen und darin, ihren jeweiligen Kern treffend und verständlich zu vermitteln.

Van Staverens etwas anspruchsvolleres LB vergleicht die sozioökonomische, die (alt-)institutionalistische, die postkeynesianische und die neoklassische Position in 15 Aspekten, u. a. hinsichtlich des wissenschaftstheoretischen Selbstverständnisses, Individuen und Haushalten, Konsum, Unternehmen, Staat, Arbeitsmärkten, makroökonomischen Zusammenhängen usw. Zwar wird in beiden Beiträgen die neoklassische Mikroökonomie zwangsläufig etwas kurz abgehandelt, für einen pluralen Vergleich der Ansichten verschiedener Denkschulen zu bestimmten Themen sind sie aber sehr geeignet.

Eine im Vergleich zu den bisher vorgestellten Beiträgen deutlich formālere Herangehensweise bietet das voluminöse LB von Wolfram Elsner, Henning Schwardt und Torsten Heinrich (vgl. Elsner et al. 2015). Neben einer Kritik neoklassischer Gleichgewichtskonzepte und origineller dogmenhistorischer Ausführungen z. B. zu Adam Smith und Thorstein Veblen führen sie in die evolutionäre Spieltheorie und die Komplexitätsökonomie sowie in Simulationsmodelle, *Agent-Based-Modeling* und die Netzwerkanalyse mit jeweils interessanten – und oft einfachen marktapologetischen Rezepten widersprechenden – wirtschaftspolitischen Implikationen ein. Das LB füllt hiermit durch die in den vorherrschenden LB meist überhaupt nicht vorkommenden Theorieansätze und ohne marktliberale Voreingenommenheit eine Lücke.

Das LB von Jack Reardon, Maria Madi und Molly Scott Cato (vgl. Reardon et al. 2018) stellt demgegenüber die Umwelt- als wichtigste heutige Überlebensfrage neben Gerechtigkeitsfragen und dem Plädoyer für Pluralismus in den Vordergrund. Dabei halten die Autor\_innen mit ihren ökologisch-suffizienzbestrebten, keynesianischen, dezentralen, demokratiefreundlichen und egalitären Ansichten nicht hinter dem Berg, wobei ihre ökologisch-begrenzende und die keynesianisch-expansive Perspektive gelegentlich interessante Reibungen hervorruft. Hinsichtlich des natürlichen Themenkanons der Volkswirtschaftslehre (ohne jegliche Schaubilder werden dem Gleichgewichtskonzept bewusst nur sehr wenige Seiten gewidmet) geht das LB als einzig in der Lehre verwendetes wohl nicht ausreichend in die Breite und Tiefe.

Es kann aber als sehr wertvolle Ergänzung zu pluralen LB wie dem zuvor besprochenen dienen, da es starke Seiten aufweist. Es bietet einen kurzen dogmenhistorischen Überblick und ein Methodenkapitel zu Stärken und Grenzen von Modellen. Die Ökologieproblematik stellt die übergreifende Klammer des LB dar, die Phänomene der Macht, der Ungleichheit und Arbeit (einschließlich informeller, familiärer und unbezahlter Arbeit) werden umfänglich beleuchtet. Die Frage des ökonomischen Wertes wird aufgegriffen, die Geldschöpfung kurz, aber richtig erklärt und Regionalwährungen werden einbezogen (wenngleich die Reformdebatte nach der Finanzkrise in einem anderen Kapitel etwas blass und unscharf bleibt). Beim Thema Arbeitslosigkeit werden auch eventuelle Vorzüge eines bedingungslosen Grundeinkommens gewürdigt, bei den



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Unternehmensformen multinationale Großunternehmen angemessen einbezogen, Stakeholderanalysen vorgeschlagen und Kooperativen und Unternehmen im Besitz der Beschäftigten als Alternativen vorgestellt.

Bei jedem Thema werden auch feministische und entwicklungspolitische Bezüge hergestellt, *Economic Governance* dient nicht nur zur Beseitigung von Marktversagen, sondern soll aktiv Leitplanken für eine grüne, möglichst dezentrale Wirtschaft einziehen. Ferner führen die Autor\_innen alternative Wohlfahrtsmasse an und sie diskutieren die Probleme und denkbaren Lösungen zur weitgehend fehlenden *Global Governance*, sie kontrastieren die Vor- und Nachteile der internationalen Arbeitsteilung und stellen Überlegungen zu ihrer Neugestaltung an (z. B. der Vorschlag einer *Clearing Union*). Abschließend wird zur reflektierten ökosozialen Umgestaltung der Weltwirtschaft aufgerufen.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sich die Autor\_innen völlig mit den kritischen Anliegen der pluralen Studierenden identifizieren und das LB die ursprünglichsten Anliegen der pluralen Studierenden und vieler zivilgesellschaftlicher und ökosozial ausgerichteter Organisationen wohl am deutlichsten zum Ausdruck bringt. Insofern ließe sich auch überlegen, ob dieses LB nicht als Grundlage dienen könnte, das durch ergänzende Texte z. B. zum Multiplikator, zu Marktformen oder Wechselkursregimen zu vertiefen wäre.

Vielen der hier angeführten plural-alternativen LB geht es neben einer fairen Vorstellung verschiedener Denkschulen zwecks wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation auch um ein neues Menschenbild und Selbstverständnis. Obwohl eigentlich als mikroökonomisches LB konzipiert, soll hier noch kurz auf Adelheid Bieseckers und Stefan Kestings leider nicht mehr neu aufgelegtes LB hingewiesen werden (vgl. Biesecker/Kesting 2003). Sie wollen neben dem Eigentums- auch dem Geschlechter- und dem Mensch-Natur-Verhältnis Rechnung tragen. Neben einem interessanten Kapitel zur Dogmengeschichte (vgl. insbesondere die gelungenen Schaubilder auf den Seiten 61, 71, 86, 105, 123 und 174) bieten sie einen Überblick über acht Menschenbilder, die in orthodoxen und heterodoxen Denkschulen wie der humanistischen Ökonomie, der Homo culturalis im kritischen Institutionalismus, das sorgende Selbst im Feminismus usw. anzutreffen sind (vgl. Biesecker/Kesting 2003, S. 126-174).

Auch unterscheiden die Autor\_innen im Anschluss an Habermas instrumentelles, strategisches, kommunikatives und – über Habermas hinausgehend – vorsorgendes Handeln und ordnen die Handlungstypen als wirklich sehr originelle und kreative Bereicherung den verschiedenen Denkschulen zu (vgl. die Abbildung auf Seite 176 des LB), sodass Märkte als komplexe Überschneidungen dieser Handlungsorientierungen erscheinen (vgl. auch die zusammenfassende Abbildung auf Seite 313). Bei einer solchen sozialen Konstruktion der Märkte – sie beschreiben u. a. Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte – bildet die neoklassische Markttheorie einen Spezialfall ab. Insbesondere zur Stärkung sozialökologischer Aspekte in der Volkswirtschaftslehre leistet das LB einen wertvollen Beitrag.

## **8 Eine andere Lehre ist nötig und möglich**

Das Ergebnis der Analyse mikro- und makroökonomischer LB fällt ausgesprochen ernüchternd aus. Was den Studierenden als wasserfeste Resultate einer mit den Naturwissenschaften vergleichbaren Wirtschaftswissenschaft geboten wird, ruht auf schwankendem Grund. Oft ist der einzige rote Faden die aus der ‚Theorie‘ nicht ableitbare konservative und marktaffine Weltanschauung der Autor\_innen, mit der sie trotz des Bekenntnisses zur Wertneutralität nicht hinter dem Berg halten. Diskussionen innerhalb der Ökonomik werden nicht wiedergegeben, ganz zu schweigen von einer pluralen Anlage der LB, sodass die Studierenden von den in Kapitel 1 angeführten Denkschulen in den gebräuchlichen LB nie etwas erfahren.

Als Fazit des Rundumblicks in den Kapiteln 6 und 7 lässt sich aber erfreulicherweise festhalten: Eine andere und plurale Lehre ist möglich, es gibt viele ansprechende LB-Angebote, die die konzeptionellen und auch ideologischen Einseitigkeiten, die sehr abstrakten, wenig auf Institutionen, empirische Daten und wirtschaftsgeschichtliche Zusammenhänge eingehenden, oft nur einer Denkschule verpflichteten LB der Mikro- und Makroökonomie nicht teilen. Sie fühlen sich einem demokratischen, sozialen, kulturell diversen und ökologischen Leitbild und dem Wissenschaftsideal einer auch innerwissenschaftlich herrschaftsfreien Kommunikationsgemeinschaft verpflichtet, in der die verschiedenen Denkschulen miteinander um die nie gewisse und immer bestreitbare und zu bestreitende Wahrheit ringen, um zusammen den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein und kreativ eine angesichts der ökologischen Begrenzungskrise sensible Wirtschafts- und Lebenswelt mit zu gestalten.

## Literatur

- Acemoglu, Daron/Laibson, David/List, John (2016): Microeconomics. Global edition, New York: Pearson Higher Education.
- Ackermann, Frank (2002): Still dead after all these years. Interpreting the failure of general equilibrium theory. In: Journal of Economic Methodology 9, Nr. 2, S. 119-139.
- Adam, Hermann (2015): Bausteine der Wirtschaft. Eine Einführung, 16. Auflage, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Adkisson, Richard (2010): The original institutionalist perspective on economy and its place in a pluralist paradigm. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 1, Nr. 4, S. 356-371.
- Alvarez-Cuadrado, Francisco/Casado, Jose/Labeaga, Jose/Sutthiphisal, Dhanoos (2016): Envy and habits. Panel data estimates of interdependent preferences. In: Oxford Bulletin of Economics and Statistics 78, Nr. 4, S. 443-469.
- Arestis, Philip/Sawyer, Malcolm (2002): The Bank of England macroeconomic model. Its nature and implications. In: Journal of Post Keynesian Economics 24, Nr. 4, S. 529-545.
- Arnold, Lutz (2016): Makroökonomik, 5. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (1996): Positivism versus paradigm. The epistemology of economic debate in introductory textbooks. In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking Economic Principles. Critical Essays on Introductory Textbooks, Chicago: Irwin, S. 1-27.
- Autor, David/Dorn, David/Katz, Lawrence/Patterson, Christina/Reenen, John van (2017): The fall of the labor share and the rise of superstar firms, <https://economics.mit.edu/files/12979> (Zugriff: 10. Nov. 2017).
- Ball, Laurence (2009): Hysteresis in unemployment. Old and new evidence, <http://www.nber.org/papers/w14818.pdf> (Zugriff: 5. Aug. 2017).
- Barens, Ingo/Caspari, Volker (Hrsg.) (1994): Das IS-LM-Modell. Entstehung und Wandel, Marburg: Metropolis.
- Barnes, Michelle/Olivei, Giovanni (2003): Inside and outside bounds. Threshold estimates of the Phillips curve. In: New England Economic Review, Issue 2003, S. 3-18.
- Barro, Robert (2008): Macroeconomics. International student edition, Mason (Ohio): Thomson.
- Barro, Robert/Grilli, Vittorio (1996): Makroökonomie. Europäische Perspektive, München: Oldenbourg.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Bartling, Hartwig/Luzius, Franz (2014): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 17. Auflage, München: Franz Vahlen.
- Baßeler, Ulrich/Heinrich, Jürgen/Utecht, Burkhard (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 19. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Beaudreau, Bernard (2005): Energy rents, New York: iUniverse.
- Beck, Hanno (2009): Der Alltagsökonom. Warum Warteschlangen effizient sind. Und wie man das Beste aus seinem Leben macht, 5. Auflage, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Beck, Hanno (2012): Volkswirtschaftslehre. Mikro- und Makroökonomie, München: Oldenbourg.
- Beckenbach, Frank/Daskalakis, Maria/Hofmann, David (2016): Zur Pluralität der volkswirtschaftlichen Lehre in Deutschland. Eine empirische Untersuchung des Lehrangebotes in den Grundlagenfächern und der Einstellung der Lehrenden, Marburg: Metropolis.
- Berg, Hendrik van den (2017): International economics. A heterodox approach, 3. Auflage, New York: Routledge.
- Berg, Nathan/Gigerenzer, Gerd (2010): As-if behavioral economics: Neoclassical economics in disguise? In: History of Economic Ideas 18, Nr. 1, S. 133-166.
- Bergstrom, Theodore/Varian, Hal (2011): Trainingsbuch zu Varian. Grundzüge der Mikroökonomik, 8. Auflage, München: Oldenbourg
- Bernheim, Douglas/Whinston, Michael (2014): Microeconomics, 2. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Biesecker, Adelheid/Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive, München: Oldenbourg.
- Birks, Stuart (2014): Textbook commentaries. Mankiw's principles, <https://www.world-economics-association.org/textbook-commentaries/> (Zugriff: 8. Dez. 2017).
- Blanchard, Olivier (2000): What do we know about macroeconomics that Wicksell and Fisher did not? In: Quarterly Journal of Economics 115, Nr. 4, S. 1375-1409.
- Blanchard, Olivier (2012): The logic and fairness of Greece's program, <https://blogs.imf.org/2012/03/19/the-logic-and-fairness-of-greeces-program/> (Zugriff: 18. Dez. 2017).
- Blanchard, Olivier (2016): How to teach intermediate macroeconomics after the crises, <https://piie.com/blogs/realtime-economic-issues-watch/how-teach-intermediate-macroeconomics-after-crisis> (Zugriff: 5. Apr. 2018).

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Blanchard, Olivier (2018): On the future of macroeconomic models. In: Oxford Review of Economic Policy 34, Nr. 1-2, S. 43-54.
- Blanchard, Olivier/Amighini, Alessia/Giavazzi, Francesco (2017): Macroeconomics. A European perspective, 3. Auflage, London: Pearson.
- Blanchard, Olivier/Cerutti, Eugenio/Summers, Lawrence (2015): Inflation and activity. Two explorations and their monetary policy implications, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15230.pdf> (Zugriff: 22. März 2018).
- Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard (2004): Makroökonomie, 3. Auflage, München: Pearson Studium.
- Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard (2014): Makroökonomie, 6. Auflage, München: Pearson Studium.
- Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard (2017): Makroökonomie, 7. Auflage, München: Pearson Studium.
- Blanchard, Olivier/Johnson, David (2013): Macroeconomics. Global edition, 6. Auflage, London: Pearson.
- Blanchard, Olivier/Leigh, Daniel (2013): Growth forecast errors and fiscal multipliers, <http://www.nber.org/papers/w18779> (Zugriff: 27. Okt. 2017).
- Blanchard, Olivier/Summers, Lawrence (1986): Hysteresis and the European unemployment problem, <http://www.nber.org/chapters/c4245.pdf> (Zugriff: 3. Jul. 2018).
- Blanchflower, David/Oswald, Andrew (1995): An introduction to the wage curve. In: Journal of Economic Perspectives 9, Nr. 3, S. 153-167.
- Bofinger, Peter (2015): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten, 4. Auflage, Hallbergmoos: Pearson Studium.
- Bofinger, Peter/Mayer, Eric (2015): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten. Das Übungsbuch, 3. Auflage, München: Pearson Studium.
- Bougrine, Hassan/Seccareccia, Mario (Hrsg.) (2010): Introducing macroeconomics analysis. Issues, questions, and competing views, Toronto: Emond Montgomery Publications.
- Böventer, Edwin von/Illing, Gerhard (1997): Einführung in die Mikroökonomie, 9. Auflage, München: Oldenbourg.
- Bowles, Samuel/Edwards, Richard/Roosevelt, Frank (2005): Understanding capitalism. Competition, command, and change, 3. Auflage, Oxford: Oxford University Press.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Brancaccio, Emiliano (2017): Anti-Blanchard. Un approccio comparato allo studio della macroeconomia, 3. Auflage, Mailand: Franco Angeli.
- Brancaccio, Emiliano/Fontana, Guiseppe (Hrsg.) (2011): The global economic crisis. New perspectives on the critique of economic theory and policy, London: Routledge.
- Brancaccio, Emiliano/Saraceno, Francesco (2017): Evolutions and contradictions in mainstream macroeconomics: The case of Olivier Blanchard. In: Review of Political Economy 29, Nr. 3, S. 345-359.
- Braunberger, Gerald (2017): Ist die Phillips-Kurve tot? <http://blogs.faz.net/fazit/2017/12/06/ist-die-phillips-kurve-tot-9431/> (Zugriff: 7. Mai 2018).
- Brichta, Raimund/Voglmaier, Anton (2013): Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash? Kulmbach: Börsenbuchverlag.
- Bumas, Lester (1999): Intermediate microeconomics. Neoclassical and factually-oriented models, New York: M.E. Sharpe.
- Burda, Michael/Wyplosz, Charles (2017): Macroeconomics. A European text, 7. Auflage, Oxford: Oxford University Press.
- Carlin, Wendy/Soskice, David (2006): Macroeconomics. Imperfections, institutions and policies, Oxford: Oxford University Press.
- Carlin, Wendy/Soskice, David (2015): Macroeconomics. Institutions, instability, and the financial system, Oxford: Oxford University Press.
- Champlin, Dell/Knoedler, Janet (Hrsg.) (2004): The institutionalist tradition in labor economics, New York: M.E. Sharpe.
- Cherry, Robert (1996): Full employment in introductory macroeconomics textbooks. In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking economic principles, Critical essays on introductory textbooks, Chicago: Irwin, S. 127-139.
- Coase, Ronald (1974): The lighthouse in economics. In: Journal of Law and Economics 17, Nr. 2, S. 357-376.
- Cohn, Steven (2007): Reintroducing macroeconomics. A critical approach, New York: M.E. Sharpe.
- Colander, David (Hrsg.) (1986): Incentive-based incomes policies. Advances in TIP and MAP, Pensacola: Ballinger Publishing.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Colander, David (1995): The stories we tell. A reconsideration of AS/AD analysis. In: Journal of Economic Perspectives 9, Nr. 3, S. 169-188.
- Colander, David (2013a): Macroeconomics, 9. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Colander, David (2013b): Microeconomics, 9. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Colander, David (2015): Why economics textbooks should, but don't, and won't change. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 12, Nr. 2, S. 229-235.
- Colander, David (2017): Economics, 10. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Colander, David/Rothschild, Casey (2010): Complexity and macro pedagogy, The complexity vision as a bridge between graduate and undergraduate macro. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 118-128.
- Colander, David/Sephton, Peter (1998): Acceptable and unacceptable dirty pedagogy. The case of ASAD. In: Rao, Bhaskara (Hrsg.): Aggregate demand and supply. A critique of orthodox macroeconomic modelling, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 137-154.
- Collin, Jason (2015): Please, not another bias! The problem with behavioral economics, <https://jasoncollins.org/2015/07/30/please-not-another-bias-an-evolutionary-take-on-behavioural-economics/> (Zugriff: 20. Feb. 2017).
- Commons, John (1924): Legal foundations of capitalism, New York: Macmillan.
- CORE Team (2017): The Economy. Economics for a changing world, Oxford: Oxford University Press.
- Darity, William/Young, Warren (1995): IS-LM: An inquest. In: History of Political Economy 27, Nr. 1, S. 1-41.
- Dasgupta, Partha (2007): Economics. A very short introduction, Oxford: Oxford University Press.
- De Loecker, Jan/Eeckhout, Jan (2017): The rise of market power and the macroeconomic implications, <http://www.janeeckhout.com/wp-content/uploads/RMP.pdf> (Zugriff: 12. März 2018).
- DeLong, Bradford/Summers, Lawrence (2012): Fiscal policy in a depressed economy. In: Brookings Papers on Economic Activity 43, Nr. 1, S. 233-297.
- Dequech, David (2012): Post Keynesianism, heterodoxy and mainstream economics. In: Review of Political Economy 24, Nr. 2, S. 353-368.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Deutsche Bundesbank (2017): Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess, [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2017/2017\\_04\\_geldschoepfungsprozess.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaetze/2017/2017_04_geldschoepfungsprozess.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 20. Jun. 2017).
- Dorman, Peter (2014a): Macroeconomics. A fresh start, Berlin: Springer.
- Dorman, Peter (2014b): Microeconomics. A fresh start, Berlin: Springer.
- Dorn, Dietmar/Fischbach, Rainer/Letzner, Volker (2010): Volkswirtschaftslehre 2. Volkswirtschaftstheorie und -politik, 5. Auflage, München: Oldenbourg.
- Dornbusch, Rüdiger/Fischer, Stanley/Startz, Richard (2004): Macroeconomics. International edition, 9. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Dotsey, Michael/Fujita, Shigeru/Stark, Tom (2017): Do Phillips curves conditionally help to forecast inflation? <https://www.philadelphiafed.org/-/media/research-and-data/publications/working-papers/2017/wp17-26.pdf> (Zugriff: 3. Feb. 2018).
- Dow, Sheila (2013): Formalism, rationality, and evidence. The case of behavioural economics. In: Erasmus Journal for Philosophy and Economics 6, Nr. 3, S. 26-43.
- Drost, André/Linnemann, Ludger/Schabert, Andreas (2003): Übungsbuch zu Felderer/Homburg, 5. Auflage, Berlin: Springer.
- Dullien, Sebastian/Goodwin, Neva/Harris, Jonathan/Nelson, Julie/Roach, Brian/Torras, Mariano (2018): Macroeconomics in context. A European perspective, London: Routledge.
- Earl, Peter (1995): Microeconomics for business and marketing. Lectures, cases and worked essays, Cheltenham: Edward Elgar.
- Earl, Peter/Wakeley, Tim (2005): Business economics. A contemporary approach, New York: McGraw-Hill.
- Earle, Joe/Moran, Cahal/Ward-Perkins, Zach (2017): The econocracy. The perils of leaving economics to the experts, Manchester: Manchester University Press.
- Eatwell, John (1982): Competition. In: Bradley, Ian/Howard, Michael (Hrsg.): Classical and Marxian political economy. Essays in honour of Ronald L. Meek, London: Macmillan, S. 203-228.
- Edling, Herbert (2010): Volkswirtschaftslehre. Schnell erfasst, 3. Auflage, Berlin: Springer.
- Ehnts, Dirk (2012): A model of a currency union with endogenous money and saving-investment imbalances, [https://www.boeckler.de/pdf/v\\_2012\\_10\\_25\\_ehnts.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/v_2012_10_25_ehnts.pdf) (Zugriff: 5. Jul. 2017).
- Ehnts, Dirk (2016): Geld und Kredit. Eine €-päische Perspektive, Marburg: Metropolis.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Ehnts, Dirk (2018): Die aktuelle Kritik an der makroökonomischen Geldtheorie. Replik und Erwiderung. In: Wirtschaftsdienst 98, Nr. 2, S. 137-142.
- Elsner, Wolfram/Heinrich, Torsten/Schwardt, Henning (2014): The microeconomics of complex economies. Evolutionary, institutional, neoclassical, and complexity perspectives, London: Academic Press.
- Endres, Alfred/Martiensen, Jörn (2007): Mikroökonomik. Eine integrierte Darstellung traditioneller und moderner Konzepte in Theorie und Praxis, Stuttgart: Kohlhammer.
- Europäische Zentralbank (2016): Household Finance and Consumption Network. The household and consumption survey. Results from the second wave, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpsps/ecbsp18.en.pdf?d2911394a25c444cd8d3db4b77e8891a> (Zugriff: 30. Okt. 2017).
- Fatás, Antonio/Summers, Lawrence (2016): The permanent effects of fiscal consolidation, <http://www.nber.org/papers/w22374> (Zugriff: 12. Nov. 2016).
- Feenstra, Robert/Taylor, Alan (2008): International macroeconomics, 2. Auflage, Duffield: Worth Publishers.
- Felderer, Bernhard/Homburg, Stefan (1992): Macroeconomics and new macroeconomics. 2. Auflage, Berlin: Springer.
- Felderer, Bernhard/Homburg, Stefan (2005): Makroökonomik und neue Makroökonomik, 9. Auflage, Berlin: Springer.
- Fields, T./Hart, W. (1996): The AS-AD model in introductory macroeconomics texts: Theory gone awry. In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking Economic Principles. Critical Essays on Introductory Textbooks, Chicago: Irwin, S. 140-150.
- Filardo, Andrew (1998): New evidence on the output cost of fighting inflation. In: Economic Review – Federal Reserve Bank of Kansas City 83, Nr. 3, S. 33-61.
- Flaschel, Peter/Groh, Gangolf/Krolzig, Hans-Martin/Proaño, Christian (2012): Keynesianische Makroökonomik. Zins, Beschäftigung, Inflation und Wachstum, 3. Auflage, Berlin: Springer.
- Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (2010): A simple (and teachable) macroeconomic model with endogenous money. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.) (2010): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 144-168.
- Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.) (2010): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Frank, Robert/Bernanke, Ben (2009): Principles of economics, 4. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Freeman, Richard (1989): The exit-voice tradeoff in the labor market. Unionism, job tenure, quits and separations. In: Freeman, Richard (Hrsg.): Labour markets in action. Essays in empirical economics, Wilmslow: Wheatsheaf Print, S. 69-196.
- Friedman, Gerald (2015): Microeconomics. Individual choice in communities, 2. Auflage, Boston: Dollars and Sense.
- Friedman, Milton (1968): The role of monetary policy. In: American Economic Review 58, Nr. 1, S. 1-17.
- Friedman, Milton (1976a): Inflation and unemployment, [https://www.nobelprize.org/nobel\\_prizes/economic-sciences/laureates/1976/friedman-lecture.html](https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/economic-sciences/laureates/1976/friedman-lecture.html) (Zugriff: 15. März 2018).
- Friedman, Milton (1976b): Price theory, London: Aldine Publishing.
- Funk, Lothar/Voggenreiter, Dieter/Wesselmann, Carsten (2008): Makroökonomik, 8. Auflage, Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Galbraith, James (1997): Time to ditch the NAIRU. In: Journal of Economic Perspectives 11, Nr. 1, S. 93-108.
- Galbraith, James/Darity, William (2005): Macroeconomics, Delft: VSSD.
- Gärtner, Manfred (2001): Teaching economics to undergraduates in Europe. Volume, structure, and contents. In: Journal of Economic Education 32, Nr. 3, S. 219-230.
- Gärtner, Manfred (2009): Macroeconomics, 3. Auflage, Harlow: Prentice Hall.
- Gigerenzer, Gerd (2007): Bauchentscheidungen. Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition, 6. Auflage, München: Bertelsmann.
- Goodwin, Neva/Harris, Jonathan/Nelson, Julie/Roach, Brian/Torras, Mariano (2014b): Microeconomics in context, 3. Auflage, London: M.E. Sharpe
- Goodwin, Neva/Nelson, Julie/Harris, Jonathan (2014a): Macroeconomics in context, 2. Auflage, London: M.E. Sharpe.
- Goolsbee, Austan/Levitt, Steven/Syverson, Chad/Berger-Kögler, Ulrike/Flik, Reiner/Letzgus, Oliver/Pfister, Gerhard (2014): Mikroökonomik, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Gordon, Robert (1997): The time-varying NAIRU and its implications for economic policy. In: Journal of Economic Perspectives 11, Nr. 1, S. 11-32.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Gorman, William (1953): Community preference fields. In: *Econometrica* 21, Nr. 1, S. 63-80.
- Gowdy, John/Mayumi, Kozo (2001): Reformulating the foundations of consumer choice theory and environmental valuation. In: *Ecological Economics* 39, Nr. 2, S. 223-237.
- Gräbner, Claudius (2016): Die Rolle des Gleichgewichtskonzepts in der mikroökonomischen Ausbildung. In: Treeck, Till van/Urban, Janina (Hrsg.) (2016): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie*, Berlin: iRights.Media, S. 58-71.
- Graupe, Silja (2017): Beeinflussung und Manipulation in der ökonomischen Bildung. Hintergründe und Beispiele, [http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/NOED-Studie-05-Graupe-A1-komplett-Web.pdf](http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/NOED-Studie-05-Graupe-A1-komplett-Web.pdf) (Zugriff: 5. Juni 2018).
- Grieve, Roy (1996): Aggregate demand, aggregate supply, a Trojan horse and a Cheshire cat. In: *Journal of Economic Studies* 23, Nr. 4, S. 64-82.
- Gürak, Hasan (2012): *Heterodox economics. Foundations of alternative economics*, Frankfurt: Peter Lang.
- Hagen, Tobias/Klüh, Ulrich/Sauer, Stephan (2017): *Makroökonomie. Das Übungsbuch*, 5. Auflage, München: Pearson Studium.
- Hall, Thomas/Hart, William (2012): The Samuelson-Solow Phillips curve and the great inflation. In: *History of Economics Review* 55, Nr. 1, S. 62-72.
- Hanusch, Horst/Kuhn, Thomas/Cantner, Uwe (2002): *Volkswirtschaftslehre 1. Grundlegende Mikro- und Makroökonomik*, 6. Auflage, Berlin: Springer.
- Hart, Neil (2003): Marshall's dilemma. Equilibrium versus evolution. In: *Journal of Economic Issues* 37, Nr. 4, S. 1139-1160.
- Harvey, John (2009): *Currencies, capital flows and crises. A Post Keynesian analysis of exchange rate determination*, London: Routledge.
- Harvey, John (2015): *Contending perspectives in economics. A guide to contemporary schools of thought*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Hedtke, Reinhold (Hrsg.) (2015): *Was ist und wozu Sozioökonomie?* Wiesbaden: Springer.
- Heilbroner, Robert/Galbraith, James (1990): *Understanding microeconomics*, 9. Auflage, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Hein, Eckhard (2016): Bastard-Keynesianismus in einer ‚doktrinenbezogenen Darstellung des Stoffes‘. In: Treeck, Till van/Urban, Janina (Hrsg.) (2016): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie*, Berlin: iRights.Media, S. 210-218.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Hein, Eckhard/Heise, Arne/Truger, Achim (Hrsg.) (2003): Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream? Marburg: Metropolis.
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2013): Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie, 4. Auflage, München: Oldenbourg.
- Heinrich, Torsten (2016): Die Rolle des Optimierungskonzepts in den Standardlehrwerken der Mikroökonomik. In: Treeck, Till van/Urban, Janina (Hrsg.) (2016): Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie, Berlin: iRights.Media, S. 72-81.
- Heise, Arne (2014): The future of economics in a Lakatosian-Bourdieu framework. In: International Journal of Political Economy 43, Nr. 3, S. 70-93.
- Hill, Rod/Myatt, Anthony (2010): The economics anti-textbook, London: Zed Books.
- Himmelweit, Susan/Simonetti, Roberto/Trigg, Andrew (2011): Microeconomics. Neoclassical and institutionalist perspectives on economic behaviour, Andover: Cengage.
- Hodgson, Geoffrey (2001): How economics forgot history. The problem of historical specificity in social science, London: Routledge.
- Homann, Karl/Suchanek, Andreas (2005): Ökonomik. Eine Einführung, 2. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hoover, Kevin (2014): The genesis of Samuelson and Solow's price-inflation Phillips curve, <https://hope.econ.duke.edu/sites/hope.econ.duke.edu/files/Samuelson-Solow%20Genesis%207%20July%202014.pdf> (Zugriff: 15. Jan. 2018).
- Horn, Rob van (2015): Reinventing monopoly and the role of corporations. The roots of Chicago law and economics. In: Mirowski, Phillip/Plehwe, Dieter (Hrsg.): The road from Mont Pèlerin, Cambridge: Harvard University Press, S. 204-237.
- Houthakker, Hendrik/Taylor, Lester (1966): Consumer demand in the United States. Prices, income, and consumption behavior, Cambridge: Harvard University Press.
- Hoyer, Werner/Eibner, Wolfgang (2011): Mikroökonomische Theorie, 4. Auflage, Tübingen: Lucius.
- Hoyer, Werner/Rettig, Rolf/Rothe, Klaus-Dieter (1993): Grundlagen der mikroökonomischen Theorie, 3. Auflage, Düsseldorf: Werner.
- Huber, Joseph (2017): Der Euro. Grundlagen, Krise, Aussichten, Berlin: Springer-Gabler.
- Humphrey, Thomas (1985): The evolution and policy implications of Phillips curve analysis. In: Economic Review 71, Nr. 2, S. 3-22.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- IMF (2017): Tackling inequality, <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2017/10/05/fiscal-monitor-october-2017> (Zugriff: 3. Nov. 2017).
- Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2015): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Wien: Mandelbaum.
- Kahneman, Daniel (2012): Schnelles Denken, langsames Denken, 4. Auflage, München: Siedler.
- Kapp, Karl (2011): The foundations of institutional economics, London: Routledge.
- Karacuka, Mehmet/Zaman, Asad (2012): The empirical evidence against neoclassical utility theory. A review of the literature. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 3, Nr. 4, S. 366-414.
- Katzner, Donald (2002): What are the questions? In: Journal of Post-Keynesian Economics 25, Nr. 1, S. 51-68.
- Keen, Steve (1996): Madness in their method. In: Argyrous, George/Stilwell, Frank (Hrsg.): Readings in political economy. Economics as a social science, 3. Auflage, Prahran: Tilde University Press, S. 130-137.
- Keen, Steve (2007): Mainstream economists live in a parallel universe, <https://renewgateinc.com/sunday-papers-mainstream-economists-live-in-a-parallel-universe/> (Zugriff: 23. Sept. 2017).
- Keen, Steve (2011): Debunking economics. The naked emperor dethroned? London: Zed Books.
- King, John (2015): Advanced Introduction to Post Keynesian economics, Cheltenham: Edward Elgar.
- King, Robert (2000): The new IS-LM model. Language, logic and limits, <http://ssrn.com/abstract=2126570> (Zugriff: 17. Jan. 2017).
- Kirchgässner, Gebhard (2000): Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kirman, Alan (1989): The intrinsic limits of modern economic theory. The emperor has no clothes. In: The Economic Journal 99, Nr. 395, S. 126-139.
- Klas, Gerhard (2011): Die Mikrofinanz-Industrie. Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut, Berlin: Assoziation A.
- Klas, Gerhard/Mader, Philip (Hrsg.) (2014): Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Knorring, Ekkehard von (2010): Volkswirtschaftslehre. Führungswissen für kleine und mittlere Unternehmen, 6. Auflage, Bad Wörishofen: Holzmann Medien.
- Kolbert, Elizabeht (2014): The sixth extinction. An unnatural history, London: Bloomsbury.
- Komlos, John (2015a): Ökonomisches Denken nach dem Crash. Einführung in eine realitätsbasierte Volkswirtschaftslehre, Marburg: Metropolis.
- Komlos, John (2015b): Behavioural indifference curves. In: Australasian Journal of Economics Education 12, Nr. 2, S. 1-11.
- Koo, Richard (2015): The escape from balance sheet recession and the QE trap. A hazardous road for the world economy, Hoboken: Wiley.
- Koutsoyiannis, Anna (1979): Modern microeconomics, 2. Auflage, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Krugman, Paul (2018): Good enough for government work? Macroeconomics since the crisis. In: Oxford Review of Economic Policy 34, Nr. 1-2, S. 156-165.
- Krugmann, Paul/Wells, Robin (2017): Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Kuttner, Robert (2018): Can democracy survive global capitalism? New York: Norton.
- Lafer, Gordon (2017): The one percent solution. How corporations are remaking America one state at a time, Ithaca: ILR Press.
- Lampert, Heinz/Bossert, Albrecht (2011): Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union, 17. Auflage, München: Olzog.
- Larson, Rob/Reuss, Alejandro/Synder, Bryan (Hrsg.) (2017): Real world micro, 24. Auflage, Boston: Economic Affairs Bureau.
- Lavoie, Marc (2010): Taming the new consensus. Hysteresis and some other Post-Keynesian amendments. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 191-213.
- Lavoie, Marc (2014): Post-Keynesian economics. New foundations, Cheltenham: Edward Elgar.
- Lavoie, Marc (2015): Book review: Carlin, Wendy and David Soskice (2015): Macroeconomics: Institutions, instability, and the financial system. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 12, Nr. 1, S. 135-142.
- Lee, Frederic (2010): A heterodox teaching of neoclassical microeconomic theory. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 1, Nr. 3, S. 203-235.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Leeson, Robert (1997): The political economy of the inflation-unemployment trade-off. In: History of Political Economy 29, Nr. 1, S. 117-156.
- Leeson, Robert (1998): Early doubts about the Phillips curve trade-off. In: Journal of the History of Economic Thought 20, Nr. 1, S. 83-102.
- Lenger, Alexander/Kruse, Jan (2017): Qualitative Forschungsmethoden in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Eine explorative Erhebung zugrundeliegender Repräsentationsmuster. In: Maeße, Jens/Pahl, Hanno/Sparsam, Jan (Hrsg.): Die Innenwelt der Ökonomie. Wissen, Macht und Performativität in der Wirtschaftswissenschaft, Wiesbaden: Springer, S. 107-134.
- Lerner, Abba (1951): Economics of employment, New York: McGraw-Hill.
- Linder, Marc (1974): Der Anti-Samuelson. Kritik eines repräsentativen Lehrbuchs der bürgerlichen Ökonomie, Gaiganz: Politladen Erlangen.
- MacLean, Nancy (2017): Democracy in chains. The deep history of the radical right's stealth plan for America, New York: Random House.
- Magnuson, Joel (2008): Mindful economics. How the U.S. economy works, why it matters, and how it could be different, New York: Seven Stories Press.
- Mankiw, Gregory (2011): Makroökonomik, 6. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Mankiw, Gregory (2017): Makroökonomik, 7. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Mankiw, Gregory (2018): Brief principles of macroeconomics, 8. Auflage, Boston: Cengage Learning.
- Mankiw, Gregory/Taylor, Mark (2014): Macroeconomics. European edition, 2. Auflage, Duffield: Worth Publishers.
- Mankiw, Gregory/Taylor, Mark (2016): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 6. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Mayer, Thomas (2014): Die neue Ordnung des Geldes. Warum wir eine Geldreform brauchen, München: FinanzBuch.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München: Kunstman.
- McDowell, Moore/Thom, Rodney/Pastine, Ivan/Frank, Robert/Bernanke, Ben (2012): Principles of economics. Third European edition, 3. Auflage, New York: McGraw-Hill.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- McLeary, Michael/Radia, Amar/Thomas, Ryland (2014): Money creation in the modern economy, <https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/quarterly-bulletin/2014/money-creation-in-the-modern-economy.pdf> (Zugriff: 5. Apr. 2017).
- Mirowski, Philip (2015): Postface: Defining neoliberalism. In: Mirowski, Phillip/Plehwe, Dieter (Hrsg.): The road from Mont Pèlerin, Cambridge: Harvard University Press, S. 417-455.
- Mishkin, Frederic (2015): Macroeconomics. Policy and practice, 2. Auflage, London: Pearson.
- Mitchell, Bill (2013): The IS-LM framework, <http://bilbo.economicoutlook.net/blog/> (Zugriff: 1. Nov. 2017).
- Mitchell, Bill (2017): Paradigm shift. Not from the CORE econ project – as mainstream as you will get, <http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=36855> (Zugriff: 1. Nov. 2017).
- Mitchell, William/Fazi, Thomas (2017): Reclaiming the state. A progressive vision of sovereignty for a post-neoliberal world, London: Pluto Press.
- Mitchell, William/Muysken, Joan (2008): Full employment abandoned. Shifting sands and policy failures, Cheltenham: Edward Elgar.
- Mitchell, William/Wray, Randall/Watts, Martin (2016): Modern money theory and practice. An introductory text, Scotts Valley: Create Space.
- Moseley, Fred (2010): Criticism of aggregate demand and aggregate supply and Mankiw's presentation. In: Review of Radical Political Economics 42, Nr. 3, S. 308-314.
- Müller, Klaus (2011): Mikroökonomie. Eine praxisnahe, kritische und theoriengeschichtlich fundierte Einführung, 5. Auflage, Lößnitz: Gesellschaft für Unternehmensrechnung und Controlling.
- Mussel, Gerhard (2013): Einführung in die Makroökonomik, 11. Auflage, München: Franz Vahlen.
- Nadler, Mark (1996): A reconstruction of principles of macroeconomics based on the pedagogical model used in principles of microeconomics. In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking Economic Principles. Critical Essays on Introductory Textbooks, Chicago: Irwin, S. 151-163.
- Naidu, Suresh/Posner, Eric/Weyl, Glen (2018): Antitrust remedies for labor market power, [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3129221](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3129221) (Zugriff: 5. Jun. 2018).
- Naples, Michele/Aslanbeigui, Nahid (1996): Is there a theory of involuntary unemployment in introductory textbooks? In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking economic principles. Critical essays on introductory textbooks, Chicago: Irwin, S. 109-126.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Nechyba, Thomas (2017): Microeconomics. An intuitive approach, Boston: Cengage Learning.

Nijkamp, Peter/Poot, Jacques (2005): The last word on the wage curve?. In: Journal of Economic Surveys 19, Nr. 3, S. 421-450.

OECD (2015): In it together. Why less inequality benefits all, [http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all\\_9789264235120-en](http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all_9789264235120-en) (Zugriff: 17. Dez. 2017).

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende, Tübingen: Mohr Siebeck.

Ötsch, Walter/Pühringer, Stephan/Hirte, Katrin (2018): Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als politische Ökonomie, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Perloff, Jeffrey (2007): Microeconomics, 4. Auflage, London: Pearson.

Peukert, Helge (2007): Ist die deutsche Unternehmensmitbestimmung ein Auslaufmodell oder war sie noch nie so wertvoll wie heute? In: Peukert, Helge (Hrsg.): Keine Arbeit – und so viel zu tun! Festschrift für Jürgen G. Backhaus, Berlin: LIT, S. 151-166.

Peukert, Helge (2013): Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung, 5. Auflage, Marburg: Metropolis.

Peukert, Helge (2015): John Komlos entwirft eine realitätsbasierte VWL, <http://norberthaering.de/de/buchtipps/rezensionen/478-john-komlos-entwirft-eine-realitaetsbasierte-vwl> (Zugriff: 8. Jan. 2018).

Peukert, Helge (2016): Die (Nicht-)Auswirkung der Finanzkrise auf ein Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre. In: Allespach, Martin/Sahin, Bedia (Hrsg.): Zur Berechtigung einer pluralen Ökonomie, Frankfurt am Main: Bund, S. 73-110.

Peukert, Helge (2017): Das Moneyfest. Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, 3. Auflage, Marburg: Metropolis.

Peukert, Helge (2018a): Mikroökonomische Lehrbücher. Wissenschaft oder Ideologie? Marburg: Metropolis.

Peukert, Helge (2018b): Makroökonomische Lehrbücher. Wissenschaft oder Ideologie? Marburg: Metropolis.

Phelps, Edmund/Alchian, Armen/Holt, Charles (1970): Microeconomic foundations of employment and inflation theory, London: Macmillan.

Pienkos, Andrew (1996): More than sins of omission. The case for internationalizing macro principles. In: Aslanbeigui, Nahid/Naples, Michele (Hrsg.): Rethinking economic principles. Critical essays on introductory textbooks, Chicago: Irwin, S. 167-179.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Pindyck, Robert/Rubinfeld, Daniel (2015): Mikroökonomie, 8. Auflage, Hallbergmoos: Pearson.
- Priewe, Jan (2017): Review of exchange-rate theories in four leading economics textbooks. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 14, Nr. 1, S. 32-47.
- Pugel, Thomas (2016): International economics, 16. Auflage, New York: McGraw-Hill.
- Rao, Bhaskara (2007): The nature of the ADAS model based on the ISLM model. In: Cambridge Journal of Economics 31, Nr. 3, S. 413-422.
- Rao, Bhaskara (Hrsg.) (1998): Aggregate demand and supply. A critique of orthodox macroeconomic modelling, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, München: Hanser.
- Reardon, Jack/Cato, Molly/Madi, Maria (2018): Introducing a new economics. Pluralist, sustainable and progressive, London: Pluto Press.
- Rebhan, Christian (2017): Einseitig oder plural? Eine quantitative Analyse der wirtschaftswissenschaftlichen Einführungslehrbücher an deutschen Hochschulen, Marburg: Metropolis.
- Reiß, Winfried (2007): Mikroökonomische Theorie. Historisch fundierte Einführung, 6. Auflage, München: Oldenbourg.
- Resnick, Stephen/Wolff, Richard (2011): Teaching economics differently by comparing contesting theories. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 2, Nr. 1, S. 57-68.
- Richardson, George (1960): Information and investment. A Study in the working of the competitive economy, Oxford: Clarendon.
- Riddel, Tom/Shackelford, Jean/Stamos, Stephen/Schneider, Geoffrey (2011): Economics. A tool for critically understanding society, 9. Auflage, Boston: Addison-Wesley.
- Robinson, Joan/Eatwell, John (1980): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Berlin: Fischer.
- Rodrik, Dani (2011): Das Globalisierungs-Paradox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, München: C.H. Beck.
- Rodrik, Dani (2018): Straight talk on trade. Ideas for a sane world economy, Princeton: Princeton University Press.
- Romer, David (2000): Keynesian macroeconomics without the LM curve. In: Journal of Economic Perspectives 14, Nr. 2, S. 149-169.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Rothengatter, Werner/Schaffer, Axel (2006): Makro kompakt. Grundzüge der Makroökonomik, Heidelberg: Physica.
- Rothengatter, Werner/Schaffer, Axel (2008): Makro kompakt. Grundzüge der Makroökonomik, 2. Auflage, Heidelberg: Physica.
- Ruccio, David (2018): Utopia and macroeconomics, <https://anticap.wordpress.com/2018/04/25/utopia-and-macroeconomics/> (Zugriff: 19. Jul. 2018).
- Sackrey, Charles/Schneider, Geoffrey/Knoedler, Janet (2016): Introduction to political economy, 8. Auflage, Boston: Lightning Source.
- Samuelson, Paul (1990): Foreword. In: Saunders, Phillip/Walstad, William (Hrsg.): The principles of economics course. A Handbook for Instructors, New York: McGraw-Hill, S. IX-X.
- Samuelson, Paul/Nordhaus, William (2010): Volkswirtschaftslehre. Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, 4. Auflage, München: FinanzBuch.
- Sanders, Bernie (2017): Unsere Revolution. Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft, Berlin: Ullstein.
- Santomero, Anthony/Seater, John (1978): The inflation-unemployment trade-off. A critique of the literature. In: Journal of Economic Literature 16, Nr. 2, S. 499-544.
- Sawyer, Malcolm (1989): The challenge of radical political economy. An introduction to the alternatives to neo-classical economics, Wilmslow: Wheatsheaf Print.
- Sawyer, Malcolm (2010): Teaching macroeconomics when the endogeneity of money is taken seriously. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 131-143.
- Schmid, Allan (1987): Property, power and public choice. An inquiry into law and economics, 2. Auflage, New York: Praeger.
- Schmidt, Johannes (2017): Reforming the undergraduate macroeconomics curriculum. The case of a thorough treatment of economic relationships. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 8, Nr. 1, S. 42-67.
- Schumann, Jochen/Meyer, Ulrich/Ströbele, Wolfgang (2007): Grundzüge der mikroökonomischen Theorie, 8. Auflage, Berlin: Springer.
- Seccareccia, Mario/Lavoie, Marc (2015): Sir John and Maynard would have rejected the IS-LM framework for conducting macroeconomic analysis, <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/sir-john-and-maynard-would-have-rejected-the-is-lm-framework-for-conducting-macroeconomic-analysis> (Zugriff: 13. Febr. 2018).

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Sekera, June (2018): The public economy. Understanding government as a producer. A reformation of public economics, <http://www.paecon.net/PAEReview/issue84/Sekera84.pdf> (Zugriff: 15. Jul. 2018).
- Sent, Esther (2004): Behavioral economics. How psychology made its (limited) way back into economics. In: *History of Political Economy* 36, Nr. 4, S. 735-760.
- Shaik, Anwar (2016): *Capitalism. Competition, conflict, crises*, Oxford: Oxford University Press.
- Shapiro, Carl/Stiglitz, Joseph (1984): Equilibrium unemployment as a worker discipline device. In: *American Economic Review* 74, Nr. 3, S. 433-444.
- Sheehan, Brendan (2010): *The economics of abundance*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Sheehan, Brendan/Embery, John/Morgan, Jamie (2015): Give them something to think about, don't tell them what to think. A constructive heterodox alternative to the Core project, In: *Journal of Australian Political Economy* 75, S. 211-232.
- Sherman, Howard/Hunt, Emery/Nesiba, Reynold/O'Hara, Phillip/Wiens-Tuers, Barbara (2008): *Economics. An Introduction to traditional and progressive views*, 7. Auflage, New York: M.E. Sharpe.
- Sherman, Howard/Meeropol, Michael (2015): *Principles of macroeconomics. Activist vs austerity policies*, London: Routledge.
- Siebert, Horst/Lorz, Oliver (2007): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, 15. Auflage, Stuttgart: Kohlhammer.
- Simon, Herbert (1976): From substantive to procedural rationality. In: Latsis, Spiro (Hrsg.): *Method and appraisal in economics*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 129-148.
- Simon, Herbert (1986): The failure of armchair economics, <http://digitalcollections.library.cmu.edu/awweb/awarchive?type=file&item=34037> (Zugriff: 20. Okt. 2017).
- Sleeman, Allan (2011): Retrospectives. The Phillips curve. A rushed job? In: *Journal of Economic Perspectives* 25, Nr. 1, S. 223-238.
- Smith, Adam (1978): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München: DTV.
- Smithin, John (2010): Teaching the new consensus model of 'modern monetary economics' from a critical perspective. Pedagogical issues. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.): *Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 255-272.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Snowdon, Brian/Vane, Howard (2005): Modern macroeconomics. Its origins, development and current state, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Snowdon, Brian/Vane, Howard/Wynarczyk, Peter (1994): A modern guide to macroeconomics. An introduction to competing schools of thought, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Spahn, Peter (2016): Streit um die Makroökonomie. Theoriegeschichtliche Debatten von Wick-sell bis Woodford, Marburg: Metropolis.

Staiger, Douglas/Stock, James/Watson, Mark (1997): The NAIRU, unemployment and monetary policy. In: Journal of Economic Perspectives 11, Nr. 1, S. 33-49.

Stanford, Jim (2015): Economics for everyone. A short guide to the economics of capitalism, 2. Auflage, London: Pluto Press.

Stanley, Tom (2013): Does economics add up: An introduction to meta-regression analysis. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 10, Nr. 2, S. 207-220.

Staveren, Irene van (2015): Economics after the crisis. An introduction to economics from a plu-ralist and global perspective, London: Routledge.

Stiglitz, Joseph (1997): Reflections on the natural rate hypothesis. In: Journal of Economic Per-spectives 11, Nr. 1, S. 3-10.

Stiglitz, Joseph (2002): Die Schatten der Globalisierung, München: Siedler.

Stiglitz, Joseph (2002): Information and the change in the paradigm in economics. In: American Economic Review 92, Nr. 3, S. 460-501.

Stiglitz, Joseph (2010): Freefall. America, free Markets, and the sinking of the world economy, New York: Norton.

Stiglitz, Joseph/Walsh, Carl (2013): Makroökonomie, 4. Auflage, München: Oldenbourg.

Stirati, Antonella (2016): Blanchard, the NAIRU, and economic policy in the eurozone. <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/blanchard-the-nairu-and-economic-policy-in-the-eurozone> (Zugriff: 23. Okt. 2017).

Stirati, Antonella (2018): Book review. The CORE Team (2017): The economy: Economics for a changing world. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 15, Nr. 1, S. 108-112.

Stocker, Ferry (2013): Spaß mit Mikro. Einführung in die Mikroökonomik, 8. Auflage, München: Oldenbourg.



## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Stockhammer, Engelbert (2008): Is the NAIRU theory a monetarist, new Keynesian, Post Keynesian or a Marxist theory? In: *Metroeconomica* 59, Nr. 3, S. 479-510.
- Storm, Servaas/Naastepad, Carola (2012): *Macroeconomics beyond the NAIRU*, Cambridge: Harvard University Press.
- Stretton, Hugh (2000): *Economics. A new introduction*, London: Pluto Press.
- Stüttgen, Manfred (2017): Mikrokredite. Nachhaltige Geldanlage im Spannungsfeld von Marketing und Moral. In: Stüttgen, Manfred (Hrsg.): *Ethik von Banken und Finanzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 117-139.
- Suntum, Ulrich van (2013): *Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und heute*, 5. Auflage, Berlin: Springer-Gabler.
- Taylor, John/ Weerapana, Akila (2012): *Economics*, 7. Auflage, Boston: Cengage Learning.
- Thorbecke, Willem (2004): Inflation targeting and the natural rate of unemployment, <https://econpapers.repec.org/paper/levlevypn/04-1.htm> (Zugriff: 5. Jan. 2017).
- Thornton, Tim (2017): *From economics to political economy. The problems, promises and solutions of pluralist economics*, London: Routledge.
- Treeck, Till van/Urban, Janina (Hrsg.) (2016): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie*, Berlin: iRights.Media.
- Truger, Achim (2016): Verkehrte Welt in Sachen Fiskalpolitik? Offener Mainstream und dogmatische ‚Heterodoxie‘ in Standardlehrbüchern der Volkswirtschaftslehre. In: Treeck, Till van/Urban, Janina (Hrsg.): *Wirtschaft neu denken. Blinde Flecken in der Lehrbuchökonomie*, Berlin: iRights.Media, S. 220-232.
- Varian, Hal (2016): *Grundzüge der Mikroökonomik*, 9. Auflage, Berlin: de Gruyter.
- Varoufakis, Yanis (1998): *Foundations of economics. A beginner's companion*, London: Routledge.
- Vroey, Michel de (2016): *A history of macroeconomics. From Keynes to Lucas and beyond*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Vroey, Michel de/Hoover, Kevin (Hrsg.) (2004): *The IS-LM model. Its rise, fall, and strange persistence*, Durham: Duke University Press.
- Wehling, Elisabeth (2016): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*, Köln: Herbert von Halem.

## Neues ökonomisches Denken

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

- Weise, Charles/Barbera, Robert (2010): Minsky meets Wicksell. Using the Wicksellian model to understand the twenty-first century business cycle. In: Fonatana, Guiseppe/Setterfield, Mark (Hrsg.): Macroeconomic theory and macroeconomic pedagogy, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 214-233.
- Weise, Peter/Brandes, Wolfgang/Eger, Thomas/Kraft, Manfred (2005): Neue Mikroökonomie, 5. Auflage, Heidelberg: Physika-Verlag.
- Welfens, Paul (2013): Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Institutionen - Makroökonomik - Politikkonzepte, 5. Auflage, Berlin: Springer-Gabler.
- Wickens, Michael (2011): Macroeconomic theory. A dynamic general equilibrium approach, 2. Auflage, Princeton: Princeton University Press.
- Wight, Jonathan (2009): Moral reasoning in economics. In: Colander, David/McGoldrick, Kimmarie (Hrsg.): Educating economists. The teagle discussion on re-evaluating the undergraduate economics major, Cheltenham: Edward Elgar, S. 53-58.
- Wigstrom, Christian (2013): A survey of undergraduate economics programmes in the UK, [https://www.ineteconomics.org/uploads/downloads/existing\\_undergrad\\_econ\\_curriculum\\_UK.pdf](https://www.ineteconomics.org/uploads/downloads/existing_undergrad_econ_curriculum_UK.pdf) (Zugriff: 23. Aug. 2017).
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2016): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, 4. Auflage, Berlin: Haffmans und Tolkemitt.
- Williamson, Stephen (2018): Macroeconomics, 6. Auflage, London: Pearson.
- Wohltmann, Hans-Werner (2012): Grundzüge der makroökonomischen Theorie. Totalanalyse geschlossener und offener Volkswirtschaften, 6. Auflage, München: Oldenbourg.
- Wolff, Richard/Resnick, Stephen (2012): Contending economic theories. Neoclassical, Keynesian, and Marxian, Cambridge: MIT Press.
- Woll, Artur (2011): Volkswirtschaftslehre, 16. Auflage, München: Franz Vahlen.
- Woltmann, Hans (2012): Grundzüge der makroökonomischen Theorie. Totalanalyse geschlossener und offener Volkswirtschaften, 6. Auflage, Berlin: de Gruyter.
- Wray, Randall (2015): Modern money theory. A Primer on Macroeconomics for sovereign monetary systems, 2. Auflage, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Young, Warren/Zilberfarb, Ben (Hrsg.) (2000): IS-LM and modern macroeconomics, New York: Springer.
- Yu, Fu-Lai/Shiu, Gary (2011): A new look at the Austrian school of economics. Review and prospects. In: International Journal of Pluralism and Economics Education 2, Nr. 2, S. 145-161.

### **Neues ökonomisches Denken**

Eine kritische Analyse an deutschen Hochschulen vorherrschender Einführungen in die Mikro- und Makroökonomie und plural-heterodoxe Alternativlehrbücher

---

Zamagni, Stefano (1987): Microeconomic theory. An introduction, New York: Basil Blackwell.

Zimmermann, Horst/Henke, Klaus/Broer, Michael (2012): Finanzwissenschaft. Eine Einführung in die Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft, 11. Auflage, München: Franz Vahlen.

### Über den Autor



#### **apl. Prof. Dr. Dr. Helge Peukert**

Dr. Dr. Helge Peukert ist apl. Prof. an der Forschungsstelle Plurale Ökonomik in Siegen. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit heterodoxen ökonomischen Ansätzen, Wissenschaftstheorie, der Ökonomie des öffentlichen Sektors, der Geschichte des ökonomischen Denkens, Wirtschaftsgeschichte und den Grenzen des Wachstums. In *Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise* (5. Aufl. 2013) und *Das Moneyfest* (3. Aufl. 2017) hat er gegenwärtige Krisenerscheinungen im Geld- und Finanzsektor analysiert und einige radikale Reformen vorgeschlagen.

### Über den Mitwirkenden



#### **Christian Rebhan, M.A.**

Christian Rebhan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Masterstudiengang Plurale Ökonomik an der Fakultät III der Universität Siegen. Seine Dissertation wird sich u. a. mit der Analyse der Lehrbücher Mankiws und deren Bedeutung für die ökonomische Hochschullehre beschäftigen. In *Einseitig oder plural?* (2017) untersuchte er empirisch die ökonomische Lehrbuch- und Studienlandschaft in Deutschland mittels einer Vollerhebung.

### Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des für Wissenschaft zuständigen Ministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: [www.fgw-nrw.de](http://www.fgw-nrw.de)

### Der Themenbereich „Neues ökonomisches Denken“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs „Neues Ökonomisches Denken“ des FGW ist es, Pluralismus und gesellschaftliche Relevanz in den Wirtschaftswissenschaften inhaltlich und institutionell zu fördern. Das Zusammenfallen von Finanzkrise und ökologischer Krise erfordert neue Denkansätze und interdisziplinäre Forschung. Im Bereich der ökonomischen Bildung soll ein Beitrag zur Demokratisierung des ökonomischen Wissens geleistet werden. Zudem soll untersucht werden, inwieweit das für die sozialwissenschaftliche Bildung grundlegende Kontroversitätsgebot im Bereich ökonomischer Lehrmaterialien (universitäre Lehrbücher, Schulmaterialien) besser realisiert werden kann.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter: [www.fgw-nrw.de/oekonomie](http://www.fgw-nrw.de/oekonomie)

---

